



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Rechtspopulismus in Österreich und der Schweiz an
den Beispielen der FPÖ und der SVP, ein Vergleich“

verfasst von / submitted by

Christian Pavlik

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium, UF Geographie, UF Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Dozentin Mag. Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer

Danksagung

Mein Dank gilt zunächst Frau Dozentin Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer für die geduldige Betreuung meiner Arbeit und Beratung zu diesem Thema. Mit ihrer sympathischen Art hat sie mir Mut und Zuversicht gegeben, diesen letzten Schritt des Studiums zu schaffen.

Einen besonderen Dank möchte ich auch meinen Eltern aussprechen, denn sie sind mir seit meinem ersten Schultag immer unterstützend zur Seite gestanden und haben mir, was ich nicht als Selbstverständlichkeit empfinde, die Ausbildung, wie ich sie absolviert habe, ermöglicht.

Zuletzt möchte ich mich bei meiner Freundin Lena für ihre mentale Unterstützung bedanken.

Vorwort

Warum ich dieses Thema gewählt habe? – Weil es heute mehr denn je aktuell ist.

Als ich mit meiner Diplomarbeit begann, stand noch nicht fest, dass eine der von mir für meinen Vergleich ausgewählten Parteien, nämlich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bei den Nationalratswahlen 2017 mit beachtlichen 26 Prozent Stimmenanteil, und damit mit einem Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Nationalratswahlen, die drittstärkste Partei in Österreich wird und nun, nach vielen Jahren in der Opposition, mit der „Neuen Volkspartei“ eine Koalition eingeht und wieder Regierungsverantwortung übernimmt.

Ich habe mir im Vorfeld meiner Diplomarbeit die Frage gestellt, welche Gründe dazu geführt haben, dass rechtspopulistische Parteien seit vielen Jahren Erfolge verzeichnen können.

Es war für mich als Österreicher naheliegend, für meine Arbeit die FPÖ auszuwählen. Dass ich die Schweizer Volkspartei (SVP) zum Vergleich herangezogen habe, hat u.a. darin ihren Grund, dass die SVP hauptsächlich nur politisch Interessierte kennen.

Die politischen Geschehnisse der Schweiz sind in den österreichischen Medien nicht sehr präsent, dies obwohl die SVP eine rechtspopulistische Partei ist, die bei Wahlen beachtliche Erfolge erzielt. Ein Grund mag darin liegen, dass die Schweiz kein Mitglied der Europäischen Union ist.

Interessant ist, dass FPÖ und SVP nicht nur in Bezug auf ihre politischen Erfolge, sondern auch, was ihre politischen Forderungen anbelangt, vergleichbar sind. Auch die ehemaligen Führungspersonalitäten von FPÖ und SVP, Jörg Haider und Christoph Blocher, gleichen sich in ihrem politischen Führungsstil und teilweise auch in ihrer Persönlichkeit. Beide Politiker haben mehr oder weniger im Alleingang die jeweilige Partei insofern programmatisch verändert als sie diese zu rechtspopulistischen Parteien gemacht haben, und dies mit großem Erfolg, der bis heute anhält, obwohl heute an der Führungsspitze andere Personen stehen.

Gemeinsam war den beiden Politikern, bei denen hauptsächlich Haider weit über die Grenzen von Österreich bekannt war, dass sie selbst noch nach Beendigung ihrer Regierungsarbeit im Hintergrund die Fäden gezogen haben.

Alle diese Umstände ließen mich den Entschluss fassen, einen Vergleich der beiden Parteien und ihrer Wahlprogramme für meine Arbeit heranzuziehen, wozu ich es allerdings auch als notwendig empfand, einen Überblick über das politische System von Österreich und der Schweiz und die jeweiligen Parteienlandschaften zu geben, weil sowohl das politische System als auch die Parteienlandschaft insgesamt Einfluss auf die einzelnen Parteien eines Landes haben.

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort.....	3
1.	Einleitung.....	9
2.	Forschungsfragen	14
3.	Methodischer Ansatz und Gliederung der Arbeit.....	14
Teil I		
4.	Populismus	
4.1.	Allgemeines.....	16
4.2.	Die Schwierigkeit einer Definition.....	17
4.3.	Definitionsbeispiele.....	18
4.4.	Populismus – eine Ideologie?.....	19
5.	Rechtspopulismus	
5.1.	Allgemeine Kennzeichen und Merkmale.....	21
5.1.1.	Identitätspolitik, Ausländerfeindlichkeit – Ausgrenzung von Fremden.....	23
5.1.2.	Instrumentalisierung von Sündenböcken.....	24
5.1.3.	Bewegungscharakter und Führerfiguren.....	25
5.2.	Themen und Kritiken von rechtspopulistischen Parteien.....	26
5.2.1.	Anti-Globalisierung.....	26
5.2.2.	Anti-Immigration.....	27
5.2.3.	Law & Order.....	29
5.2.4.	Anti-EU.....	30
5.2.5.	Demokratie – Einstellung und Kritik.....	32
5.3.	Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch.....	32
5.4.	Erklärungsansätze für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien.....	34
6.	Rechtsextremismus	
6.1.	Kennzeichen und Merkmale.....	38
6.2.	Die Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreich.....	40
6.3.	Die Einordnung der Schweizer Volkspartei.....	44
Teil II		
	Das politische System von Österreich und der Schweiz - ein Vergleich	
7.	Das politische System von Österreich	

7.1.	Allgemeines.....	46
7.2.	Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip.....	48
7.3.	EU und EMRK.....	49
7.4.	Neutralität.....	50
8.	Das politische System der Schweiz	
8.1.	Allgemeines.....	52
8.2.	Die Schweizer Konkordanzpolitik.....	53
8.3.	Die politischen Rechte von Volk und Ständen – Volksinitiative und Referendum.....	54
8.4.	Referendumsfähige Verbände.....	55
8.5.	Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip	56
8.6.	EU und EMRK	57
8.7.	Neutralität	58
9.	Unterschiede im Parlamentsaufbau	
9.1.	Parlamentsaufbau Österreich.....	59
9.2.	Parlamentsaufbau Schweiz.....	60
10.	Vergleich – Parteiensystem und Parteienlandschaft Österreich und Schweiz	61
10.1.	Parteiensystem und Parteienlandschaft Österreich.....	62
10.1.1.	Allgemeines.....	62
10.1.2.	Die Grünen.....	63
10.1.3.	Die Neupositionierung der FPÖ – Neupositionierung unter Haider.....	63
10.1.4.	Das Liberale Forum (LIF).....	63
10.1.5.	Der Abstieg der etablierten Parteien.....	64
11.	Parteiensystem und Parteienlandschaft Schweiz	
11.1.	Allgemeines.....	67
11.2.	Meinungen zum Parteiensystem der Schweiz.....	72
Teil III	Historische Entwicklung von FPÖ und SVP	
12.	Die FPÖ – Historische Entwicklung	
12.1.	Das „Dritte Lager“.....	74
12.1.1.	Georg Ritter von Schönerer.....	75
12.2.	Die Nationalsozialisten und ihre zunehmende Bedeutung.....	77

12.3.	Die Entnazifizierung in Österreich.....	78
12.4.	Die Gründung und das Scheitern des Verbandes der Unabhängigen – VdU.....	80
12.5.	Die Gründung der FPÖ.....	83
12.6.	Erste Phase – Gründungsphase unter Anton Reinthaller.....	84
12.7.	Zweite Phase – Friedrich Peter und der Versuch einer Liberalisierung.....	85
12.8.	Dritte Phase – Alexander Götz und Norbert Steger.....	89
12.9.	Vierte Phase – Die Ära Jörg Haider.....	92
12.9.1.	Haiders Wurzeln.....	94
12.9.1.1.	Der Ulrichsberg.....	94
12.9.2.	Haiders politische Karriere.....	95
12.9.3.	Haiders Gesinnung.....	97
12.9.3.1.	Haider und der Antisemitismus.....	97
12.9.3.2.	Haider und der Holocaust.....	98
12.9.3.3.	Haider und der Deutschnationalismus.....	98
12.9.3.4.	Haiders Sprache.....	98
12.9.3.5.	Meinungen zu Haiders Äußerungen.....	100
12.9.3.6.	Haider rechtsextrem?.....	100
12.9.3.7.	Haider – ein Narzisst?.....	101
12.10.	Fünfte Phase – Haider geht, HC Strache kommt	
12.10.1.	Haiders Rückzug.....	102
12.10.2.	Die FPÖ ab 2000.....	102
12.10.2.1.	Die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache....	105
12.10.2.1.1.	Kurzbiografie.....	106
12.10.2.1.2.	Strache und die Burschenschaften.....	106
12.10.2.1.3.	Straches Sprache und Gesinnung.....	107
12.11.	Strache und Haider – ein Vergleich.....	108
13.	Die SVP	
13.1.	Die Parteienlandschaft der Schweiz Ende 19. Jh./Anfang 20.Jh. – Allgemeines	110
13.2.	Die SVP und ihre Wurzeln.....	111
13.3.	Die Fusionierung von BGB und Demokratischer Partei.....	113

13.4.	Der Wandel der SVP von der Bauernpartei zur rechtspopulistischen Partei.....	114
13.4.1.	Christoph Blocher – Kurzbiografie.....	116
13.4.2.	Blocher und die EMS-Gruppe.....	117
13.4.3.	Christoph Blochers politische Aktivitäten.....	118
13.4.3.1.	Blocher und die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz).....	118
13.5.	Der Wandel SVP unter Christoph Blocher von einer Bauern- und Bürgerpartei zu einer rechtspopulistischen Partei.....	119
13.5.1.	Die ausländerfeindliche Politik der SVP.....	120
13.5.2.	Die SVP ab 1999.....	121
13.5.3.	Die SVP ab 2015	124
13.6.	Die Inszenierung der SVP unter Blocher	125
13.7.	Was machte den Wahlerfolg der SVP ab 1999 aus?	127
13.8.	Christoph Blocher.....	129
13.8.1.	Meinungen zur Person Blocher – Sein Charakter, seine Politik.....	129
13.8.2.	Blocher, der (Rechts-)Populist.....	131
13.8.3.	Blochers politischer Erfolg.....	132
Teil IV.	Vergleich der Parteiprogramme von FPÖ und SVP	
14.	Kurzer Rückblick auf die alten Parteiprogramme von FPÖ und SVP	134
14.1.	FPÖ	134
14.2.	SVP	136
15.	Vergleich der aktuellen Parteiprogramme von FPÖ und SVP - Äußeres Erscheinungsbild, Formelles.....	138
15.1.	FPÖ.....	138
15.2.	SVP.....	141
15.3.	Conclusio.....	142
16.	Inhalt der Parteiprogramme von FPÖ und SVP – Zusammenfassung	142
16.1.	FPÖ.....	142
16.2.	SVP.....	146
16.3.	Inhalt der Parteiprogramme von FPÖ und SVP – ein allgemeiner Vergleich.....	148

16.4.	Einzelne relevante Themenbereiche im Vergleich	155
16.4.1.	Die Europäische Union.....	155
16.4.1.1.	FPÖ.....	155
16.4.1.2.	SVP.....	157
16.4.1.3.	Conclusio.....	158
16.4.2.	Außenpolitik.....	159
16.4.2.1.	FPÖ.....	159
16.4.2.2.	SVP.....	160
16.4.2.3.	Conclusio.....	161
16.4.3.	Heimat, Zuwanderung, Ausländer, Asyl.....	162
16.4.3.1.	FPÖ.....	162
16.4.3.2.	SVP.....	165
16.4.3.3.	Conclusio.....	168
16.4.4.	Religion.....	169
16.4.4.1.	FPÖ.....	169
16.4.4.2.	SVP.....	170
16.4.4.3.	Conclusio.....	171
17.	Gesamtbeurteilung der Parteiprogramme.....	171
Teil V.	Schluss teil.....	
18.	Resumée Populismus.....	174
19.	Resumée zu FPÖ und SVP	175
19.1.	FPÖ.....	175
19.2.	SVP.....	177
Anhang		
	Literaturverzeichnis	179
	Internetquellen	187
	Abbildungsverzeichnis.....	197
	Sonstige Quellen	197
	Zusammenfassung	198

1. Einleitung

Die klassischen populistischen Bewegungen entstanden in den USA und im zaristischen Russland ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts als umfassende Reaktion auf je nach Zeit und Ort unterschiedliche Modernisierungsprozesse. In den USA kam es im Zusammenhang mit den der Hochindustrialisierung folgenden Prozessen der Konzentration und der Organisation der kapitalistischen Industriewirtschaft zu ihrer Bildung. In Russland und in den unterentwickelten Ländern entstanden sie gegen die Durchsetzung des modernen Imperialismus der Industrieländer.¹

In Europa gab es zwei große Wellen, in denen sich rechtspopulistische Parteien etablierten. Die erste Welle war in den 1970er Jahren mit dem Aufstieg der Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen, der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der französischen Front National (FN) und des belgischen Vlaams Belang.²

Historisch gesehen nimmt die Schweiz auf Grund der bereits in den 1960er Jahren in ihrem Land aufkommenden rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen eine Vorläuferrolle in Westeuropa ein, denn außer in Frankreich (Poujade-Bewegung in den 1950er Jahren) gab es *„nach dem Zweiten Weltkrieg in keinem Land so früh Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums, die sich nicht direkt auf faschistische Vorbilder beriefen. Seither haben in der Schweiz sieben verschiedene Parteien des rechtspopulistischen Lagers den Einzug ins nationale Parlament geschafft, mehr als in jedem anderen westeuropäischen Land.“*³

Zu einer zweiten Welle kam es in den 1990er Jahren mit der schwedischen Neuen Demokratie, den Wahren Finnen, der Lega Nord in Italien, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der niederländischen Lijst Pim Fortuyn, der Dänischen Volkspartei (als Abspaltung von der Fortschrittspartei) sowie zahlreichen mittel- und osteuropäischen⁴ Parteien.⁵

In der Politikwissenschaft werden vor allem drei Gründe für die Entstehung der neuen populistischen Parteien und Bewegungen genannt: die partielle Legitimationskrise der etablierten

¹ Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus: Populisten in Übersee und Europa, Wiesbaden 2003, S. 18, 19

² Karin Priester, Populismus, APuZ 5 – 6/2012, S. 3, online unter: www.bpb.de/system/files/pdf/GXU360.pdf (12.10.2017)

³ Damir Skenderovic, Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz : von den Splitterparteien zur Volkspartei, Band 14, S. 51, online unter <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=tra-001:2007:1::54>, (2017), (25.10.2017)

⁴ Fall des Eisernen Vorhangs

⁵ Karin Priester, Populismus, APuZ 5 – 6/2012, S. 3, online unter: www.bpb.de/system/files/pdf/GXU360.pdf (12.10.2017)

Parteien, die wachsende Parteienverdrossenheit und deren Außer-Stande-Sein, ihre Wählerinnen und Wähler dauerhaft an sich zu binden.

Die genannten Gründe waren für die Entstehung von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen ein „guter Nährboden“.⁶

Frank Decker spricht von einer anhaltenden Repräsentations- und Legitimationskrise der Parteiendemokratie, für welche er als Grund die Entwicklung der nationalstaatlichen Politik verantwortlich macht, weil deren Fähigkeit, die politische Entwicklung zu gestalten, im Zeitalter der Globalisierung nachgelassen habe. Bemerkbar machte sich dieser Umstand an rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien, einem veränderten Wahlverhalten und einer rückläufigen Wählerbeteiligung, und in der Folge einer zunehmenden Fragmentierung der Parteien.⁷

Die Repräsentationslücke der Parteien spiegelte die zentrifugalen Tendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung wider, zeigte sich durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und führte politisch zu einer Entsolidarisierung. Die Volksparteien beförderten diese Tendenz mit ihrem „Drang zur Mitte“ und ließen dadurch an den rechten und linken Rändern des Parteienspektrums ein Vakuum entstehen, in welches kleinere Parteien erfolgreich hineinstoßen konnten.⁸

Die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien zeigt sich an den Wahlerfolgen der rechtspopulistischen Parteien. Besonders sozialdemokratische Parteien können trotz ihrer traditionellen Werte- und Interessenbasis⁹ ihre Wählerstruktur nicht mehr erreichen.¹⁰

Für das Abnehmen der Parteiidentifikation werden in der Literatur die Tertiarisierung und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Individualisierung und Wertewandel sowie Bildungsexpansion und Medienangebot angeführt.¹¹

Wissenschaftliche und publizistische Beobachter sind sich uneinig, ob diese Tendenzen als Krisenzeichen für eine Bedrohung der Stabilität des demokratischen Systems anzusehen sind oder ob es sich dabei um Aspekte eines ganz normalen Wandlungsprozesses handelt,

⁶ Susanne Frölich-Steffen, Lars Rensmann(Hg), Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. In: Anton Pelinka, Populismus in Österreich, Wien 1987

⁷ Frank Decker, Viola Neu (Hg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3. Auflage, Wiesbaden 2017, S. 4

⁸ vgl. ebd., S. 6

⁹ Decker sieht die Wurzeln des Klassenkonflikts in der Frühzeit der Industrialisierung begründet, in dessen Rahmen sich die sozial-demokratischen bzw. sozialistischen Parteien als Interessensvertreterinnen der Arbeiterschaft positionierten und die konservativen Parteien für das Unternehmerlager eintraten.

¹⁰ vgl. ebd., S. 20

¹¹ vgl. ebd., S. 8

der zu einer Transformation der Parteien und des Parteiensystems, aber nicht notwendigerweise zu ihrem Niedergang, führt.¹²

Mit der Etablierung der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, aber auch mit der fast zeitgleichen Entstehung von ökologischen Parteien,¹³ vollzog sich in den europäischen Ländern insofern ein Wandel der Parteilandschaften¹⁴ als die selbstverständliche politische Dominanz der traditionellen großen Volksparteien mit dem Auftreten der neuen Parteien der Vergangenheit angehörte und für rechten als auch linken Populismus Raum schuf. Die bisherigen Gepflogenheiten in Bezug auf die politische Mehrheits- und Konsensbildung galten nicht mehr und das politische Klima wurde rauer.¹⁵

Die anfängliche Erwartung, dass „*die Rechtspopulisten aus den Parteiensystemen wieder verschwinden würden*“, war, wie die Entwicklung ab Mitte der 1990er Jahre zeigte, ein Trugschluss, denn die rechtspopulistischen Parteien zeigten sich elektoral stabil und manche Parteien konnten ihre Stellung zum Teil noch ausbauen und gelangten in die Regierung.¹⁶

Beispielhaft werden hier rechtspopulistische Parteien angeführt, die Regierungsverantwortung übernahmen:

In Österreich übernahm die FPÖ von 1983 bis 1987, von 2000 bis 2003 und von 2003 bis 2007 Regierungsverantwortung (Position: „Juniorpartner“). In Italien war die Lega Nord (LN) von 1994 bis 1995, von 2001 bis 2006 und von 2008 bis 2011 in der Regierung vertreten (Position: „Juniorpartner“). Die Forza Italia (FI)/Popolo della Libertà war von 1994 bis 1995, von 2001 bis 2006 und von 2008 bis 2013 in der Regierung (Position: stimmenstärkste Partei). Die Schweizer Volkspartei (SVP), welche erst durch Christoph Blocher einen Wandel zur rechtspopulistischen Partei vollzog, ist bereits seit 1929 in der Regierung (Position: Allparteienregierung).¹⁷

Bei den etablierten Parteien bedingten die genannten Entwicklungen kurzfristig Themen- und Strategieanpassungen. Langfristig war sie mit inhaltlicher und strategischer Neuorientierung und einer Annäherung an rechtspopulistische Forderungen verbunden.¹⁸

Hans-Georg Betz schrieb schon in seinem 1996 erschienenen Buch „*Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa*“, dass der „*scheinbar unaufhaltsame Aufstieg radikal rechts-*

¹² vgl. ebd., S. 5

¹³ Oskar Niedermayer, Richard Stöss, Melanie Haas, Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 29

¹⁴ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, Wiesbaden 2003, S. 536

¹⁵ Friso Wielenga, Florian Hartleb, Populismus in der modernen Demokratie, Waxmann Verlag, 2011, S. 7f

¹⁶ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden 2004, 2. Auflage, S. 9

¹⁷ Tanja Klein, Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen: die Niederlande, Belgien und Schweden im Vergleich, Potsdam 2012, S. 37

¹⁸ Wolfgang Sender, Typen gesellschaftlicher Grundeinstellungen (Politikstile) als sozialstruktureller Erklärungsansatz für die Wahl rechtspopulistischer Parteien, Studienarbeit, München 2009, S. 2

*populistischer Parteien eine der wichtigsten politischen Herausforderungen an das etablierte Parteiensystem“ darstelle.*¹⁹

Nach Betz standen Anfang der 1980er Jahre *„noch Forderungen nach einer grundlegenden Wende in der Umweltpolitik, einer Neudefinierung der Arbeit, sozialer und gesetzlicher Besserstellung von sozialen Randgruppen, sowie realer Gleichstellung von Frauen in Beruf und Gesellschaft im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung“*, während am Ende der 1980iger Jahre seien *„Fragen nach den Folgen ungebremsster Einwanderung, des "überzüchteten" Wohlfahrtsstaats und der damit verbundenen "Anspruchsmentalität" zu zentralen politischen Themen aufgestiegen* seien.²⁰

Die Kritik richtete sich auch *„gegen den als repressiv empfundenen Steuerstaat und den zunehmend wachsenden bürokratischen Interventions- und Sozialstaat, gegen die Strukturbrüche, Verluste und Entwicklungen, die mit dem Phänomen der Globalisierung und dem Aufstieg der weltweiten Informationsgesellschaft in Zusammenhang gebracht werden.“*²¹

In den letzten Jahren konzentrieren die rechtspopulistischen Parteien in Europa ihre Agitationen zunehmend auf den Islam. Islam (Religion) wurde mit Islamismus (als politische Ideologie) gleichgesetzt und künstlich eine Brücke zum Terrorismus geschlagen. *„Der anti-islamische Populismus profitierte von vorhandenen Ängsten, die nach dem Anschlag am 11. September 2001 gewachsen sind.“*²²

Die Muslime wurden zum neuen Feindbild von rechtspopulistischen Parteien, die, so Wodak, *„eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle aktuellen Sorgen und Probleme“* instrumentalisieren.²³

Die Juden „verschwanden“ als „ewige Sündenböcke“ im Hintergrund, was bei Teilen der Bevölkerung den Anschein entstehen ließ, dass antimuslimische Vorurteile an die Stelle des Antisemitismus getreten seien. Tatsächlich ist der Antisemitismus aber nicht verschwunden.²⁴ In einem Interview aus dem Jahr 2004 antwortete Brigitte Bailer-Galanda, befragt, von welchen Ideologien die größten Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat ausgehen werde

¹⁹ Hans-Georg Betz, Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa, J.W. Falter et al. (eds.), Rechtsextremismus, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1996, online unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-322-97077-0_21 (05.10.2017)

²⁰ vgl. ebd.

²¹ Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus: Populisten in Übersee und Europa, Wiesbaden 2003, S. 18f

²² Frank Decker, Marcel Lewandowsky, Populismus, Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomen, online unter: <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all> (3.6.2009), 27.12.2017

²³ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg 2016, S. 18

²⁴ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 109

und ob sie in Zukunft neben Rechtsextremismus und Nazismus eine neue Bedrohung sehe: „Die Frage des Antisemitismus wird wieder virulent. Diesen finden wir heute nicht nur in rechtsextremen und islamistischen Kreisen, sondern leider auch immer mehr auf Seiten der extremen Linken und der hier angesiedelten Globalisierungskritiker.“²⁵

Nach Florian Hartleb beruht die „gegenwärtige“ Stärke der rechts- und nationalpopulistischen Parteien auf der Erweiterung ihrer „Stammthemen“ Fremdenfeindlichkeit und Elitenkritik um die simple Mobilisierungsformel: „Nein zu diesem Europa“.²⁶

Im Jahr 2015 gab es in 24 Ländern 39 Parteien, die politisch als linkspopulistisch, antikapitalistisch, separatistisch, rechtspopulistisch oder rechtsextrem eingeordnet wurden. Davon wurden 17 Parteien als rechtspopulistisch und 15 Parteien als rechtsextrem eingereiht, darunter Front National, Vlaams Belang, Úsvit přímé demokracie, Slovenská národná strana, Slovenska nacionalna stranka, Patriotische Front, Partij voor de Vrijheid, Partidul Romania Mare, Partido Nacional Renovador, Lega Nord, Jobbik, Chrysi Avgi, Ataka, Fidesz und schließlich die Freiheitliche Partei Österreich.²⁷

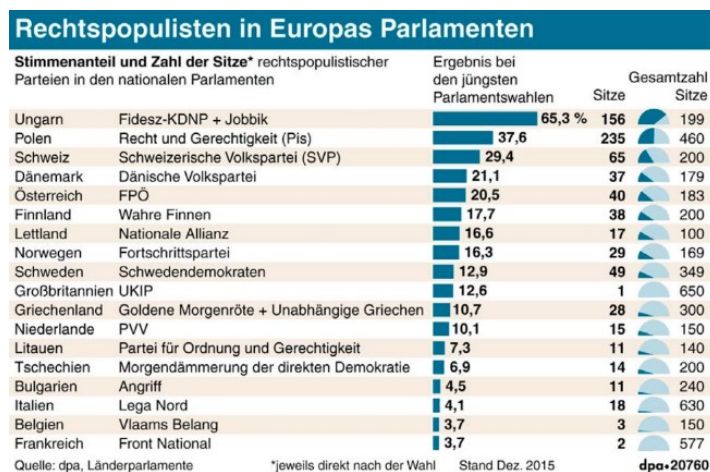


Abb. 1: Rechtspopulisten in Europas Parlamenten²⁸

²⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Interview mit Walter Hämmerle, online unter [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/302342_Interview-mit-DOeW-Leiter-Wolfgang-Neugebauer-und-Brigitte-Bailer-Galanda.html?em_cnt=302342,\(27.11.2004\), 12.10.2017](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/302342_Interview-mit-DOeW-Leiter-Wolfgang-Neugebauer-und-Brigitte-Bailer-Galanda.html?em_cnt=302342,(27.11.2004), 12.10.2017)

²⁶ Karsten Grabow, Florian Hartleb, Europa – Nein Danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa, online unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_36200-544-1-30.pdf, (2013), 10.10.2017

²⁷ Robert Pausch, Europa extrem, Rechtspopulisten, Neo-Linker, Separatisten, EU-Gegner: Nicht nur in Griechenland, nein, in ganz Europa sind radikale Parteien erstarkt. Wir zeigen die 39 erfolgreichsten, online unter: <http://www.zeit.de/feature/populismus-extremismus-europa#pnr>, (04.02.2015), 04.06.2017

²⁸ vgl. Jürgen Kalb, Die Visegrád Gruppe und die Zukunft der europäischen Einigung: Kerneuropa als Alternative?, S. 68, In: Deutschland und Europa: Die Zukunft der europäischen Union, online unter: http://www.deutschlandundeuropa.de/73_17/zukunft_eu.pdf (2017), 12.10.2017

2. Forschungsfragen

In meiner Arbeit möchte ich zu folgenden Fragestellungen eine Antwort finden:

- 1) Gibt es eine klare Definition von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?
- 2) Worin liegen allgemein die Gründe für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien, und welche Gründe können bei FPÖ und SVP genannt werden?
- 3) Sind die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) und die Schweizer Volkspartei (SVP) rechtspopulistisch und/oder rechtsextrem?
- 4) Wo liegen die wichtigsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten der politischen Systeme von Österreich und der Schweiz?
- 5) Wo liegen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Parteiprogrammen von FPÖ und SVP?

Auf die dargelegten Forschungsfragen wird unter den jeweiligen Punkten direkt eingegangen.

3. Methodischer Ansatz und Gliederung der Arbeit

Teil I bis III der Arbeit stützt sich auf umfangreiche Literaturrecherchen und in einem geringen Umfang auf Internetquellen.

Für Wahlergebnisse und Grafiken wurde auf Literatur und Internetquellen zurückgegriffen.

Für Teil IV (Vergleich der Wahlprogramme von FPÖ und SVP) erfolgte eine von der Theorie und Praxis abgeleitete Erkenntnisanalyse.

Die Arbeit besteht aus vier Hauptteilen und einem kurzen Resumée zur FPÖ und SVP.

Teil I

widmet sich dem Thema Populismus, im Besonderen dem Rechtspopulismus und in einem geringeren Umfang dem Rechtsextremismus.

Weiters enthält dieser Teil Erklärungen für die Schwierigkeit einer Begriffsbestimmung und nennt Kennzeichen und Merkmale, die in der Politikwissenschaft dem Populismus und (rechts-)populistischen Parteien und Bewegungen zugeschrieben werden.

Es wird darüber hinaus der Versuch unternommen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und Bewegungen herauszuarbeiten.

Schließlich werden noch Gründe angeführt, die als Ursachen für die Entstehung und Erfolge des neuen Parteityps in Europa ausschlaggebend waren.

Teil II

befasst sich mit den politischen Systemen von Österreich und der Schweiz und zeigt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf.

Die Parteienlandschaften in Österreich und der Schweiz werden in eigenen Punkten behandelt.

Teil III

befasst sich mit der Entwicklung von FPÖ und SVP, beginnend mit ihren Wurzeln bis hin zu ihrer heutigen Stellung in der Parteienlandschaft.

Den Biografien von Jörg Haider, Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Christoph Blocher (SVP) sind eigene Punkte gewidmet. Unterschiede ihrer Persönlichkeiten werden immer wieder auch passend zu den jeweiligen Themen eingearbeitet.

Teil IV

enthält wegen des Umfangs der Parteiprogramme von FPÖ und SVP eine jeweils stark gekürzte Fassung.

In diesem Teil werden die Parteiprogramme analysiert und die wichtigsten gemeinsamen Themen behandelt und verglichen.

Schluss

Der Schlussteil enthält ein kurzes Resümee zur FPÖ und SVP.

TEIL I – Populismus

4. Populismus

4.1. Allgemeines

Der Begriff "Populismus" (lat. "Populus", Bedeutung: "Volk", "Bevölkerung", "Staatsvolk") findet in Literatur und Medien für unterschiedlichste Gruppierungen, Ideologien und Verhaltensweisen in verschiedenen historischen geographischen Zusammenhängen Anwendung. In Ländern wie zB in den USA und in einigen Teilen Lateinamerikas (außer Mexiko) erfährt der Begriff teilweise eine positive Besetzung.²⁹ Im europäischen Raum haftet ihm im Alltagsgebrauch eher etwas Negatives an, weil er häufig als politischer Kampfbegriff zur Stigmatisierung politischer Gegner genutzt wird.³⁰ Populismus gilt nach Decker *„nachgerade als Negation dessen, was die Qualität eines verantwortungsbewussten Politikers im demokratischen Staat ausmache.“*³¹

Der Unterschied zwischen positivem und negativem Populismus liegt darin, dass der positive Populismus versucht, die Probleme der Bevölkerung ernst zu nehmen und in entsprechende Worte zu fassen und sich der negative Populismus zB manipulativer, beeinflussender und werbender Parolen bedient, um das Volk für sich zu gewinnen.³²

Populismus wird in den europäischen Ländern fast automatisch rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zugeschrieben, auch wenn populistische Bewegungen, Ideologien und Führungsfiguren „rechts“ und „links“ orientiert sind.³³

Hans-Jürgen Puhle gibt drei Empfehlungen zur Begriffsdefinition ab:

- Unterscheidung von Populismus als inhaltlich und programmatisch gerichtete Bewegung oder als Regime von (bloßen) populistischen Elementen, Techniken, Versatzstücken, Instrumenten und Stilen.
- Abgrenzung der diversen „klassischen“ Populismen von den jüngeren „Neo-Populismen“.

²⁹ Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil, In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus: Populisten in Übersee und Europa, Wiesbaden 2003, S. 15

³⁰ Uwe Jun, In: Frank Decker, Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, 1. Auflage, Wiesbaden 2006, Einleitung

³¹ Frank Decker, Parteien unter Druck: Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, S. 23

³² Martin Reisigl, Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus. Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Lars Frölich-Steffen, Susanne Rensmann (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 51, 52

³³ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, 1. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 26f

- Versuch, sich über das Verhältnis von Populismus und Demokratie Klarheit zu verschaffen.³⁴

Florian Hartleb erachtet zur Berücksichtigung des in den westlichen Demokratien erkennbaren Populismus der Gegenwart folgende Typologie als adäquat:

- Populismus von Politikern

Als typisch für den Populismus von Politikern bezeichnet Hartleb ihren Versuch, für sich mit prägnanten, mobilisierungsfähigen Parolen zu werben. Derartige Politiker seien keine „Überzeugungstäter“, sondern würden ihre „Fähnchen nach dem Wind“ ausrichten. Das Streben nach öffentlicher Resonanz sei dabei oberstes Gebot.

- Populistische (Basis-)Demokratie

In der idealisierten Diktion der populistischen (Basis-)Demokratie hat die direkte Beteiligung an der politischen Herrschaft einen hohen Stellenwert. Die unmittelbare Legitimation der politischen Mandatsträger durch das „Volk“ wird nach idealisierter Diktion als unabdingbar angesehen. Die geregelte Repräsentation hat dagegen einen niedrigen Stellenwert.

- Rechts- und Linkspopulistischer Parteientypus

Rechts- aber auch linkspopulistische Parteien grenzen sich in Form von Protest und Anti-Positionen von den etablierten Parteien ab und nehmen auf die politischen Prozesse Einfluss. Sie schüren dazu gezielt die Stimmungen der Bevölkerung und machen sie für sich nutzbar.³⁵

4.2. Die Schwierigkeit einer Definition

Eine Definition des Populismusbegriffs hat sich wegen der vielseitigen Verwendung des Begriffs und der heterogenen Forschungszugänge als schwierig herausgestellt. Die sich daraus ergebenden Unschärfen führten letztlich dazu, dass es bis heute in der Literatur keine einheitlich anerkannte Definition gibt.³⁶

Populismusforscher sind sich im Wesentlichen darüber einig, was die terminologischen Schwierigkeiten ausmacht.

Es ist vor allem die Bandbreite der Fälle, die den Stempel Populismus aufgedrückt bekam. Der Begriff findet für sehr unterschiedliche ideologische Ausrichtungen und unterschiedliche

³⁴ Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil, In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus, Populisten in Übersee und Europa, S. 16

³⁵ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, 1. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 60

³⁶ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 22f

organisatorische und personelle Trägerschaften wie Regime, Bewegungen, Parteien aber auch Einzelpersonen Verwendung.³⁷

Tim Spier nennt als Beispiele für die Spannweite der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen die neoliberalen Steuerprotestparteien (Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen), die kleinbürgerlichen Traditionsparteien (FPÖ und SVP) und die regionalistisch-separatistischen Neugründungen (Lega Nord, Vlaams Blok) und rechtsextremen Sammlungsbewegungen (Front National).³⁸ Die Gemeinsamkeit ihrer populistischen Politikform wurde zum Namensgeber.³⁹

Nach Ansicht von Thomas Meyer gleicht Populismus in der Unschärfe seiner Konturen und der Wandlungsfähigkeit seiner Substanz einem Pudding, der sich nun einmal nicht an die Wand nageln lasse, weil er komplex, in hohem Maße kontextabhängig und veränderlich und daher in knappen Definitionen schwer zu fassen sei.⁴⁰

4.3. Definitionsbeispiele

Es fehlt der Literatur zum Thema Populismus nicht an Kriterien, Merkmalen und Definitionsversuchen, doch sind sie nicht immer deckungsgleich.

Übereinstimmung besteht darüber, dass die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ im Mittelpunkt des Populismus steht.

Die von Thomas Meyer aufgezählten allgemeinen Merkmale des Populismus als politische Orientierung oder Bewegung decken sich mit der Ansicht der meisten Populismusforscher:

1. Politische Orientierung bzw. Bewegung der Unter- bzw. Mittelschichten gegen „oben“, damit gemeint sind die etablierten Institutionen, ihre Repräsentanten und die „politische Klasse“ insgesamt;
2. Im Mittelpunkt stehen fast immer Angst und Misstrauen, vor allem gegen „die da oben“ und der diffuse Protest gegen „die da oben“.
3. Arbeiten mit Einfachschemata (Anbieten einfacher Lösungen für komplexe Sachverhalte) und Schwarz-Weiß-Bildern
4. Zumeist Zuspitzung der Entdifferenzierung zu einer Form des Freund-Feind-Denkens (unversöhnliche Gegenüberstellung des Volkes „wir hier unten“ gegen die „Oberen“)

³⁷ vgl. ebd. S. 23f

³⁸ Tim Spier, Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, online unter <https://www.uni-goettingen.de/de/exposé/17286.html> (2004), 22.12.2017

³⁹ Tim Spier, Populismus und Modernisierung, In: Decker Frank, Populismus – Nützliches Korrektiv oder Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2006, online unter: https://www.researchgate.net/.../236872360_Populismus_und_Modernisierung, 04.03.2017

⁴⁰ Thomas Meyer, Populismus. Anmerkungen zu einem bedrohlichen Modernisierungsrisiko in Europa, S. 14f, In: Rudolf Thadden, Anna Hofmann (Hg.), Populismus in Europa, Krise der Demokratie, Göttingen 2005

5. Abbruch verständigungsorientierter Kommunikation auf Grund von Feindschaft und Misstrauen und an deren Stelle Anklage, Anprangern und verschiedene Formen der Verdächtigung.⁴¹

Auch die von Karin Priester aufgezählten grundlegenden Merkmale des Populismus werden vielfach geteilt. Priester bezeichnet als solche die Berufung auf den Common sense, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik.⁴²

Zur Berufung auf den „gesunden Menschenverstand“ meint Priester, dass dieser aus populistischer Sicht *„dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen“* sei, *„weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälschten, „gesunden“ Zugang zu Recht und Wahrheit habe.“*⁴³

Spier bezeichnet den Appell an das „Volk“, die Agitation gegen vertikale und horizontale Feindbilder, das Phänomen einer charismatischen Führerschaft sowie den Bewegungsscharakter populistischer Formationen als Merkmale des populistischen Politikstils.⁴⁴

Rensmann nennt Verschwörungsdenken, Polarisierung, Tabubruch und den Rückgriff auf common-sense-Argumente als Stilmittel des Populismus.⁴⁵

Jan Werner Müller nennt die nicht per se antiinstitutionelle Einstellung und die Inanspruchnahme der alleinigen moralischen Vertretung der politischen Thesen des Populismus als die zwei essentiellen Identifikationsmerkmale, die ineinandergreifen würden.⁴⁶

4.4. Populismus – eine Ideologie?

Uneinigkeit bzw. eine unterschiedliche Gewichtung herrscht in der Politikwissenschaft darüber, ob Populismus wegen der beliebigen Inhalte nur eine Politikform bzw. Verhaltensweise oder eine Ideologie darstellt.⁴⁷

⁴¹ vgl. ebd.

⁴² Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, unter Verweis auf: Paul Taggart, Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, In: Journal of Political Ideologies, 9 (2004), S. 274f, online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>, (26.1.2012), 17.09.2017

⁴³ vgl. ebd.

⁴⁴ Tim Spier, Modernisierungsverlierer: Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, S. 21f

⁴⁵ Lars Rensmann, Populismus und Ideologie, In: Frank Decker (Hg), Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, 1. Auflage, Wiesbaden 2006, S. 76

⁴⁶ Gregor Keuschnig, Jan-Werner Müller, Was ist Populismus?, online unter: <http://www.begleitschreiben.net/jan-werner-mueller-was-ist-populismus/> (8.6.2016), 12.10.2017

Der niederländische Populismusforscher Cas Mudde bezeichnet Populismus *"as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people."*⁴⁸

Nach Priester verfügt der Populismus über ein ideologisches Minimum, beruhend auf einer Polarisierung von „Volk“ und „Elite“.⁴⁹ Ihrer Ansicht nach fehlt es dem Populismus aber an einem eigenen Wertesystem, weswegen sie seine Ideologie als „dünn“ bezeichnet⁵⁰ und erklärt, dass eine Ideologie dann als „dünn“ gelte, wenn sie, wie der Nationalismus, die Ökologiebewegung oder der Feminismus, ein spezifisches Ziel verfolge, sich aber in anderen Politikfeldern an eine komplexere Ideologie anlehne. Auch der "dünne" Populismus gehe mit solchen Wirtsideologien Verbindungen ein, die von Fall zu Fall variieren. Als Beispiel nennt Priester u.a. den am 6. Mai 2002 ermordeten niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn. Dieser habe einen soziokulturellen Liberalismus propagiert und seine *„Koordinaten nicht mehr national-ethnisch, sondern westlich-kulturell“* ausgerichtet.⁵¹

Paul Taggart definiert aus diesem Grund den Populismus als *"inhärent unvollständig"* und meint, dass dieser ein *"leeres Herz"* habe, was seine Schwäche, aber auch seine Flexibilität ausmache.⁵² Als zyklisches Phänomen werde er oft mit einem Chamäleon verglichen, welches sich permanent neuen Bezugssystemen anpasse und sich zu ihnen in eine Anti-Beziehung setze. Die programmatische Variationsbreite des Populismus habe dazu geführt, ihn lediglich als eine Strategie des Machterwerbs zu definieren.⁵³

Lars Rensman sieht die pauschale Entgegensetzung von „gutem Volk“ und „korrupter Elite“ im Zentrum des Populismus, bezeichnet seine Ideologie aber wegen der heterogenen Inhalte

⁴⁷ Frank Decker, Parteien unter Druck, Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Wiesbaden, 2000, S. 26

⁴⁸ Cas Mudde, The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, Vol. 39/4, Hoboken 2004, S. 543

⁴⁹ Karin Priester, Rechter und Linker Populismus, Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main 2012, S. 237

⁵⁰ Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, unter Verweis auf Paul Taggart, Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, in: Journal of Political Ideologies, 9 (2004) 3, S. 285-298, online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>, (26.1.2012), 17.09.2017

⁵¹ Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, online unter:

<https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all> (26.1.2012), 17.09.2017

⁵² Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, S. 274f, unter Verweis auf: Paul Taggart, Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, online unter:

<https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>, (26.1.2012), 17.09.2017

⁵³ vgl. ebd.

als nicht „klar konturiert“ wie dies beispielsweise beim Sozialismus, Konservatismus oder Liberalismus der Fall ist.⁵⁴

Spier nennt drei Ideologeme, die sich nach seiner Ansicht bei den rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa nachweisen lassen: Nationalismus, Xenophobie und Autoritarismus.⁵⁵

Die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen des Populismus sind in den unterschiedlichen Systembedingungen begründet. Demgemäß sind auch die Zielsetzungen der populistischen Parteien und Bewegungen von Land zu Land nicht ganz deckungsgleich. Sie variieren von sozialrevolutionären oder radikalreformerischen Bestrebungen bis hin zur Anprangerung von Fehlentwicklungen des vorhandenen Systems.⁵⁶

Der Vorwurf, dass die „Elite“ nur die eigenen Partikularinteressen verfolge, ist allen (Rechts-)populisten ebenso gemein. Populisten stellen sich auf der politischen Bühne als die einzigen legitimen Vertreter des Volkes dar, die diesem wieder zu seiner Stimme verhelfen.⁵⁷

Beispielhaft kann hier die Aussage Norbert Hofers im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 angeführt werden, der seinem Kontrahenten Alexander van der Bellen vorwarf:

„Sie sind ein Kandidat der Schickeria, ich bin ein Kandidat der Menschen.“⁵⁸

5. Rechtspopulismus

5.1. Allgemeine Kennzeichen und Merkmale

Rechtspopulismus ist eine Form des Populismus. Demgemäß sind die grundlegenden Merkmale und Stilmittel des Populismus mit jenen des Rechtspopulismus ident.

Dem Rechtspopulismus werden in der Literatur im Wesentlichen folgende Merkmale, Stilmittel und Einstellungen zugeschrieben, von denen die wichtigsten in Unterpunkten noch näher erörtert werden:

Emotionalisierung, Angstmache, Provokation, Tabubruch, Vorliebe für radikale Lösungen, Rhetorik, Erzeugung von Feindbildern, Common sense-Argumente, Argumentationsweise, aggressive Art der Auseinandersetzung, Erzeugung von Feindbildern.

⁵⁴ Lars Rensmann, Populismus und Ideologie, In: Frank Decker (Hg), Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, 1. Auflage, Wiesbaden 2006, S. 63, 76

⁵⁵ Tim Spier, Modernisierungsverlierer, S. 24f

⁵⁶ Frank Decker, Parteien unter Druck, S. 26

⁵⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizer Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006, S. 20f

⁵⁸ vgl. „die Presse“, Hellin Sapinski, Wenn Hofer und van der Bellen alleine sind, online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/4989353/Wenn-Hofer-und-Van-der-Bellen-alleine-sind> (16.5.2016), 16.04.2017

Decker und Lewandowsky unterscheiden - in „aufsteigender Reihenfolge ihrer Radikalität“ - folgende "Stilmittel":

- Rückgriff auf common sense-Argumente
- Vorliebe für radikale Lösungen (Kompromissfähigkeit wird als Untugend angesehen)
- Verschwörungstheorien und das Denken in Feindbildern
- Provokation und Tabubruch
- Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern (zB Raubtierkapitalismus, Schmarotzer)
- Emotionalisierung und Angstmache.⁵⁹

Rechtspopulismus steht für Nationalismus, Ethnozentrismus und Wohlfahrtschauvinismus. Rechtspopulistische Parteien haben eine antilibérale Einstellung und nehmen eine Anti-EU-Haltung ein.

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen zeichnen sich durch ihren Bewegungskarakter aus, der durch die Organisationsstruktur und die herausgehobene Position eines "Führers", die der Identifizierung mit der Partei dient, auftritt.⁶⁰

Wodak nennt als hervorstechende Merkmale des Rechtspopulismus Rhetorik, Argumentationsweise und die aggressive Art der Auseinandersetzung, erachtet es allerdings zur Identifizierung von rechtspopulistischen Parteien als erforderlich, deren Ideologien, Überzeugungen, Behauptungen und durch eine solche Rhetorik vermittelte Vorstellungen zu beobachten und in Kontext zu historischen, soziopolitischen, intertextuellen und interdiskursiven sowie situativen Dimensionen zu stellen.⁶¹

Nach Geden können in der Beschreibung des Rechtspopulismus als Syndromkomplex vier zentrale Linien in ihrem Zusammenspiel bestimmt werden: der antielitäre Rekurs auf das Volk als politische Kategorie, der legitimierende Rückgriff auf Alltagserfahrungen und den „gesunden Menschenverstand“, spezifische Prinzipien der politischen Kommunikation bzw. Rhetorik sowie die organisatorischen Strukturen rechtspopulistischer Politik.⁶²

⁵⁹ Frank Decker, Marcel Lewandowsky, Populismus, Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomen, In: Olivier Agard, Christian Helmreich, Hélène Vinckel-Roisin (Hg.), Das Populäre, Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache, Göttingen 2011. S. 336f

⁶⁰ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, S. 33f

⁶¹ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 13

⁶² Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 20

5.1.1. Identitätspolitik, Ausländerfeindlichkeit – Ausgrenzung von Fremden

Rechtspopulismus begreift das Volk als homogene Einheit, begründet in der gemeinsamen Entstehungsgeschichte und Kultur. Das „Volk“ ist nicht als reale „Bevölkerung“ zu verstehen, sondern stellt ein Idealbild dar, das Identität und Zugehörigkeit vermitteln soll. Populisten leugnen den komplexen Aufbau moderner Gesellschaften in Form von Schichten und Milieus und die damit zusammenhängenden unterschiedlichen Interessenlagen und schreiben dem nicht näher bestimmbaren "Volk" moralische Werte und Tugenden (zB „anständige Bürger“, „der hart arbeitende kleine Mann“) zu.⁶³

Sascha Nicke⁶⁴ analysierte die Identitätsvorstellungen von rechtspopulistischen Parteien unter Heranziehung des Grundsatzprogrammes der AfD (GAfD) und der Selbstdarstellung der „Identitären Bewegung“ auf deren Webseite⁶⁵ und kam zu folgendem Schluss:

Die Grundmaxime der Identitätsvorstellung von rechtspopulistischen Parteien bildet die Annahme eines substantiellen Wesenskernes. Die nationale Zugehörigkeit jedes Menschen resultiert aus seiner Abstammung und wird nicht über die Staatszugehörigkeit definiert.⁶⁶

Das kulturelle Erbe, genuine Traditionen, die historische Vergangenheit und die Sprache kreieren einen „spezifischen Volkscharakter“, der eng mit einem gewissen geographischen Lebensraum verbunden ist und mit der Geburt übertragen wird.⁶⁷

„Jeder Einzelne wird in dieser Lesart mit seiner Geburt ein Mitglied in einer schicksalsbestimmten Gemeinschaft und erhält dadurch eine spezifische, aus der Historie und Tradition gewachsene Wesenheit... Der Mensch wird in dieser Perspektive auf diese Wesenheit reduziert, mögliche Unterschiede zwischen den Einzelnen nivelliert. Es wird von etwas genuin Eigenem ausgegangen, was jede Nation bzw. jedes Volk ausmacht und was nur in Form einer (Blut-)Abstammung übertragbar sei.“⁶⁸

Nicke sieht den Vorteil einer solchen substantiell bestimmten Identitätsvorstellung in der Homogenisierung der komplexen und heterogenen Gesellschaftszustände in die Kategorien

⁶³ Frank Decker, Marcel Lewandowsky, Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens, online unter: <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all> (3.6.2009), 15.04.2017

⁶⁴ Sascha Nicke ist Doktorand an der Universität Potsdam am Arbeitsbereich für Sozialgeschichte. In seiner Doktorarbeit forscht er zu Konstruktion von Identität und Veränderungsprozesse in der Identitätsbildung und -entwicklung von Menschen.

⁶⁵ vgl. Homepage „Identitäre Bewegung“, online unter: <http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/> 14.12.2016

⁶⁶ Sascha Nicke unter Verweis auf GAfD, S. 2, Zeile 1-4, S. 32, Zeile 25 u. S. 49, Zeile 13-17. Sowie: IB, Unterpunkt Idee & Tat, Zeile 8-16, online unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet> (8.2.2017), 07.06.2017

⁶⁷ vgl. ebd.

⁶⁸ vgl. ebd.

des "Eigenen" und des "Anderen". Die vielschichtigen Lebenswelten und Subkulturen, die große Anzahl an Individuen und Subkollektiven, die sich innerhalb einer Gesellschaft befänden, würden ausgeblendet und in einem einzigen nationalen-völkischen Kollektiv subsumiert. Dem Einzelnen werde somit eine überschaubare Welt suggeriert, in der sein (Lebens-)Sinn determiniert sei. Denn das "Eigene" müsse erhalten und vor dem Verfall durch den Einfluss von "Fremden" sowie "Feinden" geschützt und verteidigt werden.⁶⁹

Der „Multikulturalismus“, die "Gender-Forschung", die "Betonung der Individualität" oder die "Masseneinwanderung und Islamisierung" würden den Rechtspopulisten zusätzlich dazu dienen, die Homogenisierung des "Eigenen" zu verstärken, denn an Hand derer ließen sich alternative Lebensweisen und Wertvorstellungen ausgrenzen, indem eine simplifizierte Welt entworfen werde, in der es nur ein "Richtiges" gebe, der Einzelne im Kollektiv aufgehe und der Rest als "Fremdes", "Feind" oder "Falsches" stigmatisiert werde.⁷⁰

Wodak nennt die Ausgrenzung von „Fremden“ innerhalb als auch außerhalb der Grenzen des jeweiligen Landes als wichtigstes Kennzeichen des Rechtspopulismus. Dieser betone sowohl die Kriterien der Zugehörigkeit als auch die territorialen Grenzen⁷¹ und legitimiere ausgrenzende Maßnahmen und ausgrenzende Rhetorik oft mit scheinbar notwendigen Sicherheitsvorkehrungen. So würden die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA bis heute als Vorwand für Einwanderungsbeschränkungen und den damit in Verbindung stehenden Sicherheitsmaßnahmen gelten.⁷²

5.1.2. Instrumentalisierung von Sündenböcken

Ein prägnantes Merkmal von rechtspopulistischen Parteien ist die Instrumentalisierung von „Sündenböcken“. Nach Wodak müssen diese *„für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme herhalten“*. Alle rechtspopulistischen Parteien würden *„eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher und politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme“* instrumentalisieren. Dieses Phänomen manifestiere sich als *„Politik mit der Angst.“*⁷³

Anton Pelinka habe festgestellt, dass Populismus komplexe Entwicklungen durch die Suche nach einem Schuldigen vereinfache und habe argumentiert:⁷⁴

⁶⁹ vgl. ebd.

⁷⁰ vgl. ebd.

⁷¹ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 54

⁷² vgl. ebd. S. 70

⁷³ vgl. ebd. S. 18

⁷⁴ vgl. ebd. S. 20

„Da es dem Feind – dem Fremden, der fremden Kultur – bereits gelungen ist, in die Festung des Nationalstaates einzudringen, muss jemand dafür verantwortlich sein. Die Eliten sind die sekundären ‚definierenden Anderen‘, denn sie sind verantwortlich für die liberale demokratische Politik, kulturelle Diversität zu bejahen. Die populistische Antwort auf die Komplexität einer mehr und mehr pluralistischen Gesellschaft ist nicht Multikulturalität. [...] Rechtspopulismus sieht in der Multikulturalität ein Rezept, die (eigene) Nation zu entnationalisieren, das (eigene) Volk zu dekonstruieren.“⁷⁵

Nach Wodak kann Rechtspopulismus als politische Ideologie definiert werden, die bestehenden politischen Konsens ablehnt und in der Regel Laissez-faire-Liberalismus⁷⁶ mit Anti-Elitismus verbindet.⁷⁷

5.1.3. Bewegungscharakter und Führerfiguren

In der Politikwissenschaft werden, wie schon unter Punkt 5.2. angeführt, als Hauptmerkmale von populistischen Parteien und Bewegungen ihr Bewegungscharakter und die meist hervorgehobene Person des Führers angeführt.⁷⁸ In der Regel ist bei diesem Parteityp der Grad der Institutionalisierung relativ gering. FPÖ und SVP sind hier eine Ausnahme.⁷⁹

Durch ihren Bewegungscharakter wollen sich populistische Parteien und Bewegungen von den klassischen Parteien abgrenzen⁸⁰ und wählen daher häufig Bezeichnungen wie *„Bund, Liga, Front oder Bewegung“*.⁸¹

Decker sieht im Hervorheben einer „Führerfigur“ die Gefahr, dass die Bewegung als Ganzes zusammenbricht, wenn der „Führer“ seine Machtbasis einbüßt oder dieser „abhanden“ kommt, weil dann oftmals die Identifizierung mit der Partei fehlt.⁸²

⁷⁵ Ruth Wodak, *Politik mit der Angst*, S. 20, unter Verweis auf: Anton Pelinka, *Right-wing populism: Concept and typology*, S. 3 – 22.

⁷⁶ Der französische Begriff „Laissez-faire“ bedeutet auf Deutsch „machen lassen“. Damit bezeichnet man v.a. in der Wirtschaft eine Einstellung, die alles nach Möglichkeit dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlässt. Dies ist eine reine Form von Wirtschaftsliberalismus (Liberalismus), online unter: www.politiklexikon.at/laissez-faire (19.10.2017)

⁷⁷ Ruth Wodak, *Politik mit der Angst*, S. 25

⁷⁸ Tim Spier, *Populismus und Modernisierung*, In: Decker Frank, *Populismus – Nützliches Korrektiv oder Gefahr für die Demokratie?*, Wiesbaden 2006, S. 37

⁷⁹ Tanja Klein, *Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen*, Potsdam 2012, S. 23

⁸⁰ Auch der Populist Sebastian Kurz, seit Mai 2017 Parteiboss der Bürgerpartei ÖVP und seit 18.12.2017 Bundeskanzler der Republik Österreich, bezeichnet die „Neue ÖVP“ als Bewegung und hat ihr darüber hinaus mit der Farbe „Türkis“ einen neuen Anstrich verpasst.

⁸¹ Tanja Klein, *Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen*, Potsdam 2012, S. 23

⁸² Frank Decker, *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, S. 18

Die zumeist charismatischen Führerfiguren stilisieren sich zu Vertretern des Volkes hoch und suggerieren, dass *„sie genau verstehen, was die Leute auf der Straße wünschen.“*⁸³ Die „Führerfiguren“ sind das *„Gesicht und Aushängeschild“* dieser Parteien.⁸⁴

Spier sieht, wie Decker, die Gefahr, dass der politische Erfolg mit den Führerfiguren steht oder fällt.⁸⁵

Auffällig ist, dass unter den Führerfiguren immer wieder narzisstische Charaktere zu finden sind. Diese sind gelegentlich mit *„zügelloser Eitelkeit, übersteigertem Machtbedürfnis und einem autoritären Führungsstil“* ausgestattet.⁸⁶

Auch in den hier behandelten Parteien FPÖ und SVP gab es in der Vergangenheit narzisstische Führerfiguren: Bei der FPÖ war es Jörg Haider, bei der SVP Christoph Blocher. In beiden Parteien kam es auch zu einer Parteiabspaltung.

Eine Zusammenarbeit von derartigen Persönlichkeiten mit Parteiliten und anderen Funktionären der Organisationen ist oft nur schwer möglich.⁸⁷

5.2. Themen und Kritiken von rechtspopulistischen Parteien

Die Themenschwerpunkte der rechtspopulistischen Parteien haben sich seit ihrer Entstehung geändert und sind auch von Land zu Land teilweise unterschiedlich. Grundsätzlich sind die meisten dieser Parteien aber gegen Globalisierung, gegen eine „Islamisierung“, gegen Zuwanderung von Ausländern, für Law & Order und für mehr direkte Demokratie.

Die SVP ist betreffend Forderung nach mehr direkter Demokratie eine Ausnahme, da das Volk ohnehin durch Volksabstimmungen und Referenden in die politischen Prozesse mehr als in allen anderen europäischen Ländern eingebunden ist.

5.2.1. Anti-Globalisierung

Nach Stöss stützen sich Rechtspopulisten auf eine seit langem im Kern bestehende Ideologie, die bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung stößt.⁸⁸

„Der rechte Rand muss sich keine Gedanken über neue Konzepte machen. Er ist schon dann erfolgreich, wenn er den Status quo heftig kritisiert und als Allheilmittel zur Lösung aller

⁸³ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2004, S. 34f

⁸⁴ Tim Spier, Modernisierungsverlierer, S. 20

⁸⁵ Tim Spier, Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010, S. 22, unter Verweis auf: Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 35 ff

⁸⁶ Tim Spier, Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, S. 22

⁸⁷ vgl. ebd.

⁸⁸ Richard Stöss, die linken Parteien unter Globalisierungsdruck, In: Carsten Koschmieder (Hg), Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen, Wiesbaden 2017. S. 166f

*Probleme die Rückkehr zum souveränen und volksgemeinschaftlichen Nationalstaat propagiert.*⁸⁹

Der Nationalstaat wird als Voraussetzung und Garant für demokratische Gesellschaften angesehen und die Ansicht vertreten, dass ein demokratischer Rechtsstaat nur innerhalb eines Nationalstaats existieren kann, der über eine „ausreichend soziale Kohäsion“ verfügt. Supranationalismus und Multikulturalismus, welche nach Ansicht von rechtspopulistischen Parteien seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Ziel westeuropäischer Eliten sind, würden die Nation und den Territorialstaat aushöhlen und damit letztlich zerstören.⁹⁰

Die Angst vor der Globalisierung spielt beim Erfolg von rechtspopulistischen Parteien in Europa eine entscheidende Rolle und ist einer Studie aus dem Jahr 2016 zufolge vom Bildungsniveau, Einkommen und Lebensalter abhängig: Je niedriger das Bildungsniveau, je geringer das Einkommen und je älter die Menschen, desto eher nehmen sie die Globalisierung als Bedrohung wahr. Migration wird als die zentrale globale Herausforderung angesehen. Erst danach stehen wirtschaftliche Ängste und die Angst vor dem Verlust traditioneller Werte. Menschen, die Globalisierungsängste haben, fühlen sich der Studie zufolge vielfach (rechts-)populistischen Parteien verbunden. So haben 69 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der FPÖ Angst vor der Globalisierung und ihren Folgen.⁹¹

Im Weltbild von Rechtspopulisten tritt die Globalisierung negativ in Erscheinung: Zu viele Migranten, Verlust nationaler Eigenständigkeit, Auflösung der gemeinschaftlichen Solidarität, Identitätsverlust, Firmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern, Etablierung von ausländischen Firmen im Inland, als deren Folge inländische Firmen in Konkurs gehen, Verlust von inländischen Arbeitsplätzen.⁹²

5.2.2. Anti-Immigration

Auf Grund der inhaltlichen Ausrichtung des Rechtspopulismus, die von einem ausgeprägten Wertkonservatismus sowie xenophoben Ressentiments geprägt ist,⁹³ steht das Thema Migration im Fokus der Politik von rechtspopulistischen Parteien.

Rechtspopulistische Parteien wollen „als Bewahrer und Retter der nationalen Identität und einer kulturell homogenen Gemeinschaft gelten“⁹⁴. Sie schüren dazu Ressentiments, die auf

⁸⁹ vgl. ebd.

⁹⁰ vgl. ebd.

⁹¹ Catherine de Vries, Isabell Hoffmann, Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum., online unter https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf (November 2016), 29.09.2017, S. 30

⁹² Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, S. 117 - 122

⁹³ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 35

realen gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Fremden beruhen und warnen vor einer Gefährdung der nationalen Identität durch Masseneinwanderung, insbesondere vor einem aggressiven Fundamentalismus.⁹⁵

Rechtspopulistische Parteien assoziieren, wie auch andere konservative Parteien, eine „Nation mit Ethnizität, gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur und bestimmten, traditionell-konservativen Werten wie Familie, einem traditionellen Geschlechterrollenbild, Heimat, Sicherheit und Christentum...“ Sie bemühen „explizit fremdenfeindliche und rassistische Ressentiments, um gegen den drohenden »Souveränitätsverlust« der Nationalstaaten zu mobilisieren... Die migrationspolitischen Ziele schwanken dabei von zero immigration und der Rückführung hier lebender Ausländer auf dem rechten Flügel des Projekts bis zu Positionen, die Einwanderung reduzieren wollen ... Um diese politisch und operativ durchzusetzen, verfolgen viele national verankerte konservative Akteur_innen“ eine repressive Migrationspolitik.⁹⁶

Migranten sind die „Sündenböcke“ und werden „durch Einwanderung in die Sozialsysteme“⁹⁷ für zusätzliche Sozialkosten, Missbrauch von Sozialleistungen und höhere Arbeitslosigkeit, verantwortlich gemacht. Rechtspopulistische Parteien erreichen mit ihren Argumenten und Forderungen nach gerechteren Sozialleistungen vor allem jene Bevölkerungsgruppen, die von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt sind und sich von den etablierten Parteien nicht mehr oder nicht mehr ausreichend vertreten fühlen.⁹⁸

In den letzten Jahren wurden hauptsächlich Angehörige der islamischen Glaubensgemeinschaft zu Feindbildern stilisiert. Das Angstthema Islam/Islamismus ist ein Erfolgsgarant für Wählerstimmen. „Unter dem Banner der angeblichen Verteidigung des Abendlandes vollzieht sich im europäischen Rechtsaußenspektrum zunehmend eine Kulturalisierung des Rassismus, die im Islam und dabei besonders in den muslimischen Zugewanderten ihr vermarktungsfähiges Feindbild gefunden hat.“⁹⁹

⁹⁴ Florian Hartleb in Uwe Backes, Eckhard Jesse, Gefährdungen der Freiheit, Extremistische Ideologien im Vergleich, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006, S. 136

⁹⁵ vgl. ebd.

⁹⁶ Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam, Jens Wissel (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik, Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«, Bielefeld 2014, S. 69

⁹⁷ vgl. ebd.

⁹⁸ Florian Hartleb, Rechtspopulistische Parteien, Arbeitspapier/Dokumentation, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 143/2005, online unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6380-544-1-30.pdf?131107151332 (April 2005), 04.05.2017

⁹⁹ Alexander Häusler, Die Alternative in Deutschland, eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?, In: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen – Antworten, 1. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 131

Bezogen auf Österreich ist bemerkenswert, dass nicht – wie von der FPÖ suggeriert – die Gruppe der Muslime die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung in Österreich bildet, sondern deutsche und serbische Staatsangehörige.

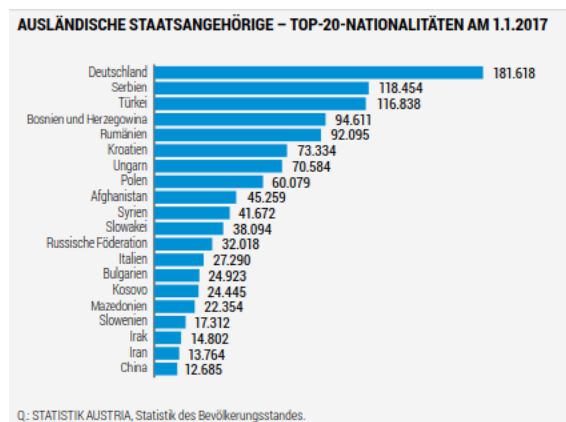


Abb. 2: Ausländische Staatsangehörige – Top-20-Nationalitäten am 1.1.2017¹⁰⁰

In der Schweiz betrug der Ausländeranteil im Jahr 2015 bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 8,3 Mio. mehr als 2 Mio. (= 24,6 Prozent). 1950 lag der Ausländeranteil bei einer Bevölkerungszahl von unter 5 Mio. noch bei weniger als 6 Prozent.¹⁰¹

Der Anteil der muslimischen und aus dem Islam hervorgegangenen Glaubensgemeinschaften nahm zwischen 2000 und 2015 um 1,5 Prozentpunkte zu, liegt aber gegenüber anderen Religionen nur bei etwa 10 Prozent.¹⁰²

5.2.3. Law & Order

Wie Wodak zutreffend ausführt, instrumentalisieren rechtspopulistische Parteien „Sündenböcke“. Ausländer sind solche „Sündenböcke“. Ihnen wird nicht nur die Schuld für zusätzliche Sozialkosten, Missbrauch von Sozialleistungen und höhere Arbeitslosigkeit gegeben. Angeblich hat auch der höhere Ausländeranteil zu einem Anstieg der Kriminalität geführt. Ein autoritärer Staat soll daher symbolhaft für Recht und Ordnung sorgen und aktionistische Law-and-Order-Maßnahmen ein konsequentes Durchgreifen suggerieren.¹⁰³

Dazu gehört eine stärkere Verbrechensbekämpfung und der Ausbau der Exekutive (bessere Ausrüstung, bessere Ausbildung, Beschleunigung von Strafverfahren). Oberstes Ziel ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, um der behaupteten inneren Bedrohung in rigider

¹⁰⁰ eigene Quelle, von: Integrationsfonds.at, (13.10.2017)

¹⁰¹ vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Bevölkerung nach Migrationsstatus, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/religionen.html> 13.10.2017

¹⁰² vgl. ebd.

¹⁰³ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 18f

Form Abhilfe zu verschaffen, zB Videoüberwachung von öffentlichen Räumen und Plätzen, Abhörmaßnahmen, von denen Betroffene keine Kenntnis erhalten sowie Verschärfung der Kontrollen bei Sozialhilfeempfängern.¹⁰⁴

5.2.4. Anti-EU

Nach Hartleb kennzeichnen folgende Wesenszüge eine populistische Anti-EU-Partei:

- Spannweite von selektivem Europaskeptizismus bis zu destruktiveren Anklängen
- Nationalistische Anti-Euro-Kampagnen
- Agitation gegen EU-Erweiterung
- Kritik am Bürokratismus und am Demokratiedefizit der EU: EU als „elitäres, oktroyiertes Projekt“ (institutionelles Defizit)
- Fehlendes europäisches „Wir-Gefühl“ als Anknüpfungspunkt (strukturelles Defizit)¹⁰⁵

Rechtspopulisten machen die EU für sämtliche Negativfolgen des Modernisierungsprozesses der letzten Jahrzehnte verantwortlich (materielle Wohlstandsverluste, Verlust der kulturellen Identität, nationalstaatliche Zuständigkeiten, Krise der politischen Repräsentation).¹⁰⁶

„Die grundlegende Strategie in der Europäischen Union ist somit im Kern die unterschiedlich scharfe Ablehnung eines vertieften europäischen Integrationsprozesses. Das konservative Hegemonieprojekt bleibt primär auf das nationale Territorium bezogen und steht einer vertieften Integration skeptisch bis ablehnend gegenüber. Stattdessen befürworten die jeweiligen Akteur_innen ein »Europa der souveränen Nationen«...“¹⁰⁷

Die Einstellung mancher rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zur EU hat sich im Laufe der Jahre geändert, so zB jene der FPÖ und der Lega Nord. Die Lega Nord war vormals zum Teil pro-europäisch aufgestellt und wurde inzwischen zu einem rigorosen EU-Gegner.¹⁰⁸ Auch die FPÖ änderte ihre Haltung zur EU. Sie war zunächst für einen EU-Beitritt, Haider leitete aber ab Ende 1991 mit ersten EG-kritischen Äußerungen den Positionswechsel seiner Partei hin zur EU-kritischen Partei ein.¹⁰⁹ Seine ablehnende Haltung begründete er zB mit Aussagen wie *„wir wollen keine sizilianische Verwaltung bekommen und keine*

¹⁰⁴ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, S. 125f

¹⁰⁵ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, S. 132

¹⁰⁶ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 213f

¹⁰⁷ Sonja Buckel, Fabian Giorgi, John Kannankulam, Jens Wissel (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik, Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«, Bielefeld 2014, S. 69

¹⁰⁸ Rudolf Hrbek, Martin Hüttemann (Hg.), Hoffnung Europa - Die EU als Raum und Ziel von Migration, 1. Auflage, Baden-Baden 2017, S. 183

¹⁰⁹ Franz Heschl, Drinnen oder draussen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994, Wien 2000, S. 56 f

portugiesischen Notenbankpräsidenten¹¹⁰ oder „wir müssen mit unseren Mitgliedsbeiträgen die Nichtsteuer im Süden finanzieren. Das Geld der fleißigen Österreicher wird der italienischen Mafia oder korrupten griechischen Bürgermeistern zugeleitet.“¹¹¹

Die Reorientierung der FPÖ erfolgte auch aus parteitaktischen Gründen.¹¹²

Die FPÖ machte im Laufe der 1990er die EU-Osterweiterung (Anm.: acht osteuropäische Länder sowie Zypern und Malta traten 2004 der EU bei, Rumänien und Bulgarien 2007) zu einem Schwerpunktthema und warnte in Bezug auf wirtschafts- und sicherheitspolitische Risiken vor Übereilung.¹¹³

In Bezug auf die Einstellung der FPÖ unter Parteiobmann Heinz-Christian Strache kam Reinhard Heinisch an Hand einer grenzüberschreitenden Studie¹¹⁴, bei der er alle öffentlichen und die EU betreffenden Reden von Strache aus den letzten vier Jahren (insgesamt 549 Stellungnahmen) auswertete, zu dem Ergebnis, dass sich die FPÖ, was die Intensität der Kritik anbelangt, „kaum von ihren offen EU-feindlichen Fraktionskollegen im Europaparlament“ unterscheidet. Von allen Statements zu Europa, die FPÖ-Chef Strache im Zeitraum von 2013 bis 2017 getätigt habe, seien 91,6 Prozent eindeutig negativer Natur gewesen.¹¹⁵

Die FPÖ verwendet in ihrem Parteiprogramm den seit langem im rechtsextremen Vokabular vorhandenen Begriff „Europa der Vaterländer“, einen national aufgeladenen Europa-Begriff, der Zentralisierung ablehnt.¹¹⁶

Die SVP rückte bereits mit ihrem Aufkommen in den 1990er Jahren neben den Themen Migration, Asyl und Sicherheit ihre Ablehnung gegen einen EU-Beitritt in das Zentrum ihrer

¹¹⁰ Franz Heschl, Drinnen oder draussen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994, Wien 2000, S. 250, unter Verweis auf „Die Presse“ vom 9.6.1994

¹¹¹ Franz Heschl, Drinnen oder draussen? S. 250, zitiert nach: Industriellenvereinigung-Europa-Informationsdienst: Kurzkomentar zu Dr. Haiders Ausführungen in der Pressestunde vom 17.4.1994, Wien 1994, S. 5

¹¹² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Elefanten Press Berlin, 1997, S. 192

¹¹³ Martin Lugmayr, Österreichische Innenpolitik und die EU-Osterweiterung. Eine Reise durch Mitteleuropa-Nostalgie, Ost-Phobie und strukturelle Handlungszwänge eines Kleinstaats, In: Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hg), Österreich in der Europäischen Union, Bilanz seiner Mitgliedschaft, Wien/Köln/Weimar 2003, S. 244

¹¹⁴ Laut dem in der Zeitschrift „Die Presse“ erschienenen Artikel „Der EU-Spagat der FPÖ“ wurde die Studie vor kurzem in den USA vorgestellt, aber noch nicht veröffentlicht. Online unter <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5225489/Der-EUSpagat-der-FPOe> (13.10.2017)

¹¹⁵ vgl. „die Presse“, Michael Laczynski, Der EU-Spagat der FPÖ, <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5225489/Der-EUSpagat-der-FPOe> (28.5.2017), 13.10.2017

¹¹⁶ vgl. Homepage „FPÖ“, Parteiprogramm, Europa der Vielfalt, online unter: <https://www.fpo.at/themen/parteiprogramm/europa-der-vielfalt/> 17.10.2017

Arbeit.¹¹⁷ Christoph Blocher sah durch einen EU-Beitritt neben den historisch begründeten neutralitätspolitischen Prämissen der Schweiz auch die Volkssouveränität in den Kantonen und Gemeinden gefährdet.¹¹⁸ Eine Gefährdung erblickt die SVP bei einem EU-Beitritt auch in Bezug auf ihre Hauptanliegen, eine freie Wirtschaft, Eigenständigkeit und die Unabhängigkeit der Schweiz.¹¹⁹

5.2.5. Demokratie – Einstellung und Kritik

Populistische Parteien üben – im Unterschied zu rechtsextremistischen Parteien, die den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen ablehnen¹²⁰ – Kritik an der Form der repräsentativen Demokratie. Den etablierten Parteien wird vorgeworfen, in erster Linie ihre Eigeninteressen zu verfolgen anstatt die Interessen der „kleinen Leute“ zu vertreten. Die Entscheidungen würden nur über das Gemeinwesen von gewählten Repräsentanten getroffen, was mehr und mehr zu einer Entfremdung zum Volk führe. (Rechts-)Populistische Parteien plädieren daher für eine unmittelbare Demokratie¹²¹, wie sie beispielsweise in der Schweiz praktiziert wird.

Nach Marius Hildebrand ist es das Ziel von rechtspopulistischen Parteien, die Demokratie zu erneuern, indem sie darauf abzielen, das etablierte Verhältnis zwischen der liberalen Tradition und der demokratischen Tradition zugunsten der letzteren zu korrigieren. Im Konfliktfall würden sie das Volkssouveränitäts- und Mehrheitsprinzip gegenüber dem Rechtsstaatsprinzip des liberalen Konstitutionalismus privilegieren.¹²²

5.3. (Rechts-)Populistische Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch

In der wissenschaftlichen Literatur wird hauptsächlich die Krise der Demokratie als guter Nährboden für die Entstehung populistischer Parteien und Bewegungen angeführt.

Nach Rudolf von Thadden und Anna Hofmann waren die jungen Demokratien im östlichen Teil Europas ein „Nährboden“ für den Populismus; noch günstigere Entwicklungsbe-

¹¹⁷ Ernst Furlinger, Moscheebaukonflikte in Österreich: Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter, Göttingen 2013, S. 95, unter Verweis auf Damir Skenderovics, The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945-2000, New York/Oxford, S. 159ff

¹¹⁸ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, S. 130

¹¹⁹ Ueli Leuthold, Jilline Bornand (Hg.): Schweizer Staatskunde, Grundlagen und Repetitionsfragen mit Antworten, Zürich 2012, S. 74

¹²⁰ Gabriele Nandlinger, Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....?, online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all> (25.07.2008), 09.10.2017

¹²¹ Marcel Lewandowsky, Populismus der Mitte, Marburg 2010, S. 23

¹²² Marius Hildebrand, Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Kultur und Kollektiv, Schriftenreihe der Forschungsstelle Kultur- und Politikwissenschaft, Bielefeld 2017, S. 16f

dingungen sahen Thadden und Hofmann aber in den älteren Demokratien auf Grund ihrer „Verschleißerscheinungen“.¹²³ Zu diesen zählen Politologen wie Frank Decker¹²⁴ und Anton Pelinka¹²⁵ die partielle Legitimationskrise der etablierten Parteien, die wachsende Parteienverdrossenheit und das Außer-Stande-Sein der etablierten Parteien, ihre Wählerschaft dauerhaft an sich zu binden.

Die von Thadden und Hofmann bereits im Jahr 2005 prognostizierte Entwicklung wird durch eine Statistik aus 2015 bestätigt. Demnach gab es 2015 in 24 Ländern Europas 39 Parteien mit einer politischen Zuordnung als linkspopulistisch, antikapitalistisch, separatistisch, rechtspopulistisch oder rechtsextrem.¹²⁶

Dass diese Entwicklung auch weiter anhält zeigt sich an Ländern wie der Slowakei, Ungarn und Polen.

In der Slowakei wurde die rechtsextreme Partei "Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei" (L'SNS) unter Parteichef Marian Kotleba, einem bekannten Neonazi, bei der Nationalratswahl im März 2016 drittstärkste Kraft. Noch ein Jahr zuvor kam die Partei in Umfragen auf nicht einmal zwei Prozent.¹²⁷

In Ungarn spielt vor allem der Antisemitismus im politischen Diskurs der extremen Rechten eine bedeutende Rolle.¹²⁸ Die rechtsextreme „Jobbik“ ist mit ihren nationalistischen Forderungen sehr erfolgreich. Sie wurde 2014 drittstärkste Partei mit 20,22 Prozent. Die Jobbik „fokussiert die in Ungarn traditionell ansässigen Roma und konstruiert diese Bevölkerungsgruppe in jeder Hinsicht als Bedrohung („Zigeunerkriminalität“, Sozialmissbrauch)“.¹²⁹

Die ebenfalls ungarische Partei Fidesz, die unter Parteichef Viktor Orbán in den letzten 20 Jahren ihre politische Positionierung von einer liberalen Jugendpartei hin zu einer

¹²³ Rudolf Thadden, Anna Hofmann (Hg.), Populismus in Europa, Krise der Demokratie, Göttingen 2005, S. 7

¹²⁴ Frank Decker, Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2015, S. 4 ff

¹²⁵ Susanne Frölich-Steffen, Lars Rensmann (Hg.), Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, unter Verweis auf Anton Pelinka, Populismus in Österreich, Wien 1987, online unter: http://commonweb.unifr.ch/artsdean/pub/gestens/f/as/files/4760/39334_203707.pdf (09.10.2017)

¹²⁶ vgl. „Zeit“, Robert Pausch, Europa extrem, Rechtspopulisten, Neo-Linke, Separatisten, EU-Gegner: Nicht nur in Griechenland, nein, in ganz Europa sind radikale Parteien erstarkt. Wir zeigen die 39 erfolgreichsten, online unter: <http://www.zeit.de/feature/populismus-extremismus-europa#pnr> (04.02.2015), 04.06.2017

¹²⁷ vgl. „Zeit“, Camilla Kohrs, Das junge, rechte Europa, online unter: <http://www.zeit.de/campus/2017-03/rechtspopulismus-europa-wahlen-frankreich-interessen-jung-rechts/komplettansicht> (31.03.2017), 13.10.2017

¹²⁸ Gudrun Hentges, Hans-Wolfgang Platzer, Europa - quo vadis?, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 263f

¹²⁹ vgl. „Wikipedia“, Parlamentswahlen Ungarn, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Ungarn_2014 13.10.2017

rechtskonservativen, rechtspopulistischen Partei mit autoritären Zügen geändert hat, regiert seit 2010 mit absoluter Mandatsmehrheit (2014: 44,87 Prozent Wähleranteil^{130, 131}).

In Polen erzielt die Partei Kukiz'15 Erfolge. Ihr Gründer, Pawel Kukiz trat 2015 zur Präsidentenwahl an und erhielt in der ersten Runde jede fünfte Stimme. „Kukiz beschreibt sich selbst als *„rechts mit einem linken Herzen“*“.¹³²

Die ebenfalls als rechtsextrem eingereihte „Alternative für Deutschland“ (AfD), welche sich auf ihrer Homepage als *„einzige ernstzunehmende Kraft für einen grundsätzlichen Politikwechsel in den für die Zukunft unseres Landes besonders relevanten Fragen: Asyl und Einwanderung, Islam und Identität, EU und EURO-Rettung, Schutz und Sicherheit der Bürger und Zukunft für unsere Kinder und Familien“* einsetzt¹³³, wurde bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 mit 12,6 Prozent drittstärkste Partei.¹³⁴

Bei den am 20. und 21. Oktober 2017 in Tschechien stattgefundenen Parlamentswahlen ging der umstrittene Populist Andrej Babis mit der Protestbewegung ANO mit knapp 30 Prozent Stimmenanteil klar als Sieger hervor¹³⁵ und schließlich wurde die FPÖ in Österreich bei den Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 hinter ÖVP und SPÖ zur drittstärksten Partei. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 20,5 Prozent im Jahr 2012 auf 26 Prozent steigern und erzielte damit einen beachtlichen Wahlerfolg.¹³⁶

5.4. Erklärungsansätze für den Erfolg (rechts-)populistischer Parteien

Politologen und Historiker gehen seit dem Auftreten von populistische Gruppierungen und Parteien der Frage auf den Grund, was ihren Erfolg ausmacht.

Reinhard Heinisch kam unter Zugrundelegung von systemischen und ideologisch-programmatischen Ansätzen sowie Parteiorganisation und -Strategie zu dem Schluss, dass die Parteien neuen Typs aus der systemtheoretischen Perspektive im günstigsten Fall als korrektive Erscheinungen in erstarrten und reformunfähigen demokratischen Systemen verstanden werden können. Der demokratie-hygienische Effekt des Phänomens der Neuen

¹³⁰ vgl. ebd.

¹³¹ Gudrun Hentges, Hans-Wolfgang Platzer, Europa - quo vadis?, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 264

¹³² vgl. „Zeit“, Camilla Kohrs, Das junge, rechte Europa, online unter: <http://www.zeit.de/campus/2017-03/rechtspopulismus-europa-wahlen-frankreich-interessen-jung-rechts/komplettansicht> (31.03.2017), 13.10.2017

¹³³ vgl. „Homepage“ AfD, online unter: <https://www.afd.de/> (10.10.2017)

¹³⁴ vgl. „Bundeshwahlleiter.de“, Bundestagswahlen 2017, online unter: <https://www.bundeshwahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> (06.10.2017)

¹³⁵ vgl. „die Presse“, Tschechien-Wahl: Babis zeichnet sich als klarer Sieger ab, online unter: http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5307167/TschechienWahl_Babis-zeichnet-sich-als-klarer-Sieger-ab (21.10.2017), 22.10.2017

¹³⁶ vgl. Homepage „BMI“, Wahl 2017, online unter: <https://wahl17.bmi.gv.at/> (21.10.2017)

Rechten habe bewirkt, dass das demokratische System infolge sozialen Wandels, makro-ökonomischer Schocks oder internationaler politischer Entwicklungen einem großen Erneuerungsdruck ausgesetzt wurde, weshalb diese Entwicklung auch positiv gedeutet werden könne.¹³⁷

Nach abgeschwächteren systembezogenen Ansätzen, bei denen die Performance der neuen Parteien in erster Linie von deren Positionierung in Relation zum Gesamtsystem bestimmt werde, sei für die Parteien neuen Typs ein günstiges politisches Umfeld geschaffen worden.¹³⁸

Organisation, Führerprinzip, Führerkult, Präsentation, Wahlstrategie und Bewegungskarakter (parteisoziologischen) seien ebenfalls eine Erklärung für das Phänomen des europäischen Rechtspopulismus.¹³⁹

Ausschlaggebend für die Etablierung der „neuen Rechten“, so Heinisch in einem in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaften im Jahr 2004 veröffentlichten Artikel, letztendlich eine Kombination aus allen Faktoren,¹⁴⁰ allerdings bezeichnet er den Protest gegen systemische Missstände als ein wesentliches Kennzeichen des Phänomens des Erfolges von rechtspopulistischen Parteien. So habe sich die FPÖ von einer mittelständischen Protestbewegung weiterentwickelt und neue Themenfelder wie Immigration, EU, Globalisierung und Sozialabbau¹⁴¹ aufgegriffen, um sich neuen Wählerschichten zu öffnen (zB Arbeiterinnen und Arbeiter, Modernisierungsverlierer).¹⁴²

Hartleb nennt als Ursachen für den steilen Aufstieg von (rechts-)populistischen Parteien Antimodernismus und diffuse Ängste der Bevölkerung, wie die Angst vor dem Verlust der materiellen und sozialen Basis und die latente Angst vor dem Fremden, verbunden mit dem Wunsch nach einer überschaubaren Gesellschaft.¹⁴³ Vor allem das Anti-Islam-Thema habe sich zur neuen „winning formula“ rechtspopulistischer Parteien entwickelt, so zB in den

¹³⁷ Reinhard *Heinisch*, Die FPÖ - ein Phänomen im internationalen Vergleich : Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), 3, pp. 247-261, online unter https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/download/853/555 (21.10.2017)

¹³⁸ vgl. ebd.

¹³⁹ vgl. ebd.

¹⁴⁰ vgl. ebd.

¹⁴¹ In dem am 16. Dezember 2017 von der „Neuen Volkspartei“ und der FPÖ vorgestellten Regierungsprogramm 2017 – 2022, sind jedoch nunmehr bei den Sozialleistungen einige Verschlechterungen vorgesehen. Vorgesehen ist zB eine österreichweite Deckelung der Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft auf maximal 1.500 Euro, eine Kürzung der Mindestsicherung für bestimmte Bezugsgruppen und beim Arbeitslosengeld eine degressive Gestaltung der Leistungshöhe mit klarem zeitlichen Verlauf und Integration der Notstandshilfe (<https://diepresse.com/mediadb/pdf/Regierungsprogramm.pdf>), 23.12.2017

¹⁴² vgl. ebd.

¹⁴³ Florian *Hartleb*, Rechts- und Linkspopulismus, S. 15

Niederlanden, Österreich und Skandinavien.¹⁴⁴

Der Vertrauensverlust in die politischen Akteure sieht Hartleb darin, dass die etablierten Parteien Zukunftsthemen vernachlässigen, es an längerfristigen Konzepten und an Wertedebatten fehlen ließen und schließlich darin, dass sie gravierende Themen tabuisieren. Das alles sei für die Etablierung von neuen populistischen Gruppierungen der „ideale Humus“ gewesen und hätte dazu geführt, dass sich Populismus und Extremismus in Europa etabliert haben.¹⁴⁵

Nach Marius Hildebrand sind rechtspopulistische Parteien zu wirksamen Gegenpolen des Parteienkonsenses aufgestiegen. Sie würden mit neo-rassistischen Stereotypen (faulen Ausländern, extremistischen Moslems, dealenden Asylanten etc) arbeiten und hätten gegenüber Migranten Misstrauen erzeugt und damit ein politisch unbestimmtes gesellschaftliches Unbehagen programmatisch engführen können. Erfolgreiche rechtspopulistische Parteien würden sich durch ein umfassendes politisches Programm (Opponieren gegen internationale Organisationen, steigende Sozialabgaben, Kritik an der als zu lax empfundenen Migrations- und Sicherheitspolitik) auszeichnen.¹⁴⁶

Dirk Schümer schrieb in einem am 19. Februar 2016 in einem in der Zeitschrift *„Die Welt“* veröffentlichten Artikel *„Europa, das sind deine Populisten“*: *„Was diese unterschiedlichen Bewegungen stark macht, ist offenkundig: die latente Krise der Europäischen Union, die sowohl die Schuldenprobleme der Banken als auch die Euro-Krise um drohende Staatspleiten in Griechenland, Irland, Zypern, Portugal nur mit tiefen Griffen in die gemeinsame Kasse abwenden konnte. Als sich auch noch der Exodus von Millionen Menschen aus den arabisch-islamischen Ländern und Afrika nach Kerneuropa abzeichnete, brauchte man für die derzeitige Hochkonjunktur fremden- und europakritischer Bewegungen keine Hellsehergaben mehr. Nicht der Boom der Populisten ist die Überraschung, sondern die kühle Distanz der immer noch großen Mehrheit der europäischen Wähler.“*¹⁴⁷

Decker sieht in jenen Bevölkerungsgruppen, die von der Wohlstandsentwicklung nicht profitieren, mit der Einwanderungspolitik der etablierten Parteien nicht einverstanden sind und wegen des hohen Ausländeranteils befürchten, dass die Identität des eigenen Landes

¹⁴⁴ Florian Hartleb, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa, 2011, S. 8, online unter www.kas.de/wf/doc/kas_22741-544-1-30.pdf?110801105 (27.10.2017)

¹⁴⁵ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, S. 15

¹⁴⁶ Marius Hildebrand, Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Kultur und Kollektiv, Schriftenreihe der Forschungsstelle Kultur- und Politikwissenschaft, Bielefeld 2017, S. 16-18

¹⁴⁷ vgl. „die Welt“, Dirk Schümer, Europa, das sind deine Populisten, online unter https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article152446856/Europa-das-sind-deine-Populisten.html (19.02.2016), 05.06.2017

verloren gehe, für rechtspopulistische, aber auch für linkspopulistische Protestparteien die wichtigste Wählerreserve.¹⁴⁸

Die FPÖ wurde, nach Ansicht von Susanne Frölich-Steffen, für breite Bevölkerungsschichten erst durch die „*Hinwendung zum Österreichpatriotismus*“ wählbar. Der vorherrschende Deutschnationalismus sei seither zur parteiinternen Subkultur geworden.¹⁴⁹

Der FPÖ gelang es anfangs vor allem unzufriedene Wählerinnen und Wähler der ÖVP anzusprechen.¹⁵⁰ In den Neunzigerjahren drang sie auch in die Wählerklientel der SPÖ ein.

Wodak sieht die Wahlerfolge von FPÖ und SVP im letzten Jahrzehnt vor allem in der negativen Einstellung gegenüber Migranten, in der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, aber auch in der Angst vor einem negativen Einfluss auf die „*eigene Kultur*“ begründet.¹⁵¹ Sie stützt dabei ihre Aussage auf ein Buch von Oesch aus dem Jahr 2008.¹⁵²

Nach einer Bertelsmann-Studie aus 2016 unterstützen die Menschen politische Außenseiter, die ihre Globalisierungsängste im Kontext ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres Kompetenzwettstreits mit Einwanderern geschickt artikulieren.¹⁵³ Der Studie zufolge sehen 69 Prozent der FPÖ-Anhänger in der Globalisierung eine Bedrohung, während 52 Prozent wirtschaftliche Ängste haben.¹⁵⁴ Angemerkt wird, dass die Schweiz als Nicht-EU-Land in dieser Studie nicht angeführt ist.

Die in der Studie getroffenen Feststellungen werden durch die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien bestätigt.

Die SVP tritt für eine restriktive Drogen-, Ausländer- und Asylpolitik ein, fordert härtere Strafen für jugendliche Kriminelle und Steuersenkungen und spricht sich für weniger Einflussnahme des Staates im Wirtschafts- und Sozialbereich aus. Darüber hinaus ist sie gegen einen Beitritt zum EWR und zur EU.¹⁵⁵

¹⁴⁸ Frank Decker, Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, 3. Auflage, Wiesbaden 2015, S. 32

¹⁴⁹ Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 33 Jg. (2004) H. 3, 281, online unter: https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/viewFile/855/557 (2004), 07.10.2017

¹⁵⁰ vgl. ebd.

¹⁵¹ Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 24

¹⁵² Ruth Wodak, Politik mit der Angst, S. 24, unter Verweis auf: Daniel Oesch, Explaining workers' support for right-wing parties in Western Europe, 2008, S. 349 - 373

¹⁵³ Catherine de Vries, Isabell Hoffmann, Globalisierungsangst oder Wertekonflikt?, S. 30, online unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf (November 2016), 29.09.2017

¹⁵⁴ vgl. ebd.

¹⁵⁵ Ueli Leuthold, Jilline Bornand (Hg.): Schweizer Staatskunde, S. 10

Die Wahlerfolge der SVP basieren vor allem auf ihrer Migrations- und Asylpolitik. Unter dem Druck erfolgreicher SVP-Volksinitiativen mussten die Mitte-Parteien deutliche Konzessionen machen.¹⁵⁶

6. Rechtsextremismus

6.1. Kennzeichen und Merkmale

*"Es scheint auf den ersten Blick so, als spräche man über ein hässliches Geschwisterpaar: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erscheinen als zweieiige Zwillinge; als zwei Seiten derselben Medaille, die man landläufig – und etwas begriffsstutzig – als Neo-Faschismus oder Neo-Nazismus bezeichnet. Beide scheinen durch den Begriff „Rechts“ ohnehin einem ähnlichen ideologischen Kern zuzuordnen zu sein. Tatsächlich wird in der Forschung darauf hingewiesen, dass der Populismus nicht umsonst vor allem im rechten Spektrum verortet ist."*¹⁵⁷

Nach Willibald I. Holzer zeichnet sich „politisch rechts“ durch

- Einordnung des Individuums in „natürliche“ Gemeinschaften
 - Positionierung sozialer Gruppen innerhalb einer vorgegebenen hierarchischen Ordnung
 - Streben nach stabilen, „natürlichen“ Entscheidungsstrukturen und
 - Annahme natürlicher Ungleichheit
- aus.

Die politische Rechte schlage in Rechtsextremismus um, sobald das rechte Weltbild – z.B. mittels pseudowissenschaftlicher (rassen-)biologischer Axiome – in systematischer Weise ideologisch abgestützt werde und sich dogmatisch verhärtete. Hier schlage auch die Skepsis gegen Emanzipation und Demokratie in reaktionär-destruktive Gegnerschaft um, die auch vor gewaltsamen Mitteln nicht zurückschrecke.¹⁵⁸

Holzer bezeichnet rechtsextreme Ideologie als ein „*Bündel von Einzelaussagen*“, zu denen er folgende konstituierende Elemente zählt:

- „*Volksgemeinschaft*“
- *Kritik der Demokratie*

¹⁵⁶ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, 2. Auflage, Baden-Baden 2014, S. 286

¹⁵⁷ Frank Decker, Marcel Lewandowsky, Rechtspopulismus als (neue) Strategie der politischen Rechten, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/08320.pdf>, 27.10.2017

¹⁵⁸ Max Preglau, Rechtsextrem oder postmodern?: über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ. In: SWS-Rundschau 41 (2001), 2, pp. 195, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-165864> (2001), 27.10.2017, unter Verweis auf: Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.) Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 11-96

- *Für einen starken Staat*
- *Integraler Nationalismus*
- *Schaffung von Sündenböcken*
- *Deutung der Arbeitswelt und Antisozialismus*
- *Nationales Geschichtsbild*¹⁵⁹

Max Preglau fasst unter Verweis auf Holzer, Heiland und Lüdemann, folgende Merkmale des Rechtsextremismus zusammen:

„1. Ideologie/ Gedankeninhalte:

– Ethnisch-völkischer Nationalismus – das Volk als natürliche Substanz – und dessen Kehrseiten: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus;

Postulat der natürlichen Ungleichheit, Gegnerschaft zur Idee der Gleichheit aller Menschen;

– hierarchisch-patriarchales Ordnungsdenken, gegen (Frauen-)Emanzipation und einen Pluralismus der Werte und Lebensformen;

– für Führertum und autoritären Staat, Gegnerschaft zu liberaler Demokratie und Gewaltenteilung;

– soziale Gemeinschaftsbildung und Solidarität auf Grundlage „natürlicher“ Bande („Volksgemeinschaft“) und nicht auf Basis gemeinsamer Interessen;

– Tendenz zur verschwörungstheoretischen Konstruktion von Feindbildern und zur Sündenbockprojektion;

– Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt;

– Nationalistisches Geschichtsbild – das Volk als Subjekt der Geschichte; in der Variante des Neonazismus: Glorifizierung des NS-Staats, Geschichtsrevisionismus;

2. Politischer Verhaltensstil:

Populistische Rhetorik, Sprachgewalt, Bereitschaft zur physischen Gewalt (einschließlich Anleihen an Taktik, Stil und Vokabular des Nationalsozialismus auf seinem Weg zur Staatsmacht;

3. Innen- und Außenbeziehungen:

*Autoritär-hierarchische Interaktions- und Organisationsformen, Integration von rechtsextremen Personen, Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen.“*¹⁶⁰

¹⁵⁹ Brigitte Bailer-Galanda, *Ein Teutsches Land*, Wien 1987, S. 123 - 125

Bailer-Galanda gibt in ihrem Buch „Ein deutsches Land“ einen Überblick über die nach Holzer konstituierenden Elemente der rechtsextremen Ideologie. Zum Element „Schaffung von Sündenböcken“ führt die Autorin aus, der Rechtsextremismus neige *„zur Konstruktion von Feindbildern, die für die Mißlichkeit der Gegenwart verantwortlich gemacht werden und auf die der Gruppenhaß gezielt gelenkt wird. Neben Sozialisten und Kommunisten geraten so Studenten, Künstler, Intellektuelle, selbst ganze wissenschaftliche Disziplinen (zB. Soziologie), nationale Minderheiten, Juden und Farbige in die Rolle von Sündenböcken. Bei von deutsch-nationalem Gedankengut geprägtem Rechtsextremismus wird der Fremdenhaß rassistisch-biologisch überhöht. Ausländer werden als latente Gefahr für die Reinheit völkischer Erbsubstanz angesehen.“*¹⁶¹

Richard Stöss entwarf drei Typen rechtsextremer Parteien:

- einen gemäßigt nationalistischen und fremdenfeindlichen, aber eher systemkonformen, der mit konservativen und liberalen Parteien kooperiert,
- einen nationalistischen, rassistischen und eher systemkritischen Parteityp und
- einen neofaschistischen, rassistischen und systemfeindlichen Parteityp.¹⁶²

Nach Geden können auf Grund der Kontroversen um die „richtige“ Begriffswahl für rechtspopulistische Parteien viele in ideologischer Hinsicht auch als rechtsextrem klassifiziert werden.¹⁶³

6.2. Die Einordnung der FPÖ

Über die Einordnung der FPÖ als rechtsextrem herrscht in der Politikwissenschaft Uneinigkeit. Die Partei wird überwiegend von jenen als rechtsextrem eingestuft, die ihre historische Entwicklung miteinbeziehen.¹⁶⁴

Nach Fritz Plasser und Peter A. Ulram stufen jene, die das analytische Gewicht auf die Jahre nach 1986, dem Jahr als Jörg Haider Parteiohmann der FPÖ wurde, legen, „eher“ als rechtspopulistisch ein.¹⁶⁵

¹⁶⁰ Max Preglau, Rechtsextrem oder postmodern, In: SWS-Rundschau 41 (2001), 2, pp. 193-213, online unter: : <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-165864> (2001), 27.10.2017 , S. 195

¹⁶¹ Brigitte Bailer-Galanda, Ein Deutsches Land, S. 124

¹⁶² Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, 2006, In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss, Melanie Haas (Hg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 526f

¹⁶³ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 19

¹⁶⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wilhelm Lasek, Wolfgang Neugebauer, Politischer Extremismus (Rechtsextremismus), 1992, In: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1997, S. 286 -295

¹⁶⁵ Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Haider. Forschungsbericht, In: Fessel+ GfK, Zentrum für angewandte Politikforschung (Hg.), Wien 1994

Bailer-Galanda und Neugebauer gehören zu jenen, die die FPÖ-Kerngruppe unter Jörg Haider in Anlehnung an den Rechtsextremismusbegriff von Holzer als eindeutig rechtsextrem einstufen, dies unter Verweis auf die von Holzer genannten wesentlichen Positionen einer rechtsextremen Partei, die sie durch die FPÖ als erfüllt ansahen.¹⁶⁶

Die beiden Autoren unterscheiden bei der politischen Einordnung der FPÖ unter Haider als rechtsextrem oder nicht rechtsextrem zwischen Funktionären, Wählerinnen und Wählern und dem Parteiprogramm. Auf Funktionärebene innerhalb der Partei habe es zahlreiche Personen mit Bezug zu rechtsextremen Organisationen bzw. Orientierungen gegeben, was ausführlich belegt und dokumentiert sei.¹⁶⁷ Nicht zuletzt hätten sich wiederholt deutschnationale Gruppen innerhalb der FPÖ der planmäßig vorbereiteten Übernahme der Obmannschaft durch Jörg Haider gerühmt.¹⁶⁸

Die „Aula“ (der Aula Verlag und insbesondere die von diesem herausgegebene rechtsextreme gleichnamige Zeitschrift) habe als Brücke von der FPÖ zu allen außerparlamentarischen Strömungen des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus fungiert, partiell auch des Rechtskonservatismus. Über die Aula seien Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen und Strömungen in Frankreich und Deutschland gelaufen.¹⁶⁹

Die „*Veröffentlichungen, insbesondere die Schreibweise in der „Aula“*“, einem Verlag, der von der „Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs“ getragen wurde¹⁷⁰, zeigte nach Bailer-Galanda „*starke rechtsextreme Tendenzen, ohne daß jedoch alle Autoren oder Geldgeber des Verlages als Rechtsextreme einzustufen*“ gewesen wären. Das Hauptaugenmerk des Aula-Verlages sei auf ideologisch-kulturelle Arbeit gerichtet gewesen und habe damit eine wichtige integrative Funktion im rechtsextremen Lager erfüllt.¹⁷¹

In den 1980er Jahren und der ersten Hälfte der 1990er Jahren sei die „Aula“ „*im Mittelpunkt des rechtsextremen Spektrums Österreichs*“ gestanden und habe „*sowohl in politisch-organisatorischer Hinsicht als auch und noch stärker in politisch-weltanschaulichen Belangen*

¹⁶⁶ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Wien 1997, S. 101f

¹⁶⁷ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 143f

¹⁶⁸ Reinhold Gärtner, Neurechter Populismus in Österreich – Vorbild für Deutschland?, unter Verweis auf Reinhold Gärtner: Die ordentlichen Rechten. Die AULA, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus. Wien: Picus, 1996a In: Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling (Hg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen 1998, S. 235

¹⁶⁹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 145f

¹⁷⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Ein Teutsches Land, S. 118

¹⁷¹ vgl. ebd.

eine zentrale Funktion“ erlangt.¹⁷² Die in der „Aula“ vertretenen ideologischen Positionen hätten vom Rechtskonservatismus bis hin zum Revisionismus gereicht, der sich um Leugnung oder Verharmlosung der NS-Verbrechen bemüht habe.¹⁷³

Der Einfluss rechtsextremer Richtungen innerhalb der FPÖ erreichte, nach Ansicht von Reinhold Gärtner, mit der Übernahme der Leitung des Freiheitlichen Bildungswerkes durch Andreas Mölzer, dem ehemaligen Chefredakteur der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“, einen Höhepunkt.¹⁷⁴

Was die Einstufung der FPÖ durch Bailer-Galanda in den letzten Jahren anbelangt, so vertritt sie unverändert die Auffassung, dass die FPÖ als rechtsextrem zu qualifizieren ist. Das aktuelle „Handbuch freiheitlicher Politik“, Grundlage für das Parteiprogramm der FPÖ,¹⁷⁵ qualifiziert sie wegen des ihrer Ansicht nach ideologischen Kerns als rechtsextrem.¹⁷⁶

Richard Stöss ordnete die FPÖ vor etwas mehr als 10 Jahren dem gemäßigt nationalistischen und fremdenfeindlichen, aber eher system-konformen Parteityp zu, der mit konservativen und liberalen Parteien kooperiere.¹⁷⁷

Anton Pelinka schrieb im Jahr 2002 zur typologischen Einordnung der FPÖ:

*„Sie ist „populistisch“ – weil sie beansprucht, „das Volk“ gegen die Eliten zu vertreten und zu mobilisieren. Sie ist „rechtspopulistisch“ – weil sie, wie andere Parteien in Europa (FN, Lega Nord, Vlaams Blok, etc.) auch, sich zur Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen wendet. Sie ist aber auch, im Gegensatz zu den meisten anderen rechtspopulistischen Parteien Europas, eine Traditionspartei – und Teil dieser Tradition ist auch die österreichische NSDAP.“*¹⁷⁸

¹⁷² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und „Die Freiheitlichen“ in Österreich, S. 145f

¹⁷³ vgl. ebd., S. 147

¹⁷⁴ Reinhold Gärtner, Neurechter Populismus in Österreich – Vorbild für Deutschland?, In: Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling (Hg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen 1998, S.235

¹⁷⁵ vgl. Homepage „FPÖ“, Handbuch freiheitlicher Politik, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf, 24.10.2017

¹⁷⁶ vgl. „der Standard“, Brigitte Bailer-Galanda, die FPÖ und ihr Handbuch für Extremismus, online unter <http://derstandard.at/2000047805924/Die-FPOe-und-ihr-Handbuch-fuer-Extremismus> (18.11.2016), 06.06.2017

¹⁷⁷ Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, 2006, In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss, Melanie Haas (Hg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 528

¹⁷⁸ Anton Pelinka, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung, Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, ÖZP, 31 (2002), 3, S. 281, online unter https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/download/799/501 (27.10.2017)

In einem auf www.doew.at (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands) veröffentlichten Artikel aus 2011 erachtet der Politikwissenschaftler die begriffliche Zuordnung der FPÖ als „nur rechtspopulistisch“ oder aber auch rechtsextremistisch als nicht einfach, weil die Definitionsmerkmale eine eindeutige Qualifikation nicht zulassen würden. Den fast abrupten Wechsel von einer zuvor die EU befürwortenden Partei zu einer Anti-EU-Partei, die Mobilisierung (negativer) Gefühle gegen Migranten und insbesondere gegen solche mit moslemischem Hintergrund sowie ein in sich widersprüchlicher Mix von wohlfahrtsstaatlichen und von marktwirtschaftlichen Politik-Versatzstücken, als deren Beispiel er die in Kärnten von der FPÖ umgesetzten direkten Geldzuwendungen an junge Menschen nennt, zählt Pelinka zu den rechtspopulistischen Merkmalen der FPÖ.¹⁷⁹

Für eine Einstufung der Partei als auch rechtsextrem spricht nach seiner Auffassung die nie wirklich überzeugende Auseinandersetzung mit ihren Wurzeln, dem rassistischen Antisemitismus, der nach 1945 immer wieder aufflackernde Revisionismus und der Versuch einer NS-Apologiek. Anders als die auch erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas verbinde die FPÖ Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und gleiche in diesem Sinne eher den weit rechts stehenden Parteien Mittel- und Osteuropas, die – ähnlich wie sie – ihre Kontinuität zu faschistischen (nationalsozialistischen) Herrschaftsformen der Vergangenheit bewusst im Raum stehen lassen. Die FPÖ als rechtsextreme und rechtspopulistische Partei decke oder blocke damit etwas ab, was anderswo außerhalb des offiziellen Parteispektrums wirksam sei: Den gewaltbereiten, den Gewalt nützenden Rechtsextremismus.¹⁸⁰

In einem Interview aus 2014 meint Pelinka, dass die scharfe Ablehnung gegenüber Zuwanderung ein wesentliches Bindeglied zwischen den heute rechtsextremen Parteien in Europa sei, zu denen er auch die FPÖ zählt.

Zitat Pelinka: *"Rechtsextrem ist eine mehr oder weniger gut begründbare Wertung, genauso wie rechtspopulistisch. Ich meine nur, wenn man den Front National als rechtsextrem bezeichnet, dann ist es wohl auch berechtigt, die Freiheitliche Partei Österreichs als rechtsextrem zu bezeichnen."*¹⁸¹

Auf die Frage, warum es in Österreich nie üblich gewesen sei, die FPÖ als rechtsextrem zu bezeichnen, antwortet Pelinka: *"Die Freiheitliche Partei war immer mit im Spiel. Und daher*

¹⁷⁹ Anton Pelinka, Der Preis der Salonfähigkeit Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, S. 3f, online unter: https://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf, 5.9.2017

¹⁸⁰ vgl. ebd.

¹⁸¹ vgl. Homepage „OE1“, Wie rechtsextrem ist die FPÖ?, online unter: <http://oe1.orf.at/artikel/378025> (14.6.2014), 17.10.2017

war es in Österreich nicht üblich aufzuzeigen, dass die Wurzeln der Freiheitlichen Partei eigentlich im österreichischen Nationalsozialismus liegen.“¹⁸²

Für Nina Horaczek ist die heutige FPÖ eine rechtsextreme Partei, weil sie sogar eine eigene Sozialversicherung für Ausländer plane. Das sei als rassistisch einzustufen. Das „regelmäßige Anstreifen“ der FPÖ am Nationalsozialismus und deren Islamfeindlichkeit seien weitere Gründe für eine derartige Einstufung.¹⁸³

6.3. Die Einordnung der SVP

Die SVP, die sowohl demokratisch-konservative wie auch rechtsextreme Bürger an sich bindet¹⁸⁴, musste sich in den 1990er Jahren auf Grund ihrer Einwanderungspolitik „Abgrenzung gegen ‚die Anderen‘“ Extremismus- und auch Antisemitismusvorwürfe gefallen lassen. Diesen Vorwürfen begegnete sie bisweilen mit einer taktisch motivierten Zurückhaltung.¹⁸⁵

Mit Blochers Regierungseintritt unterlag die SVP „als stimmenstärkste Partei der Schweiz kaum noch der Gefahr, auf diese Weise an den Rand gedrängt zu werden.“¹⁸⁶

Stöss ordnet die SVP – wie auch die FPÖ – dem gemäßigt nationalistischen und fremdenfeindlichen, aber eher systemkonformen Parteityp zu.¹⁸⁷ Jungwirth sieht die Partei als „gemäßigt“ rechtspopulistisch an.¹⁸⁸

Nach Pelinka entspricht die SVP, wie ein Gutteil anderer europäischer Parteien, den Merkmalen des Rechtspopulismus, insbesondere was den Einsatz von Fremdenfeindlichkeit als Mobilisierung und eine zwischen EU-Skepsis und EU-Ablehnung oszillierende Position betrifft. Die SVP vermeide es demonstrativ, sich in eine historische Kontinuität mit Faschismus oder Nationalsozialismus stellen zu lassen und vermeide auch jeden Anklang an einen historisch fundierten „Revisionismus“ im Sinne der Leugnung des Holocausts.¹⁸⁹

¹⁸² vgl. ebd.

¹⁸³ vgl. Homepage „Nachgehakt“, Nina Horaczek, Rechts neben der FPÖ ist das Verbotsgesetz, online unter: <http://www.nachgehakt.at/alpenrepublik/nina-horaczek-rechts-neben-der-fpoe-ist-das-verbotsgesetz> (19.3.2015), 17.10.2017

¹⁸⁴ Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hrsg.), Österreich in der Europäischen Union, Wien 2003, S. 603

¹⁸⁵ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 161 ff

¹⁸⁶ vgl. ebd.

¹⁸⁷ Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, In: Oskar Niedermayer (Hg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 528

¹⁸⁸ Michael Jungwirth, Europas Rechtspopulisten Haider, Le Pen & Co., Graz/Wien/Köln 2002, S. 13

¹⁸⁹ Anton Pelinka, Der Preis der Salonfähigkeit Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, S. 3f, online unter: https://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf, 5.9.2017

Linards Udris sieht – was die Klassifizierung der SVP als rechtsradikal oder gar rechtsextrem betrifft – bei den Medien und etablierten politischen Akteuren, anders als bei der FPÖ, eine Zurückhaltung.¹⁹⁰ Der SVP-Abgeordnete Christoph Mörgeli legitimierte in populistischer Weise die Unbedenklichkeit der SVP-Positionen vornehmlich mit der Unterstützung, die die Partei aus der Bevölkerung erhalte. Auf der anderen Seite würden die Sozialdemokraten die SVP dafür anprangern, dem Rechtsextremismus nahe zu stehen, und zu den „geistigen Wegbereitern der Gewalt“ zu gehören. Deutlich werde dabei, dass der SVP die Anerkennung als demokratische Partei entzogen werde und diese zum „Fremden“ innerhalb der schweizerischen Gesellschaft gemacht werde.¹⁹¹

¹⁹⁰ Linards *Udris*, Politischer Extremismus und Radikalismus, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 16

¹⁹¹ Linards *Udris*, Politischer Extremismus und Radikalismus, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 302f

Teil II

Das politische System von Österreich und der Schweiz -

Ein Vergleich

Politische Systeme haben in Bezug auf den Erfolg und die Strategie von Parteien nicht zu vernachlässigende Auswirkungen.

Das Kapitel soll einen kurzen Umriss zu den politischen Systemen von Österreich und der Schweiz geben, da diese doch in einigen Bereichen unterschiedlich sind und eben auch Auswirkungen auf die hier behandelten Parteien haben.

Österreich und die Schweiz unterscheiden sich bereits in ihrer Geschichte. Österreich konnte seine Republik und deren demokratisches System erst nach Jahrhunderten der Monarchie, den instabilen Verhältnissen der Zwischenkriegszeit, dem autoritären Staat 1933 – 1938 und dem Nationalsozialismus, nach 1945 stabilisieren und entwickeln, während die Schweiz eine seit Jahrhunderten bestehende Republik mit einem stabilen demokratischen System war.

7. Das politische System von Österreich

7.1. Allgemeines

Das heutige politische System Österreichs gründet auf der Bundesverfassung von 1920 idF 1929 (B-VG), welche seither über 100 Mal novelliert wurde.¹⁹² Der EU-Beitritt Österreichs war mit einer Gesamtänderung der Bundesverfassung verbunden. Zahlreiche Kompetenzen der Rechtsetzung von Österreich wurden auf die EU übertragen und damit das demokratische Prinzip verändert. Der EU-Beitritt hatte auch Auswirkungen auf den Aufbau des Bundesstaates.¹⁹³

Ein Grundprinzip der Bundesverfassung, und damit des politischen Systems, ist das demokratische Prinzip¹⁹⁴, geregelt in Artikel 1 B-VG: „*Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.*“¹⁹⁵

¹⁹² Gerhart Holzinger, Benedikt Kommenda, Verfassung kompakt: Meine Grundrechte und mein Rechtsschutz. Wegweiser durch die österreichische Verfassung, 2. Aktualisierte Auflage, Wien 2013, S. 33

¹⁹³ vgl. Homepage „Parlament“, Grundprinzipien der Bundesverfassung, online unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/index.shtml>, 10.09.2017

¹⁹⁴ Robert Walter, Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht, 10. Auflage, Kurzlehrbuch, Wien 2007, S. 80

¹⁹⁵ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 18.04.2017

Das demokratische Prinzip ist in Form der mittelbaren oder repräsentativen parlamentarischen Demokratie verwirklicht, das allerdings auch Einrichtungen unmittelbar-demokratischer Elemente (Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung) vorsieht.¹⁹⁶

Das Instrument „Volksbegehren“ wurde u.a. auch von der FPÖ (zB „Anti-Privilegien“ und „Österreich zuerst“) genutzt. Insgesamt gab es seit Einführung des Instruments (1964) 39 Volksbegehren,¹⁹⁷ wovon 34 im Parlament behandelt werden mussten, allerdings führten nur sehr wenige Gesetzesanträge zu einem positiven Gesetzesbeschluss (zB „Rundfunk“-Volksbegehren 1964 oder „Aussetzung des 13. Schuljahres“ 1969), da die Regierungsparteien auf Grund ihrer parlamentarischen Mehrheit derartige Initiativen jederzeit ablehnen können.¹⁹⁸

Volksabstimmungen (obligatorisch bei Gesamtänderung der Bundesverfassung, bei anderen Gesetzen fakultativ¹⁹⁹) gab es in der Zweiten Republik nur zwei Mal. Die erste Volksabstimmung betraf die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf; sie fand 1978 fakultativ auf Beschluss des Nationalrates statt. Das Ergebnis war knapp und endete mit 50,5 Prozent Nein-Stimmen und mit 49,5 Prozent Ja-Stimmen.²⁰⁰ Die zweite, obligatorische Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (1994) endete mit einem eindeutigen Ergebnis von 66,6% für den Beitritt.²⁰¹ Eine Volksbefragung auf Bundesebene gab es in Österreich nur einmal, und zwar am 20. Jänner 2013 über die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes (59,7% stimmten für die Beibehaltung)²⁰².

Im Unterschied zur Schweiz steht damit die repräsentative Demokratie eindeutig im Vordergrund. Die direkte Abstimmung der Bürger über Gesetze ist die absolute Ausnahme. Die Schweizer Bevölkerung hat im internationalen Vergleich nicht nur die meisten Mitbestimmungsrechte (Volksinitiative [Verhinderung von Gesetzesänderungen], obligatorisches und fakultatives Referendum [Möglichkeit der Bewirkung von Änderungen]) am politischen Geschehen, sondern macht von diesen auch am häufigsten Gebrauch. Die gesetzlichen Grundlagen sind in der Schweizerischen Bundesverfassung (Artikel 138 bis 141) normiert.²⁰³

¹⁹⁶ Robert Walter, Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht, 10. Auflage, S. 80

¹⁹⁷ vgl. „BMI“, online unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/files/VB_Ranking_aktuell_2015.pdf, 23.04.2017

¹⁹⁸ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, 9., Wien 2012, S. 212f

¹⁹⁹ Artikel 43, 44 Abs 3 B-VG.

²⁰⁰ vgl. Homepage „BMI“, online unter:

http://www.bmi.gv.at/410/Ergebnisse_bisheriger_Volksabstimmungen.aspx; 23.04.2017

²⁰¹ vgl. Homepage „BMI“, online unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/files/Eu_Volksabstimmung.pdf, 18.04.2017

²⁰² vgl. Homepage „BMI“, <http://vb2013.bmi.gv.at/>, 23.04.2017

²⁰³ Thomas Krumm, Das politische System der Schweiz: Ein internationaler Vergleich, München 2013, S. 45f

Das „Schweizer Modell“ wird nach einer IFES-Studie aus dem Jahr 2012 nach einer von Bürgerinnen und Bürgern eingeleiteten Volksabstimmung, die bei Zustimmung automatisch zu einem Gesetz führt, von 72 Prozent der befragten Österreicherinnen und Österreicher als wünschenswert betrachtet.²⁰⁴ Auch die FPÖ fordert immer wieder den Ausbau der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild.²⁰⁵

Die österreichische Verfassung gibt dem politischen System einen parlamentarischen Charakter mit präsidentiellen Elementen. Demnach ist Ausdruck des parlamentarischen Charakters die politische Verantwortlichkeit der Bundesregierung (Ministerverantwortlichkeit) gegenüber dem Nationalrat, der ersten Kammer im Parlament, welche vom Volk direkt gewählt wird und der entscheidende gesetzgeberische Kompetenzen zugeordnet sind.²⁰⁶

Verfassungsrechtliche Regelungen, die der Politik (Gesetzgebung, Regierung) bestimmte Ziele wie die Wahrung der immerwährenden Neutralität oder das Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung, vorgeben, wurden erst einige Jahrzehnte nach der ursprünglichen Fassung festgeschrieben.²⁰⁷

7.2. Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip

Österreich und die Schweiz sind föderale Bundesstaaten, jedoch mit unterschiedlichen föderalistischen Ausprägungen.

In Österreich ist das föderalistische Prinzip in Artikel 2 Absatz 1 B-VG („*Österreich ist ein Bundesstaat.*“²⁰⁸) festgelegt. Österreich besteht aus neun Bundesländern (Art. 2 Absatz 2 B-VG) mit eigener Gesetzgebung und Verwaltung und ist damit föderalistisch organisiert. Die staatlichen Aufgaben sind zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt,²⁰⁹ jedoch hat der Bund dabei – anders als in der Schweiz – ein Übergewicht an Kompetenzen. Österreich wird aus diesem Grund als relativ schwach ausgebildeter Bundesstaat angesehen,²¹⁰ andere bezeichnen Österreich als „*zentralisierter Bundesstaat*“.²¹¹

²⁰⁴ vgl. „derStandard“, Studie: Nationalrat wenig geschätzt, direkte Demokratie gewünscht, online unter: <http://derstandard.at/1350259678984/Studie-Nationalrat-wenig-geschaetzt-direkte-Demokratie-gewuenscht> (29.10.2012), 23.04.2017

²⁰⁵ vgl. „die Presse“, Strache will "direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild", online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/705988/Strache-will-direkte-Demokratie-nach-Schweizer-Vorbild> (04.11.2011), 23.04.2017

²⁰⁶ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 521.

²⁰⁷ Gerhart Holzinger, Benedikt Kommenda, Verfassung kompakt, S. 33.

²⁰⁸ vgl. Homepage „Parlament“, online unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/index.shtml> 10.09.2017

²⁰⁹ Artikel 10 – 15 BV

²¹⁰ Robert Walter, Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht, S. 87

²¹¹ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 522

Die Gemeinden sind wie Bund und Länder Gebietskörperschaften und bilden die dritte Ebene des Bundesstaats mit relativ starker Stellung. Sie sind Selbstverwaltungskörper und haben neben einem übertragenen auch einen eigenen Wirkungsbereich²¹², der als Ausfluss des Subsidiaritätsprinzips angesehen wird. Auf Gemeindeebene ist ein parlamentarisches System mit dem Gemeinderat als allgemeinem Vertretungskörper, der von den Gemeindebürgern gewählt wird, installiert.²¹³

Österreich galt in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung lange Zeit als idealtypisches Beispiel für eine Konkordanzdemokratie, da die politischen Eliten (SPÖ und ÖVP) um Ausgleich bemüht waren. Politische und soziale Kompromisse wurden mit den Interessensvertretungen wie Gewerkschaftsbund, Arbeiter- und Wirtschaftskammer, ausgehandelt. Die Sozialpartnerschaft aus den Interessensverbänden sorgte für eine institutionelle Verankerung des Kompromisses. Erste Schritte aus dem System von Konkordanz und Proporz heraus wurden in den 1980er Jahren gesetzt. 1986 kam es im politischen System durch die Waldheim-Affäre, die Etablierung der Grünen und durch Jörg Haider's Aufstieg zum Obmann der FPÖ, zu wesentlichen Veränderungen. Durch den populistischen Kurs der FPÖ wurde die starke Orientierung hin auf Kompromiss und Verhandlung langsam durch eine allgemeine Polarisierung aufgebrochen. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (SPÖ) setzte in Bezug auf einen künftigen EU-Beitritt auf eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, Budgetkonsolidierung und erste Privatisierungen von Staatsbetrieben. Gleichzeitig führten die Gesellschaftsentwicklungen und der soziale Wandel in der Bevölkerung zu einer Aufweichung der Parteienbindung und in der Folge zu mehr Unabhängigkeit von ihren jeweiligen Subkulturen und zu mehr Beweglichkeit in strategischer Hinsicht. Spätestens mit der Nationalratswahl 1999 wurde der Zenit der österreichischen Konkordanzdemokratie überschritten. Die Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ im Februar 2000 führte zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung bis hin zur Umkehr der bisherigen Verhaltensmuster.²¹⁴

7.3. EU und EMRK

Österreich ist seit 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union und wirkt somit in allen Organen der EU mit.²¹⁵ Österreich ist auch Mitglied des Europarats und ist der Europäischen

²¹² Artikel 118 B-VG

²¹³ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 249ff

²¹⁴ Sandra Innerwinkler, Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt am Main 2010, S. 73 - 75

²¹⁵ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 93 ff

Menschenrechtskonvention 1958 beigetreten.²¹⁶

7.4. Neutralität

Stephan Verosta sieht die Wurzeln der österreichischen Neutralität in der internationalen Stellung Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg in der Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs in Art. 80 des Versailler Friedensvertrages vom 18. Juni 1919 durch Deutschland²¹⁷

*„Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbunds einer Abänderung zustimmt.“*²¹⁸

und im Staatsvertrag von St. Germain vom 28. Juni 1919, Art. 88 (Inkrafttretensdatum 16. Juli 1920²¹⁹), mit dem sich Österreich verpflichtete, die Unabhängigkeit zu achten und sich jeder Handlung zu enthalten, die diese gefährden könnte.²²⁰

*„Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich – bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes – im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte.“*²²¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Österreich, das während des Ost-West-Konflikts an Staaten des Warschauer Paktes grenzte, von den vier Siegermächten (USA, Sowjetunion, Frankreich, England) besetzt.²²² Es bestand, wie in Deutschland, die Gefahr einer Teilung. Eine Möglichkeit, die Unabhängigkeit und Freiheit (Gesamt)Österreichs wiederzuerlangen;

²¹⁶ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 89 ff

²¹⁷ Michael Schweitzer, Dauernde Neutralität und Europäische Integration, Springer Verlag, Wien 1977, S. 75 ff, unter Verweis auf: Stephan Verosta, Die dauernde Neutralität, Wien 1967, S. 49 ff

²¹⁸ vgl. „documentarchiv“, online unter: <http://www.documentarchiv.de/wr/vv03.html> (22.10.2017)

²¹⁹ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12000980> (22.10.2017)

²²⁰ Michael Schweitzer, Dauernde Neutralität und Europäische Integration, Wiesbaden 1977, S. 75 ff, unter Verweis auf: Stephan Verosta, Die dauernde Neutralität, 1967, S. 49 ff

²²¹ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12000980> (22.10.2017)

²²² Heinz Gärtner, Österreichs engagiert neutraler Ansatz, in: Josef Braml, Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider, Außenpolitik mit Autokratien, Berlin/München/Boston 2014, S. 226

war die verfassungsmäßige Verankerung der Neutralität.²²³ Die Westmächte fanden sich „ohne Freude“ mit der Neutralität ab, weil diese die Bedingung der Sowjetunion für die Freiheit Österreichs war.²²⁴

Das 1955 im österreichischen Parlament beschlossene Neutralitätsgesetz wurde von allen Signatarstaaten des Staatsvertrags respektiert.²²⁵

Das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955, BGBl. Nr. 211/1955, Art. I, lautet:

„(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

*(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“*²²⁶

Damit bezieht sich das Neutralitätsgesetz ausschließlich auf militärische Bündnisse.

*„Der Inhalt der Neutralität ergibt sich aus dem Völkerrecht. Er impliziert insbesondere im Kriegsfall die Nichtteilnahme am Krieg oder an einem diesem gleichzuhaltenden bewaffneten Konflikt und ein unparteiisches Verhalten gegenüber den Kriegsparteien...; im Frieden keine Teilnahme an politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bündnissen und keine Übernahme sonstiger Bindungen und Verpflichtungen, die die Verpflichtungen eines neutralen Staates im Kriegsfall beeinträchtigen könnten...“*²²⁷

Theo Öhlinger und Harald Eberhard sehen durch den Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 und später dem Beitritt zur EU im Jahr 1995 eine Reduzierung der Neutralität, da die Mitwirkung an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) inklusive Kampfeinsätzen unter Beachtung der Grundsätze der Charta der UN (Mandat des Sicherheitsrates) erlaubt ist.²²⁸

²²³ Michael Schweitzer, Dauernde Neutralität und Europäische Integration, Wien 1977, S. 75 ff, unter Verweis auf: Kurt Waldheim, Der österreichische Weg, Wien 1971, S. 61 ff

²²⁴ Gerald Stourzh, Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955, Wien 2005, S. 561

²²⁵ Heinz Gärtner, Österreichs engagiert neutraler Ansatz, in: Josef Braml, Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider, Außenpolitik mit Autokratien, Berlin/München/Boston 2014, S. 226

²²⁶ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Neutralitätsgesetz, online unter:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000267>,

²²⁷ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 73

²²⁸ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 73 f

8. Das politische System der Schweiz

8.1. Allgemeines

Das politische System der Schweiz basiert auf der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1848, mit welcher die Schweiz als erstes Land in Europa ein Bundesstaat wurde.²²⁹ Die Bundesverfassung (BV) wurde von 1874 bis zur Totalrevision im Jahr 1999 140 Mal geändert.²³⁰ Die bis heute gültige BV trat am 1. Jänner 2000 in Kraft.²³¹

In den klassischen Einführungen zur vergleichenden Regierungslehre wird das politische System der Schweiz als Sonderfall klassifiziert. Vatter sieht gegenüber anderen westlichen Demokratien die Besonderheiten in der kontinuierlichen historischen Entwicklung ohne die für zahlreiche europäische Länder typischen Strukturbrüche durch die beiden Weltkriege sowie in der Pluralität unterschiedlicher Sprachen, Konfessionen und Gesellschaftsstrukturen begründet.²³²

Franz Lehner²³³ und Ulrich Widmaier²³⁴ sehen die Unterschiede im Mischsystem aus föderativen, direkt-demokratischen und repräsentativ-parlamentarischen Elementen sowie in der direkten und unmittelbaren Ausübung der Volkssouveränität und in der Konkordanzdemokratie,²³⁵ die hauptsächlich in der Anwendung der sog. Zauberformel (Aufschlüsselung der sieben Sitze im Bundesrat auf die wichtigsten Parteien nach ihrer Wählerstärke) stattfindet und auf Freiwilligkeit basiert.²³⁶

Im Unterschied zur Schweiz (Konkordanz aller großen Parteien) werden in Österreich (Regierungs)Koalitionen gebildet, während die anderen Parteien in der Opposition keine Regierungsverantwortung tragen. Das österreichische Parteiensystem (straffe Parteienorganisationen, Klubzwang, bis in die 1990er Jahre Annäherung an ein Zweiparteiensystem SPÖ/ÖVP) bewirkte in der Praxis eine enge politische Übereinstimmung zwischen der

²²⁹ Beat Hotz-Hart, Patrick Dümmler, Daniel Schmuki, Volkswirtschaft der Schweiz: Aufbruch ins 21. Jahrhundert, 4. Auflage, Zürich 2006, S. 43

²³⁰ vgl. „Homepage Schweizer Eidgenossenschaft“, Schweizer Staat und Volk nach 1848, online unter: <https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/themen/die-moderne-schweiz/schweizer-staat-und-volk-nach-1848.html#-762548587>, 25.04.2017.

²³¹ Thomas Krumm, Das politische System in der Schweiz: Ein internationaler Vergleich, S. 2.

²³² Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 33

²³³ Franz Lehner ist ein Schweizer Politologe.

²³⁴ Ulrich Widmaier ist ein deutscher Jurist, ehemaliger Richter am Bundesverwaltungsgericht (Deutschland) und Honorarprofessor an der Universität der Bundeswehr München.

²³⁵ Ulrich Widmaier, Grundwissen Politik 4, Vergleichende Regierungslehre, 3. Auflage, Wiesbaden 1995, S. 113f

²³⁶ Thomas Krumm, Das politische System in der Schweiz: Ein internationaler Vergleich, S. 86, 226

parlamentarischen Mehrheit und der Regierung²³⁷. Nach Öhlinger²³⁸ und Eberhard²³⁹ bedeutet das in der Realität, dass weder Misstrauensvotum, Ministeranklage noch Auflösung des Nationalrats durch den Bundespräsidenten vorkommen. Die Existenz der genannten Institute sei eine der Ursachen der beschriebenen österreichischen Parteienstruktur und somit indirekt sehr effektiv.²⁴⁰

8.2. Die Schweizer Konkordanzpolitik

Die „Zauberformel“ ist ein Wesenszug der Schweizer Konkordanzdemokratie. Sie kam erstmals 1959 zur Anwendung und beruht auf Freiwilligkeit. Die Zauberformel sah vor, dass im Bundesrat die stimmenstärksten Parteien, „Die Liberalen“ (FDP), die „Christlichdemokratische Volkspartei“ (CVP), die „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“ (SP) und die „Schweizer Volkspartei“ (SVP) einen Sitz in der Aufteilung 2 : 2 : 2 : 1 erhalten.²⁴¹ Die Schweiz verfügte damit über eine Allparteienregierung, *„nicht aber über eine grosse Koalition mit einem bindenden Programm.“*²⁴²

Die Konkordanz nahm von Beginn des Zweiten Weltkrieges bis heute kontinuierlich ab. Das höchste Verständigungsmaß gab es zwischen Beginn des Zweiten Weltkrieges und den 1970er Jahren. Gründe dafür waren die äußere Bedrohung durch den Zweiten Weltkrieg, der nachfolgende Kalte Krieg und die Reduzierung des Wirtschaftsaufschwungs in der Nachkriegszeit, der den ökonomischen Umverteilungskonflikt zwischen den Parteien reduzierte. Von 2011 bis 2015 sank der Konkordanzindikator auf einen historischen Tiefstand. Die Regierungsparteien gaben nur mehr in 10,5 Prozent aller Volksabstimmungen dieselbe Stimmenempfehlung ab.²⁴³ Gründe für das Abnehmen der Konkordanz waren das Ende des Kalten Krieges, die wirtschaftliche Stagnation und die Folgen der Globalisierung mit dem Aufkommen von neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien in Bezug auf Umwelt, Außenpolitik und Migration. Dadurch kam es auch zu einer Spaltung der großen politischen Kräfte der Schweiz.²⁴⁴

²³⁷ In der Zweiten Republik gab es zumeist Koalitionen von SPÖ und ÖVP („Große Koalition“), abgesehen von SPÖ bzw. ÖVP Alleinregierungen und jeweils einer Koalition der SPÖ und der ÖVP mit der FPÖ („Kleine Koalition“) und einer von der FPÖ unterstützten Minderheitsregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky

²³⁸ Theo Öhlinger ist emeritierter Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Universität Wien

²³⁹ Harald Eberhard ist Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien

²⁴⁰ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 168f

²⁴¹ Thomas Krumm, Das politische System in der Schweiz: Ein internationaler Vergleich, S. 212

²⁴² Christian Bolliger, Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003, Bern/Stuttgart/Wien 2007, S. 446

²⁴³ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 553

²⁴⁴ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 553, unter Verweis auf: Wolf Linder, Regula Zürcher, Christian Bolliger, Gespaltene Schweiz, Geeinte Schweiz, Baden-Baden 2008

Das Abnehmen der Konkordanz wird von Vatter insofern relativiert, als er betont, dass nach wie vor ein Großteil der Gesetzesänderungen dem stimmberechtigten Volk gar nicht vorgelegt werde, weil im Regelfall im Parlament, wenn auch heute kontroverser, immer noch breit abgestützte Kompromisse gefunden würden, gegen die das Referendum nicht ergriffen werde.²⁴⁵

8.3. Die politischen Rechte von Volk und Ständen – Volksinitiative und Referendum

Die Schweizer Bevölkerung hat im internationalen Vergleich nicht nur die meisten Mitbestimmungsrechte am politischen Geschehen, sondern macht von diesen auch am häufigsten Gebrauch. Die direktdemokratische Einflussnahme auf das politische Geschehen findet durch die Instrumente „Volksinitiative“ und „Referendum“ statt. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen finden sich in der Schweizer Bundesverfassung in den Art. 138 und 139.²⁴⁶

Das Schweizer Volk kann sich auf Grund dieser direktdemokratischen Instrumente als letzte politische Instanz zu diversen Sachfragen auf kommunaler, kantonaler als auch auf gesamtschweizerischer Ebene äußern und dadurch Gesetzesänderungen verhindern (Volksinitiative) bzw. Änderungen (Referendum) bewirken.²⁴⁷

Bei den Referenden ist zwischen obligatorischem (Art. 140 BV) und fakultativem Referendum (Art. 141 BV) zu unterscheiden.²⁴⁸

Bei Änderungen der Bundesverfassung, dem Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit und supranationalen Gemeinschaften sowie bei dringlichen Bundesgesetzen, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt, ist eine Volksabstimmung durch Volk und Stände zwingend erforderlich (obligatorisches Referendum). 100.000 Stimmberechtigte können bis zu 18 Monaten nach der amtlichen Veröffentlichung der Initiative eine Totalrevision oder eine Teilrevision der Bundesverfassung vorschlagen, die dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss.²⁴⁹

Für Bundesgesetze oder Bundesbeschlüsse, völkerrechtliche Verträge, die unbefristet und unkündbar sind oder den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten, bedarf es des fakultativen Referendums, bei

²⁴⁵ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 553

²⁴⁶ Thomas Krumm, Das politische System der Schweiz, S. 45

²⁴⁷ vgl. ebd. S. 47

²⁴⁸ vgl. ebd.

²⁴⁹ vgl. ebd.

dem 50.000 Unterschriften oder die Unterstützung von acht Kantonen innerhalb von 100 Tagen notwendig sind.²⁵⁰

Sowohl obligatorisches als auch fakultatives Referendum hinterließen in der Schweizer Geschichte Spuren. Markanteste Folge war der langsame Ausbau des Schweizer Sozialstaates gegenüber anderen europäischen Staaten.²⁵¹

Beide Referenden werden von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern wegen der zeitaufwändigen Schaffung von Kompetenzartikeln, der Ausarbeitung eines konsensfähigen Gesetzesentwurfs und der Möglichkeit der Ablehnung der Gesetze eher als „Bremsen gegen Reformen“ angesehen.²⁵²

Auch Olivier Pauchard²⁵³ und Sonia Fenazzi²⁵⁴ bezeichnen das Referendum eher als Bremse von Parlamentsentscheiden, sehen hingegen die Volksinitiative als Beschleuniger für Fragen an, die das Parlament nicht behandeln möchte oder an die es nie gedacht hat. Besonders oft würden diese politischen Instrumente der direkten Demokratie von politischen und sozialen Bewegungen zu dem Zweck genutzt, für ihre Anliegen eine Mehrheit im Parlament zu erlangen. Die Linke profilierte sich vor allem mit der Lancierung von sozio-ökonomischen Themen, während die Rechte eher auf Fragen zur Ausländerpolitik oder der nationalen Identität setzte.²⁵⁵

8.4. Referendumsfähige Verbände

Der Einbezug der referendumsfähigen Verbände ist neben den anderen aufgezählten Merkmalen ebenfalls ein Wesenszug der Schweizerischen Konkordanzpolitik. Die Schweizer Interessensorganisationen und Verbände wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Möglichkeit der Initiierung von Referenden, verankert im Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung von 1947, außerordentlich stark begünstigt. Sie erhielten für den Fall, dass sie von einer Entscheidung betroffen sind, durch die institutionelle Einbindung in den Gesetzgebungsprozess

²⁵⁰ vgl. ebd.

²⁵¹ vgl. „swissinfo“, Eveline Kobler, Über die inneren Gräben der Schweiz, online unter: <http://www.swissinfo.ch/ger/ueber-die-inneren-graeben-der-schweiz/29090012>, 28.04.2017

²⁵² Erich Patry, Das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz: eine republikanische Perspektive, St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 45, 1. Auflage, Bern/Stuttgart/Wien 2010, S. 277f

²⁵³ Rechtsprofessor und Europaexperte

²⁵⁴ Schweizer Politikerin

²⁵⁵ vgl. „swissinfo“, Olivier Pauchard, Sonia Fenazzi, Das Volk ist der Souverän der Schweiz, online unter: http://www.swissinfo.ch/direktedemokratie/direkte-demokratie_das-volk-ist-der-souveraen-der-schweiz/36250626 (28.6.2013), 24.04.2017

im vorparlamentarischen Entscheidungsbereich umfassende Anhörungsrechte.²⁵⁶

Die Fähigkeit, innerhalb von 100 Tagen 50.000 Unterschriften zusammenzubringen, ist dabei ein wesentliches Kriterium der Konfliktfähigkeit einer Organisation. Als referendumsfähig wird eine Organisation dann bezeichnet, wenn sie eine Abstimmungskampagne so erfolgreich führen kann, dass dabei ein Volksmehr²⁵⁷ resultiert. Die größeren politischen Parteien der Schweiz sind alleine nur in beschränkter Hinsicht referendumsfähig, die meisten gelten aber mit Unterstützung von ihnen nahestehenden mitgliederstarken Organisationen als referendumsfähig. Die „Grünen“ werden in der Regel von Umweltorganisationen unterstützt, die SP von Gewerkschaften und die Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) vom Gewerbeverband. Die SVP erfährt von der Jungpartei und der AUNS Unterstützung.²⁵⁸

8.5. Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip leitet sich in der Schweiz aus der Souveränität der Kantone ab und ist in der Bundesverfassung geregelt. Durch die Formulierungen in Art. 3 BV *„Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.“* und in Art. 46 Abs. 2 BV *„Der Bund belässt den Kantonen möglichst grosse Gestaltungsfreiheit und trägt den kantonalen Besonderheiten Rechnung.“*²⁵⁹ besteht für den Bund als auch für die Kantone ein Interpretationsspielraum; für die Kantone in Bezug auf die Gestaltung ihres Regierungssystems, im Umfang der Gesetzgebungskompetenz und bei der Ausführungsgesetzgebung, für den Bund, als er bestehende Kompetenzen gegebenenfalls wieder auf die unteren Ebenen übertragen bzw. Regelungen auf der kantonalen Ebene erledigen lassen kann.²⁶⁰ Die Schweizer Kantone besitzen beispielsweise, anders als in Österreich die Bundesländer, weitgehende Steuerautonomie. In dieser Regelung drückt sich nach Braun die Nicht-

²⁵⁶ Yvonne Hempel, Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: Martin Sebaldt, Henrik Gast, Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, 1. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 287

²⁵⁷ Ausdruck im Schweizerischen Staatsrecht für die Mehrheit der gültig abstimmenden Bürgerinnen und Bürger

²⁵⁸ Claude Longchamp, Die neue Form der Referendumsfähigkeit in der Schweiz, online unter: <http://www.zoonpoliticon.ch/blog/3504/die-neue-form-der-referendumsfahigkeit-in-der-schweiz> (09.04.2009), 17.04.2017

²⁵⁹ vgl. „Bundesverfassung“, online unter: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/201601010000/101.pdf> (1.1.2016), 29.04.2017

²⁶⁰ Dietmar Braun, Universität von Lausanne, Dezentraler und unitarischer Föderalismus, Die Schweiz und Deutschland im Vergleich, S. 62 f, online unter <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/j.1662-6370.2003.tb00400.x/pdf> (2003), 28.04.2017.

Zentralität als Organisationsprinzip des Schweizer Föderalismus aus und zeigt symbolisch den Stellenwert der Zentralmacht in der Schweiz.²⁶¹

Die Kantone erfuhren auch durch die in Art. 55 BV garantierten Mitwirkungsrechte an den außenpolitischen Entscheiden des Bundes (Art. 55 BV) eine Stärkung. Die Festlegung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen wurde auf Grund des Wandels der Staatsaufgaben, der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung und der Forderung nach mehr Mitwirkung der Kantone an der Außen- und Europapolitik im Zuge der EWR-Volksabstimmung (1992) notwendig.²⁶²

Adrian Vatter²⁶³ bezeichnet die ausgedehnte Autonomie, die Gleichberechtigung der Kantone sowie ihre Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes wie auch die Pflicht zur Zusammenarbeit als Kernstücke des schweizerischen Bundesstaates.²⁶⁴ Die besonders ausgebauten föderalen Strukturen und Prozesse in der Schweiz, die doppelte Hürde des Volks- und Ständemehrs für Verfassungsänderungen, die eigenständigen politischen Systeme und ihre jeweils eigenen Verfassungsordnungen bezeichnet er als Eckpfeiler des schweizerischen Föderalismus.²⁶⁵

8.6. EU und EMRK

Die Schweiz ist weder Mitglied der Europäischen Union noch des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), hat aber eine Vielzahl bilateraler Verträge mit der EU abgeschlossen und ist Mitglied der EFTA. Sie ist seit 1963 Mitglied des Europarats und 1974 der EMRK beigetreten.²⁶⁶

8.7. Neutralität

Die Neutralität der Schweiz hat einen historischen Status, der bis in das 16. Jahrhundert zurückgeht.²⁶⁷ Die Unabhängigkeit der Schweiz wurde mit dem Westfälischen Friedensvertrag, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendete, international und insbesondere von den Habsburgern anerkannt. Die Schweiz schied damit aus dem Verband des Heiligen

²⁶¹ vgl ebd. S. 62.

²⁶² Denise Brühl-Moser, Schweizerischer Föderalismus: Ausgestaltung, Neugestaltung und Herausforderungen, In: Ines Härtel (Hg.): Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Band IV, Föderalismus in Europa und der Welt, Berlin-Heidelberg 2012, S. 700f

²⁶³ Adrian Vatter ist seit 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Schweizer Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

²⁶⁴ Adrian Vatter, Das politische System in der Schweiz, S. 80, 460

²⁶⁵ Adrian Vatter, Kantonale Demokratien im Vergleich; Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen, Forschung, Politik, Wissenschaft, Opladen 2002, S. 17

²⁶⁶ Bruno Binder, Gudrun Trauner, Öffentliches Recht - Grundlagen: Lehrbuch, 3. Auflage, Wien 2015, S. 274

²⁶⁷ Alois Riklin, Neutralität, online unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16572.php>, 15.04.2017

Römischen Reiches aus. Die bis dahin geführten Kriege und Auseinandersetzungen hatten bereits vorher zu einer praktischen, aber nicht staatsrechtlichen Loslösung vom Heiligen Römischen Reich geführt. Ab diesem Zeitpunkt war die Schweiz politisch selbständig.²⁶⁸

Die erste völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz erfolgte mit der Unterzeichnung der Friedensakte "*Acte portant reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire*" am 20. November 1815 (Pariser Friedenskonferenz) durch die Großmächte Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Russland am 20. November 1815 als ein Ergebnis des Wiener Kongresses (1814 - 1815).²⁶⁹

Am 18. Oktober 1907 unterzeichnete die Schweiz das Haager Abkommen, eine Anzahl von Konventionen, die auf den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 zwischen den wichtigsten damaligen Mächten abgeschlossen wurden und verschiedene kriegsvölkerrechtliche Regelungen enthalten, die bis heute einen wichtigen Teil des humanitären Völkerrechts bilden und größtenteils noch gültig sind.²⁷⁰ Das wichtigste darin enthaltene Recht ist das Recht auf Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums.²⁷¹

Die Neutralität der Schweiz "zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens" wurde im Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 in Art. 435 anerkannt.²⁷²

Mit der Reformierung der Bundesverfassung von 1999 wurde die Neutralität in den Kompetenzartikeln 173 und 185 BV verankert.²⁷³ Die Schweiz hielt auch anlässlich ihres UNO²⁷⁴-Beitritts am 10. Dezember 2002 an der Neutralität fest. Die UNO, die Schweiz und alle anderen neutralen Staaten hielten die UNO-Mitgliedschaft mit der Neutralität für vereinbar.²⁷⁵

Durch die veränderte Weltlage (Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90, Auflösung der Sowjetunion 1991) wurde die Stellung der Schweiz im neuen internationalen Umfeld in sechs Konzeptberichten neu definiert (1992 Neutralitätsstudie einer Expertenkommission, 2000 und

²⁶⁸ Ulrich Ammon, Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Berlin, 1995, S. 230

²⁶⁹ Alois Riklin, Neutralität, online unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16572.php>, 15.04.2017

²⁷⁰ Nicht mehr gültig sind Regelungen, die durch die technischen Entwicklungen überholt sind. Die Bestimmungen zur Behandlung von Kriegsgefangenen und von Zivilpersonen sind durch die Genfer Konventionen vom 12. August 1949 abgelöst worden.

²⁷¹ vgl. „Eidg. Departement für Verteidigung“, online unter:

<https://www.eda.admin.ch/content/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/voelkerrecht/Die%20Neutralitaet%20der%20Schweiz.pdf> 23.04.2017

²⁷² Alois Riklin, Neutralität, online unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16572.php>, 15.04.2017

²⁷³ vgl. ebd.

²⁷⁴ Die UNO (Organisation der Vereinten Nationen), ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 193 Staaten und als globale internationale Organisation ein uneingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt, wurde am 26. Juni 1945 gegründet; die UN-Charta trat am 24. Oktober 1945 in Kraft.

²⁷⁵ Alois Riklin, Neutralität, online unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16572.php>, 15.04.2017

2005 Neutralitätsberichte des EDA, 1993 und 2000 außenpolitische Berichte des Bundesrats, 2000 sicherheitspolitischer Bericht).²⁷⁶

Nach Riklin haben die Funktionen der Neutralität (Schutzwirkung, Integrations-, Unabhängigkeits-, Freihandels- und Gleichgewichtsfunktion) seit Ende der 1980er Jahre an Bedeutung verloren. Die Unabhängigkeitsfunktion drohe sich für die Schweiz ins Gegenteil zu wenden, weil sie faktisch in die EU integriert sei und zu einem Nachvollzugsland ohne Mitbestimmung absinke. Als Reserveposition mache aber die Neutralität nach wie vor Sinn. Trotz des gegenwärtigen Bedeutungsverlusts der Neutralität würden Bundesrat, Parlament und alle maßgeblichen Parteien und Verbände an der Beibehaltung der Neutralität festhalten, allerdings herrsche Uneinigkeit in Bezug auf die Definition, aktuelle Bedeutung und Praxis der Neutralität.²⁷⁷

Nach Decker weist sich die SVP durch ihr striktes Festhalten an der überkommenen Neutralitätspolitik als veritable Anti-Establishment Partei aus.²⁷⁸

9. Unterschiede im Parlamentsaufbau

9.1. Parlamentsaufbau – Österreich

In Österreich setzt sich das Parlament aus Nationalrat (183 Abgeordnete, Wahl durch das Volk für fünf Jahre²⁷⁹) und Bundesrat zusammen, die gemeinsam die Bundesversammlung²⁸⁰ bilden. Man spricht von einem unechten Zweikammersystem.²⁸¹

Entscheidendes gesetzgebendes- und Kontrollorgan ist der Nationalrat. Als Kontrollinstrument des Nationalrates fungiert der Rechnungshof, der die Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer durch Gesetz bestimmter Rechtsträger überprüft.²⁸²

Der Nationalrat kann sich im Gesetzgebungsprozess immer gegen den Bundesrat durchsetzen und beschließt die Gesetze, der Bundesrat kann jedoch ein suspensives Veto einlegen und damit eine nochmalige Behandlung im Nationalrat erzwingen.²⁸³ Der Nationalrat kann dann einen Beharrungsbeschluss erlassen und das Gesetz tritt nach Unterzeichnung

²⁷⁶ vgl. ebd.

²⁷⁷ vgl. ebd.

²⁷⁸ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, S. 93

²⁷⁹ Artikel 27 Absatz 1 B-VG

²⁸⁰ Deren Aufgaben sind gering und – außer im Falle einer Kriegserklärung – auf den Bundespräsidenten bezogen. Vgl. Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 202.

²⁸¹ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 524

²⁸² Artikel 121 B-VG.

²⁸³ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 525

durch den Bundespräsidenten und der Verlautbarung im Bundesgesetzblatt in Kraft (aufschiebendes oder suspensives Vetorecht).²⁸⁴

Die Mitglieder des Nationalrats (und auch des Bundesrats) sind an keinen Auftrag gebunden (Grundsatz des freien Mandats).²⁸⁵ Dieses Prinzip wird jedoch vom Klubzwang (faktische Bindung des Mandatars an die Beschlüsse seiner Partei) konterkariert.²⁸⁶

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern sowie den Staatssekretären (ohne Stimmrecht im Kollegialorgan Bundesregierung). Sie ist nur dem Nationalrat gegenüber politisch verantwortlich und damit von den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat abhängig.²⁸⁷ Ein Misstrauensvotum gegen einen Minister oder die gesamte Bundesregierung ist vorgesehen.²⁸⁸

9.2. Parlamentsaufbau – Schweiz

Der Aufbau des Schweizer Parlaments und der Verfassungsaufbau unterscheiden sich von anderen Demokratien.²⁸⁹ Die Schweiz weist auf Bundesebene Gewaltentrennung von Regierung und Parlament ohne gegenseitiges Auflösungsrecht (präsidentielle System-eigenschaften) auf. Die Parlamentswahl der Regierung sowie das ausgeprägte Kollegialitätsprinzip auf Regierungsstufe gelten als typisch für ein parlamentarisches Regierungssystem. Umgekehrt ist die Gewichtung bei den politischen Systemen der Schweizer Kantone.²⁹⁰ Das schweizerische Regierungssystem ist ein versammlungsunabhängiges Direktorialsystem, und damit weder ein rein parlamentarisches System noch eine rein präsidiale Demokratie.²⁹¹

Das Schweizer Parlament (= Bundesversammlung) besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem Nationalrat (Volkskammer) mit 200 nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Vertretern und dem Ständerat (Kantonskammer), der aus 46 Abgeordneten, die nach kantonalem Wahlrecht gewählt werden, besteht.

Die Bundesversammlung, deren Abgeordnete alle vier Jahre vom Volk gewählt werden, verfügt nur über Wahlkompetenzen (u.a. Wahl des Bundesrates für eine vierjährige Amtsdauer). Ansonsten nimmt sie ihre Aufgaben im Bereich der Gesetzgebung und Obergerichtspräsidenten wahr.

²⁸⁴ Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Verfassungsrecht, S. 204 ff

²⁸⁵ Artikel 56 Absatz 1 B-VG

²⁸⁶ Robert Walter, Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht, S. 201

²⁸⁷ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 524

²⁸⁸ Robert Walter, Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht, S. 325

²⁸⁹ Thomas Fleiner, Das schweizerische Regierungssystem - ein Sonderfall, online unter: <http://www.thomasfleiner.ch/files/categories/IntensivkursII/Regierungssystem.pdf>, 09.05.2017

²⁹⁰ Adrian Vatter, Kantonale Demokratien im Vergleich; Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen, Opladen, S. 43

²⁹¹ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 48

über die anderen Gewalten in getrennten Kammern wahr. Für eine Gesetzesvorlage ist die Zustimmung beider Kammern erforderlich.²⁹²

Der Bundesrat²⁹³ ist in der Schweiz die oberste Leitungs- und Vollzugsbehörde des Bundes. Die Anzahl von konstant sieben gleichberechtigten Regierungsmitgliedern wurde in der Bundesverfassung von 1848 festgelegt und ist im internationalen Vergleich einmalig.²⁹⁴

Während der vierjährigen Amtsperiode können – anders als in Österreich auf Grund ihrer Ministerverantwortlichkeit – weder der gesamte Bundesrat noch einzelne Bundesräte vom Parlament durch ein Misstrauensvotum zum vorzeitigen Rücktritt gezwungen werden. Umgekehrt kann die Exekutive auch nicht vorzeitig das Parlament auflösen.²⁹⁵

Geden sieht in der Rolle des Bundesrates (in Österreich Bundesregierung) die augenfälligste Besonderheit gegenüber anderen Demokratien.²⁹⁶

Der Bundespräsident wird in der Schweiz durch die Bundesversammlung jeweils für ein Jahr gewählt, wird damit aber nicht Staatsoberhaupt, sondern übernimmt dessen Funktionen der Gesamtbundesrat als Kollegialorgan. „Der jährlich wechselnde Bundespräsident nimmt dabei nur die Rolle des „Primus inter Pares“ ein und ist damit den anderen Bundesräten gleichgestellt.“²⁹⁷

Auch hier liegt ein Unterschied zu anderen Demokratien. In Österreich wird der Bundespräsident vom Volk für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich.²⁹⁸

Anders als in Österreich gibt es in der Schweiz neben dem Bundeskanzler zwei Vizekanzler, wobei alle gemeinsam an den Sitzungen der Regierung teilnehmen.²⁹⁹

10. Vergleich – Parteiensystem und Parteienlandschaft Österreich und Schweiz

„Als wesentliche Träger des repräsentativ-parlamentarischen Demokratiemodells stellen Parteien „das demokratietheoretisch wichtigste Verbindungsglied zwischen Bürgern und den

²⁹² Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 130f

²⁹³ In Österreich und Deutschland wird mit dem Begriff „Bundesrat“ die parlamentarische Vertretung der Bundesländer auf nationaler Ebene bezeichnet. In der Schweiz findet der Begriff zur Bezeichnung der nationalen Exekutive und auch als Amtsbezeichnung für die einzelnen Regierungsmitglieder Verwendung. vgl. Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, 1. Auflage, Wiesbaden 2006.

²⁹⁴ Thomas Krumm, Das politische System in der Schweiz, S. 213

²⁹⁵ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, 2. Auflage, Baden-Baden 2016, S. 236

²⁹⁶ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 130

²⁹⁷ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, 2. Auflage, Baden-Baden 2016, S. 235

²⁹⁸ Artikel 60 B-VG.

²⁹⁹ Ueli Leuthold, Jilline Bornand, Schweizer Staatskunde, Zürich 2012, S. 24

*Organen staatlicher Willensbildung dar. Sie erfüllen eine Reihe zentraler Funktionen, die für den Prozess demokratischer Regierung unerlässlich sind“.*³⁰⁰

10.1. Parteiensystem und Parteienlandschaft Österreich

10.1.1. Allgemeines

Die Parteien haben in Österreich – anders als in der Schweiz – eine sehr starke Stellung im politischen System. Die Parteienstaatlichkeit war in der Vergangenheit durch einen hohen Organisationsgrad, hohe Mitgliederdichte und bedeutenden Einfluss auf weite gesamtgesellschaftliche und soziale Bereiche charakterisiert.³⁰¹

Das österreichische Parteiensystem war bis in die 1980er Jahre das Muster eines „Zweieinhalb-Parteiensystems“. Es gab de facto nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Großparteien und eine Kleinpartei, die weltanschaulichen Lagern (Lagerbindung) zuzuordnen waren: Das sozialistische Lager der SPÖ, das christlich (katholisch)-konservative Lager der ÖVP und das deutschnationale Lager der FPÖ.³⁰² Die KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) war von 1945 – 1959 im Nationalrat vertreten, blieb aber weitgehend bedeutungslos.³⁰³

Nach Ansicht von Pelinka verstanden es SPÖ und ÖVP nach 1945, Wählerinnen und Wähler durch ideologische Überhöhungen und durch die Gestaltung subkultureller Milieus politisch zu binden.³⁰⁴ Stammwählerinnen und -wähler der ÖVP waren hauptsächlich Bauern, Gewerbetreibende und Beamte. Arbeiterinnen und Arbeiter und andere unselbständig Erwerbstätige zählten zu den Stammwählerinnen und -wählern der SPÖ.

Pelinka nennt drei Gründe, warum es zu einer neuen politischen Beweglichkeit, die von einer „Erosion des extremen Parteienstaates“ begleitet gewesen sei, kam:

- das Aufkommen der Grünen als vierte Partei,
- die Neupositionierung der FPÖ als „rechtspopulistische“ Partei ab 1986 und die
- Etablierung des Liberalen Forums (LIF) als fünfte Partei im Nationalrat

Eine Besonderheit dieser Entwicklung sei der Mangel an alternativen Mehrheitsbildungen gewesen.³⁰⁵

³⁰⁰ Thomas Poguntke, Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Opladen 2002, S. 253

³⁰¹ Anton Pelinka, *Das politische System Österreichs*, S. 536

³⁰² Onur Kas, *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei*, Hamburg 2014, S. 3

³⁰³ Anton Pelinka, *Das politische System Österreichs*, S. 535f

³⁰⁴ Anton Pelinka, Sieglinde Rosenberger, *Österreichische Politik, Grundlagen – Strukturen – Trends*, Wien 2000, S. 133

³⁰⁵ Anton Pelinka, *Das politische System Österreichs*, S. 536

10.1.2. Die Grünen

Mit dem Einzug der Grünen (1986) in den Nationalrat veränderte sich das Parteiensystem.³⁰⁶ Die Grünen formierten sich primär als „Umweltschutzpartei“, traten aber auch für Frauenemanzipation, für Randgruppen und gegen Ausländerfeindlichkeit ein. Sie waren bis 2017 ununterbrochen im Parlament als Oppositionspartei vertreten.³⁰⁷ Ihr Stimmenanteil bewegte sich von 1986 bis 2013 zwischen 4,9% und 12,4%.³⁰⁸ Bei den Nationalratswahlen am 15.10.2017 erreichten die Grünen nur 3,8% und scheiterten an der 4% Sperrklausel.³⁰⁹

10.1.3. FPÖ – Neupositionierung unter Haider

Mit der Ernennung von Jörg Haider zum Parteichef der FPÖ im Jahr 1986 kam es zur Neupositionierung als „rechtspopulistische“ Partei und damit zu einer Veränderung der politischen Kultur, aber auch zu einer Veränderung ihrer Wählerschaft. Hatten bis zur Wahl von Haider vor allem *„Personen mit deutschnationalen und antiklerikal-wirtschaftsliberalen Orientierungen des alten, selbständigen Mittelstandes der traditionellen Wählerschaft“* der FPÖ angehört,³¹⁰ so fanden nunmehr Bürgerinnen und Bürger, die mit der Arbeit der etablierten Parteien nicht mehr einverstanden waren, Abstiegsängste hatten oder durch die stärker gewordene Zuwanderung um ihre Arbeitsplätze fürchteten, mit der Neupositionierung der FPÖ (u.a. Kritik an der Globalisierung und Instrumentalisierung der Ausländer) eine neue politische Heimat. Damit konnte die Partei nicht nur in sozialistische Wählerkreise eindringen, sondern gegen Ende der 1980er Jahre mit ihrem Programm auch ÖVP Kernschichten (Selbständige, Gewerbetreibende, Landwirte) erreichen. Nach Scharsach mussten die radikalen Populisten ihre Wähler nicht aus funktionierenden Gesinnungs-, Interessen- und Sozialgemeinschaften abwerben, sondern brauchten nur jene einzusammeln, die durch politische Enttäuschung und gesellschaftliche Isolierung auf der Strecke geblieben waren.³¹¹

10.1.4. Das Liberale Forum (LIF)

Das LIF war die erste liberale Partei in Österreich³¹² und wurde als Protest gegen den Rechtspopulismus der FPÖ von einigen FPÖ-Abgeordneten am 4. Februar 1993³¹³ ge-

³⁰⁶ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 536

³⁰⁷ vgl. „BPD Austria“, online unter: <http://www.politischebildung.at/upload/polsystem.pdf> (29.04.2017)

³⁰⁸ Homepage „BMI“, Wahl 2013, online unter: <http://wahl13.bmi.gv.at/abgefragt> (29.04.2017)

³⁰⁹ Homepage „BMI“, Wahl 2017 online unter <http://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=6A624655446767796633673D>; 20.10.2017

³¹⁰ Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, In: Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Franz Sommer (Hg.), Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000, S. 230

³¹¹ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, Wien 1993, S. 27

³¹² vgl. Homepage „LIF“, online unter: <http://www.lif.at/>, 10.9.2017

³¹³ vgl. Homepage „LIF“, Geschichte, online unter: <http://www.lif.at/geschichte/>, 10.9.2017

gründet.³¹⁴

Auf der Homepage des LIF steht zur Parteigeschichte:

„Irgendwann war es genug. Eine Partei, die Freiheit im Namen trug und ein fremdenfeindliches Volksbegehren startete, vertrug sich nicht mit mehr mit den Zielen einiger Abgeordneter dieser Partei.“³¹⁵

Mit dem LIF waren zwischen 1993 und 1999 fünf Parteien im Nationalrat vertreten.³¹⁶ Die Partei scheiterte 1999 an der 4-Prozent-Sperrklausel.³¹⁷ Das LIF ging 2013 in dem Wahlbündnis „NEOS Das Neue Österreich und Liberales Forum“ auf; die Organisation erreichte bei den Nationalratswahlen 5% der Stimmen und neun Mandate. Anfang 2014 fusionierten NEOS und das Liberale Forum zu „NEOS – Das neue Österreich“.³¹⁸

10.1.5. Der Abstieg der etablierten Parteien

Die Gründe, warum es zum Abstieg der etablierten Parteien kam, liegen nicht nur am Aufkommen der Grünen, in der Neupositionierung der FPÖ und der Etablierung des LIF. Darüber hinaus machten sich, wie auch in anderen Demokratien, die Verschleißerscheinungen (Rückgang der Stamm- und Kernwählerschichten, Rückgang der Parteimitglieder, Parteiverdrossenheit, verändertes Wählerverhalten) bemerkbar.

Das Wählerverhalten hat sich in den westlichen Demokratien in den letzten Jahrzehnten allgemein verändert, davon blieb auch Österreich nicht verschont. In den 1950er Jahren wählten sieben von zehn Wahlberechtigten laut eigenen Angaben, selbst bei Unzufriedenheit, immer die gleiche Partei.³¹⁹

Der Anteil an Personen mit Parteiidentifikation sank in den 1970er Jahren auf zwei Drittel und bewegte sich in den 1990er Jahren in der Größenordnung von etwa der Hälfte. Mit 41 Prozent wurde 2013 ein Tiefpunkt erreicht. *„Die Parteibindung ist heute im Regelfall schwach und führt auch nicht mehr unbedingt zu einem mit ihr konsistenten Wahlverhalten.“³²⁰*

³¹⁴ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 536

³¹⁵ vgl. Homepage „LIF“, Geschichte, online unter: <http://www.lif.at/geschichte/>, 10.9.2017

³¹⁶ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, S. 536

³¹⁷ vgl. „BMI“, Nationalratswahlen, online unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx (29.04.2017)

³¹⁸ vgl. Homepage „LIF“, Geschichte, online unter: <http://www.lif.at/geschichte/>, 10.9.2017

³¹⁹ Peter A. Ulram, Die Zeichen an der Wand, Analyse der Nationalratswahlen 2013, unter Verweis auf: Fritz Plasser, Seeber Gilg, Peter A. Ulram, Breaking the Mold. Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre, Wien 2000, online unter: http://www.weissegewirtschaft.at/wp-content/uploads/2014/10/ZeichenanderWand_NRW_2013.pdf, 10.9.2017

³²⁰ Peter A. Ulram, Die Zeichen an der Wand, Analyse der Nationalratswahlen 2013, unter Verweis auf: Fritz Plasser, Seeber Gilg, Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie. Die Kronen Zeitung, Nes Bias und

Plasser und Ulram begründen diesen Trend mit einem Aufbrechen der früher weitgehend geschlossenen politisch-sozialen Subkulturen („Lager“) und dem Verblässen, Verschwinden oder nur noch bei schrumpfenden Minderheiten vorfindbaren traditionellen und ideologischen Deutungsmustern.³²¹ Als Indikator wird dabei der Anteil der Parteimitglieder an den Wahlberechtigten angesehen, der sich seit den siebziger Jahren bis heute von ca. einem Viertel auf weniger als ein Zehntel reduzierte. Der Anteil an Wechselwählerinnen und –wählern stieg von einer Nationalratswahl zur nächsten von unter 10 Prozent auf knapp 30 Prozent.³²²

Das veränderte Wahlverhalten und die nachlassende Identifizierung mit einer Partei führten dazu, dass SPÖ und ÖVP, welche von 1986 bis 1999 durchgehend eine Koalition gebildet hatten, im Jahr 1986 gemeinsam noch 84,4% Prozent Stimmanteil erreichten³²³, während sie hingegen im Jahr 1999 nur mehr gemeinsam 60,1% Prozent verzeichnen konnten. 1999 war, erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik, die FPÖ, wenn auch nur ganz knapp, vor der ÖVP zweitstärkste Kraft im Parlament.³²⁴ In der Folge bildete die ÖVP als drittstärkste Partei unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit der FPÖ eine Koalition, die nach den Turbulenzen der FPÖ (Knittelfeld) nach den vorgezogenen Wahlen 2002 erneuert wurde. 2002 erreichte die ÖVP auf Grund der Vorgänge in der FPÖ 42,30%, die SPÖ 36,51% und die FPÖ nur 10,01%.³²⁵

Im April 2005 kam es durch Mitglieder der FPÖ um Jörg Haider zur Gründung des BZÖ („Das Bündnis Zukunft Österreich“). Haider wurde zunächst Parteiobmann, blieb aber weiterhin Landeshauptmann von Kärnten.³²⁶

Bei der Nationalratswahl 2006 erreichten SPÖ und ÖVP je ca. 35% (gemeinsam 70%), während die FPÖ, auch wegen der Konkurrenz des BZÖ, sich mit 11,04% im Vergleich zu 2002 kaum steigern konnte.³²⁷

Medieneffekte, Wien 2010, online unter: URL: http://www.weissegewirtschaft.at/wp-content/uploads/2014/10/ZeichenanderWand_NRW_2013.pdf, 10.9.2017

³²¹ Peter A. Ulram, Die Zeichen an der Wand, Analyse der Nationalratswahlen 2013, unter Verweis auf: Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, Wien 1981, online unter: http://www.weissegewirtschaft.at/wp-content/uploads/2014/10/ZeichenanderWand_NRW_2013.pdf, 10.9.2017

³²² Peter A. Ulram, Die Zeichen an der Wand, Analyse der Nationalratswahlen 2013, online unter: http://www.weissegewirtschaft.at/wp-content/uploads/2014/10/ZeichenanderWand_NRW_2013.pdf

³²³ vgl. „BMI“, Nationalratswahlen 1986, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx, 29.04.2017

³²⁴ vgl. „BMI“, Nationalratswahlen 1999, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx, 29.04.2017

³²⁵ vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2002, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2002.aspx, 29.04.2017

³²⁶ Christian Dörner-Hörig, Habitus und Politik in Kärnten, Wiesbaden 2014, S. 256

³²⁷ vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2006, online unter: http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2006/start.aspx#pk_08, 17.06.2017

Das BZÖ (unter Parteiobmann Peter Westenthaler) profitierte vom „Haider-Faktor Kärnten“, allerdings nur in Kärnten, denn in acht der neun Bundesländer erreichte die Partei bei der Nationalratswahl 2006 nur einen Stimmenanteil zwischen 1,7 und 3,3 Prozent.³²⁸ Österreichweit erreichte die Partei 4,1 Prozent. Damit war sie die kleinste im Parlament vertretene Partei.³²⁹

Nach Peter Filzmaier war die Wählerschaft der FPÖ unverändert mit dem Ausländerthema motivierbar. 39 Prozent hätten die Partei primär aus diesem Grund gewählt. Für 15 Prozent sei Heinz-Christian Strache ein ausschlaggebendes Motiv gewesen.³³⁰

Bei den FPÖ-Wählerinnen und -wählern gaben 35 Prozent an, dass die härtere Ausländerpolitik der Partei für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend gewesen sei. Bei den BZÖ-Wählerinnen und -Wählern nannten 49 Prozent als Grund für ihre Entscheidung Jörg Haider. Die FPÖ schnitt in der Gruppe der unter 30-Jährigen mit 28 Prozent am besten ab.³³¹

Von 2006 – 2017 gab es wieder durchgängig eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP.

Bei der Nationalratswahl am 28. September 2008, die auf Grund der vorzeitigen Auflösung der Koalition von SPÖ und ÖVP stattfand, erreichte die SPÖ 29,3%, die ÖVP 26% und die FPÖ 17,5%.³³²

Das BZÖ erreichte – Haider war einen Monat vor der Wahl erneut zum Parteiobmann des BZÖ gewählt worden – nunmehr einen Stimmenanteil von 10,7 Prozent.³³³ Haider starb nur wenige Tage nach der Wahl, in der Nacht von 10. auf 11. Oktober 2008.

Die Wahlergebnisse bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 waren ähnlich wie 2008: Die SPÖ erhielt 26,8 Prozent der Stimmen, die ÖVP 24 Prozent und die FPÖ 20,5% Partei.³³⁴ Das BZÖ konnte mit einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent die 4 Prozent-Hürde nicht überspringen und verfehlte damit den erneuten Einzug in das Parlament.³³⁵

³²⁸ Jesse Eckhard, Tom Thieme (Hg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 273

³²⁹ vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2006, online unter:

http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2006/start.aspx#pk_08, 17.06.2017

³³⁰ Peter Filzmaier, Peter Plaikner, Karl A. Duffek (Hg.), *Mediendemokratie Österreich*, Wien 2007, S. 77

³³¹ vgl. „Sora“, Nationalratswahlen 2008, online unter:

http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2008_nrw_wahlanalyse.pdf, 5.9.2017

³³² vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2006, online unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx (29.04.2017)

³³³ vgl. Homepage „BMI“, Wahl 2008, online unter: <http://wahl08.bmi.gv.at/>, 9.9.2017

³³⁴ vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2013, online unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2013.aspx (29.04.2017)

³³⁵ vgl. ebd.

Ab 2013 waren mit dem Team Stronach und den NEOs erstmals sechs Parteien im Nationalrat vertreten (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, Team Stronach, NEOs).³³⁶

Zur Nationalratswahl 2017 traten österreichweit 10 Parteien an.³³⁷ Wahlsieger war die ÖVP (Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei) mit 31,5% vor der SPÖ mit 26,9% und der FPÖ mit 26,0%. Auch die NEOS (5,3%) und die Liste Peter Pilz (4,4%) schafften – im Gegensatz zu den Grünen – den Sprung in den Nationalrat.³³⁸

11. Parteiensystem und Parteienlandschaft Schweiz

11.1. Allgemeines

Die Schweiz wurde „zwischen 1848 und 1890 „ausschließlich von sieben radikal-liberalen Bundesräten der freisinnigen Parteifamilie regiert“, wodurch die Regierung „somit zumindest formal einer Einparteienregierung“ entsprach und „ein Spiegelbild der klaren Mehrheitsverhältnisse im Bundesstaat“ war. ... Parteien im eigentlichen Sinn gab es zu dieser Zeit noch nicht... Ideologisch abgegrenzte Fraktionen begannen sich in der Schweizer Bundesversammlung erst ab 1880 zu bilden.“³³⁹

Die Christdemokratische Partei (seit 1970: Christlichdemokratische Volkspartei [CVP]) wurde 1848, die Sozialdemokratische Partei (SP) 1888 und die Freisinnig-Demokratische Partei (kurz: Freisinn; heute FDP Die Liberalen) 1894 gegründet.³⁴⁰

Letztgenannte dominierte über einige Jahrzehnte. Das änderte sich mit der im Jahr 1888 gegründeten Arbeiterpartei (Vorläuferin der SP), die im Zeichen der Industrialisierung gegründet wurde. Der Freisinn erfuhr aber nicht nur Konkurrenz von der SP, sondern bekam durch die 1912 gegründete Katholische Konservative Partei (KKP, heute CVP³⁴¹) weitere Konkurrenz. Durch die Einführung des Verhältniswahlrechts und dem Zugestehen eines Bundesratssitzes an die CVP gelang dem Freisinn zunächst eine Begrenzung der Konkurrenz, die allerdings mit der Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 endete. Zu einer weiteren Differenzierung des Parteiensystems kam es Ende des Ersten Weltkrieges mit

³³⁶ vgl. ebd.

³³⁷ vgl. „Nationalratswahl“, online unter: <http://www.nationalratswahl.at/> (10.09.2017)

³³⁸ vgl. Homepage „BMI“, Wahl 2017 online unter

<http://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=6A624655446767796633673D>; 20.10.2017

³³⁹ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 216 ff

³⁴⁰ Yvonne Hempel, Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: Martin Sebaldt, Henrik Gast, Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 285

³⁴¹ Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVO) wurde 1882 unter dem Namen Katholisch-Konservative Partei (KKP) gegründet, vgl. Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Patrick M. Kuhn, Stefanie Walter (Hg.), Einführung in die Politikwissenschaft, 3. Auflage, Wien/Köln/Weimar 2015, 3. Auflage, S. 303

der Abspaltung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Vorläuferin der heutigen SVP).³⁴² Der Freisinn hatte sich vom Liberalismus entfernt und zu den Gewerkschaften hingewendet. Aus diesem Grund wechselten viele Bauern „ihre politische Heimat“ und gaben der neu gegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), einem Zusammenschluss verschiedener Kantonsparteien, ihre Stimme. Die BGB (heute SVP) war erstmals 1929 im Bundesrat vertreten, wodurch die bürgerliche Regierungskoalition eine Erweiterung erfuhr. Die Christlichdemokraten (CVP) kamen zu einem zweiten Bundesratssitz. Die Wählerschaft der CVP, bestehend aus Bauern, Handwerkern, dem Kleinbürgertum, aber auch Arbeitern und Gewerkschaftern, ist seit 1919 im Bundesrat vertreten. Ihr Wähleranteil lag von 1919 bis 1987 bei durchschnittlich 21 Prozent und sank bei der Nationalratswahl 2011 auf 12,5 Prozent).³⁴³

Die SP gewann in den 1920er Jahren immer mehr Wählerstimmen und erreichte bei der Nationalratswahl von 1928 einen Stimmanteil von 27,4 Prozent. Durch ihren Wandel von einer reinen Arbeiterpartei hin zu einer Volkspartei wurde sie bei der Nationalratswahl 1943 zur stärksten Fraktion. Ernst Nobs wurde zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat und leitete damit die proportionale Vierparteienregierung ein. Diese Entwicklung fand 1959 mit der „Zauberformel“ ihren Abschluss.³⁴⁴

Das schweizerische Parteiensystem wurde somit bis zur Einführung der Zauberformel im Jahr 1959 von FDP, SP, CVP und SVP dominiert, erhielt mit deren Einführung eine Festigung³⁴⁵ und blieb bis Mitte der 1960er stabil.³⁴⁶

Nach Hempel markierte die Zauberformel von 1959 den endgültigen und symbolischen Übergang zum Konkordanzsystem. Hempel betont aber, wie Vatter³⁴⁷, dass dieses nicht allein darauf beruht habe.³⁴⁸

³⁴² Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Patrick M. Kuhn, Stefanie Walter (Hg.), Einführung in die Politikwissenschaft, 3. Auflage, Wien/Köln/Weimar 2015, 3. Auflage, S. 324

³⁴³ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S 216 ff

³⁴⁴ Urs Altermatt, Aufstieg und Krise der Christdemokraten in der Schweiz, In: Bernhard Löffler, Karsten Ruppert (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit: Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag, Köln 2006, S. 612f

³⁴⁵ Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Patrick M. Kuhn, Stefanie Walter, Einführung in die Politikwissenschaft, S. 324

³⁴⁶ Urs Altermatt, Aufstieg und Krise der Christdemokraten in der Schweiz, In: Bernhard Löffler, Karsten Ruppert (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit, S. 612f

³⁴⁷ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 553

³⁴⁸ Yvonne Hempel, Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: Martin Sebaldt, Henrik Gast, Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 286f

Die Stabilität des Parteiensystems begann ab Mitte der 1960er Jahre aus mehreren Gründen zu wanken.³⁴⁹ Der liberalsoziale „Landesring der Unabhängigen“ gewann an Stimmen und erreichte bei den Nationalratswahlen von 1967 mit 9,1 % Prozent ihren Höhepunkt. In den späten sechziger Jahren entstanden u.a. wegen der steigenden Ausländerzahlen und der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit rechtspopulistische Anti-Überfremdungsparteien. Die Konkordanz geriet dadurch in den „Sog einer wachsenden Polarisierung“, was zu einem Wegbewegen der Regierungsparteien von der politischen Mitte führte.³⁵⁰

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entstand eine Vielzahl links-alternativer Gruppierungen, bei der die Grünen den größten und anhaltendsten Erfolg verzeichnen konnten. Die Etablierung der Oppositionsbewegungen führte dazu, dass das „Vierparteien-Regierungslager“ 1991 mit einem Gesamtstimmanteil von 69,4 Prozent einen Tiefpunkt erreichte.³⁵¹

Ein weiterer Wandel des Parteiensystems sowie der politischen Kultur, vollzog sich mit dem Aufstieg der rechtspopulistischen SVP ab Mitte der 1990er Jahre. Das Regierungssystem geriet durch die neue politische Kultur der SVP auf verbaler und symbolischer Ebene erheblich unter Druck. Die Verdoppelung der Unterstützung für die SVP zwischen 1995 und 2007 zur mit Abstand stärksten Partei führte auch zu einem Wandel der konkordanten Politikprozesse und zu einem stärker polarisierten und konkurrenzbetonten System.³⁵²

Für die SVP wurde das Jahr 1999 durch das Erreichen eines Stimmenanteils bei der Nationalratswahl von 22,5 Prozent,³⁵³ und damit dem landesweiten Aufstieg von der viert- zur erstplatzierten Partei, zu dem bis zu diesem Zeitpunkt erfolgreichsten ihrer Geschichte.³⁵⁴ Der Wahlerfolg wurde in der internationalen Presse als Wahlerfolg des Rechtspopulisten Blocher bezeichnet und mit dem Wahlsieg Haiders in Österreich einen Monat zuvor verglichen.³⁵⁵ Die SVP erhielt aber trotz des Wahlerfolges von 1999 und der bis dahin geltenden Zauberformel (SP, CVP und FDP je zwei Sitze, SVP ein Sitz) den zweiten Sitz erst, als sie bei den Nationalratswahlen 2003 einen Stimmenanteil von 26,8 Prozent er-

³⁴⁹ Urs Altermatt, Aufstieg und Krise der Christdemokraten in der Schweiz, In: Bernhard Löffler, Karsten Ruppert (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit, S. 615

³⁵⁰ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 86f

³⁵¹ Urs Altermatt, Aufstieg und Krise der Christdemokraten in der Schweiz, In: Bernhard Löffler, Karsten Ruppert (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit, S. 615f

³⁵² Thomas Krumm, Das politische System der Schweiz, S. 2

³⁵³ Christoph Herold, Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP), Heidelberg 2003, S. 3

³⁵⁴ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 129

³⁵⁵ Christoph Herold, Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz, S. 3

reichte³⁵⁶ und auf ihren zweiten Sitz im Bundesrat beharrte. Blocher siegte knapp gegen eine Bundesrätin der CVP und erhielt damit den Sitz zu deren Lasten.³⁵⁷ Damit wurde die von 1959 bis 2003 geltende Formel gesprengt. Nunmehr erhielten die SP, die FDP und die SVP zwei Sitze und die CVP nur mehr einen Sitz. Im Kern blieb die Zauberformel damit aber entsprechend ihrer Parteistärken mit 2 : 2 : 2 : 1 bestehen.³⁵⁸

Die SVP setzte trotz des Umstandes, dass Blocher zum 1. Jänner 2004 in die Regierung (Bundesrat) eintrat und nunmehr in der SVP kein Amt mehr bekleidete³⁵⁹, ihren Kurs unverändert und mit fast gleichbleibendem Erfolg fort.³⁶⁰

Bei der Bundesratswahl am 12. Dezember 2007 kam es zur Wiederwahl des Bundesrates Samuel Schmid (SVP). Statt Blocher wurde jedoch Eveline Widmer-Schlumpf (SVP) mit Mehrheit gewählt. Sowohl Schmid als auch Widmer-Schlumpf nahmen die Wahl an und wurden daraufhin aus der SVP ausgeschlossen,³⁶¹ woraufhin Widmer-Schlumpf kurz darauf die Bürgerlich-Demokratische Partei Graubünden (BDP), eine Abspaltung der SVP Graubünden, gründete. Die SVP ging, wie schon vorher von Blocher für diesen Fall angekündigt, in die Opposition und war damit nicht mehr im Bundesrat vertreten. Das bedeutete eine kurzfristige Beendigung des Konkordanzsystems. Durch die Wahl von SVP-Parteipräsident Ueli Maurer im Dezember 2008 war die SVP aber wieder mit einem Sitz im Bundesrat vertreten. Ein zweiter Bundesratssitz wurde ihr im Hinblick darauf, dass mit Widmer-Schlumpf eine Person im Gremium saß, welche ursprünglich als SVP-Kandidatin vom Parlament gewählt wurde, verweigert.³⁶²

Spier sah die „Zauberformel“ und das Konkordanzmodell der Schweiz dadurch nicht zu Unrecht als gescheitert an.³⁶³

Bei der Nationalratswahl 2011 erreichte die SVP 26,6 Prozent, die anderen Regierungsparteien SP 18,7 Prozent, die FDP 15,1 Prozent und die CVP 12,3 Prozent. Die anderen

³⁵⁶ vgl. Wikipedia, Bundesratswahlen 1999, online unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahlen_1999, 30.04.2017

³⁵⁷ Adrian Vatter, *Das politische System in der Schweiz*, S. 540

³⁵⁸ Adrian Vatter, *Das politische System der Schweiz*, 2016, S 215 ff

³⁵⁹ In der Schweiz handelt der Bundesrat überparteilich. Die Mitglieder des Bundesrats üben keinerlei Parteifunktionen aus. Artikel von Leonhard Neidhart, *Der Bundesrat als Element und Ausdruck der schweizerischen Mischverfassung*, online unter: <http://www.politologie.ch/artikel/items/der-bundesrat-als-element-und-ausdruck-der-schweizerischen-mischverfassung.html>, 01.05.2017

³⁶⁰ Oliver Geden, *Diskursstrategien im Rechtspopulismus*, S. 130

³⁶¹ Maximilian Koch, *Führung durch Nichtführung am Beispiel der Schweiz: Zur Herrschaftsausübung in der Eidgenossenschaft*, München 2013, S. 16

³⁶² vgl. ebd.

³⁶³ Tim Spier, *Modernisierungsverlierer*, S. 37

nicht in der Regierung vertretenen Parteien lagen unter 10 Prozent (Gründe: 8,4 Prozent, GLP 5,4, BDP 5,4 und die übrigen Parteien 8,1 Prozent).³⁶⁴

Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2015 wurde die SVP mit 29,4 Prozent Wähleranteil zur stimmenstärksten Partei und erreichte damit ein Rekordergebnis, das seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 noch keine andere Partei erreicht hatte. Die anderen in der Regierung vertretenen Parteien lagen prozentuell deutlich darunter (SP: 18,8, FDP 16,4 und CVP 11,6 Prozent).³⁶⁵

Das bedeutete folgende Veränderungen der Nationalratswahlen 2015 im Vergleich zu jenen von 2011:³⁶⁶

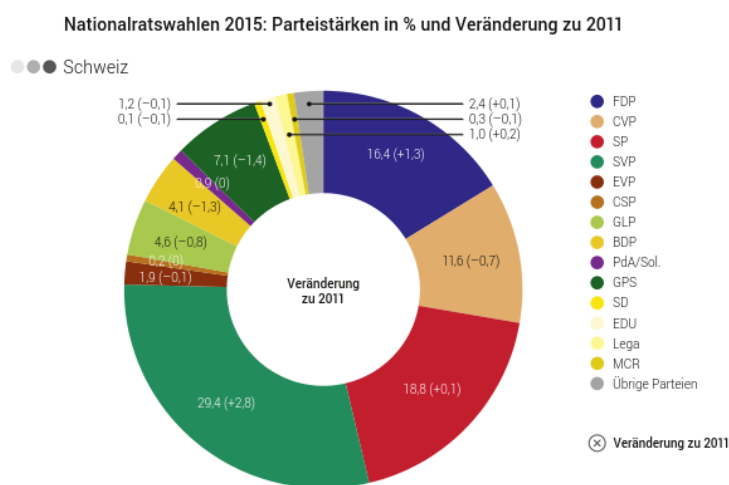


Abb. 3: Nationalratswahlen 2015: Parteistärken in % und Veränderung zu 2011³⁶⁷

Die SVP erhielt nach dem Rücktritt von Widmer-Schlumpf wieder einen zweiten Bundesratssitz, wodurch die drei stärksten Parteien nach der Zauberformel wieder mit je zwei Sitzen im Bundesrat vertreten sind.

Die nicht in der Regierung vertretenen traditionellen Mittelparteien (Evangelische Volkspartei [EVP], Christlich-soziale Partei [CSP], Bürgerlich-Demokratische Partei [BDP], Grünliberale

³⁶⁴ vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Nationalratswahlen Ergebnisse, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.460394.html>, 10.9.2017

³⁶⁵ vgl. „Wikipedia“, Parlamentswahlen 2015, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Parlamentswahlen_2015, 01.05.2017

³⁶⁶ vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Nationalratswahlen Ergebnisse, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.460394.html>, 10.9.2017

³⁶⁷ vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Nationalratswahlen Ergebnisse, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.460394.html>, 10.9.2017

Partei [GLP]) konnten ihre Parteienstärken in etwa halten. Bei den Grünen (GPS) sank der Stimmenanteil auf 7,1 Prozent. Die FDP Die Liberalen, die mit der Liberalen Partei (LPS) 2009 fusionierte, konnte erstmals wieder seit 1979 ihren Stimmenanteil leicht erhöhen. Verglichen mit der Nationalratswahl 1979, wo FDP und LPS zusammen eine Parteienstärke von 26,8% erreichten, sank bei der FDP der Stimmenanteil um 10,4 Prozent auf 16,4 Prozent. Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), welche einen Stimmenanteil von 21,3 Prozent erhielt, erleidet seit 1979 bis auf eine Ausnahme (2007: + 0,1 Prozent) kontinuierlich Stimmenverluste.

Die Wähleranteile der Sozialdemokratische Partei (SP), der zweitgrößten Partei in der Regierung, stagnieren. Sie konnte bei der Wahl 2015 nur einen Zuwachs der Stimmenanteile von 0,1 Prozent verzeichnen und erreichte 18,8 Prozent. Bei den kleinen Linksparteien (solidaritéS [Sol], Die Partei der Arbeit der Schweiz [PdA]) und den am rechten Rand angesiedelten Parteien (Lega dei Ticinesi) gab es kaum Veränderungen. Die anderen rechten Parteien (Schweizer Demokraten [SD], Eidgenössische Demokratische Union [EDU], Genfer Bürgerbewegung [MCR]) wurden leicht geschwächt.³⁶⁸

Interessant ist, dass auch in der Schweiz die Bereitschaft zum Wechselwählen seit den 1950er Jahren angestiegen ist, aber im Vergleich zu 15 europäischen Ländern deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Die Volatilität der Schweiz ist aber mit jener von Österreich vergleichbar, denn in Österreich lag sie von 1950 bis 1990 durchschnittlich bei 5,3 Prozent und in der Schweiz bei 5,5 Prozent.³⁶⁹

11.2. Meinungen zum Parteiensystem der Schweiz

Nach Thomas Krumm ist das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich, u.a. wegen der föderalen Organisationsstruktur, hochgradig fragmentiert.³⁷⁰

Dietmar Braun meint, dass man in der Schweiz von 26 verschiedenen Parteiensystemen sprechen könne. Die Zentrale auf der Bundesebene müsse eher als ein Sekretariat der Föderation von unterschiedlichen Parteifraktionen, denn als harmonisierendes und lenkendes Organ verstanden werden. Das Organisationsprinzip der Schweizer Parteien basiere auf Dezentralität und fördere die Anerkennung der Eigenarten jeder Region, wodurch die Vielfalt

³⁶⁸ Nationalratswahlen 2015, Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971 BFS, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.350876.html>, 10.9.2017

³⁶⁹ Thomas Krumm, Das politische System der Schweiz, S. 202

³⁷⁰ Thomas Krumm, Das politische System der Schweiz, S. 200

und Autonomie der Kantone gestärkt und der Zentralstaat geschwächt werde.³⁷¹

Sowohl Braun³⁷² als auch Hempel³⁷³ bezeichnen das Schweizer Parteiensystem als schwächer und weniger professionalisiert als in anderen Ländern und nennen als einen der Gründe die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bestehende Konkurrenz durch die Spitzenverbände (s. Punkt 8.1.3.), die mit den Parteien vergleichsweise wenig zusammen arbeiten, wodurch diese geschwächt seien.³⁷⁴

Nach Hempel behindern die „vergleichsweise unabhängig agierenden kantonalen Parteien, deren unterschiedliche politische Ausrichtungen stärker als in anderen Bundesstaaten sein könnten, auch ein starkes und einheitliches Auftreten auf nationaler Basis. Dies gelte auch für die Bundesratsparteien, die ähnlich wie in präsidentiellen Regierungssystemen über eine relativ gering ausgeprägte Fraktionsdisziplin verfügen.“³⁷⁵

³⁷¹ Dietmar *Braun*, Universität von Lausanne, Dezentraler und unitarischer Föderalismus, , S. 66, online unter <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/j.1662-6370.2003.tb00400.x/pdf>, 28.04.2017

³⁷² vgl. ebd.

³⁷³ Yvonne *Hempel*, Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: Martin *Sebaldt*, Henrik *Gast*, Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 287

³⁷⁴ vgl. ebd.

³⁷⁵ vgl. ebd.

Teil III – Historische Entwicklung von FPÖ und SVP

12. Die FPÖ – Historische Entwicklung

12.1. Das Dritte Lager

Nach Gernot Stimmer³⁷⁶ standen einander am Ende der Monarchie drei Weltanschauungsparteien gegenüber:

- *„Die durchorganisierte und bereits stark hierarchisch strukturierte sozialdemokratische Mitgliederpartei*
- *Die sich durch Fusionierung heterogener Parteigruppen zur Großpartei entwickelnde, in ihrer Organisations- und Rekrutierungsstruktur jedoch völlig von formal parteiexternen katholischen Vereinen und Institutionen abhängige Christlichsoziale Partei*
- *Die verschiedenen, nach herkömmlicher Klassifizierung Honoratiorenparteien des deutschnationalen Lagers, gestützt auf ein parteiexternes Netz von beruflichen, sozialen und kulturellen Vereinigungen und Organisationen.“*³⁷⁷

Der Historiker und Journalist Adam Wandruszka führte den Begriff „Drittes Lager“ (Drei-Lager-Theorie) 1954 in die österreichische Historiographie ein und gebrauchte den Begriff als einen umfassenden Ausdruck für „Bewegungen“, „Parteien“ und „Gruppen“.³⁷⁸ Er sah die österreichische Innenpolitik *„ja die gesamte soziale, ideelle und kulturelle Struktur des Landes“* von 1918 bis zur Gegenwart (Anm.: 1954) durch das Neben-, Gegen- und Miteinander der drei großen Lager, dem christlichsozial-konservativen, dem sozialistischen und dem nationalen Lager gekennzeichnet.³⁷⁹ Das „Nationale Lager“ trat in verschiedenen Gruppierungen und Parteien und unter verschiedenen Namen auf („Landbund“, „Unabhängige“ usw.).³⁸⁰

Die Wurzeln der drei Lager sieht Wandruszka in den 1880er Jahren, den Jahren der Entstehung, als Gegenbewegung zum damals vorherrschenden Liberalismus.³⁸¹

Gründerväter waren Karl Lueger (christlichsoziales Lager), Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer (sozialdemokratisches Lager) und Georg Ritter von Schönerer (nationales Lager).³⁸²

³⁷⁶ Gernot Stimmer ist Dozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien

³⁷⁷ Gernot Stimmer, in Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan, Eliten in Österreich, 1848-1970, Band 1, Böhlau Verlag, Wien 1997, S. 624

³⁷⁸ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, II. Teil, S. 291f

³⁷⁹ vgl. ebd.

³⁸⁰ vgl. ebd.

³⁸¹ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 293

Gemeinsames Anliegen war die Lösung der „Sozialen Frage“ die der *„eben auf der Höhe seines Triumphs angelangte Liberalismus“* aufwarf.³⁸³

Beherrschendes politisches Thema war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges die „deutsche Frage“ (Staatenbund oder Bundesstaat, großösterreichische, großdeutsche oder kleindeutsche Lösung).³⁸⁴

12.1.1. Georg Ritter von Schönerer

Der Österreicher Georg Ritter von Schönerer, von 1879 bis zur Jahrhundertwende Führer zunächst der Deutschnationalen und später der Alldeutschen Vereinigung, warb für ein *„rassenreines Deutschland für alle Deutschen“*.³⁸⁵ Er verfasste gemeinsam mit Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer und Heinrich Friedjung, das sogen. „Linzer Programm“ von 1882. Zielgruppe dieses Programms war die kleinbürgerliche Bevölkerung deutscher Sprache mit primär antiliberaler Einstellung. Das Programm enthielt soziale Forderungen für „den kleinen Mann“ und darüber hinaus auch antikapitalistische Positionen und außenpolitische Ziele. Schönerer zeigte mit dem Linzer Programm eine *„Antithese zur Perspektivlosigkeit des liberalen Establishments“* auf. Erst später entwickelte sich Schönerer zum radikalen Antisemiten und übte damit großen Einfluss auf die deutschnationale Bewegung aus. Daher behielt das Programm später, nach Aufnahme von antisemitischen Passagen, nur mehr für das deutschnationale Spektrum Bedeutung.³⁸⁶ Der radikale Antisemitismus war der Grund, warum sich Adler, der spätere Begründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dessen Mitstreiter Pernerstorfer sowie Lueger, der spätere Führer der Christlichsozialen Partei, von Schönerer abwandten.³⁸⁷

1891 gründete Schönerer die „alldeutsche Bewegung“, die 1896 in „Alldeutsche Vereinigung“ umbenannt wurde und eine deutschnationale, antiklerikale, antisemitische, österreichische Partei im Parlament war.³⁸⁸

Wandruszka drückte es so aus: *„Im Mittelpunkt der ‚völkischen‘ Ideologie stand der Rassegedanke, die Idee vom Lebensrecht, ja der Überlegenheit des ‚unverfälschten‘, ‚reinen‘ deutschen, germanischen, später ‚nordischen‘ Edel- und Herrenmenschentums.“*³⁸⁹

³⁸² vgl. ebd.

³⁸³ vgl. ebd.

³⁸⁴ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 370f

³⁸⁵ Michael E. Holzmann, Die österreichische SA und ihre Illusion von "Grossdeutschland", Band I, Völkischer Nationalismus in Österreich bis 1933, 1. Auflage, Berlin 2011, S. 59

³⁸⁶ Alexander Graf, in Markus Furrer, Werner Hürlimann, Franziska Metzger, Sylvia Bürkler, "Los von Rom" und "heim ins Reich", Berlin 2015, S. 98f

³⁸⁷ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 296

³⁸⁸ <http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/57949> (27.10.2017)

Die „Alldeutsche Vereinigung“ reüssierte mit ihren Positionen überwiegend in bäuerlichen und studentischen Kreisen, bei Burschenschaften und völkischen Turnern, aber kaum in der Arbeiterschaft.³⁹⁰

Dem schnellen Aufstieg der Partei folgte bis 1913 ein kontinuierlicher Abstieg, der schließlich zu ihrer Auflösung führte und von Holzmann vor allem mit der schwierigen Persönlichkeit Schönerers begründet wurde.³⁹¹ Die Ideen Schönerers bedeuteten trotz seines „unrühmlichen Endes“ (Anm.: Schönerer starb 1921 wenige Monate nach der Einigung des nationalen Lagers in der Großdeutschen Volkspartei³⁹²) „für spätere rechte Politiker ein dauerndes politisches Vermächtnis“. In den kommenden Jahrzehnten beriefen sich auf ihn und seine germanophilen Rituale zahlreiche nationalistische und nationalsozialistische Politiker.³⁹³ Die Anhänger Schönerers wechselten zur Christlichsozialen Partei und später auch zur „Deutschen Arbeiterpartei“ über, andere schlossen sich dem „Deutschnationalen Verein für Österreich“ an. Der Verein wurde von seinem ehemals engen Vertrauten und später erbitterten Feind Karl Hermann Wolf geleitet, der auch Hitlers Gedankengänge maßgeblich beeinflusste.³⁹⁴

Wandruszka führte die „heillose Zersplitterung im nationalen Lager“ auf das realpolitische und organisatorische Versagen Schönerers und seiner Getreuen zurück.³⁹⁵ Darin sah er auch den Grund, dass der erste Abschnitt nach der Ersten Republik vorwiegend im Zeichen der „schwarz-roten“ Koalition stand (Nationalratsversammlung 1919: 72 Sozialdemokraten und 69 Christlichsoziale).³⁹⁶ Bei den am 16. Februar 1919 in die Konstituierende Nationalversammlung gewählten 26 Nationalen sei der Wille zur Einigung so groß gewesen, dass sie sich als „Großdeutsche Vereinigung“ zu einem Klub zusammenschlossen. In den nächsten eineinhalb Jahren habe sich der Einigungsprozess im nationalen Lager vollzogen und habe zur Gründung der Großdeutschen Volkspartei im Jahr 1920 geführt. Anschluss und Volksgemeinschaft seien auch in der Folgezeit die ideologischen Leitsterne der Großdeutschen geblieben.³⁹⁷

Das „Dritte Lager“ wurde in der 1918 entstandenen Ersten Republik durch die „bürgerlich orientierte Großdeutsche Volkspartei und den bäuerlich geprägten Landbund für Österreich,

³⁸⁹ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 377

³⁹⁰ Michael Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945, Oldenburg 2003, S. 25

³⁹¹ Michael E. Holzmann, Die österreichische SA und ihre Illusion von "Grossdeutschland", S. 59

³⁹² Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 382

³⁹³ Michael E. Holzmann, Die österreichische SA und ihre Illusion von "Grossdeutschland", S. 59

³⁹⁴ vgl. ebd.

³⁹⁵ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 382

³⁹⁶ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 384

³⁹⁷ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 384

*Honoratiorenparteien von geringer Größe, aber als zeitweise Koalitionspartner der Christlich-sozialen politisch einflußreich, verkörpert.*³⁹⁸

12.2. Die Nationalsozialisten und ihre zunehmende Bedeutung

Nach Wandruszka stellten die Nationalsozialisten bis zum Beginn der 1930er Jahre eine politisch „ziemlich unbedeutende“ Gruppe dar,³⁹⁹ die erst mit der Eroberung des „nationalen Lagers“ (die Großdeutschen, der Landbund und die „nationale“ Richtung in der Heimwehr) bedeutsamer geworden sei.⁴⁰⁰ Das gesamte „nationale Lager“ Österreichs wurde in dem kurzen Zeitraum von 1930 bis 1934 vom Nationalsozialismus erobert.⁴⁰¹ Aus dem deutsch-nationalen Lager entwickelte sich die österreichische NSDAP, die zwischen 1930 und 1933 die beiden im Nationalrat der Ersten Republik und in mehreren Koalitionsregierungen vertretenen deutschnationalen Parteien – die Großdeutsche Volkspartei und den Landbund⁴⁰² – „aufsaugten“.⁴⁰³

Die Parteienorganisationen und Angehörige des „Dritten Lagers“ gingen Anfang der 1930er Jahre vollständig im Nationalsozialismus auf.⁴⁰⁴ Der von 1933/34 bis 1938 bestehende autoritäre Ständestaat und die nationalsozialistische Diktatur (1938 bis 1945) hoben die Dreiteilung nicht auf und veränderten das Kräfteverhältnis, wie die Wahlen von Oktober 1949 zeigten, nicht wesentlich.⁴⁰⁵ (Anm.: Der VdU trat bei diesen Wahlen erstmalig an.).

Das „Dritte Lager“ fand sich 1949 im „Verband der Unabhängigen“ (VdU) wieder. Der VdU war ein „Sammelbecken verschiedener sozialer Gruppen und unterschiedlich orientierter politischer Strömungen auf zunächst deutschnationaler Grundlage und verkörperte eine inhomogene Partei, die sich zwischen den *„keinesfalls gleich starken Polen Rechts-*

³⁹⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Elefanten Press Berlin, 1997, S. 12 unter Verweis auf: Adam Wandruszka, Das „Nationale Lager“, In: Erika Weinzierl, Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918 – 1938, Geschichte der Ersten Republik, Band 1, Graz/Wien/Köln 1983, S. 277 ff

³⁹⁹ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 406

⁴⁰⁰ vgl. ebd., S. 409

⁴⁰¹ vgl. ebd., S. 405

⁴⁰² Der als reine Interessensvertretung der Bauernschaft gegründete Landbund wies auf ideologischer Ebene in seiner Parteiprogrammatik großdeutsch nationale Positionen (Anschluss, Antisemitismus) mit konfessionellen Zielen (Grundlage einer christlichen Weltanschauung) ohne die antikirchlichen bzw. antireligiösen Aspekte der deutschnational-liberalen Tradition bzw. die enge Bindung der Christlichsozialen an die katholische Hierarchie auf. vgl. Gernot Stimmer, Eliten in Österreich, S. 659f

⁴⁰³ Anton Pelinka, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung, Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, S. 287, unter Verweis auf: Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, Wien 1954

⁴⁰⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 12

⁴⁰⁵ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 292

extremismus und Liberalismus“ bewegte.⁴⁰⁶

Der VdU knüpfte an die Tradition des „Dritten Lagers“ an,⁴⁰⁷ welches dreigeteilt war: In Parteien als seine politische Vertretung, in Burschenschaften und in Vereine.⁴⁰⁸

12.3. Die Entnazifizierung in Österreich

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges zählte die Frage nach dem Schicksal der ehemaligen Nationalsozialisten zu den vorrangigsten innenpolitischen Problemen der österreichischen Regierung und der alliierten Besatzungsmächte. Durch eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen wurde der Versuch unternommen, die österreichische Bevölkerung vom Geist des Nationalsozialismus zu befreien.

Die Entnazifizierung begann 1945 und stellte aus mehreren Gründen ein heikles und kompliziertes Verfahren dar: Ein Spannungsfeld bestand zwischen dem legitimen Anspruch auf Gerechtigkeit und Bestrafung einerseits und dem Problem der Unterscheidung zwischen jenen Nationalsozialisten, die strafrechtlich relevante Schuld auf sich geladen hatten und Opportunisten andererseits. Die Festlegung von Definitionsmerkmalen und Sühnefolgen wurde zu einem schwierigen Unterfangen.⁴⁰⁹ So wurde in der Regierungserklärung vom 27. Mai 1945 verlautbart, dass jene Personen, die die Nationalsozialisten auf Grund von „*Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten*“⁴¹⁰ befürwortet und das System mitgetragen hatten, nichts zu befürchten hätten und in die Gemeinschaft zurückkehren sollten.

Die Entnazifizierung lässt sich nach Dieter Stiefel in fünf Phasen unterteilen:

Demnach war die erste Phase (April bis Juni 1945) die militärische Sicherheitsphase, in der hauptsächlich Internierungen durch die Alliierten stattfanden. In der zweiten Phase (Juni 1945 bis Februar 1946) durchlief die Entnazifizierung fünf verschiedene Instanzen (Die vier Alliierten – Sowjetunion, USA, England, Frankreich – und die österreichische Regierung). In Phase 3 (Februar 1946 bis Februar 1947) erfolgte die Entnazifizierung durch die österreichische Regierung auf Grund der von den Alliierten erhaltenen Kompetenz und auf Basis der Gesetze von 1945 (Kontrollfunktion durch die Alliierten). In der Phase 4 (Februar 1947 bis Mai 1948) wurde die Entnazifizierung auf der Grundlage des Gesetzes von 1947 durch-

⁴⁰⁶ Brigitte Bailer-Galanda, Partei- statt Metapolitik. „Neue Rechte“ und FPÖ in Österreich, In: Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer (Hg.), Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 168

⁴⁰⁷ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, Wien 1992, S. 33

⁴⁰⁸ Gerhard Steininger, Das Dritte Lager, Aufstieg nach dem Fall? Wien 2007, S. 10

⁴⁰⁹ Dieter Stiefel, Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich. Leistungen, Defizite Perspektiven. In: Walter Schuster, Wolfgang Weber (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004, S. 47

⁴¹⁰ vgl. ebd.

geführt und schließlich erfolgte in Phase 5 (1948 bis 1957) der Abschluss der Entnazifizierung. Stiefel bezeichnet sie als Zeit der Amnestien.⁴¹¹

Mit dem Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz) wurden die NSDAP, ihre Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK), ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie alle nationalsozialistischen Organisationen und Einrichtungen aufgelöst und verboten. Weiters wurde normiert, dass das Vermögen dieser Einrichtungen an die Republik Österreich fällt (Art. I). In Artikel II wurde für Personen, die NSDAP-Mitglieder oder Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände waren, eine behördliche Registrierungspflicht angeordnet. Artikel III enthielt für besonders schwer belastete sowie illegale Nationalsozialisten Sühnevorschriften (zB Zwangsentlassungen, Berufsverbote oder Verlust von Pensionsleistungen). Schließlich wurden in Artikel IV weitere verschärfende Maßnahmen für schwer belastete Personen (zB die Möglichkeit zur Heranziehung von Zwangsarbeit) festgelegt.⁴¹²

Das Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz) sah auf Grund der Dimensionen des NS-Gewaltregimes (Kriegshetze, Quälerei und Misshandlungen, Verletzungen der Menschenwürde und Menschlichkeit, missbräuchliche Bereicherung, Denunziation und Hochverrat am österreichischen Volk) auch rückwirkende Strafbestimmungen vor. Zusätzlich wurden Personen, wie zB Mitglieder der Reichsregierung und alle Hoheitsträger der NSDAP oder Führer der SS, einschließlich der Waffen-SS vom Standartenführer aufwärts, durch die bloße Zugehörigkeit zu einer bestimmten Personengruppe als Kriegsverbrecher bestimmt.⁴¹³

Mit dem Wahlgesetz vom 19. Oktober 1945 (Verfassungsgesetz) wurden im Wesentlichen die im Verbotsgesetz angeführten Personen von der ersten Wahl des Nationalrates, der Landtage und des Gemeinderates der Stadt Wien in der befreiten Republik Österreich ausgeschlossen (§ 7).⁴¹⁴

Das Bundesverfassungsgesetz vom 6. Februar 1947 novellierte das Verbotsgesetz von 1945, und hatte aufgrund des Widerstandes der Alliierten erst nach zahlreichen Änderungen, mehrheitlich Verschärfungen, beschlossen werden können. Es enthält in der neuen Fassung wesentlich genauere Bestimmungen und enthält eine Differenzierung der registrierungspflichtigen Personen je nach Position in der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen in belastete und

⁴¹¹ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich 1938-1945, Wien 2010, S. 85, unter Verweis auf: Dieter Stiefel, Der Prozess der Entnazifizierung in Österreich, München 1991, S. 109

⁴¹² vgl. Homepage Bundeskanzleramt, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf (6.6.1945), 23.12.2017

⁴¹³ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich, S. 83f

⁴¹⁴ vgl. Homepage Bundeskanzleramt, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf (6.6.1945), 23.12.2017

minderbelastete Personen, woran verschiedene Sühnfolgen (Zwangsentlassungen, Berufsverbote, Verbot einer politischen Partei anzugehören, Ausschluss vom aktiven bzw. passiven Wahlrecht) geknüpft wurden. Mit dem Gesetz wurden auch zahlreiche Gesetze, die bereits besondere Bestimmungen für registrierungspflichtige Personen im Sinne des Verbotsgesetzes enthalten haben, novelliert und der aktuellen Rechtslage angepasst.⁴¹⁵

Im Jahr 1946 waren ca. 536.000 Österreicherinnen und Österreicher registrierte Nationalsozialisten, darunter etwa 100.000 „Illegale“, d. h. NSDAP-Mitglieder in der Zeit des Verbots der NSDAP 1933-1938.⁴¹⁶

Mit Stand 1. April 1948 waren rd. 530.535 Personen, darunter 43.468 „Belastete“ und 487.067 „Minderbelastete“ registriert.⁴¹⁷

Die Entnazifizierung für „Minderbelastete“ war mit *„der vorzeitigen Beendigung der Sühnfolge im Juni 1948 auf Basis des Bundesverfassungsgesetzes vom 21. April 1948 und der Streichung der Registrierungslisten im August 1949“* abgeschlossen. Damit waren bei den Nationalratswahlen 1949 die „Minderbelasteten“ auch wieder wahlberechtigt.⁴¹⁸

„Viele ehemalige Nationalsozialisten fühlten sich nach der Niederlage des NS-Regimes 1945 durch die ausschließlich bürokratisch-juristisch durchgeführte Entnazifizierung diskriminiert und ungerecht behandelt, sahen sie sich doch als Idealisten, die einer an sich guten Sache gedient und von den Verbrechen – sowie sie überhaupt geglaubt wurden – nichts gewußt hatten.“⁴¹⁹

12.4. Die Gründung und das Scheitern des Verbandes der Unabhängigen (VdU)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vom Alliierten Rat die Gründung von drei Parteien akzeptiert: die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) und die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).

Am 14. September 1947 kam es in Wien zur Gründung der sogen. Verfassungstreuen Vereinigung (VV).⁴²⁰ Nach Höbelt war die VV als Vertretung ehemaliger Nationalsozialisten und Heimkehrer gedacht, die sich nur schwer mit den damaligen Verhältnissen abfinden hätten

⁴¹⁵ vgl. „NS Quellen.at“, online unter: http://www.ns-quellen.at/gesetz_anzeigen_detail.php?gesetz_id=10014410 (10.9.2017)

⁴¹⁶ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich 1938-1945, S. 85

⁴¹⁷ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich 1938-1945, S. 84, unter Verweis auf: Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, S. 117

⁴¹⁸ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich 1938-1945, S. 89

⁴¹⁹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 25

⁴²⁰ Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU, Wien 2015, S. 14

können und sich ungerecht behandelt fühlen.⁴²¹

Die VV wurde nur wenige Monate nach ihrer Gründung auf Grund von NS-Wiederbetätigung vom Innenministerium aufgelöst.⁴²² Die Auflösung wurde von den in Salzburg wirkenden Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann in ihren Zeitungen und Artikeln heftig kritisiert. Die beiden Journalisten waren nicht unter das Verbotsgesetz gefallen.⁴²³

Das Führungspersonal rekrutierte sich zu einem Gutteil aus der österreichischen NSDAP. So waren drei von vier Stellvertretern des Bundesobmanns ehemalige NSDAP Mitglieder. Bundesobmann des VdU wurde Kraus, Reimann war einer der vier Stellvertreter.⁴²⁴

Beide galten als Exponenten des liberalen Flügels des VdU.⁴²⁵

Nach Rathkolb führte die Wahlberechtigung der ehemaligen Minderbelasteten nicht nur zu einem „*deutlichen Buhlen*“ um ihre Stimmen, sondern auch zur Bildung des VdU.⁴²⁶

Bailer-Galanda und Neugebauer bezeichnen den VdU als „*Konglomerat von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen*“, die die „*Tradition des Dritten Lagers*“ fortgesetzt hätten. „*Die deutschnationale Orientierung*“ habe das „*gemeinsame ideologische Fundament für die verschiedenen im VdU vorhandenen Gruppierungen*“ gebildet.⁴²⁷

Der VdU, dessen Gründung durch die SPÖ Unterstützung fand⁴²⁸, bekannte sich in seinem kurz nach der Konstituierung im Juli 1949 beschlossenen Programm zum deutschen Volkstum und zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und legte als Grundforderungen Recht, Sauberkeit und Leistung fest.⁴²⁹ Er lehnte eine nationale Eigenständigkeit Österreichs ab und vertrat stattdessen unter Berufung auf Sprache, Kultur und Geschichte das Konzept

⁴²¹ Lothar Höbelt, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft, Die Geschichte des VdU, Graz, 1999, S. 19

⁴²² Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU, S. 7

⁴²³ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 419

⁴²⁴ vgl. „Wikipedia“ VDU, online unter:

http://www.salzburg.com/wiki/index.php/Verband_der_Unabh%C3%A4ngigen (29.09.2017)

⁴²⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993 S. 328

⁴²⁶ Oliver Rathkolb, Maria Wirth, Michael Wladika, Die "Reichsforste" in Österreich 1938-1945, S. 89

⁴²⁷ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 12

⁴²⁸ Die ÖVP befürchtete eine Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers. Roman Sandgruber, Forum OÖ Geschichte, Wahlpartei der Unabhängigen – Freiheitliche Partei Österreichs, online unter: <http://www.oogeschichte.at/epochen/1945-2005/ooe-landespolitik-u-wirtschaft/die-parteien/wdu-fpoe.html> (2005), 11.04.2017

⁴²⁹ Ernst Hanisch, Robert Kriechbauer, Salzburg: zwischen Globalisierung und Goldhaube, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 267

einer großdeutschen Kulturgemeinschaft.⁴³⁰ In seinem „Ausseer Programm“ von 1954 hieß es: *„Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muss dem gesamten deutschen Volk dienen und darf nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein“*.⁴³¹ Mit diesem Identitätsverständnis wurde der VdU nach Ansicht von Frölich-Steffen bald zur Partei der Deutschnationalen und der sogen. „Ehemaligen“.⁴³²

Der VdU trat noch im Jahr der Gründung bei den Nationalratswahlen als vierte Partei an. Er bezeichnete sich aus formaljuristischen Gründen als „Wahlpartei der Unabhängigen“.⁴³³ Der VdU wurde mit fast 500.000 Stimmen (= 11,7% Stimmanteil) zur drittstärksten Partei.⁴³⁴

Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer nennen als Gründe für die Existenzkrise und das Scheitern des VdU und als deren Folge die Auflösung im Jahr 1955 dessen inhomogene Struktur und die damit zusammenhängenden inneren Machtkämpfe sowie die starken Radikalisierungstendenzen.⁴³⁵

Auch Piringer sieht in den inneren Widersprüchen des VdU die Ursache für sein Scheitern, weist aber darauf hin, dass der Verband auch dem Druck durch SPÖ und ÖVP ausgesetzt gewesen sei.⁴³⁶

Nach Höbelt gab die Niederlage bei den Landtags- und Arbeiterkammerwahlen vom Herbst 1954 den *„Startschuss für das Finale“*, weil die Landesparteiobmänner sukzessive aus dem VdU austraten.⁴³⁷

Höbelt, der selbst in einem Naheverhältnis zur FPÖ steht und verschiedene Funktionen in deren näherem Umfeld innehatte, bezeichnet den VdU von seiner Struktur her als *„Kopfgeburt ohne Bodenhaftung“*, mit *„Landesobmännern, die von oben ernannt wurden“* und erst langsam eine Organisation aufgebaut hätten. Der VdU habe im Rahmen eines „dritten

⁴³⁰ Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, S. 285, online unter:

https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZIP_TEST/article/viewFile/855/557, (07.10.2017)

⁴³¹ Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, S. 285, unter Verweis auf: Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, München, 1967, S. 488, online unter:

https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZIP_TEST/article/viewFile/855/557, (07.10.2017)

⁴³² Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, S. 285, online unter:

https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZIP_TEST/article/viewFile/855/557, (07.10.2017)

⁴³³ Karl-Heinz Naßmacher, Das österreichische Regierungssystem, Wien 1968, S. 51

⁴³⁴ Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, S. 281-285

⁴³⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 13

⁴³⁶ Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, S. 10, 29

⁴³⁷ Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU, S. 11

Lagers“ nicht an einer Traditionspartei festgehalten, sondern sich in jeder Generation gleichsam „gehäutet“ und in einer neuen Gestalt repräsentiert.⁴³⁸

12.5. Die Gründung der FPÖ

Die FPÖ wurde am 3. November 1955 gegründet.⁴³⁹ Der Gründungsparteitag fand am 7. April 1956 in Wien-Josefstadt statt.⁴⁴⁰ Die FPÖ trat das Erbe des VdU, der seit 1949 das deutschnationale „Dritte Lager“ im Parlament repräsentiert hatte, personell wie ideologisch an.⁴⁴¹

Nach Bailer und Neugebauer bedeutete die *„Umwandlung des VdU in die FPÖ die Machtübernahme des rechten „nationalen“, von ehemaligen Nationalsozialisten angeführten Flügels und die weitgehende Eliminierung der – ohnehin nicht sehr starken – liberalen Kräfte“*.⁴⁴²

Nach Auffassung von Pelinka wurde die FPÖ *„von Anfang an erkennbar, ja geradezu demonstrativ“* von *„ehemaligen Nationalsozialisten für ehemalige Nationalsozialisten“* gegründet.⁴⁴³

Kraus lehnte die ihm von der FPÖ angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl 1956 ab. Sein Urteil über die neugegründete FPÖ war eindeutig: *„Das Ergebnis des FPÖ-Parteitages veranlaßt mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme von einem kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Einflußlosigkeit verurteilt.“*⁴⁴⁴

Bailer und Neugebauer hielten die Wortwahl des um sein Lebenswerk gebrachten Kraus als subjektiv überspitzt und führten diese auf seine persönliche Verbitterung zurück. Kraus habe damit aber die Grundzüge des Transformationsprozesses VdU – FPÖ charakterisiert.⁴⁴⁵

Die ideologische Heterogenität der FPÖ und ihre internen Konflikte sind auf die seit ihrem Gründungsbeginn bestehenden nationalen und vereinzelt liberalen Kräfte, aber auch aus

⁴³⁸ Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU, S. 7

⁴³⁹ Kurt Piringer, Verband der Unabhängigen (VdU), 1949-1955, Freiheitliches Bildungswerk, 1993, S. 27

⁴⁴⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Partei statt Metapolitik. Neue Rechte und FPÖ in Österreich. In: Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer (Hg.), Die neue Rechte: eine Gefahr für die Demokratie? S. 168

⁴⁴¹ Oliver Geden, Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs, Opladen 2004, S. 12

⁴⁴² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, In: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 328

⁴⁴³ Anton Pelinka, Der Preis der Salonfähigkeit Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, S. 1, online unter https://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf (29.09.2017)

⁴⁴⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 13, unter Verweis auf Wiener Zeitung vom 13.4.1956

⁴⁴⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, In: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 328

Anhängern von nicht mehr existenten Parteien (wie dem Landbund und der Großdeutschen Volkspartei) zurückzuführen und zeigen sich an den wechselnden ideologischen und politischen Inhalten, besonders an dem Wandel von der deutsch-nationalistischen zu einer wirtschaftsliberalen Partei und wieder zurück.⁴⁴⁶

Politikwissenschaftler Kurt Richard Luther teilt die Geschichte der FPÖ in fünf Phasen ein⁴⁴⁷:

12.6. Erste Phase – Gründungsphase unter Anton Reinthaller

Aus der österreichischen NSDAP rekrutierte sich nicht nur ein Gutteil des Führungspersonals des VDU, sondern auch der FPÖ.

Erster Parteiobmann der FPÖ wurde Anton Reinthaller.⁴⁴⁸ Reinthallers politische Karriere führte ihn vom Landbund über die NSDAP, das kurzlebige Anschlusskabinett Seyss-Inquart (Reinthaller war Landwirtschaftsminister), die Reichsregierung Hitler (Reinthaller war Staatssekretär im Reichsernährungsministerium) und die SS (Reinthaller war SS-General) in das für ehemalige Nationalsozialisten von den US-Behörden eingerichtete Lager Glasenbach bei Salzburg und schließlich an die Spitze der FPÖ.⁴⁴⁹

Reinthallers Obmannschaft ließ bei Außenstehenden starke Zweifel aufkommen, dass die Partei bereit sei, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.⁴⁵⁰

Reinthaller stand vor vielen Schwierigkeiten, eine bestand darin, zur Formung der neuen Partei den Versuch zu unternehmen, alle (den VdU-Torso, den Rest der Stüber-Anhänger⁴⁵¹, die Unabhängigen, die Freiheitspartei) auf einen Nenner zu bringen. Sein Versuch scheiterte und es bedurfte eines Lernprozesses von vielen Jahren.⁴⁵²

Das erste Parteiprogramm der FPÖ umfasste nur knapp 20 Seiten und beinhaltete nur grundlegende Bekenntnisse der Partei, die sich in weiten Teilen auch im neuesten

⁴⁴⁶ Oswald Panagl, Peter Gerlich (Hg.), Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich, Wien 2007, S. 138

⁴⁴⁷ Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), S. 364–365, In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 365–388

⁴⁴⁸ Anton Pelinka, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung, Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, S. 287, URL:

https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/download/799/501, 10.10.2017

⁴⁴⁹ vgl. ebd.

⁴⁵⁰ Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, in Robert Kriechbaumer (Hg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945: Die Spiegel der Erinnerung, Die Sicht von innen, Band 1, Wien 1998, S. 145

⁴⁵¹ Fritz Stüber war ein äußerst rechts stehender NS-Dichter, Jurist und Politiker.

⁴⁵² Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, in Robert Kriechbaumer (Hg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945: Die Spiegel der Erinnerung, Die Sicht von innen, Band 1, Wien 1998, S. 145

Parteiprogramm der FPÖ finden. Inhaltlich bekannte sich die Partei zum Grundsatz der Freiheit sowie zu den Rechten von Menschen und Völkern, lehnte den Klassenkampf und Interessensvertretungen ab und befürwortete Rechtsstaatlichkeit, Eigenständigkeit sowie Gleichwertigkeit aller Völker und setzt sich für die Förderung von jungen Eltern und kinderreichen Familien ein.⁴⁵³

Das Bekenntnis der FPÖ zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft stand erst unter Punkt 14 festgeschrieben, was von dem ehemaligen NS-Verwaltungsjuristen Helfried Pfeifer als auch von dem Kärntner Delegierten Wolf In der Maur kritisiert wurde. Letzterer meinte, dass die Partei mit einem grundsätzlichen Bekenntnis nicht Verstecken spielen könne. Die Kritik führte in der Folge zu einer Neufassung des Programms und in den Richtlinien freierheitlicher Politik (1958) zu einer weiteren Ausformulierung, über welche 1968 am Ischler Parteitag abgestimmt wurde.⁴⁵⁴ Reinthaller ließ in seiner Antrittsrede die nationale Komponente nicht aus: *„Der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk. Aber: „Die Völker Europas können nur bestehen, wenn sie sich zusammenschließen.“*⁴⁵⁵

Mit dieser Politik der Mitte, so der FPÖ-Historiker Piringer, habe die FPÖ jedem Extremismus – dem von links ebenso wie dem von rechts – eine Absage erteilt.⁴⁵⁶

Der Bekanntheitsgrad der FPÖ war unter Reinthaller noch nicht sehr hoch. Ihr Stimmenanteil betrug bei der ersten Nationalratswahl am 13. Mai 1956 nur 6,5 Prozent.⁴⁵⁷

12.7. Zweite Phase – Friedrich Peter und der Versuch einer Liberalisierung

Nach Reinthallers Tod (1958) wurde wieder ein früheres Mitglied der NSDAP zum Bundesparteiohmann gewählt, und zwar der SS-Offizier Friedrich Peter^{458 459}. Peter versuchte der FPÖ ein liberales Image zu verpassen⁴⁶⁰ und bemühte sich, die Partei aus der Isolation zu

⁴⁵³ Daniel Jägerbauer, Diplomarbeit Universität Wien, „Die Freiheitlichen Wirtschaftsprogramme, S. 107, online unter: http://othes.univie.ac.at/10141/1/2010-05-21_0348349.pdf, 11.04.2017

⁴⁵⁴ Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, S. 39

⁴⁵⁵ vgl. ebd.

⁴⁵⁶ vgl. ebd.

⁴⁵⁷ vgl. „Demokratiezentrum Wien, Ergebnisse der Nationalratswahlen 1945-2008, online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/wahlergebnisse.pdf>, 01.04.2017

⁴⁵⁸ Friedrich Peter war von 1955 – 1971 Landesparteiohmann der FPÖ Oberösterreich, von 1958 – 1978 Bundesparteiohmann der FPÖ und von 1970 – 1986 Obmann des Klubs der Freiheitlichen Partei Österreichs. Er trat 1992 aus der Partei aus.

⁴⁵⁹ Anton Pelinka, Der Preis der Salonfähigkeit, S. 2, online unter https://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf, 10.10.2017

⁴⁶⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen in Österreich, S. 15

holen⁴⁶¹, indem er den Kontakt zu den Großparteien suchte. Es kam zu einer Annäherung, vor allem mit der SPÖ unter Bruno Kreisky, die zur Unterstützung der ersten Minderheitsregierung der II. Republik von 1970 bis 1971 unter Kreisky durch die FPÖ führte. Die FPÖ erhielt dafür im Zuge einer Wahlrechtsreform Zugeständnisse, die kleine Parteien bevorzugte.⁴⁶²

Peter bemühte sich auch um eine Verbreiterung des Parteiprogramms, denn die FPÖ war hinsichtlich ihrer Programmatik noch relativ wenig entwickelt.⁴⁶³ 1968 wurde am Parteitag ein neues Grundsatzprogramm, das Bad Ischler Programm, beschlossen. Dieses war allerdings sehr kurz und vage und „bezeugte die relative Rückständigkeit der FPÖ als Programmpartei.“⁴⁶⁴

Das Bad Ischler Programm⁴⁶⁵ enthält neben deutschnationalen Elementen wie dem Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft in Punkt 7 (Familie) auch völkische Elemente („Volksgeundheit“ durch „Erbgesundheitspflege“). Interessant ist das damalige Ziel der Europapolitik der FPÖ, nämlich die „Schaffung eines europäischen Bundesstaates“.

Während der Ära Peter erschien das vorerst ca 100 und später auf fast 400 Seiten angewachsene „*Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik*“, das laut Piringer längst überfällig gewesen war⁴⁶⁶ und nach Kadan und Pelinka die ausführlichste und höherwertigste Form im Vergleich zu den vorangegangenen Programmen darstellte⁴⁶⁷, allerdings ließ das als liberal gepriesene Programm das Wort „liberal“ vermissen.⁴⁶⁸ Das Manifest war formell nur als Ergänzung des Bad Ischler Grundsatzprogramms zu verstehen, ging jedoch inhaltlich weit darüber hinaus. Auffallend ist, dass das sehr ausführliche Manifest ausschließlich Fragen der Gesellschaftspolitik behandelt, während für andere politische Bereiche wie Außenpolitik,

⁴⁶¹ Kurt Richard *Luther*, Friedrich *Peter*, In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Wolfgang C. *Müller* (Hg.): *Die Politiker*, Wien 1995, S. 435-445

⁴⁶² Hans-Henning *Scharsach*, *Haiders Kampf*, S. 34

⁴⁶³ Erich *Reiter*, *Programm und Programmentwicklung der FPO* (Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft 5), Wien 1982, S. 41, online unter http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Erich-Reiter_Der-Atterseekreis-innerhalb-der-Freiheitlichen-Partei.pdf (05.01.2018)

⁴⁶⁴ Albert *Kadan*, Anton *Pelinka*, *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse*, St. Pölten 1979, S. 40

⁴⁶⁵ vgl. ebd., S. 212f

⁴⁶⁶ Kurt *Piringer*, *Die Geschichte der Freiheitlichen*, S. 218f

⁴⁶⁷ Albert *Kadan*, Anton *Pelinka*, *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien*, S. 41

⁴⁶⁸ Alfred *Stirnermann*, *Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse*, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Bd. 1985 (1986), S. 664, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnermann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf (28.12.2017)

Landesverteidigung etc auf das Bad Ischler Grundsatzprogramm zurückgegriffen werden musste.⁴⁶⁹

Der erste Abschnitt des 1973 beschlossenen Manifests⁴⁷⁰ umreißt das gesellschaftspolitische Credo der FPÖ und hält in acht Hauptpunkten ihre Grundsatzpositionen zu Gesellschaft, Familie, Bildung und Kultur, Arbeitswelt, Soziale Sicherheit, Umwelt und gesellschaftliche Institutionen fest. Das Manifest endet im Schlusskapitel mit dem im Mittelpunkt der Betrachtungsweise stehenden Freiheitsbegriff der FPÖ.

Unterzieht man das als liberal gepriesene Manifest einer näheren Betrachtung, so hält es dieser Klassifizierung nur eingeschränkt Stand. Das Programm wendet sich in Hauptpunkt I (Der Mensch in der Gesellschaft) gegen eine Gleichmacherei jeglicher Art, ein Widerspruch zum liberalen Gleichheitsverständnis der Aufklärung. Deutschnationale ideologische Elemente, wie das nach wie vor enthaltene „*Bekanntnis zur deutschen Volks- und Kultur-gemeinschaft*“⁴⁷¹ oder die Aufgabe Österreichs, „*weltweit zu einem Träger deutscher Kultur zu werden*“,⁴⁷² finden sich ebenso wie völkische Elemente, da Begriffe wie „*das Volk als natürliche Gemeinschaft*“, welches durch „*Abstammung*“ verbunden sei⁴⁷³, die freiheitliche Gesellschaftsordnung als beste Voraussetzung, „*um ein Volk lebensfähig zu erhalten*“⁴⁷⁴ oder „*die Freiheit (als) Element gesunden Volkslebens*“⁴⁷⁵ verwendet werden.

Im Hauptpunkt II. (Der Mensch in der Familie) wird das äußerst konservative Familien- und Frauenbild der FPÖ skizziert, die die Rolle der Frau hauptsächlich als Hausfrau und Mutter sieht.⁴⁷⁶

Das wirtschaftspolitische Hauptaugenmerk ist neben der Aufrechterhaltung des marktwirtschaftlichen Systems auch auf eine „*leistungsfreundliche Steuerpolitik*“ und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gerichtet.⁴⁷⁷

⁴⁶⁹ Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, S. 41

⁴⁷⁰ Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, S. 217f

⁴⁷¹ Vgl Rz. 54 Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 224

⁴⁷² Vgl Rz. 123 Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 233

⁴⁷³ Vgl Rz. 53 Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 223/224

⁴⁷⁴ Vgl Rz. 316 Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 260

⁴⁷⁵ Vgl. Rz 317 Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 260

⁴⁷⁶ Vgl. Pkt. II. Manifest, In: Albert Kadan, Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 224f

Alfred Stirnemann sieht - was Umfang und Schwerpunktmäßigkeit der nationalen Elemente anbelangt, „eher“ eine Ausweitung und bezeichnet die Verwandlung in eine liberale Partei mangels eines operationalen Begriffs von Liberalismus nach vier möglichen Kriterien als nicht geglückt.⁴⁷⁸

Zusammengefasst enthält das Manifest nationale, völkische und konservative Komponenten und ist mit einem bemüht betonten Freiheitsbegriff, dem jedoch ein eher geringes Liberalismusverständnis zu Grunde liegt, ausgestattet.

An dem bereits erwähnten „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ wirkten die Jungen des inzwischen anerkannten Atterseekreises, die sich als Gesprächskreis der Liberalen innerhalb der FPÖ und als Gegengewicht gegen die extrem deutschnationalen Tendenzen verstanden, maßgeblich mit.⁴⁷⁹

Der Atterseekreis entwickelte sich aus dem Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), zu denen anfänglich Alexander Götz, Erwin Hirnschall und Hans Richard Bogner gehörten. Später folgten u.a. Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager, Norbert Gugerbauer und Volker Kier. Letztere waren mit den Pionieren des Atterseekreises identisch.⁴⁸⁰

Nach Friedrich Peter entwickelte sich der Atterseekreis immer mehr zu einem freiheitlichen Markenzeichen. Die FPÖ habe sich auf das neue Nachwuchspotential stützen können⁴⁸¹ und kräftige liberale Impulse erhalten. Viele Initiativen seien vom Atterseekreis ausgegangen, wodurch die FPÖ wieder ein gutes Stück auf ihrem Weg vom rechten Rand der politischen Landschaft in die Mitte der Politik vorangekommen sei und sich auch eine kontinuierliche Profilveränderung der Partei vollzogen habe.⁴⁸²

Peter machte mit seiner liberalen Linie gegen Ende der 1970er Jahre die FPÖ koalitionsfähig und stieß damit einen Teil der rechtsextrem-»nationalen« Kreise in der Partei vor den Kopf, was zu wachsender Kritik und Widerstand führte.⁴⁸³

⁴⁷⁷ Vgl. Pkt. IV. Manifest, In: Albert *Kadan*, Anton *Pelinka*, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979, S. 233f

⁴⁷⁸ Alfred *Stirnemann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Bd. 1985 (1986), S. 657 – 694, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnemann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf (28.12.2017)

⁴⁷⁹ Friedrich *Peter*, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung, Die Sicht von innen, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Band 1, Wien 1998, S. 149

⁴⁸⁰ vgl. ebd., S. 144

⁴⁸¹ vgl. ebd., S. 144

⁴⁸² vgl. ebd., S. 149

⁴⁸³ Brigitte *Bailer-Galanda*, Wolfgang *Neugebauer*, Haider und die „Freiheitlichen in Österreich, S. 15

Bailer-Galanda und Neugebauer geben den in Jahrzehnten gewachsenen Milieus und Strukturen die Schuld, dass der unter Peter versuchte Erneuerungskurs nur wenige Chancen hatte.⁴⁸⁴ Sie sahen mit dem tagespolitischen Anpassungsprozess der Parteiführung unter Peter, aber auch unter seinem Nachfolger Norbert Steger, keine entsprechende ideologisch-programmatische Entwicklung der FPÖ verbunden, da sich die Geisteshaltung vieler Funktionäre nicht in Richtung Liberalismus geändert habe.⁴⁸⁵

12.8. Dritte Phase – Alexander Götz und Norbert Steger

Zu Beginn der dritten Phase war Alexander Götz, seit 1973 Bürgermeister in Graz, in den Jahren 1978 und 1979 Bundesparteiobmann.

Piringer umreißt diese Ära wie folgt: *„Veränderte politische Szene – Projekt Führungsorganisation – Stabile Landesgruppen – Mit neuem Schwung für Österreich – Im Wahlkampfstreß – Stagnation überwunden – Sand im Getriebe – Den Erfolg vertan – Das Ende einer „unglücklichen Liebe.“*⁴⁸⁶

Der Wahlerfolg der FPÖ bei den Gemeinderatswahlen in Graz im Jahr 1978 (25 Prozent Stimmenanteil) war ausschlaggebend, dass man Götz als Bundesparteiobmann vorschlug. Da dieser aber Bürgermeister bleiben wollte und seine Bürgermeisterfunktion gleichzeitig mit der Funktion eines Bundesparteiobmannes wegen des Zeitaufwandes nicht für vereinbar hielt, wurde zu seiner Entlastung – vorerst für ein Jahr – der Posten eines Generalsekretärs installiert. Der Obmannwechsel brachte bei diversen Wahlen, so auch bei der Nationalratswahl vom 6. Mai 1979 für die FPÖ kaum bessere Wahlergebnisse (Erhöhung der Stimmenanteile von 5,4 % 1974 auf nur 6,0 % 1979) und auch die erwartete allgemeine Trendumkehr trat nicht ein. Helmut Krünes, der mit der Funktion des Generalsekretärs betraut, aber seiner Rolle nicht gerecht wurde, trat bereits nach einigen Monaten von seiner Funktion zurück. Götz trat am 1. Dezember 1979 als Bundesparteiobmann zurück: Einerseits wegen der Doppelbelastung und andererseits wegen der auf Grund seines eingeschlagenen Kurses (Annäherung FPÖ-ÖVP) und autoritären Führungsstils beträchtlichen Widerstände innerhalb der Parteigremien.⁴⁸⁷

Nach dem Rücktritt von Götz wurde der liberale Norbert Steger, Obmann der Wiener Landespartei, am 16. Dezember 1979 vom Bundesparteivorstand zum Bundesparteiobmann

⁴⁸⁴ vgl. ebd., S. 20

⁴⁸⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Partei- statt Metapolitik. „Neue Rechte“ und FPÖ in Österreich, In: Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer (Hg.), Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, S. 168

⁴⁸⁶ Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, S. 275

⁴⁸⁷ Herbert Dachs, Politische Parteien in Österreichs Bundesländern – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitischen Loyalitäten, In: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Der Bund und die Länder, Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat, S. 119

nominiert. Steger fand nicht nur bei Gründungsmitgliedern, sondern auch bei Vertretern der jüngeren Generation Unterstützung und ging nach „*einem insgesamt fairen parteiinternen ‚Wahlkampf‘ im Rahmen eines außerordentlichen Parteitages am 2. März 1980 in Linz mit 55,3 % der Stimmen*“⁴⁸⁸ knapp gegen Harald Ofner⁴⁸⁹ als Sieger hervor.

Der Führungsstil des studierten Juristen war mit dem von Götz nicht vergleichbar. Das ging bereits aus Stegers Konzept deutlich hervor. In seiner Antrittsrede als Bundesparteiobmann betonte Steger den Platz in der Mitte, mehr Engagement für Europa, eine neue soziale Gerechtigkeit, ein Festhalten am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft und im Besonderen auch die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Im Gegensatz zu Götz formulierte Steger auch den Liberalismusbegriff.⁴⁹⁰ Steger trat, wie zuvor schon Peter, für eine liberale Öffnung der Partei ein und hätte gerne die Fortführung des Kurses seines Vorgängers Peter gesehen. Unterstützung erfuhr er dabei von Peter und vom Attersee-Kreis. Selbst eine mögliche Koalition mit der SPÖ wurde überdacht.⁴⁹¹

Bei den älteren Vertretern der Partei, die seit deren Gründung in den ländlichen Hochburgen an der nationalen Tradition des Dritten Lagers festhielten und die Veränderungen auf Bundesebene skeptisch bis ablehnend verfolgten, stieß Steger auf Widerstand.⁴⁹²

Steger wollte, so Bailer-Galanda und Neugebauer, die „alten Keller-Nazis“ aus seiner Partei entfernen und „einen Wähleraustausch – liberal statt national“. Er sei mit seinem liberalen Kurs im Kreuzfeuer von Angriffen der rechtsextremen Organisationen und der FPÖ-Rechten gestanden und sei insbesondere von Scrinzi⁴⁹³, Götz und Haider bekämpft worden. So habe er immer wieder Zugeständnisse an die nationalen Kräfte in seiner Partei machen müssen. Stegers habe seinen liberalen Kurs nur bei einigen Positionen durchsetzen können, ansonsten sei er bestenfalls toleriert, aber innerlich nicht nachvollzogen worden. Das tradi-

⁴⁸⁸ Brigitte Bailer, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, In: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 335

⁴⁸⁹ Herbert Dachs, Politische Parteien in Österreichs Bundesländern – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitischen Loyalitäten, In: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Der Bund und die Länder, Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat, S. 120

⁴⁹⁰ Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, S. 303, 306

⁴⁹¹ Herbert Dachs, Politische Parteien in Österreichs Bundesländern – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitischen Loyalitäten, In: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Der Bund und die Länder, Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat, S. 120

⁴⁹² vgl. ebd.

⁴⁹³ Nach Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 331f. war Dr. Otto Scrinzi viele Jahre Hauptexponent des deutschnational-rechten Flügels in der FPÖ. Auf seine ideologische Auffassung treffen die wichtigsten Definitionskriterien des Rechtsextremismus zu.

tionelle Fundament der FPÖ sei – das habe sich bei der von Steger herbeigeführten Parteiprogrammdiskussion 1985 gezeigt – beibehalten worden.⁴⁹⁴

Aber auch die tatsächlich zu Stande gekommene Neuausrichtung als Regierungspartei von 1983 bis 1986 als Juniorpartner in einer SPÖ/FPÖ Koalition⁴⁹⁵, welche erstmals in der Zweiten Republik die Partizipation der FPÖ an der politischen Macht bedeutete⁴⁹⁶, konnte die Kritiker nicht besänftigen. Der in der Regierungsverantwortung eingeschlagene Kurs der FPÖ zog innerparteiliche Zerwürfnisse nach sich, insbesondere der deutschnational ausgerichtete Flügel begehrte auf.

Da durch den von Steger eingeschlagenen Kurs die Gefahr bestand, die traditionellen deutsch-nationalen Kernschichten und das Protestwähler-Potenzial zu verlieren, machten Norbert Gugerbauer und Jörg Haider *„zunehmend und immer unverblümter Front gegen die eigene Bundespartei bzw. gegen Norbert Steger und seine Regierungsmannschaft.“*⁴⁹⁷

Haider, Obmann der FPÖ-Landesgruppe Kärnten, kristallisierte sich nach und nach als Anführer heraus und nutzte die Unzufriedenheit, die Stegers liberaler Kurs bei einem Teil der FPÖ-Basis hervorgerufen hatte, zum weiteren Ausbau seiner Karriere. Namens seiner Landespartei nahm er eine „nationale“ Linie gegenüber den liberalen Bestrebungen der Funktionäre rund um Steger ein. Haider gelang es auch, die Landesorganisationen von Steiermark und Salzburg auf seine Seite zu ziehen.⁴⁹⁸

*„Entscheidend für die „Wende“ in der FPÖ waren – neben Faktoren wie dem allgemeinen politischen Rechtstrend in Europa, den schrumpfenden Wählersympathien für die SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung u.a. – das ungebrochene Weiterwirken der rechten und „nationalen“ Kräfte in der FPÖ und das Unvermögen der Steger-Gruppe, diesen Parteiflügel zu marginalisieren oder zu eliminieren.“*⁴⁹⁹

Am Innsbrucker Parteitag (Anm.: 13. und 14. September 1986) konnte Haider in der Stichwahl über Steger triumphieren.⁵⁰⁰

⁴⁹⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 20f

⁴⁹⁵ Die SPÖ verlor bei der Nationalratswahl 1983 die absolute Mehrheit und ging unter Bundeskanzler Fred Sinowatz mit der FPÖ unter Vizekanzler Norbert Steger eine kleine Koalition ein.

⁴⁹⁶ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, S. 336

⁴⁹⁷ Herbert Dachs, Politische Parteien in Österreichs, In: Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Robert Kriechbaumer (Hg.), Der Bund und die Länder, S. 121

⁴⁹⁸ vgl. ebd.

⁴⁹⁹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, S. 339

⁵⁰⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Ein deutsches Land, Die rechte Orientierung des Jörg Haider, S. 12

Zitat Peter: „Nach meinem mehr als 30 Jahre währenden Weg in der alten FPÖ vom rechten Rand der politischen Landschaft zur Mitte machte mir die »Sieg-Heil-Stimmung« von Innsbruck – an die heute niemand mehr erinnert werden will, die ich aber nicht vergessen kann – zu schaffen.“⁵⁰¹

12.9. Vierte Phase – Die Ära Jörg Haider

Der neue Bundesparteiobmann der FPÖ, Jörg Haider, kam, wie im nächsten Punkt noch näher ausgeführt wird, aus einer nazistischen Familie und wuchs „in einem postnazistischen Milieu von Deutschnationalismus und Rechtsextremismus“ heran. Er wurde „in der chauvinistisch-rechtsextremen Kärntner FPÖ politisch“ groß und führte nach seiner „Macht-ergreifung am Innsbrucker Parteitag 1986 die FPÖ konsequent in Richtung Rechts-extremismus“.⁵⁰²

Die von Haider vertretene Ideologie liegt in seiner Familiengeschichte begründet. Haider definierte sich selbst als Rechtsaußen der österreichischen Politik.⁵⁰³ Unter Haider wandte sich die FPÖ wieder ihren ideologischen Wurzeln zu.⁵⁰⁴

Die unübersehbar radikalere Linie der Partei hatte zur Folge, dass die etablierten Parteien der FPÖ ihre Koalitionsfähigkeit wieder absprachen. SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky wollte aus persönlichen und ideologischen Gründen mit der FPÖ unter Haider nicht koalieren,⁵⁰⁵ beendete die Koalition gleich nach dessen Ernennung zum Bundesparteiobmann und ließ Neuwahlen, die am 23. November 1986 stattfanden, ausrufen. Haider konnte bei diesen Wahlen triumphieren, denn unter seiner Führung stieg das Ergebnis der FPÖ von 4,9 auf 9,7 Prozent.⁵⁰⁶ Die FPÖ war damit die einzige Partei, die auf Stimmen- und Mandatsgewinne verweisen konnte. Sie wurde aber in die Oppositionsrolle gedrängt, weil SPÖ und ÖVP wieder eine große Koalition eingingen.⁵⁰⁷

Haider zählte die „Altparteien“ zu seinen Hauptgegnern und damit zu seinen Feindbildern.⁵⁰⁸

⁵⁰¹ Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung, S. 157

⁵⁰² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 9

⁵⁰³ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, S. 35

⁵⁰⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Haider und die Freiheitlichen in Österreich, S. 34f

⁵⁰⁵ vgl. „Kurier“, Vranitzky zum Umgang mit FPÖ: "Andere Situation", online unter:

<https://kurier.at/politik/inland/vranitzky-zum-umgang-der-spo-e-mit-fpoe-voellig-andere-situation/196.653.488> (3.5.2016), 9.4.2017

⁵⁰⁶ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 64

⁵⁰⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 121f

⁵⁰⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 77f

Scharsach führt den sensationellen Erfolg der FPÖ bei der Nationalratswahl 1986 auf den populistischen Kurs von Haider zurück und bezeichnet den Sieg als Auftakt eines Rechtsrucks der Partei. Haider habe ab nun die Inhalte der Politik vorgegeben, auch wenn offiziell das unter Steger beschlossene „Salzburger Programm“ weiterhin Gültigkeit gehabt habe.⁵⁰⁹

Zitat Hans-Henning Scharsach: *„Wer nicht pariert, fliegt [...] Ausgerechnet Haider, der gegen Parteibuch- und Protektionswirtschaft anzukämpfen vorgibt, versorgt Kofferträger, Leibwächter und nationale Einflüsterer mit politischen Ämtern [...] Altes Gedankengut tarnt er im Kleid des Fortschritts [...] Die Strategie rechtsextremer Vordenker wird von ihm nicht nur übernommen, sondern übertroffen und perfektioniert.“*⁵¹⁰

Nach Bailer-Galanda und Neugebauer war Haider Weg mit „unzähligen politischen Leichen gepflastert“. Er habe bei seinen „politischen Liquidierungen“ auch vor jenen Personen nicht zurückgeschreckt, die zu seinem Aufstieg entscheidend beigetragen hätten, wie zB Friedrich Peter, Mario Ferrari-Brunnenfeld, Walter Candussi, Norbert Gugerbauer und Kriemhild Trattinig.⁵¹¹

Pelinka bezeichnet die Veränderungen der sozialen Struktur der FPÖ in den Jahren ihres Aufstiegs von einer Kleinpartei zu einer großen Mittelpartei als dramatisch. Die FPÖ habe bis 1986 als kleinere der beiden „bürgerlichen“ Parteien gegolten und sich von der ÖVP vor allem durch das Fehlen einer traditionellen Bindung an die Katholische Kirche und durch die Verankerung in der Organisationswelt des österreichischen Deutschnationalismus („schlagende“ studentische Verbindungen, Turnerbund⁵¹²) unterschieden. Am Ende der 1990er Jahre sei sie zur zweiten „proletarischen“ Partei geworden, die der SPÖ die führende Rolle als Arbeiterpartei vor allem bei jüngeren und männlichen Wählern teilweise mit großem Erfolg streitig gemacht habe.⁵¹³

⁵⁰⁹ Hans-Henning Scharsach, Haider Kampf, S. 35f

⁵¹⁰ vgl. ebd., S. 37

⁵¹¹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 31

⁵¹² „Die Sportgeschichte des Nationalsozialismus ... ist mit zentralen Dimensionen der NS-Geschichte eng verbunden: mit der Geschichte von Arbeit und Freizeit, von Wehrtüchtigung und Kriegsführung, Eugenik und Rassenhygiene, Geschlechterordnung und Volksgemeinschaft, Körperkonzepten und Ästhetik. ... Das öffentliche Reden über den Sport stellte Symbole und Metaphern bereit, mit denen die nationalsozialistische Weltanschauung in vielen Bereichen leicht verständlich versinnbildlicht wurde.“ ... „Der Sport im Nationalsozialismus wurde als Bestandteil der NS-Diktatur und Teilsystem der nationalsozialistischen Gesellschaft verstanden.“ vgl. Frank Becker, Ralf Schäfer (Hg.), Sport und Nationalsozialismus, Göttingen 2016, S. 11, unter Verweis auf: Richard Mandell: Hitlers Olympiade, München 1980

⁵¹³ Anton Pelinka, Jörg Haider „Freiheitliche“ – ein nicht nur österreichisches Problem, In: Richard Faber (Hg.), Herfried Münkler, Matthias Bohlender, Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000, S. 238

12.9.1. Haiders Wurzeln

Haider wurde am 26. Jänner 1950 in Bad Goisern, Oberösterreich, als Sohn von Robert und Dorothea Haider geboren. Seine Eltern entstammten unterschiedlichen Verhältnissen. Vater Robert war Schuhmacher, seine Mutter Dorothea die Tochter einer Arztfamilie.⁵¹⁴

Die überzeugten Nationalsozialisten ließen ihren Sohn katholisch taufen. Bezeichnend ist, dass sein Taufpate der letzte Obmann der Großdeutschen Partei Österreichs und Reichstagsabgeordneter der NSDAP, Hermann Foppa⁵¹⁵ war⁵¹⁶. Dorothea Haider war Bannmädchenführerin im Bund Deutscher Mädel. Der Vater trat 1929 der Hitlerjugend und 1932 der SA bei. Als man ihn bei illegalen NS-Schmieraktionen erwischte, flüchtete er 1933 nach Bayern. Im Jahr 1934 war er aktiv am nationalsozialistischen Juliputsch beteiligt. Am 1. Dezember 1937 trat er der NSDAP bei. Nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland (1938) kehrte Robert Haider wieder nach Österreich zurück und wurde Gaujugendwalter der Deutschen Arbeitsfront in Linz. Nach mehreren Verletzungen, die er im Zweiten Weltkrieg an der West- und Ostfront erlitt, kehrte er als Leutnant nach Österreich zurück. Nach der Befreiung durch die Alliierten im Jahr 1945 musste er als ehemaliger nationalsozialistischer Funktionär einige Zeit in einem Internierungslager verbringen. Später wurden Haiders Eltern im Zuge des Verbotsgesetzes 1947 als „minderbelastet“ eingestuft. Robert Haider fand später Arbeit in einer Schuhfabrik und war als freiheitlicher Parteisekretär für den Bezirk Gmunden tätig.⁵¹⁷

12.9.1.1. Der Ulrichsberg

Haiders Eltern blieben politisch weiterhin dem nationalen Lager verbunden. So nahm Vater Robert zB auch an den alljährlichen „Ulrichsbergtreffen“ teil.⁵¹⁸

Die Ulrichsberggemeinschaft ist eine Heimkehrer- und Europagedenkstätte, die am 1. Juni 1953 gegründet wurde. Seit 1958 findet jährlich im Oktober eine Gedenkfeier für die Opfer beider Weltkriege und des Kärntner Abwehrkampfes statt.⁵¹⁹ Die Feier gilt als Veranstaltung, an der auch rechtsextrem und neonazistisch Gesinnte teilnehmen, sowie ehemalige SS-

⁵¹⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 24

⁵¹⁵ Hermann Foppa (1882 – 1959) hatte laut https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00368/index.shtml 1925 bis 1931 verschiedene Funktionen bei der Gesamtdeutschen Partei (GdP) inne. 1934 war er außenpolitischer Schulungsleiter für die in Österreich illegal tätige SA, Gaupropaganda- und Schulungsredner der NSDAP, Verbindungsmann des Gauleiters zum Auswärtigen Amt und Gauhauptstellenleiter der NSDAP

⁵¹⁶ Hubert Gaisbauer, Bernhard Hain, Erika Schuster, Unverloren – trotz allem, Mandelbaum 2000, S. 32

⁵¹⁷ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 24

⁵¹⁸ vgl. ebd.

⁵¹⁹ vgl. Homepage „BMI“, online unter: <https://citizen.bmi.gv.at/at.gv.bmi.fnsweb-p/zvn/public/imagesdyn/Vereinsregistrauszug?sessionID=072cc0ec-fecd-413b-bfd7-6478edc4&pdf>, 13.6.2017

Angehörige und deren Verwandte, die dort auch Reden hielten. Die Gemeinschaft wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestuft.

Auch Jörg Haider nahm regelmäßig an diesen Treffen teil und war Festredner.⁵²⁰ Bei einem Treffen von Waffen-SS Veteranen sorgte er am Vorabend des Ulrichsbergtreffens am 30. September 1995 in Krumpendorf für einen Skandal, indem er Folgendes sagte:

*„außer, dass man sich ärgert, dass es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind. [...] Wir geben Geld für Terroristen, ... für gewalttätige Zeitungen, ... für arbeitsscheues Gesindel, aber wir haben kein Geld für anständige Menschen.“*⁵²¹

12.9.2. Haiders politische Karriere

Haider studierte nach Absolvierung von Gymnasium und Präsenzdienst von 1969 bis 1973 an der Universität Wien Rechts- und Staatswissenschaften⁵²² und arbeitete nach Abschluss des Studiums von 1973 bis 1976 als Assistent am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien. Haider gab seine wissenschaftliche Laufbahn auf und entschied sich für eine politische Laufbahn, als ihm der damalige FPÖ-Landesparteiboss von Kärnten, Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld, den Posten des Landesparteisekretärs in Klagenfurt anbot. Er zog bereits nach den Nationalratswahlen 1979 mit 29 Jahren in den Nationalrat ein. Von 1983 bis 1986 war er Mitglied der Landesregierung und ebenfalls ab September 1983 bis 1998 Landesparteiboss von Kärnten.⁵²³

Mit seiner Wahl zum Bundesparteiboss am Parteitag in Innsbruck im Jahr 1986 gelang Haider ein politischer Triumph.⁵²⁴ Das Jahr 1986 brachte für ihn aber auch privat eine Wende, denn sein Wahnlonkel „schenkte“ ihm das Bärental, das fünftgrößte Gut in Kärnten. Haider wurde damit zum Großgrundbesitzer und zum reichsten Politiker des Landes.⁵²⁵ Haider musste sich damals den Vorwurf gefallen lassen, durch eine geschickte Steuerkonstruktion praktisch kaum Schenkungssteuer bezahlt zu haben. Ein weiterer Vorwurf, der ihn unbeeindruckt ließ, war jener, dass es sich um „arisiertes“ Vermögen gehandelt habe, da das Gut bis 1939 einer italienischen Staatsbürgerin jüdischer Abstammung gehörte, die anlässlich

⁵²⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften-(kreise), informelle/illegale Gruppierungen, in Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993, S. 250f

⁵²¹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 70f

⁵²² Vgl. Homepage „Parlament“, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/, 13.06.2017

⁵²³ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 26f

⁵²⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Ein deutsches Land, S. 12

⁵²⁵ vgl. ebd., S. 20

ihrer erzwungenen Auswanderung dem Verkauf zustimmen musste. Die Schenkung war zwar nach dem Gesetz legal, aber nach Ansicht von Bailer-Galanda und Neugebauer „moralisch doch zweifelhaft.“⁵²⁶

Haider hatte die Funktion des Bundesparteibmanns von 1986 bis 2000 inne und schied mit Übernahme dieser Funktion aus der Kärntner Landesregierung aus⁵²⁷.

Im Jahr 1989 wurde Haider zum Kärntner Landeshauptmann gewählt, jedoch auf Grund seiner Aussage im Kärntner Landtag „*Im dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt.*“⁵²⁸ am 21. Juni 1991 abgewählt.

1992 wurde Haider Klubobmann der FPÖ und übte diese Funktion bis 1999 aus. Nach den Landtagswahlen am 7. März 1999 wurde die FPÖ stimmenstärkste Partei in Kärnten und Haider am 8. April 1999 zum zweiten Mal Landeshauptmann von Kärnten. Diese Funktion übte er bis zu seinem Tod im Jahr 2008 aus. Mit der Angelobung der schwarz-blauen Regierung am 4. Februar 2000 trat Haider als Bundesparteibmann zurück.⁵²⁹

Am 4. April 2005 wurde nach internen Differenzen das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gegründet, bei der zahlreiche FPÖ-Granden, unter ihnen auch Haiders Schwester Ursula Haubner, zum BZÖ wechselten. Der freiheitliche Klub schloss sich mit großer Mehrheit dem BZÖ an. Haider wurde zum Bündnisobmann gewählt und übte diese Funktion ein Jahr aus. 2008 wurde er wiederum Parteivorsitzender des BZÖ und kandidierte als Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen am 28. September 2008, kündigte allerdings an, das Mandat nicht annehmen zu wollen. Das BZÖ erreichte einen Stimmenanteil von 10,98 Prozent, was vor allem seiner Kandidatur zugeschrieben wurde.

Haider starb in der Nacht auf den 11. Oktober 2008 bei einem selbstverschuldeten Verkehrsunfall.⁵³⁰ Er war verheiratet und hatte zwei Töchter.⁵³¹

Der Vollblutpolitiker durchlief im Lauf seines Lebens alle Höhen und Tiefen eines Politikers.

⁵²⁶ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 29f

⁵²⁷ vgl. Homepage „Parlament“, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/, 13.06.2017

⁵²⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 73, unter Verweis auf das Protokoll der Sitzung des Kärntner Landtags.

⁵²⁹ vgl. Jörg Haider Gesellschaft, Die Politische Laufbahn von Dr. Jörg Haider, online unter: <http://www.joerg-haider-gesellschaft.at/person.html>, 31.03.2017

⁵³⁰ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde, Wien 2009, S. 17

⁵³¹ vgl. Jörg Haider Gesellschaft, Die Politische Laufbahn von Dr. Jörg Haider, online unter <http://www.joerg-haider-gesellschaft.at/person.html>; 31.03.2017

Er war bereits im Alter von 15 Jahren Mitglied im Ring Freiheitlicher Jugend⁵³² und bis zu seinem überraschenden Unfalltod immer politisch tätig.

Noch knapp eineinhalb Monate vor seinem Tod titelte „Die Presse“: *„Jörg Haider ist das Stehaufmännchen und ewiger Provokateur der österreichischen Innenpolitik...Jörg Haider hat sich in seiner Politkarriere viele Feinde gemacht. Wegen ihm sind mehrere Regierungen zerbrochen und EU-Sanktionen gegen Österreich verhängt worden. Haider beherrscht sein populistisches Handwerk bis zur Perfektion. Er führte die Freiheitlichen zum größten Erfolg ihrer Geschichte und galt lange Zeit als unaufhaltsamer Aufsteiger. Bis er nach dem legendären Parteitag in Knittelfeld die schwarz-blaue Koalition sprengte und kurz darauf seine eigene Partei – das BZÖ – gründete. Der Einzige der Haider stoppen konnte, war Haider selbst – und das hat er oft genug getan.“*⁵³³

12.9.3. Haider's Gesinnung

12.9.3.1. Haider und der Antisemitismus

Haider schritt nie gegen die rassistische und antisemitische Schreibweise von FPÖ-Publikationen wirkungsvoll ein. Im Gegenteil, er bediente selber Stereotype, wie im Rechtsstreit gegen den damaligen IKG⁵³⁴ Präsidenten Ariel Muzicant. Grund des Streites war eine Rede Haider's am Aschermittwoch, dem 28. Februar 2001, bei der er sagte: *"Ich verstehe überhaupt nicht, wie wenn einer Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann"*. Im Verlauf des Wiener Wahlkampfes hatte Haider diese Angriffe auf Muzicant noch verstärkt.⁵³⁵ Der Antisemitismus gehörte zu jenen Bereichen, in denen Haider besonders bemüht war, sich keine Blöße zu geben. Er signalisierte seinen Anhängern nur indirekt, wo er stand. Haider übernahm, so Scharsach, das Verharmlosungsvokabular von Antisemiten, Rassisten und Neonazis. Er sei auch in Bezug auf das Ausländerthema ein Meister der Strategie gewesen und habe sich die moderne Psychologie durch manipulative Wortwahl, Verschweigen eines Teils der Wahrheit und Verknüpfung von Tatbeständen, die nichts miteinander zu tun haben, zu Nutze gemacht. Virtuos habe er suggestive Begriffsverbindungen verwendet: Asylantenstrom, Ausländerflut, Völkerwanderung und Überschwemmung durch Fremde. Haider habe

⁵³² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 26

⁵³³ vgl. „die Presse“, Jörg Haider im Porträt, online unter: [http://diepresse.com/home/innenpolitik/neuwahlen/wahlchat/411249/DiePressecomChat_Joerg-Haider-im-Portraet- \(01.09.2008\), 31.03.2017](http://diepresse.com/home/innenpolitik/neuwahlen/wahlchat/411249/DiePressecomChat_Joerg-Haider-im-Portraet- (01.09.2008), 31.03.2017)

⁵³⁴ Israelitische Kultusgemeinde Wien

⁵³⁵ vgl. „Wiener Zeitung“, Haider gab Ehrenerklärung ab, online unter: [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/336252_Haider-gab-Ehrenerklaerungen-ab.html?em_cnt=336252 \(1.2.2002\), 16.6.2017](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/336252_Haider-gab-Ehrenerklaerungen-ab.html?em_cnt=336252 (1.2.2002), 16.6.2017)

sorgfältig Angst auslösende Begriffe gewählt.⁵³⁶

12.9.3.2. Haider und der Holocaust

Nach Bailer-Galanda und Neugebauer hat Haider eine klare Stellungnahme zum Holocaust vermieden, wohl wissend, dass Teile seiner äußerst rechten und auch rechtsextremen Anhängerschaft dies nicht goutiert hätten. Er sei dem NS System verharmlosend, die Verbrechen verdrängend, gegenüber gestanden. Wenn Haider seine mangelnde kritische Distanz zum Nationalsozialismus vorgeworfen wurde, habe er einfach festgestellt, dass er nach dem Krieg geboren worden sei, also ging seiner Meinung nach der Vorwurf, er verharmlose den Nationalsozialismus, ins Leere.⁵³⁷

Bekannt wurde ein diesbezügliches Interview der Zeitschrift „Profil“ mit Haider, in der er nach längerem Zögern und wiederholtem Nachfragen in Bezug auf den Holocaust schließlich von sich gab: *„Wenn Sie so wollen, dann war es halt Massenmord.“*⁵³⁸

12.9.3.3. Haider und der Deutschnationalismus

Das Bekenntnis zum Deutschnationalen gehörte zum Fundament der Ideologie Haiders. So äußerte er sich zur Frage der österreichischen Nation 1988 mit den Worten:

*„Das wissen Sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“*⁵³⁹

Den von Haider später propagierten Österreichpatriotismus („Österreich zuerst“) bezeichnen Bailer-Galanda und Neugebauer als „Etikettenschwindel“ und wahltaktisches Kalkül, weil Haider erkannt habe, dass Deutschnationalismus in Österreich schon lange nicht mehrheitsfähig sei.⁵⁴⁰

12.9.3.4. Haiders Sprache

*„Die Umwandlung einer argumentierenden und dialogischen politischen Kultur in eine solche der ‚Sprüche‘, welche von Haider am eindrucksvollsten verkörpert wird, ist kein bloßer Verfall, sondern ein grundlegendes Mittel einer quasi-hypnotischen Massensteuerung.“*⁵⁴¹

⁵³⁶ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, S. 56 - 61

⁵³⁷ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 67f

⁵³⁸ vgl. ebd., S. 68

⁵³⁹ vgl. ebd., S. 64

⁵⁴⁰ vgl. ebd., S. 63f

⁵⁴¹ Harald Goldmann, Hannes Krall, Klaus Ottomeyer, Jörg Haider und sein Publikum – eine sozialpsychologische Untersuchung, Klagenfurt 1992, S. 177

Haider wurde die Wichtigkeit der Sprache offensichtlich schon früh bewusst. Er stellte bereits mit 16 Jahren sein Redetalent unter Beweis und gewann bei einem Bundesturnfest des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) in Innsbruck mit seinem Beitrag „*Sind wir Österreicher Deutsche?*“ einen Redewettbewerb. Bailer-Galanda und Neugebauer sehen Haiders Beteiligung an diesem Wettbewerb als Beginn seiner frühen politischen Karriere an.⁵⁴²

Haider habe in Kärnten wohl die ihm entsprechende „nationale“ Basis gefunden. In der Öffentlichkeit seien weitgehend moderatere Formulierungen als in den Artikeln der „Kärntner Nachrichten“, dem Blatt seiner Landesorganisation, zu finden gewesen.⁵⁴³ Soweit es Haider möglich gewesen sei, habe er sein dem sogen. „nationalen Lager“ angepasstes Image sorgsam gepflegt, weil er gewusst habe, welche Aussagen er seinem jeweiligen Publikum zumuten könne oder müsse, um sich die Sympathien der Zuhörer zu erwerben.⁵⁴⁴

Scharsach bezeichnet Haider nicht als Lügner, sondern als einen Verbreiter von Unwahrheiten, weil dieser viele wichtige Teile von Informationen verschwiegen und Dinge verknüpft habe, die nichts miteinander zu tun haben. Als Beispiel nennt Scharsach Haiders Ausländerhetze. Bei dieser habe er nicht präzisiert, von welchen Ausländern er überhaupt spreche (Gastarbeiter, Flüchtlinge, Touristen, reisende Kriminelle) und damit seine Zuhörer in die Irre geführt.⁵⁴⁵

Der Autor scheut in Bezug auf Haiders Sprache und jener von Rechtsextremisten nicht davor zurück, einen Vergleich mit Hitler zu anzustellen. Dieser habe einst vorexerziert, wie man Sprache als Kampfmittel einsetzen könne. Er habe dem Volk aufs Maul geschaut, habe nicht den Intellekt, sondern Gefühl und Instinkt seiner Zuhörer gesprochen. In ganz Europa hätten die Aufsteiger vom rechten Rand die Gewalt der Sprache wiederentdeckt. Man könne Haider unterstellen, dass er nicht aus Dummheit, historischer Ahnungslosigkeit oder Instinklosigkeit auf die erprobte Wirkung jenes aufputschenden Vokabulars, mit dem Hitler und seine Chefpropagandisten ihre Zuhörer begeisterten, gesetzt habe. Haider habe Begriffe verwendet, die schon zuvor im Repertoire der Nationalsozialisten Anwendung gefunden hätten, wie beispielsweise „Altparteien“ oder „Systemparteien“ für die etablierten Regierungsparteien oder Haiders Ausspruch „*Am Kärntner Wesen könnte auch diese Republik genesen.*“⁵⁴⁶

⁵⁴² Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 26

⁵⁴³ Haider war für die Blattlinie verantwortlich und von 1982 - 1983 selbst Chefredakteur. Vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Ein deutsches Land, S 55, 79

⁵⁴⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Ein deutsches Land, S. 14

⁵⁴⁵ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, S. 66 - 68

⁵⁴⁶ ebd. S. 208f

12.9.3.5. Meinungen zu Haiders Äußerungen

Der Grüne-Abgeordnete Johannes Voggenhuber schrieb über Haiders verbale Äußerungen:

*„Was mich veranlaßt, an seine Gewaltbereitschaft zu glauben, ist erstens: Ich habe diesen Mann noch nie aus eigenem Antrieb heraus eine Grenze setzen sehen. Immer nur auf äußeren Druck gab es Abschwächungen oder Pseudoentschuldigungen. Und Zweitens: Wenn ich mich frage, wozu dieser Mann fähig ist in einer akuten, manifesten Wirtschaftskrise, wo genau in seiner Klientel der Verteilungskampf ausbricht und das öffentliche Klima es ihm erlaubt, die Grenzen noch weiter hinauszuschieben, dann bin ich heute davon überzeugt, daß er keine Grenzen setzt. Wenn er die Gelegenheit bekommt, dann wird er zeigen, daß er es ernst gemeint hat. Die lange Liste seiner sogenannten „Ausrutscher“ und „Unbeherrschtheiten“, das ist sein Programm.“*⁵⁴⁷

Haiders Schwester, Ursula Haubner, selbst politisch aktiv, verteidigte ihren Bruder immer in Bezug auf seine Äußerungen in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, indem sie meinte: *„Er ist halt so, er meint es nicht so.“*⁵⁴⁸

12.9.3.6. Haider – rechtsextrem?

Haiders Ideologie wird in der Wissenschaft überwiegend als rechtsextrem eingestuft.

Nach Bailer-Galanda und Neugebauer sprechen Materialien und belegte Äußerungen von FPÖ-Politikern und Medien, insbesondere von Jörg Haider, für eine Veränderung Richtung Rechtsextremismus, *„wobei formale Parallelen zu Taktik und Strategie der NSDAP immer deutlicher werden. Damit soll jedoch keinesfalls eine inhaltliche-ideologische Gleichsetzung der FPÖ oder Jörg Haider mit der NS-Bewegung und deren Führer vorgenommen werden“*. Nach den von Holzer festgelegten Merkmalen des Rechtsextremismus spreche fast alles für eine Qualifizierung von Haider und seinen engsten Kreis als rechtsextrem.⁵⁴⁹

Helmut Peter, der im August 1993 zum Liberalen Form gewechselt sei, habe in seinem Austrittsbrief festgestellt: *„Die bloß rhetorische Abgrenzung zu Rechtsextremismus und seinen fürchterlichen Auswirkungen in der Geschichte sind zuwenig, sie müssen tief empfunden und glaubwürdig sein.“*⁵⁵⁰

⁵⁴⁷ Wolf Luigi, „Sozialismus von unten“, online unter: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/haiderface.html> (Mai 2000), 11.04.2017

⁵⁴⁸ vgl. „die Welt“, Petra Stuiß, Haider große Schwester: Ursula Haubner <https://www.welt.de/print-welt/article397288/Haiders-grosse-Schwester-Ursula-Haubner.html> (27.1.2005), 11.04.2017

⁵⁴⁹ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 101f

⁵⁵⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 101, Zitat von Helmut Peter unter Verweis auf: „Der Standard“, 6.8.1993

Scharsach verweist in seinem Buch *„Haiders Kampf“* auf verschiedene Wissenschaftler, die in der Sprache von Haider Parallelen zur Diktion der Nationalsozialisten und in Parteipublikationen der FPÖ *„alle relevanten Konzepte und manipulative Techniken rechtsextremer Ideologie“* festgestellt hätten. Die Bestandaufnahme seines Buches habe eine weitgehende Beurteilung mit einem eindeutigen Ergebnis ermöglicht: Auf Jörg Haider träfen sämtliche wichtige Merkmale des Rechtsextremismus, die in der wissenschaftlichen Literatur genannt werden, zu. Die FPÖ dürfe jedoch nicht pauschal dem rechtsextremen Lager zugeordnet werden, obwohl ihr liberaler Flügel entmachteter sei.⁵⁵¹

12.9.3.7. Haider – ein Narzisst?

Nach Meinung des verstorbenen News-Herausgebers Alfred Worm litt Haider an einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung. Worm begründete seine Einschätzung u.a. mit der äußerlichen Verwandlung Haiders vom traditionellen Politiker in der Kärntner Tracht hin zum Trendsetter in Designeranzügen.⁵⁵²

Johannes Steyrer schrieb in dem 2011 erschienenen Buch *„Charisma und Herrschaft: Führung und Verführung in der Politik“* einen Beitrag mit dem Titel *„Jörg Haider – charismatischer Führer, narzisstische Persönlichkeit und Rechtspopulist“*:

„Er war, so die einhellige Meinung, »ein ungewöhnlich charismatischer Verkünder« (Profil, 27.10.2008: 136) und »ein außergewöhnlich charismatischer Verkünder« (Die Presse, 20.10.2008: 2), dessen »Charisma und Sozialkompetenz die verlässlichen Transporteure seiner Botschaften« (News, 16.10.2008: 28) waren; er punktete stets mit »seiner glänzenden Rhetorik, mit seiner Sachkompetenz, mit seinem Gefühl für die richtigen Themen« (News, 16.10.2008: 17). Kontrapunktisch dazu stehen Aussagen zu den Schattenseiten seiner Person, denen zufolge er sich »oft genug selbst im Wege stand«, weil sein »eitler Narzissmus ihn bis zu Saddam und Gaddafi trieb« (News, 16.10.2008: 56) und weil er »skrupellos, narzisstisch und launenhaft« war, »einer, der mit dem Feuer spielte« und über politische Leichen ging« (News, 16.10.2008: 58).“⁵⁵³

⁵⁵¹ Hans-Henning Scharsach, *Haiders Kampf*, S. 225f

⁵⁵² Alfred Worm, *Widersprechen, auffallen, trendsetzen*, In: Hans-Henning Scharsach, Kurt Kuch, Haider, *Schatten in Europa*, Köln 2000, S. 169

⁵⁵³ Johannes Steyer, *Jörg Haider – charismatischer Führer, narzisstische Persönlichkeit und Rechtspopulist*, In: Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber (Hg), *Charisma und Herrschaft: Führung und Verführung in der Politik*, Frankfurt am Main 2011, S. 78

12.10. Fünfte Phase – Haider geht, HC Strache kommt

12.10.1. Haider's Rückzug

Die FPÖ konnte bei den Nationalratswahlen 1990 mit 16,6%⁵⁵⁴ und 1994 mit 22,5%⁵⁵⁵ beträchtliche Zugewinne verzeichnen, blieb aber weiterhin in der Opposition. Noch vor den Nationalratswahlen am 3. Oktober 1999 wurde die FPÖ unter Spitzenkandidat Jörg Haider bei den Landtagswahlen in Kärnten am 7. März 1999 mit 42,06 Stimmanteil⁵⁵⁶ erstmals stärkste Partei in einem Bundesland und Haider erneut zum Landeshauptmann gewählt.

Im Bund setzte die FPÖ unter Haider auf das Thema der Inneren Sicherheit, instrumentalisierte die Zuwandererproblematik, fremdenfeindliche Kampagnen und EU-Kritik. Um breitere Wählerschichten anzusprechen, verwandelte Haider den Deutschnationalismus seiner Partei vordergründig in einen Österreich-Patriotismus; um die traditionelle Wählerschicht der Partei nicht zu vergrämen, wurden an diese immer wieder Signale in Form von rechts-extremen und antisemitischen Äußerungen ausgesendet. Im Nationalratswahlkampf 1999 standen die Einwanderungs- und Familienpolitik im Mittelpunkt. Damit gelang es der FPÖ, die auch als Partei des „kleinen Mannes“, als Partei der „Anständigen“ und gegen vermeintliche Privilegien und Postenschacher auftrat, tief in die Wählerschichten der SPÖ einzudringen.⁵⁵⁷ Bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 wurde die FPÖ mit 26,91 Prozent (die ÖVP erreichte ebenfalls 26,91 Prozent⁵⁵⁸) erstmals zur zweitstärksten Kraft im Land. Nachdem die Verhandlungen der mit 33,15%⁵⁵⁹ stimmenstärksten Partei, der SPÖ, mit der ÖVP zur Bildung einer Koalition gescheitert waren, schloss ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel mit der FPÖ die erste schwarz-blaue Koalition der Republik, nachdem ihm Haider die Position des Bundeskanzlers „überlassen“ hatte. Haider selbst „verzichtete“ auf einen Platz in der Regierung und zog sich nach Kärnten zurück.⁵⁶⁰

12.10.2. Die FPÖ ab 2000

Die FPÖ übernahm am 4. Februar 2000 unter Susanne Riess-Passer zum zweiten Mal in ihrer Geschichte Regierungsverantwortung. Das führte in Österreich zu wütenden Protesten

⁵⁵⁴ Vgl. Homepage „BMI“; Nationalratswahlen 1990, online unter:
http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1990/start.aspx 05.10.2017

⁵⁵⁵ Vgl. Homepage „BMI“, Nationalratswahlen 1994, online unter:
http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1994/start.aspx, 05.10.2017

⁵⁵⁶ vgl. https://www.ktn.gv.at/320607_DE-Publikationen-Landtagsw99; 05.10.2017

⁵⁵⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 122f

⁵⁵⁸ vgl. Homepage „BMI“, Nationalratswahlen 1999, online unter:
http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1999/start.aspx, 05.10.2017

⁵⁵⁹ vgl. ebd.

⁵⁶⁰ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 123f

und europaweit zu einer Ablehnung. Grund für die heftigen Reaktionen war, dass mit der FPÖ eine Partei in die Regierung kam, die seit der Führung unter Haider als Inbegriff für einen eindeutigen Rechtsruck in Österreich galt und damit als Gefahr für die österreichische Demokratie angesehen wurde.⁵⁶¹

Schon vor dem Jahr 2000 waren die Freiheitlichen, insbesondere Haider, von EU und Europaparlament kritisch beobachtet worden. Dem drohenden Ausschluss aus der Liberalen Internationale, deren unmittelbarer Anlass der Austritt von Heide Schmid und vier weiteren Mandataren 1993 aus der FPÖ war,⁵⁶² kam die Partei im selben Jahr durch einen Austritt zuvor.⁵⁶³

Für einen derartigen Fall einigten sich die 14 EU Mitgliedstaaten (ohne Österreich), verschiedene Maßnahmen gegen die österreichische Regierung zu ergreifen: So sollte es keine offiziellen bilateralen Kontakte auf politischer Ebene geben; österreichische Kandidaten, die sich um Posten in internationalen Organisationen bewerben, sollten nicht unterstützt und Botschafter nur auf technischer Ebene empfangen werden.⁵⁶⁴

Laut Pelinka wollten die EU Länder mit der Drohung von „Sanktionen“ ein Signal Richtung Österreich senden und im Vorfeld verhindern, dass die FPÖ in die Regierung kommt. Nach der Angelobung der schwarz-blauen Regierung habe man schlicht nicht mehr zurück können. Mit Angelobung der österreichischen Bundesregierung wurden die Maßnahmen in Kraft gesetzt.⁵⁶⁵ Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den restlichen 14 EU-Ländern wurden eingestellt, was zu einer über sieben Monate dauernden „Eiszeit“ führte.⁵⁶⁶

Die österreichische Regierung bezeichnete die Maßnahmen als „Sanktionen gegen Österreich“, obwohl dieser Begriff niemals offiziell verwendet wurde und es sich um Maßnahmen

⁵⁶¹ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 124

⁵⁶² Michael Gehler, Der Präventivschlag als Fehlschlag: Motive, Intentionen und Konsequenzen der EU 14 – Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich im Jahre 2000, In: Wilfried Loth (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Grundlagen für Europa, Leske & Budrich, 2001, S. 330, unter Verweis auf „Der Standard, 15.3.1993; Salzburger Nachrichten, 8.5.1993

⁵⁶³ Michael Gehler, Der Präventivschlag als Fehlschlag: Motive, Intentionen und Konsequenzen der EU 14 – Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich im Jahre 2000, In: Wilfried Loth (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Grundlagen für Europa, Berlin 2001, S. 330

⁵⁶⁴ Georg Cavallar, Die Europäische Union – von der Utopie zur Friedens- und Wertegemeinschaft, Wien 2006, S. 76

⁵⁶⁵ Georg Cavallar, Die Europäische Union – von der Utopie zur Friedens- und Wertegemeinschaft, S. 77

⁵⁶⁶ vgl. „derStandard“, Rosa Winkler-Hermaden, Als Österreich der Buhmann der EU wurde, online unter: <http://derstandard.at/1263705581215/EU-Sanktionen-Als-Oesterreich-der-Buhmann-der-EU-war> (21.1.2010), 17.6.2017

auf bilateraler Ebene handelte⁵⁶⁷. Pelinka bezeichnete das Schlagwort „Sanktion“ als „ersten großen Erfolg der Regierung Schüssel“, da es der Regierung so gelungen sei, das ganze Land auf ihre Seite zu ziehen.⁵⁶⁸

Die von der EU gesetzten Maßnahmen wurden bereits im September 2000 wieder aufgehoben.⁵⁶⁹

Haider, der nur mehr Landeshauptmann von Kärnten war und sich als „einfaches Parteimitglied“ bezeichnete, forderte einen Kurswechsel in der Regierungspolitik, insbesondere eine verstärkte Vertretung der Anliegen des „kleinen Mannes“, u.a. durch höheres Augenmerk auf sozialpolitische Anliegen und eine Profilierung in der Einwanderungspolitik. Durch die andauernden Zwischenrufe Haiders kam es zwischen ihm und den freiheitlichen Regierungsmitgliedern zu schwerwiegenden Differenzen und zu einer zunehmenden Entfremdung.⁵⁷⁰ Haider, der sich für unersetzlich hielt und inoffiziell nach wie vor der mächtigste Mann in seiner Partei war, nutzte jede Gelegenheit, gegen die Regierung zu opponieren und diese zu brüskieren. Beispielsweise sorgte er durch einen nicht abgesprochenen Besuch beim irakischen Diktator Saddam Hussein im Februar 2002 auf nationaler und internationaler Ebene für große Empörung.⁵⁷¹

Die Parteibasis und ihr „Anführer“ Haider hatten den Eindruck, die FPÖ lasse sich immer mehr vom Regierungspartner ÖVP dominieren. Als es im Sommer 2002 in Österreich eine Hochwasserkatastrophe gab und die von der FPÖ versprochene Steuerreform deswegen verschoben wurde, verlangten Haider und die Parteibasis die Abhaltung eines außerordentlichen Bundesparteitags. Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer drohte für diesen Fall mit Rücktritt. Der Saal in Knittelfeld für das „FPÖ-Rebellentreffen“ war bereits angemietet, als Haider plötzlich wieder zurück ruderte und mit Riess-Passer einen Tag vor der geplanten Versammlung eine Versöhnungs-Resolution vereinbarte. Darin verzichtete Haider überraschend auf die geforderte Steuersenkung und hatte auch keine Einwände gegen die EU-Osterweiterung.⁵⁷² Das legendäre Delegiertentreffen fand dennoch am

⁵⁶⁷ Onur Kas, *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei*, Hamburg 2014, S. 33

⁵⁶⁸ Rosa Winkler-Hermaden, *Als Österreich der Buhmann der EU wurde*, online unter: <http://derstandard.at/1263705581215/EU-Sanktionen-Als-Oesterreich-der-Buhmann-der-EU-war> (21.1.2010), 17.6.2017

⁵⁶⁹ Onur Kas, *Rechtspopulismus in Österreich*, S. 34

⁵⁷⁰ Oliver Geden, *Diskursstrategien im Rechtspopulismus*, S. 126

⁵⁷¹ Florian Hartleb, *Extremismus in Österreich*, In: Jesse Eckhard, Tom Thieme (Hg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, S. 271

⁵⁷² Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 100f

7. September 2002 in Knittelfeld statt und es kam zu einem Eklat,⁵⁷³ dessen Ergebnis für die Freiheitlichen fatal endete.⁵⁷⁴ Das Kompromisspapier wurde vor allen Anwesenden vom Haider-Getreuen Kurt Scheuch zerrissen, womit der Bruch perfekt war.⁵⁷⁵ Die Parteispitze der FPÖ, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, Finanzminister Karl-Heinz Grasser sowie Klubobmann Peter Westenthaler, traten geschlossen zurück. Haider übernahm allerdings nicht die Rolle des Bundesparteibmanns.⁵⁷⁶ Er blieb weiterhin Landeshauptmann von Kärnten und gründete im April 2005 das BZÖ,⁵⁷⁷ wohin einige prominente FPÖ-Parteimitglieder wie seine Schwester Ursula Haubner, Hubert Gorbach, und Herbert Scheibner wechselten.

Die Vorkommnisse von „Knittelfeld“ führten aber nicht nur zu einem personellen Debakel, sondern auch zu von Schlüssel herbeigeführten vorgezogenen Nationalratswahlen am 24. November 2002. Die Wahlen endeten mit einem Sieg der ÖVP (Stimmenanteil von 42,3%) und einem Absturz des Stimmenanteils der FPÖ auf rund 10 Prozent.⁵⁷⁸ Die Folge war die Neuauflage einer ÖVP-FPÖ-Koalition, in der die FPÖ nur mehr drei (an Stelle von vorher sechs) Ministerposten erhielt.⁵⁷⁹

Nach Riess-Passer übernahmen von 2002 bis 2005 Mathias Reichhold, Herbert Haupt⁵⁸⁰ bzw. Haiders Schwester Ursula Haubner die Parteiführung der FPÖ.⁵⁸¹ Nach ihrem Wechsel zum BZÖ wurde Hilmar Kabas für kurze Zeit und interimistisch geschäftsführender Obmann der FPÖ.⁵⁸²

12.10.2.1. Die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache

Heinz-Christian (HC) Strache wurde am 23. April 2005 zum neuen Bundesparteibmann der FPÖ gewählt.⁵⁸³

⁵⁷³ Florian *Hartleb*, Extremismus in Österreich, In: Jesse *Eckhard*, Tom *Thieme* (Hg.), Extremismus in den EU-Staaten, S. 271

⁵⁷⁴ „die Presse“, Regina *Pöll*, (K)ein Sommer wie damals: 10 Jahre Knittelfeld, online unter: http://diepresse.com/home/innenpolitik/1282842/Kein-Sommer-wie-damals_Zehn-Jahre-Knittelfeld (24.8.2012), 17.6.2017

⁵⁷⁵ vgl. ebd.

⁵⁷⁶ Oliver *Geden*, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 124f

⁵⁷⁷ Nina *Horacek*, Claudia *Reiterer*, HC Strache, S. 111f

⁵⁷⁸ Onur *Kas*, Rechtspopulismus in Österreich, S. 36

⁵⁷⁹ Oliver *Geden*, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 128

⁵⁸⁰ vgl. ebd., S. 127

⁵⁸¹ Nina *Horacek*, Claudia *Reiterer*, HC Strache, S. 104f

⁵⁸² vgl. ebd., S. 112

⁵⁸³ vgl. Homepage „Parlament“, online unter: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35518/, 21.10.2017

12.10.2.1.1. Kurzbiografie

Strache wurde am 12. Juni 1969 in Wien geboren. Seine Mutter war Drogistin, der Vater „Künstler und Weltenbummler“. Er verließ die Familie, als Strache drei Jahr alt war. Die Verwandten väterlicherseits sind Sudetendeutsche. Sein Großvater mütterlichseits stammte aus Deutschland und seine Großmutter aus Niederösterreich.⁵⁸⁴

Strache erlernte den Beruf eines Zahntechnikers und wurde mit 15 Jahren Mitglied der pennalen Mittelschulverbindung Vandalia, wo er politisch sozialisiert wurde. In jungen Jahren war er mit namhaften österreichischen Rechtsextremisten in Kontakt, u.a. mit dem Gründer und Chef der NDP, Norbert Burger, mit einer dessen Töchter er liiert war.⁵⁸⁵

HC Strache ist in zweiter Ehe verheiratet und hat aus erster Ehe eine Tochter und einen Sohn.

Strache trat 1989 der FPÖ bei.⁵⁸⁶ Er ist seit 1991 in verschiedensten Funktionen tätig gewesen. So wurde er 1991 Bezirksrat der FPÖ in Wien-Landstraße, 1993 Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ), 1996 Mitglied des Wiener Gemeinderats und 2004 Wiener Parteichef. Die Funktion des Bundesparteiobmannes hat er bis heute inne.⁵⁸⁷

12.10.2.1.2. Strache und die Burschenschaften

*„Die Mitte der 1990er Jahre in Österreich einsetzende Kritik an deutschvölkischen Korporationen, insbesondere an Burschenschaften, hat neben deren – über weite Strecken rechts-extreme – Ideologieproduktion vor allem deren oftmalige Scharnierfunktion zum Anlass: Viele dieser Korporationen bilden ein organisatorisches wie ideologisches Bindeglied zwischen Deutschnationalismus und Neonazismus. So sind bei zahlreichen Verbindungen eine Integration von (ehemaligen) Neonazis und eine entsprechende Einladungspolitik festzustellen.“*⁵⁸⁸

Haider versuchte, der FPÖ ein zeitgemäßes Gesicht zu geben, drängte die Burschenschaften „in die zweite Reihe“ und umgab sich „mit telegenen, aber unideologischen Quereinsteigern, die in den Medien als „Bublerpartie“ verspottet wurden“.⁵⁸⁹ Haider gelang

⁵⁸⁴ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 20f

⁵⁸⁵ vgl. ebd., S. 30

⁵⁸⁶ vgl. ebd., S. 77

⁵⁸⁷ vgl. Homepage „Parlament“, online unter: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35518/, 21.10.2017

⁵⁸⁸ Andreas Peham, „Durch Reinheit zur Einheit“, Zur Kritik des deutschnationalen Korporationswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge, online unter: http://www.doew.at/cms/download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf, S. 72, 13.4.2017

⁵⁸⁹ Hans-Henning Scharsach, Strache, Im braunen Sumpf, Wien 2012, S. 13

es, den Anteil der Burschenschafter im Parlamentsklub der FPÖ auf 11 Prozent zu senken.⁵⁹⁰

„Mit Straches Machtübernahme wurde 2005 die Wende rückwärts eingeleitet.“⁵⁹¹ Im Jahr 2008 gehörten mehr als ein Drittel der 34 FPÖ-Abgeordneten einer schlagenden, deutsch-nationalen Studentenverbindung an.⁵⁹²

Dominik Sinnreich zitiert in seinem im Kurier vom 29. Jänner 2012 verfassten Artikel „Straches blaue Burschen“ den Rechtsextremismus-Forscher Andreas Peham: „Im Wandel des FPÖ-Parteiprogrammes zeigt sich der Status der Verbindungen“. „Haider habe das Bekenntnis zur „Deutschen Volksgemeinschaft“ 1997 gestrichen, um die FPÖ für die Koalition mit der ÖVP zu trimmen. Strache habe es 2011 wieder reingenommen. Der Bezug auf die Volksgemeinschaft sei ein zentraler Grund, warum man die FPÖ letztlich als rechtsextrem klassifizieren müsse, was die Parteispitze naturgemäß anders sehe.“⁵⁹³

12.10.2.1.3. Straches Sprache und Gesinnung

Nach Scharsach stellten Wissenschaftler in der Sprache von Haider Parallelen zur Diktion der Nationalsozialisten und in Parteipublikationen der FPÖ „alle relevanten Konzepte und manipulative Techniken rechtsextremer Ideologie“ fest.⁵⁹⁴ Dieser Befund gilt nach Scharsach umso mehr auch für die FPÖ unter Strache, dessen Aufstieg in der FPÖ eine Wende rückwärts bedeute, da Strache die FPÖ den deutschnationalen, in großen Teilen rechtsextremen und partiell neonazistischen Burschenschaftern „ausgeliefert“ habe.⁵⁹⁵

In seinem Buch über Strache zieht er nach Anführung zahlreicher Beispiele schon auf Seite 50 ein erstes Resümee: Strache – dies sei durch harte Recherchearbeit und couragierten Journalismus zur Gewissheit geworden – sei in seiner Jugend fester Bestandteil der Neonazi-Szene gewesen. Der FPÖ-Chef habe aber immer nur zugegeben, was sich eindeutig beweisen habe lassen.⁵⁹⁶

Nina Horacek und Claudia Reiterer, welche im Jahr 2009 das Buch „HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde“ veröffentlichten, führten umfangreiche Recher-

⁵⁹⁰ vgl. „Kurier“, Dominik Sinnreich, Straches blaue Burschen, online unter: <https://kurier.at/politik/straches-blaue-burschen/756.208> (29.01.2012), 13.03.2017

⁵⁹¹ Hans-Henning Scharsach, Strache, Im braunen Sumpf, S. 13

⁵⁹² vgl. „Kurier“, Dominik Sinnreich, Straches blaue Burschen, online unter: <https://kurier.at/politik/straches-blaue-burschen/756.208> (29.01.2012), 13.03.2017

⁵⁹³ vgl. ebd.

⁵⁹⁴ Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, S. 225

⁵⁹⁵ Hans-Henning Scharsach, Strache, Im braunen Sumpf, S. 306f

⁵⁹⁶ vgl. ebd., S. 50-52

chen über Strache durch und stellten fest, dass dieser mehrere Jahre intensiv in der rechten Szene unterwegs war. Die Autorinnen stellen im Resumée folgende Fragen: *„Kommt man nur durch Zufall zu einer Wehrsportübung, bei der der damalige VAPO-Chef Gottfried Küssel⁵⁹⁷ anwesend war? Ist die Meinung von Straches historischem Lehrmeister Andreas Mölzer⁵⁹⁸, dass die EU eine »Diktatur« sei, wo es doch im »Nationalsozialismus weniger Vorschriften für die Bürger« gegeben habe, tragbar?“*⁵⁹⁹

Horaczek und Reiterer zitieren in ihrem Buch eine Einschätzung des ehemaligen FPÖ-Ministers Herbert Scheibner, der sagte: *„Damals war der Bua ganz, ganz weit extrem rechts.“*⁶⁰⁰

Peter Westenthaler, ehemaliger Klubobmann der FPÖ, habe über den jungen Strache folgende Einschätzung getroffen: *„Er war damals einer, der in Wort und Tat und Optik zur extrem rechten Szene gehört hat.“*⁶⁰¹

Nach einem Artikel in der Zeitschrift NEWS *„ist eine doppeldeutige Wortwahl für FPÖ-Chef Heinz Christian Strache Provokation und Code zugleich. Von der auf Facebook geposteten Hymne des deutschnationalen Dichters Ottokar Kernstocks bis hin zu „Überfremdung“ im eigenen Land reicht der zweideutige Rechts-Sprech. Mit Erfolg: Worte mit nationalsozialistischem Hintergrund werden nicht nur innerhalb der FPÖ immer häufiger gebraucht – auch unsere Alltagssprache ist voller Begriffe mit dunkelbrauner Vergangenheit“*⁶⁰²

12.11. Strache und Haider – ein Vergleich

Haider war unbestritten ein großes Vorbild von Strache.⁶⁰³ In einem Interview, das Haider den Autorinnen knapp vor seinem Tod gab, sagte er über Strache: *„Er war in Wien, war natürlich immer ein großer Fan von mir und hat sich offenbar sehr intensiv mit meiner Art, Politik zu machen, auseinandergesetzt, sodass er jetzt wirklich zu Recht immer als die Kopie bezeichnet wird.“*⁶⁰⁴

⁵⁹⁷ Küssel, der sich selbst als Nationalsozialist bezeichnete, gründete die VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition), eine der militantesten Gruppen des organisierten Neonazismus vgl. Hans-Henning Scharsach, Haiders Clan, Wie Gewalt entsteht, Wien 1995, S. 86f

⁵⁹⁸ Mölzer war rechter Chefideologe der FPÖ, ein durch seine „Publikationen ... bekannter Rechsextremist“ und „praktisch einziger Theoretiker des österreichischen Rechtsextremismus“ vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S 39, 146

⁵⁹⁹ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 217

⁶⁰⁰ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 79

⁶⁰¹ vgl. ebd.

⁶⁰² vgl. „News.at“ Tamara Still, dunkles Wortgut, online unter: <https://www.news.at/a/sprache-dunkles-wortgut-7660619>, (28.10.2016), 16.04.2017

⁶⁰³ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 11f

⁶⁰⁴ vgl. ebd., S. 200

Das Verhältnis Straches zu Haider kann als durchaus ambivalent bezeichnet werden. Einerseits war Haider Straches Idol, der die FPÖ in ungeahnte Erfolgshöhen führte, andererseits hat Haider die FPÖ in den Augen Straches und seiner Getreuen „verraten“, weil er ihre ursprüngliche Ideologie nicht mehr in dem Maße wie gewünscht betonte. Die inneren Auseinandersetzungen führten so weit, dass sich Haider letzten Endes von der FPÖ trennte und das BZÖ gründete.⁶⁰⁵

Auffallend ist, dass Strache versucht, einen ähnlichen Sprachstil und eine ähnlich Sprachmelodie wie Haider zu pflegen. Wenig überraschend ist, dass sich die „Sager“ der beiden Politiker stilistisch und inhaltlich ähneln, stammen sie doch vom gleichen Redenschreiber, dem FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.⁶⁰⁶

Unterschiede zwischen den beiden Politikern gibt es bezüglich ihrer Herkunft und ihrer Ausbildung. So kommt Strache nicht aus einem nationalsozialistisch geprägten Elternhaus wie Haider und schlug auch einen völlig anderen Bildungsweg ein.

Viele Beobachter und politische Weggefährten sehen auch unterschiedliche Charaktere der beiden Persönlichkeiten. So urteilt der langjährige FPÖ-Ideologe Andreas Mölzer:

*„Den Messias haben wir schon gehabt. Jetzt haben wir einen guten Kameraden.“*⁶⁰⁷

Robert Misik schreibt über Haider:

*„Er war eine verletzte Diva, man attestierte ihm »maßlose Selbstüberschätzung« bei gleichzeitig »extrem hoher Kränkbarkeit«. Er war ein Gambler, dem man immer auch ansah, dass er ein Spiel trieb.“*⁶⁰⁸

Derartige Eigenschaften werden Strache nicht zugeschrieben.

Nach Horaczek und Reiterer führt Strache politisch Haiders Erfolgskurs der 1990er Jahre weiter und baut auf diesem auf: *„Er punktet mit einem Aufguss dessen, was Haider bereits ein Jahrzehnt zuvor Erfolg brachte – eine Mischung aus Populismus, Ausländerfeindlichkeit und Aggressivität.“*⁶⁰⁹

Die Nationalratswahlen von 2017 haben gezeigt, dass er mit dieser Mischung noch mehr als früher erfolgreich ist.

⁶⁰⁵ vgl. ebd., S. 11f

⁶⁰⁶ vgl. „Kurier“, Christian Böhmer, Kickl als "Straches Hirn", online unter: <https://kurier.at/politik/kickl-als-straches-hirn/768.893> (22.2.2012), 17.04.2017

⁶⁰⁷ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 197

⁶⁰⁸ vgl. „Zeit“, Robert Misik, "Buberpapier", online unter: <http://www.zeit.de/2008/45/Haider> (13.4.2011), 17.04.2017

⁶⁰⁹ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S. 215

13. Die SVP

13.1. Die Parteienlandschaft der Schweiz Ende 19. Jh/Anfang 20. Jh – Allgemeines

Die Regierung wurde in der Schweiz bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Freisinnig-Demokratische Partei (kurz: Freisinn) dominiert. Der Bundesrat bestand ausschließlich aus Vertretern des Freisinns. *„Ideologisch abgegrenzte Fraktionen begannen sich in der Schweizer Bundesversammlung erst ab den 1880er Jahren zu bilden“* (radikale Linke, liberale Mitte und katholisch-konservative). Der Freisinn dominierte aber noch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das änderte sich allmählich mit der Einführung der Proporzwahl bei den Nationalratswahlen im Jahr 1918. Diese war vom dominierenden Freisinn bekämpft, jedoch von den Katholisch-Konservativen und den Sozialdemokraten unterstützt worden. In der Zwischenzeit hatten sich auch nationale Dachorganisationen der zuvor nur auf kantonaler Ebene organisierten Parteien gebildet.⁶¹⁰

Die Bauernschaft war in der Schweiz in evangelischen Kantonen durch den Freisinn (heute: FDP Die Liberalen)⁶¹¹ vertreten, die 1894 gegründet worden war.⁶¹²

In den katholischen Kantonen stimmten die Bauern für die Schweizerische Konservative Volkspartei (KVP, ab 1970 CVP), deren Wurzeln bis in die Gründungszeit des Bundesstaates 1848 zurückreichen und die sich gegen den herrschenden liberalen Zeitgeist wandten.⁶¹³

Die Bauernparteien entstanden als Abspaltung der FDP. Die Gründe für ihre Etablierung waren politischer und wirtschaftlicher Natur. Urs Altermatt und David Luginbühl führen als ausschlaggebende Gründe die Erfahrungen der Bauern im Ersten Weltkrieg und die Einführung des Proporzwahlrechts an.⁶¹⁴

Daniel Krämer⁶¹⁵ verweist auf die „*Verwirtschaftlichung der Politik*“, die mit der Gründung von Verbänden begonnen habe. Die Verbände hätten versucht, ihren Einfluss auf die politischen

⁶¹⁰ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 216f

⁶¹¹ Die FDP (Die Liberalen) ist eine liberale Partei und eine der vier Regierungsparteien der Schweiz. Sie entstand 2009 durch die Fusion der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) und ging aus dem Freisinn hervor.

⁶¹² vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Freisinn>, 01.05.2017

⁶¹³ vgl. Homepage CVP, Anfänge der CVP, online unter: <https://www.cvp.ch/de/news/2012-04-19/die-anfaenge-der-cvp>, 26.05.2017

⁶¹⁴ Urs Altermatt, David Luginbühl, Vom Kulturkampf- zum Klassenkampf-Paradigma, , S. 2, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17363.php?topdf=1> (24.03.2016), 26.05.2017

⁶¹⁵ Daniel Krämer ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte an der Universität Bern

Parteien zu vergrößern.⁶¹⁶ Neue Gruppierungen hätten von diesen Entwicklungen profitieren, an die Interessen der primär wirtschaftlich ausgerichteten Akteure anknüpfen und diesen eine ideologische Heimat schaffen können. Zu den Verlierern dieser Entwicklung hätten die etablierten politischen Kräfte, vor allem der Freisinn gehört. Der Freisinn habe die Politik der Schweiz im 19. Jahrhundert dominiert und um 1900 die Abspaltung diverser Interessensgruppen verkräften müssen. An den Polen der freisinnigen Bewegung hätten sich Arbeiter auf der linken und national-konservative Kräfte auf der rechten Seite abgespalten und fortan eigene politische Ambitionen verfolgt. Auch die national-konservative Kräfte seien vom Freisinn enttäuscht gewesen und hätten ihm vorgeworfen, eine industrie- und konsumentenfreundliche Politik zu betreiben und darüber den Mittelstand und das Bauerntum zu vernachlässigen, welche die Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz gebildet hätten. Diese neuen rechten Gruppierungen hätten zudem eine Entartung der Gesellschaft geltend gemacht, die sie durch die Rückkehr zu einem traditionellen, landwirtschaftlich geprägten Lebensstil wieder zu beseitigen hofften. Die rechten Gruppierungen seien meist lose organisiert gewesen, sie hätten aber im Laufe des ersten Weltkrieges in den Regionen Zürich und Bern in Bauernparteien eine neue ideologische Heimat gefunden.⁶¹⁷

Nach Christian Bolliger war der Freisinn im ersten Weltkrieg nicht mehr in der Lage, als Volkspartei zwischen den auseinanderdriftenden Interessen der städtischen Großunternehmer und des mittelständischen Gewerbes, aber auch zwischen Konsumenten in den Städten und bäuerlichen Produzenten zu vermitteln. Die Bauern hätten umgekehrt während des Ersten Weltkrieges eine wirtschaftliche Schlüsselstellung als Landesversorger erlangt. Hieraus hätten sie ein Selbstbewusstsein geschöpft, das zur Parteigründung geführt habe.⁶¹⁸

13.2. Die SVP und ihre Wurzeln

Die Geschichte der SVP ist –kurz umrissen – der Weg der Bauern von einer Politischen Kommission des Landwirtschaftlichen Kantonalvereins zur Bauernpartei, dann zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und schließlich zur Schweizerischen Volkspartei (SVP). Sie begann 1917 mit der Gründung der Zürcher Bauernpartei durch 305 Delegierte des Zürcherischen Landwirtschaftlichen Kantonalvereins (ZLKV)⁶¹⁹. Diese hatten auf einer außer-

⁶¹⁶ Daniel Krämer in Daniel Krämer, Christian Pfister, Marc Segesser (Hg), "Woche für Woche neue Preisaufschläge": Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges, Basel 2016, S. 318

⁶¹⁷ vgl. ebd., S. 237f

⁶¹⁸ Christian Bolliger, Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen, Berner Studien zur Politikwissenschaft 17, 1. Auflage, Bern/Stuttgart/Wien 2007, S. 79

⁶¹⁹ Der ZLKV existiert bis heute (heutige Bezeichnung: Zürcher Bauernverband (kurz: ZBV). Ziel des ZBV ist heute die wirtschaftliche, politische, technische sowie soziale und kulturelle Förderung der Zürcher Landwirtschaft.

ordentlichen Versammlung beschlossen, eine Bauernpartei zu gründen.⁶²⁰

Der ZLKV selbst wurde im Jahr 1842 durch rund 50 Landwirte und Freunde der Landwirtschaft mit den Hauptzwecken der technischen Förderung der Landwirtschaft und dem Kampf um das wirtschaftliche Bestehen des Bauernstandes gegründet. Er ging aus der landwirtschaftlichen Abteilung der naturforschenden Gesellschaft hervor, die wiederum 1747 mit dem Ziel der Verbreitung der landwirtschaftlichen Fachbildung gegründet wurde, wodurch sie dem damaligen Bedürfnis der Bauern entsprach. „Der «Zürcher Bauer» war geboren.“⁶²¹

Die vom ZLKV im Jahr 1917 gegründete Bauernpartei gewann bei den Kantonsratswahlen, die noch im Jahr ihrer Gründung stattfanden, gleich 47 Sitze. Dieser Erfolg führte zur Gründung weiterer Bauernparteien⁶²² in Bern, Thurgau, Schaffhausen und Aargau im Jahr 1918.⁶²³ Später schlossen sich zu den zuerst nur auf Kantonsebene organisierten Bauernparteien auch verschiedene Gruppen aus dem Lager des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes an.⁶²⁴ Die BGB war damit primär in bäuerlichen, gewerblichen und kleinbürgerlichen Milieus verankert und vertrat eine rechtskonservative Weltanschauung.

Sie wandte sich gegen die Großindustrie und multinationale Unternehmen und gegen sozialistische Kreise und deren Internationalismus und Antimilitarismus. Auf Grund der verschiedenen Interessensgruppen benannte sich die Bauern- und Bürgerpartei 1921 in Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) um.⁶²⁵

Aus der Oppositionspartei gegen den vorherrschenden Freisinn entstand durch die Wahl von Rudolf Minger im Jahr 1929 in den Bundesrat eine Bundesratspartei, die ab diesem Zeitpunkt bis zur „Abwahl“ (Nicht-Wieder-Wahl) von Christoph Blocher im Dezember 2007 ununterbrochen im Bundesrat vertreten war.⁶²⁶

Am 23. Dezember 1936 (Konstituierung: 30. Januar 1937) wurde die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), die vorher nur kantonal vertreten war, als gesamt schweizerische Partei

Online unter: <http://www.zbv.ch/%C3%96ffentlichkeitsarbeit/175JahreZBV/GeschichtedesZBV.aspx> , 05.05.2017

⁶²⁰ vgl. Homepage SVP, Geschichte, Gründung Bauernpartei / BGB / SVP, online unter <https://www.svp-zuerich.ch/partei/geschichte/> , 28.04.2017

⁶²¹ vgl. „Zürcher Bauernverband“, online unter: <http://www.zbv.ch/%C3%96ffentlichkeitsarbeit/175JahreZBV/GeschichtedesZBV.aspx> , 28.04.2017

⁶²² vgl. „Homepage SVP“, Geschichte SVP, online unter: <https://www.svp.ch/partei/geschichte/> , 28.04.2017

⁶²³ Damir Skenderovic, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge: Von den Kantonalparteien zur nationalen Partei, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php> , 24.04.2017

⁶²⁴ Ueli Leuthold, Jilline Bornand, Schweizer Staatskunde, S. 70

⁶²⁵ vgl. „historisches Lexikon Schweiz“, Parteien: online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17363.php?topdf=1> , 30.04.2017

⁶²⁶ vgl. „Hp. SVP“, online unter: <https://www.svp.ch/partei/geschichte/> , 28.04.2017

gegründet.⁶²⁷ Laut Bolliger war die BGB die einzige Partei in der Schweiz, die der Familie der Agrarparteien zuzurechnen war.⁶²⁸

*„Die BGB reihte sich in das Konkordanzsystem der Nachkriegszeit ein und konsolidierte mit der Einführung der Zauberformel 1959 ihre Einervertretung im Bundesrat. Während sich die Partei besonders in der Agrarpolitik und der Gewerbepolitik engagierte, teilte sie unverändert mit den beiden anderen bürgerl. Parteien die programmat. Hauptlinien, v.a. bezüglich Fragen der bewaffneten Neutralität, der Finanz- und der Sozialpolitik. Wahlpolitisch bestand deshalb für die BGB wenig Spielraum im bürgerl. Lager, so dass sich ihr Wähleranteil zwischen 11,0 und 12,6% bewegte und ihre Stellung als viertstärkste Partei gewahrt blieb.“*⁶²⁹

13.3. Die Fusionierung von BGB und Demokratischer Partei

Das Jahr 1971 war in der Geschichte der BGB auf Grund der Fusionierung mit den demokratischen Parteien der Kantone Glarus und Graubünden ein einschneidendes Jahr. Die Berner BGB und die Bündner Demokraten, die in ihren Kantonen die stärkste politische Kraft stellten, waren dabei federführend.⁶³⁰ Im Vordergrund der Vereinigung stand für die Demokraten die Verstärkung der Partei durch Basisverbreiterung, aber auch der Versuch, der ständig zunehmenden Zersplitterung der Parteien entgegenzuwirken.⁶³¹ Im selben Jahr erfolgte auch die Umbenennung. Die kleinste Bundesratspartei nannte sich von nun an Schweizerische Volkspartei (SVP).⁶³² Mit der Namensänderung sollte der Wandel von einer Klientelpartei (Landwirtschaft, Gewerbe, freie Berufe) zu einer Volkspartei suggeriert werden.⁶³³

Fusion und Namenswechsel waren nach Skenderovic Ausdruck einer Öffnung hin zur Mitte, was auch der traditionell sozial-liberalen Linie der beiden Demokratischen Parteien entsprochen und sich im französischen Parteinamen „Union démocratique du centre“ niedergeschlagen habe. Mit der Bezeichnung "Volkspartei" habe die SVP auf die Erosion ihrer ländlichen Stammwählerschaft, eine Folge des beschleunigten Strukturwandels in der Landwirtschaft, reagiert und auf eine Erweiterung ihrer Wählerbasis unter Angestellten, Arbeitern

⁶²⁷ vgl. ebd.

⁶²⁸ Christian Bolliger, Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, S. 79

⁶²⁹ Damir Skenderovic, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge: Von den Kantonalparteien zur nationalen Partei, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php>, (20.03.2017), 29.04.2017

⁶³⁰ vgl. „NZZ“ Eine Partei, zusammengesetzt aus zwei, online unter: <https://www.nzz.ch/eine-partei-zusammengesetzt-aus-zwei-1.702789> (06.04.2008), 29.04.2017

⁶³¹ vgl. „HP SVP“, online unter: <https://www.svp.ch/partei/geschichte/>, 29.04.2017

⁶³² vgl. ebd.

⁶³³ Christoph Herold, Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz, S. 4

und Angehörigen der unteren Mittelschicht abgezielt.⁶³⁴

Bei der Nationalratswahl 1975 musste sich die SVP gesamtschweizerisch mit nur 9,94 Prozent Stimmanteil zufrieden geben und einen Verlust von 1,13 Prozent gegenüber der Wahl von 1971 hinnehmen. Von den im Nationalrat vertretenen Parteien erreichte die SP 24,87, die FDP 22,21 und die CVP 21,09 Prozent.

Die Zürcher SVP machte sich ernste Gedanken über die Zukunft der Gesamtpartei und deren neue programmatische Ausrichtung, die von der Berner Kantonalpartei als wählerstärkste Sektion vorangetrieben und parteiintern kritisiert wurde.⁶³⁵ Blocher meinte dazu anlässlich des 90. Geburtstages der SVP Zürich, dass viele in der Partei wie üblich geglaubt hätten, *„man müsse das konservative Gedankengut aufgeben und mit mehr modernistischem, progressiv-liberalem Gedankengut neue – vor allem eher linke – Wähler ansprechen“*.⁶³⁶

13.4. Der Wandel der SVP von der Bauernpartei zur rechtspopulistischen Partei

Christoph Blocher wurde 1977 zum Kantonalparteipräsidenten von Zürich gewählt.

13.4.1. Christoph Blocher Kurzbiographie

Der millionenschwere Unternehmer und ehemalige Bundesrat, Kantonalpräsident und Vizepräsident der SVP, Christoph Blocher, ist einer der bekanntesten Persönlichkeiten in der Schweiz. Er ist mit der ehemaligen Primarlehrerin Silvia Blocher, geb. Kaiser, verheiratet und wohnt in Herrliberg sowie auf Schloss Rhäzüns. Blocher hat insgesamt vier Kinder, die Töchter Magdalena, Miriam und Rahel sowie Sohn Markus.⁶³⁷

Christoph Blocher wurde am 11. Oktober 1940 als siebentes von insgesamt elf Kindern einer protestantischen Pfarrersfamilie in Schaffhausen geboren. Blochers Mutter kam aus einer Bauernfamilie, sein Vater war Pfarrer und entstammte auch einem Pfarrhaus. Blochers Vater war von 1933 bis 1959 Dorfpfarrer in Laufen, wurde jedoch im Alter von 61 Jahren abgewählt und mit den elf Kindern auf die Straße gesetzt.⁶³⁸

Die beruflichen Wege von Blocher und seinen Geschwistern verliefen unterschiedlich. So war seine Schwester Sophie Krankenschwester, Hebamme, Schulleiterin, Mitglied und

⁶³⁴ Damir Skenderovic, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge: Von den Kantonalparteien zur nationalen Partei, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php>, (20.03.2017), 29.04.2017

⁶³⁵ vgl. „Homepage Christoph Blocher“, 90 Jahre SVP Zürich, online unter: <http://www.blocher.ch/artikel/single/article/90-jahre-svp-zuerich/>, 29.04.2017

⁶³⁶ vgl. ebd.

⁶³⁷ Encyclopaedizer 2007 – 04, herausgegeben von P + S Culture, Verfasst durch die BenutzerInnen der Webseite encyclopaedizer.net, Lulu Books, S. 717

⁶³⁸ Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 24 - 29

später Präsidentin der Basler Mission sowie Pfarrerin in MuttENZ; außerdem baute sie ein Heim für Obdachlose auf. Schwester Judith verdiente ihr Geld als Sozialarbeiterin. Bruder Andreas war Historiker und Gymnasiallehrer.⁶³⁹

Bruder Gerhard WulfilA, der 2016 verstarb, schlug – wie sein Vater – den Weg eines protestantischen Pfarrers ein. Ihn ereilte dasselbe Schicksal wie seinen Vater. Auch er wurde von der Kirche abgewählt, ein Ereignis, das es in der Geschichte der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons St. Gallen das erste Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1803 gab. Grund dafür war u.a. sein „aufmüpfiges“ Wesen. Gerhard WulfilA Blocher warf der Kirche Verlotterung und Anpassung vor und auch die Gemeindemitglieder forderten seine Abberufung, weil sie einmal wieder „eine normale Predigt“ hören wollten. Gerhard Blocher hatte sogar in der Gemeinde den Christbaum als „heidnisches Symbol“ abgeschafft. Er meinte zu seiner Abwahl, dass er von seinem Vater her mit dem Gedanken schon vertraut gewesen sei, auf diese Art eine Pfarrstelle aufzugeben.⁶⁴⁰ Gerhard Blocher arbeitete danach bis zu seiner Pensionierung als Pfarrer in Hallau und machte wiederholt durch seine harschen Äußerungen zu den politischen Gegnern seines Bruders auf sich aufmerksam.⁶⁴¹

Christoph Blocher schlug, anders als Vater und Bruder Gerhard, nicht den Weg eines Geistlichen ein, sondern begann mit 16 Jahren eine zweijährige Lehre zum Bauern auf einem Bauernhof. Gleichzeitig absolvierte er eine Landwirtschaftliche Schule.⁶⁴² Anschließend holte er auf dem zweiten Bildungsweg die Matura nach, begann an der ETH Zürich ein Landwirtschaftsstudium, wechselte das Fach und studierte an der Universität Zürich, mit Studienaufenthalten in Paris und Montpellier, Rechtswissenschaften.⁶⁴³

Blochers wurde bereits als Studierender an der Universität Zürich politisch aktiv. So gründete er gemeinsam mit Hans-Rudolf Merz⁶⁴⁴ und Thomas Schmidheiny⁶⁴⁵ im Wintersemester 1968/69 die rechts-bürgerliche Studentengruppe Studentenring als Reaktion auf die linke 1968-er Bewegung. Während seiner StudienzeIt war Blocher auch Präsident der juristischen

⁶³⁹ vgl. Metapedia, Christoph Blocher, online unter: http://de.metapedia.org/wiki/Blocher,_Christoph, 06.05.2017

⁶⁴⁰ Christoph *Schilling*, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 29

⁶⁴¹ vgl. Metapedia, Christoph Blocher, online unter: http://de.metapedia.org/wiki/Blocher,_Christoph, 06.05.2017

⁶⁴² Christoph *Schilling*, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 29

⁶⁴³ vgl. ebd.

⁶⁴⁴ Hans-Rudolf Merz ist ein Schweizer Politiker. Er war von 2003 bis 2010 Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes. Während des Jahres 2009 amtierte er als Bundespräsident.

⁶⁴⁵ Thomas Schmidheiny ist ein Schweizer Unternehmer und Kunstsammler. Er zählt zu den 300 reichsten Schweizern. Online unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Thomas_Schmidheiny, 06.05.2017

Fachschaft und Mitglied des Großen Studentenrates⁶⁴⁶, der gemeinsam mit dem Kleinen Studentenring 50 Jahre lang die politischen Organe der Studentenschaft bildete.⁶⁴⁷

13.4.2. Blocher und die EMS-Gruppe

Blocher übernahm die EMS-Gruppe von der Familie Oswald, die auch die Emser-Werke gegründet hatte (Gründungsdatum 1936, ursprünglicher Unternehmensgegenstand: Holzverzuckerung, später Erzeugung u.a. von Polyamid-Kunststoffen, Polyamid-Fasern und Düngemittel). Er lernte die Familie durch dessen Sohn Werner kennen, dem er während seines Studiums Nachhilfestunden gab und wo er in dieser Zeit auch wohnte.⁶⁴⁸

Nach Abschluss des Lizentiats⁶⁴⁹ im Jahr 1969 trat Blocher als Werkstudent in die Rechtsabteilung der Ems-Chemie AG ein.⁶⁵⁰ 1971 promovierte Blocher zum Doktor der Rechtswissenschaften.⁶⁵¹ 1972 wurde er zum Direktionsvorsitzenden und Delegierten des Verwaltungsrates der Emser Werke AG gewählt. Nach dem überraschenden Tod des Firmengründers Dr. Werner Oswald⁶⁵² wurde Blocher von zwei Söhnen aus der Erbengemeinschaft mit dem Verkauf des Unternehmens beauftragt.⁶⁵³ Grund für den Entschluss der Familie, das Unternehmen zu verkaufen, war die starke Rezession der Weltwirtschaft, von der besonders die Textilindustrie (das damalige Hauptgeschäft der Ems-Chemie) betroffen war. Das

⁶⁴⁶ In der Schweiz gibt es an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg, Luzern und Zürich Studierenden- bzw. StudentInnenräte, welche in der Regel das gewählte Legislativorgan der jeweiligen Studentenschaft sind und grundsätzlich mit den deutschen Studentenparlamenten vergleichbar sind. Der Studentenrat der Universität Zürich ist eine Besonderheit, weil es dort seit 1978 keine öffentlich-rechtliche Studierendenschaft mit eigener Beitragshoheit mehr gibt. Der Studentenrat ist offiziell als Studierendenvertretung im Universitätsgesetz verankert und entsendet beispielsweise studentische Vertreter in gesamtuniversitäre Gremien, verfügt aber über kein eigenes Budget mehr.

⁶⁴⁷ Alexander Stücheli, Alexander Eisele, Stolztes Banner am Limmatstrand: Die Geschichte der Akademischen Verbindung Turicia 1860 – 2013, Zürich 2014, S. 263

⁶⁴⁸ Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 179

⁶⁴⁹ In der Schweiz bildete das Lizenziat neben dem Diplom bis zur Umsetzung des Bologna-Prozesses den Abschluss eines Hochschulstudiums. Je nach Fachrichtung (und teilweise auch nach Universität) wurden verschiedene Lizenziatsgrade unterschieden. Das Lizenziat ist mit dem in der Schweiz neu eingeführten Master-Titel äquivalent. Es war – zusammen mit einer von der jeweiligen Universität definierten Lizenziatsnote (Durchschnitt) – die Voraussetzung zum Beginn einer Promotion, online unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lizenziat>, 06.05.2017

⁶⁵⁰ Fredy Gsteiger, Blocher – ein unschweizerisches Phänomen, Basel 2002, S. 43

⁶⁵¹ Karl Lüönd, Erfolg als Auftrag, Ems-Chemie: Die Geschichte eines unmöglichen Unternehmens, Bern 2011, S. 41

⁶⁵² vgl. Homepage „EMS“, Unternehmensgeschichte, online unter: <http://www.ems-group.com/de/ueber-ems/ueber-ems/unternehmensgeschichte/>, 06.05.2017

⁶⁵³ Fredy Gsteiger, Blocher – ein unschweizerisches Phänomen, S. 43

Unternehmen hatte mit Verlusten zu kämpfen und Entlassungen standen bevor.⁶⁵⁴ Blocher leitete ab 1980 den Ausstieg aus der Textilfaserproduktion ein und setzte das Schwergewicht des Unternehmens auf das Wachstum mit technischen Kunststoffen für die Herstellung von Pulverlacken zur Metallbeschichtung.⁶⁵⁵

Im Jahr 1983 kaufte er die EMS-Werke mit der Begründung, er habe keinen Käufer finden können, der es ohne massiven Stellenabbau weitergeführt hätte. Der günstige Preis (rund ein Viertel des Substanzwertes) und die Geheimhaltung der wahren Identität des Käufers vor den übrigen Mitgliedern der Erbenfamilie führten zum Verdacht, dass Blocher seine Vertrauensstellung ausgenutzt und sich des Unternehmens insgeheim und preiswert bemächtigt habe.⁶⁵⁶

Blocher machte aus dem schwächelnden Unternehmen relativ bald einen Konzern, der heute international agiert und sehr erfolgreich ist. Die EMS-Gruppe ist ein in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere und Spezialchemikalien agierendes und sehr erfolgreiches Unternehmen.⁶⁵⁷

Blochers älteste Tochter Magdalena Martullo-Blocher trat 2001 in das Unternehmen ein. Sie übernahm, nachdem Blocher mit seiner Ernennung in den Bundesrat am 10. Dezember 2003 sämtliche Funktionen in der EMS-Gruppe zurückgelegt und seine Mehrheitsbeteiligung per 30. Dezember 2003 an der EMS-Chemie Holding AG an seine Nachkommen abgegeben hatte, am 1. Januar 2004 als Vizepräsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates die Gruppenleitung.⁶⁵⁸ Blochers Sohn Markus und drei weitere Töchter von Blocher arbeiten ebenfalls in der EMS-Gruppe und halten die Aktienmehrheit am Unternehmen.⁶⁵⁹

13.4.3. Christoph Blochers politische Aktivitäten

Der politische Einstieg Blochers begann nur ein paar Jahre nach seinem beruflichen Einstieg bei der EMS-Chemie AG und kann als steil bezeichnet werden. Blocher war zunächst vier Jahre Mitglied im Gemeinderat Meilen (1974 bis 1978), einem eher FDP- und SVP-orientierten Ort. Die SVP nannte sich damals noch BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürger-

⁶⁵⁴ vgl. „Tagesanzeiger“, Magdalena *Martullo*, Ems-Chemie: Eine Entgegnung, online unter: <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/EmsChemie-Eine-Entgegnung/story/17881003?track> (20.01.2012), 25.03.2017

⁶⁵⁵ vgl. Homepage „EMS“, Unternehmensgeschichte, online unter: <http://www.ems-group.com/de/ueber-ems/ueber-ems/unternehmensgeschichte/>, 06.05.2017

⁶⁵⁶ Fredy *Gsteiger*, Blocher – ein schweizerisches Phänomen, S. 41f

⁶⁵⁷ vgl. Homepage EMS, online unter: <http://www.ems-group.com/de/>

⁶⁵⁸ vgl. ebd.

⁶⁵⁹ vgl. ebd.

partei). „Ein ehemaliger Gemeinderatskollege charakterisiert B. als Ellbogenmenschen und kompromisslose Haut. Er sagt das nicht abschätzend, sondern nüchtern.“⁶⁶⁰

Blocher war vom 26. November 1979 bis 10. Dezember 2003 und vom 5. Dezember 2011 bis 31. Mai 2014 Nationalrat.⁶⁶¹ Von 1977 bis 2003 war er Präsident der SVP des Kantons Zürich und von 1975 bis 1980 Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Am 10. Dezember 2003 wurde er in den Bundesrat gewählt. Die Abwahl erfolgte am 12. Dezember 2007.⁶⁶² Am 9. Mai 2014 erklärte er als SVP-Nationalrat seinen Rücktritt per Monatsende. Am 1. März 2008 wurde er als einer von mehreren Vizepräsidenten der SVP gewählt.⁶⁶³

Anfang 2014 übernahm Blocher im 74. Lebensjahr die Präsidentschaft des schweizerischen Komitees „NEIN zum schleichenden EU-Beitritt“.⁶⁶⁴ Am 9. Mai 2014 erklärte er als SVP-Nationalrat seinen Rücktritt per Monatsende⁶⁶⁵ und im Jahr 2016 gab er seinen Rücktritt aus der SVP-Parteileitung bekannt, dies mit der Begründung, dass er „zum alten Eisen“ gehöre.⁶⁶⁶

13.4.3.1. Blocher und die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz)

Blocher war von 1986 bis 2003 neben seinen anderen politischen Tätigkeiten auch Präsident der „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (kurz: AUNS), die 1986 aus dem Kampf gegen den UNO-Beitritt hervorging.⁶⁶⁷ Nach Schilling war die AUNS damals (1994) die wohl aktivste und erfolgreichste rechtsbürgerliche Sammelbewegung der Schweiz. Die Standardthemen und die Feindbilder der AUNS hätten ein enges Weltbild erkennen lassen. Die Sprache sei nicht selten aggressiv gewesen und habe die Handschrift Blochers getragen. Die AUNS habe sich auch mit der Asylpolitik beschäftigt und über Rassismus diskutiert. Sie habe ihre „Süppchen mit Ängsten und Krisen“ gekocht. Blocher habe geschickt das Zusammenspiel von AUNS und seiner Bundesratspartei genutzt. So sei die AUNS zB

⁶⁶⁰ Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 49

⁶⁶¹ vgl. Homepage „Parlament“, Die Bundesversammlung — Das Schweizer Parlament, online unter: <https://www.parlament.ch/de/biografie?CouncillorId=21>, 25.03.2017

⁶⁶² vgl. Homepage Christoph Blocher, Werdegang, online unter: <http://www.blocher.ch/werdegang>, 24.03.2017

⁶⁶³ vgl. „Wikipedia“, Bundesratswahl 2008, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahl_2008, 04.05.2017

⁶⁶⁴ vgl. Homepage Christoph Blocher, Werdegang, online unter: <http://www.blocher.ch/werdegang>, 24.03.2017

⁶⁶⁵ vgl. ebd.

⁶⁶⁶ vgl. „NZZ“, Wechsel im SVP Präsidium: Auch Blocher will Amt abgeben, online unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/auch-blocher-tritt-aus-svp-parteilitung-zurueck-1.18674886> (10.1.2016), 04.05.2017

⁶⁶⁷ Die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz), wurde u.a. zu dem Zweck gegründet, sich gegen den UNO-Beitritt der Schweiz auszusprechen.

mit ihrer Forderung nach einem Notrecht in der Asylpolitik vorgeprescht und die SVP nachgezogen.⁶⁶⁸

André Haller sieht, wie Schilling, ein geschicktes Zusammenspiel zwischen AUNS und der SVP. Diese habe mit der Unterstützung der von Blocher geleiteten AUNS auch Siege bei landesweiten Volksabstimmungen erringen können.⁶⁶⁹

Die AUNS existiert bis heute. Auf der offiziellen Homepage fordert sie „keine Relativierung, keine Einschränkung, keinen Abbau der direkten Demokratie, keine Souveränitätseinbußen durch Völkerrecht und EU-Recht, keinen (schleichenden) EU-Beitritt.“⁶⁷⁰

13.5. Der Wandel der SVP unter Blocher von einer Bauern- und Bürgerpartei zu einer rechtspopulistischen Partei

Unter diesem Punkt ist zunächst ein Vergleich der FPÖ unter Haider und der SVP unter Blocher angebracht.

Die programmatische Politik der FPÖ bzw. ihrer Vorgängerpartei VdU war immer wieder einem Wandel unterworfen. Haider machte die FPÖ zu einer rechtspopulistischen Partei und nach Ansicht vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch zu einer rechtsextremen Partei.

Die SVP wurde unter Blocher von einer Bauernpartei zu einer rechtspopulistischen Partei, die jedoch überwiegend als nicht rechtsextrem angesehen wird.

Blocher machte früh mit einem nationalkonservativen und auf strikte Opposition gegen die „Classe politique“ gerichteten Kurs auf sich aufmerksam.⁶⁷¹

Die Zürcher SVP stellte unter seiner Führung 1977 zur Erweiterung ihrer Wählerbasis ein neues Grundsatzprogramm vor,⁶⁷² in welchem Skenderovic eine Neuorientierung der SVP erblickte. Trotz der neuen Inhalte bewegte sich der Wähleranteil der SVP in den Jahren 1970 bis 1980 aber vorerst (nur) zwischen 9,9 und 11,6%.⁶⁷³ Die Wählerschaft bestand zu einem Drittel aus Bauern.⁶⁷⁴

⁶⁶⁸ Christoph *Schilling*, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 160 - 163

⁶⁶⁹ André *Haller*, Dissens als kommunikatives Instrument, Theorie der intendierten Selbstskandalisierung in der politischen Kommunikation, Bamberg 2013, S. 255

⁶⁷⁰ vgl. Homepage „auns“, online unter: <https://auns.ch/>, 06.05.2017

⁶⁷¹ Oliver *Geden*, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 133

⁶⁷² Damir *Skenderovic*, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php>, 24.04.2017

⁶⁷³ vgl. ebd.

⁶⁷⁴ vgl. ebd.

13.5.1. Die ausländerfeindliche Politik der SVP

In der Schweiz kam es, im Unterschied zu Österreich, bereits ab Mitte der 1960er Jahre zu einer verstärkten Fremdenfeindlichkeit, für die es eine einfache Erklärung gibt: Die Schweiz, welche nicht am Zweiten Weltkrieg beteiligt war, erlebte – gegenüber den kriegführenden Staaten – einen rasanten wirtschaftlichen Konjunkturaufschwung, der zu einem Überangebot an Arbeitsplätzen führte, das durch die eigenen Arbeitskräfte im Land nicht abgedeckt werden konnte. So fanden viele Menschen aus den vom Krieg zerstörten Ländern Arbeit, was einen starken Anstieg der ausländischen Bevölkerung nach sich zog.⁶⁷⁵ Rund 270.000 Arbeiter kamen allein aus dem stark zerstörten Italien. Gegen Ende 1956 kamen auf Grund des Aufstandes gegen das ungarische kommunistische Regime rund 12.000 ungarische Flüchtlinge in die Schweiz, die fast alle einen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhielten. Innerhalb von 10 Jahren (1950 bis 1960) stieg die ausländische Bevölkerung von 271.000 auf 476.000.⁶⁷⁶

Aus der Dynamik der wirtschaftlichen Hochkonjunkturphase der 1960er-Jahre heraus entstanden in weiten Bevölkerungskreisen diffuse Ängste, die sie so noch nicht empfunden hatten, obwohl die Schweiz bereits auf Grund des Durchbruches der Industrialisierung zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg zum Einwanderungsland geworden war.⁶⁷⁷ In den nächsten Jahren entstanden verschiedene Bewegungen und Gruppierungen (zB 1961 die kleine Gruppierung mit dem Namen „*Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat*“), die sich dem Kampf gegen Überfremdung verschrieben und die in weiten Bevölkerungskreisen diese Ängste bewusst schürten.⁶⁷⁸

Die Bewegung von James Schwarzenbach ging in die Schweizerischen Geschichtsbücher ein. Schwarzenbach gründete nach dem Zweiten Weltkrieg als erster in Europa die rechtsradikale „Überfremdungsbewegung“, die besser unter dem Namen „Schwarzenbach-Initiative“ (Volksinitiative „Gegen die Überfremdung“ von 1970) bekannt ist und regen Zulauf erfuhr.⁶⁷⁹ Schwarzenbach und seine Mitstreiter lancierten den Abbau der ausländischen Bevölkerung pro Kanton auf zehn Prozent (Genf hatte eine Sonderregelung). Diese

⁶⁷⁵ Susann Sitzler, Grüezi und Willkommen Die Schweiz – Ein Länderporträt, 6., aktualisierte Auflage, Ch. Links Verlag, Berlin, 2012, S. 173, 193

⁶⁷⁶ vgl. http://www.kontakt-spuren.ch/media/timeline/downloads/contAKT-Timeline_1946-1962_Arbeitskraefte-gesucht.pdf, 07.05.2017

⁶⁷⁷ Tobias Senn, Hochkonjunktur, «Überfremdung» und Föderalismus, Kantonalisierte Schweizer Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel Basel-Landschaft 1945 – 1975, Zürich 2017, S. 13

⁶⁷⁸ Mike Bucher, Von Schwarzenbach nach Egerkingen - Die Minarettinitiative im Kontext der Überfremdungsbewegung der 60er-Jahre, unter Verweis auf Der Republikaner, 4.10.1962, zitiert nach Buomberger (2004), S. 114, München 2010, online unter <http://www.grin.com/de/e-book/160239/von-schwarzenbach-nach-egerkingen-die-minarettinitiative-im-kontext-der>, 22.10.2017

⁶⁷⁹ Linards Udris, Politischer Extremismus und Radikalismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, S. 126

Forderung hätte einen Abgang von rund der Hälfte aller Ausländerinnen und Ausländer, eine halbe Million Menschen, aus der Schweiz bedeutet. Letztendlich sprachen sich aber Regierung und Parlament, Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Massenmedien und Landeskirchen nach einem heftigen Abstimmungskampf gegen die Initiative aus. Das Schweizer Volk sprach sich – trotz der Warnung vor Fremdenfeindlichkeit und wirtschaftlichem „Eigengol“ – am 7. Juni 1970 mit nur 46 Prozent für die „Schwarzenbach-Initiative“ aus. Damit war Schwarzenbach gescheitert.⁶⁸⁰

Blocher übernahm das „*Erbe der Überfremdungsbewegung*“ von Schwarzenbach. Damit begann insbesondere in der Zürcher Kantonalpartei SVP eine ausländerfeindliche Politik.⁶⁸¹

Die SVP lancierte 1992 erstmals in ihrer Parteigeschichte eine Volksinitiative „*Gegen die illegale Einwanderung*“, die allerdings 1996 abgelehnt wurde. Seither ist die Politik der Gesamt-SVP durch Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit geprägt.⁶⁸²

„Die SVP betrieb – wie andere rechtspopulistische Parteien Westeuropas – ab dieser Zeit nationalistische und identitätspolitische Forderungen in Migrations- und Europafragen. Sie nahm auch neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik ein, die sie mit einer populistischen Antiestablishment-Rhetorik verband. Gegner dieses neuen Kurses des Zürcher Flügels, die hauptsächlich aus den Kantonen Bern und Graubünden stammten, „bekrittelten“ weniger die politischen Inhalte und ideologischen Ausrichtungen, sondern vielmehr den Stil und das Auftreten von Blocher und dem Zürcher Flügel der SVP.“⁶⁸³

13.5.2. Die SVP ab 1999

Blocher agierte ab 1999 unangefochten in der Gesamtpartei, was den Schweizer Autor Christof Schilling dazu veranlasste zu sagen, dass die Zürcher SVP im Jahr 1994 nicht mehr von Bauern, sondern von zwei „*millionärrischen*“ Politikern regiert wurde. Gemeint waren damit Blocher und der Unternehmer und Stadtparteipräsident Walter Frey.⁶⁸⁴

Eine Parallele zwischen Haider und Blocher findet sich in dem Umstand, dass beide Politiker nicht auf die finanzielle Entlohnung als Berufspolitiker angewiesen waren und daher weitgehend unabhängig agieren konnten.

⁶⁸⁰ Susann Sitzler, Grüezi und Willkommen Die Schweiz – Ein Länderporträt, S. 193

⁶⁸¹ Philip Rosin, Die Schweiz im KSZE-Prozeß 1972-1983: Einfluß durch Neutralität, München, 2014, S. 108

⁶⁸² Damir Skenderovic, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge: Von den Kantonalparteien zur nationalen Partei, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php> , 24.04.2017

⁶⁸³ vgl. ebd.

⁶⁸⁴ Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 98

Blocher präsentierte im April 1999 sein Sieben-Punkte-Programm, das nach seinen wesentlichen Inhalten – Ausnahme keine Forderung nach mehr direkter Demokratie – die Einstufung als rechtspopulistische Partei rechtfertigt.

Blocher wollte in seinem Programm die EU-Beitrittsfrage 10 Jahre lang „auf Eis legen“, schloss aber bilaterale Verträge nicht aus. Er war gegen neue Steuern und gegen zusätzliche Abgaben und Gebühren und für mehr Deregulierungen, einen schlanken Staat, Leistungsabbau und eine noch stärkere Liberalisierung von Post und Swisscom. Er forderte weniger Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und wollte seine Zustimmung zur 11. AHV⁶⁸⁵ - Revision nur geben, wenn diese keine zusätzlichen Kosten verursache. Weiters war Blocher gegen eine Erhöhung der Energiekosten und, wegen des günstigen Zugangs zu Elektrizität und Gas, für einen freien Markt ohne spezielle Abgeltungen für alle Unternehmen. Schließlich forderte er noch die Beibehaltung der Neutralität.⁶⁸⁶

Bei der Nationalratswahl am 24. Oktober 1999 gelang der SVP, offensichtlich auf Grund dieses Programmes, ein Ergebnis von 22,5 Prozent. Damit stieg sie landesweit von der viert- zur erstplatzierten Formation auf.⁶⁸⁷ In der internationalen Presse wurde dieser Wahlerfolg dem Rechtspopulisten Blocher zugeschrieben und mit dem Wahlsieg Haiders in Österreich einen Monat zuvor verglichen.⁶⁸⁸

Die SVP erhielt aber trotz ihres Erfolges für die nächste Amtszeit (2000 bis 2003) keinen zweiten Sitz im Bundesrat, obwohl ihr dieser auf Grund der freiwillig angewandten Zauberformel zugestanden wäre. Erst mit dem nochmaligen erfolgreichen Abschneiden der Partei bei der Nationalratswahl 2003, wo sie einen Stimmenanteil von 26,8 Prozent erreichte, kam das Parlament nicht mehr umhin, der Forderung der SVP auf einen zweiten Sitz nachzugeben. Der zweite Sitz, den nunmehr Blocher neben dem bisherigen SVP-Vertreter Samuel Schmid⁶⁸⁹ erhielt, ging zu Lasten der CVP (Christdemokraten).⁶⁹⁰

⁶⁸⁵ Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist die obligatorische Rentenversicherung der Schweiz. Sie bildet zusammen mit der Invalidenversicherung und den Ergänzungsleistungen (Schweiz) die erste – staatliche – Säule des schweizerischen Dreisäulensystems und dient der angemessenen Sicherung des Existenzbedarfs. Die AHV hat den Charakter eines Solidaritätswerks. Online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Alters-_und_Hinterlassenenversicherung, 06.05.2017

⁶⁸⁶ Wie SVP, FDP und CVP eine bürgerliche Regierung bilden - mein 7-Punkte-Programm, online unter <http://www.blocher.ch/artikel/single/article/wie-svp-fdp-und-cvp-eine-buergerliche-regierung-bilden-mein-7-punkte-programm/> (27.5.1999), 02.05.2017

⁶⁸⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 129

⁶⁸⁸ Christoph Herold, Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz, S. 3

⁶⁸⁹ Samuel Jörg Schmid ist ein Schweizer Politiker der BDP und ehemaliger Bundesrat

⁶⁹⁰ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 110

Damit wurde die von 1959 bis 2003 geltende Formel (SP, CVP und FDP je zwei Sitze, SVP ein Sitz) gesprengt, blieb aber im Kern mit 2 : 2 : 2 : 1 bestehen.

Die SVP setzte trotz des Umstandes, dass Blocher zum 1. Jänner 2004 in die Regierung (Bundesrat) eintrat und nunmehr in der SVP kein Amt mehr bekleidete⁶⁹¹, ihren Kurs unverändert und mit fast gleichbleibendem Erfolg fort.⁶⁹²

Blocher agierte, wie Haider bei der FPÖ, im Hintergrund immer noch als „Mastermind“ der SVP. Er scheint selbst heute noch auf der offiziellen Homepage der SVP unter der Bezeichnung „Verantwortlicher Strategie“ auf.⁶⁹³

Bei der Bundesratswahl am 12. Dezember 2007 wurde Samuel Schmid (SVP) zum Bundesrat gewählt. Blocher verlor seinen Sitz im Bundesrat, weil an seiner Stelle Eveline Widmer-Schlumpf (SVP) mit Mehrheit gewählt wurde.⁶⁹⁴

Für einen derartigen Fall hatte die SVP schon vorher angekündigt, in die Opposition zu gehen und nicht mehr im Bundesrat vertreten sein zu wollen. Die beiden gewählten Bundesräte Schmid und Widmer-Schlumpf nahmen die Wahl an und wurden daraufhin aus der SVP ausgeschlossen. Widmer-Schlumpf gründete daraufhin eine neue Partei, die Bürgerlich-Demokratische Partei Graubünden (BDP), eine Abspaltung der SVP Graubünden.⁶⁹⁵

Die Abspaltung bzw. die Gründung der SVP Graubünden durch Widmer-Schlumpf kann letztendlich auf Blochers unangefochtenes Agieren in der SVP zurückgeführt werden.

Auch die Abspaltung des LIF von der FPÖ kann neben anderen Gründen auch auf die autoritäre Führungsfigur Haider und dessen zunehmend rechtsextremen Kurs zurückgeführt werden.

Die SVP war nun nicht mehr im Bundesrat vertreten, agierte aber nur ein Jahr in der Opposition. Durch den Rücktritt von Samuel Schmidt als Bundesrat (12. November 2008), kam es im Dezember 2008 zu einer Nachwahl der Bundesratswahl. Die SVP, der auf Grund des frei gewordenen Sitzes von den anderen Parteien im Sinne des Konkordanzprinzips der Sitz zugestanden wurde, nominierte Ueli Maurer, der seit Jänner 2009 Mitglied des Bundesrates der SVP war, und Christoph Blocher. Maurer wurde schließlich mit einem

⁶⁹¹ In der Schweiz handelt der Bundesrat überparteilich. Die Mitglieder des Bundesrats üben keinerlei Parteifunktionen aus. Artikel von Leonhard Neidhart, Der Bundesrat als Element und Ausdruck der schweizerischen Mischverfassung, online unter: <http://www.politologie.ch/artikel/items/der-bundesrat-als-element-und-ausdruck-der-schweizerischen-mischverfassung.html>, 01.05.2017

⁶⁹² Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 130

⁶⁹³ vgl. Homepage „SVP“, Mitglieder der Parteileitung, online unter: <https://www.svp.ch/partei/organe/parteileitung/>, 05.05.2017

⁶⁹⁴ Maximilian Koch, Führung durch Nichtführung am Beispiel der Schweiz, München 2013, S. 16f

⁶⁹⁵ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 210

Mindeststimmenanteil gewählt. Damit war die SVP, wenn auch nur mit einem Sitz, ab 2008 wieder im Bundesrat vertreten.⁶⁹⁶

13.5.3. Die SVP ab 2015

Bei den Nationalratswahlen 2015 erhielt die SVP 29,4 Prozent Stimmanteile und wurde damit zur stimmenstärksten Partei. Dieses Rekordergebnis hatte seit Einführung des Proporzwahlrechts noch keine andere Partei erreicht. Die anderen in der Regierung vertretenen Parteien lagen prozentuell deutlich darunter (SP: 18,8, FDP 16,4 und CVP 11,6 Prozent).⁶⁹⁷

Die FPÖ erreichte bei den im Oktober 2017 stattgefundenen Nationalratswahlen 26 Prozent und damit ihr zweitbestes Ergebnis bei Nationalratswahlen.

Die Wahlerfolge der beiden Parteien sind insofern vergleichbar, als beide Parteien kontinuierlich ihre Stimmenanteile erhöhen konnten. Ein Unterschied liegt aber darin, dass die FPÖ, wenn auch knapp, nur drittstärkste Partei wurde, während hingegen die SVP stimmenstärkste Partei in der Schweiz ist und bis auf die bereits genannten Ausnahmen durch die Zauberformel immer im Bundesrat vertreten war, während hingegen die FPÖ die längste Zeit als Oppositionspartei keine Regierungsverantwortung übernehmen konnte.

Durch den Rücktritt von Widmer-Schlumpf und der Wahl von Guy Parmelin⁶⁹⁸ erreichte die SVP wieder einen zweiten Sitz. Damit fand die Zauberformel als Teil der Konkordanzdemokratie unter Anpassung an die geänderten Stimmenverhältnisse wieder Anwendung.⁶⁹⁹

Gregor Poletti, stellvertretender Nachrichtenchef bei der Berner Zeitung, schrieb im Jänner 2016 den pointierten Artikel *„Die SVP rüstet sich endgültig für die Ära nach Christoph Blocher“*. Poletti meint, dass sich der Ton der SVP in den letzten Jahren geändert habe. Noch in den 1990er-Jahren sei die SVP von Zürich ausgepeitscht worden und habe mit gezielten Dauerprovokationen, vorgetragen in einem aggressiven Ton, das Politparkett erobert. Für gemäßigtere Stimmen, Ton und Inhalt aus dem Westen der Schweiz – gemeint ist damit die Gesamt-SVP – habe es damals keinen Platz gegeben. Eine „Flurbereinigung“ habe sich spätestens mit der Abspaltung der BDP von der SVP vollzogen, wo die Berner

⁶⁹⁶ vgl. ebd.

⁶⁹⁷ vgl. „Wikipedia“, Schweizer Parlamentswahlen 2015, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Parlamentswahlen_2015, 01.05.2017

⁶⁹⁸ Guy Parmelin (Partei: SV) ist ein Schweizer Politiker. Er wurde erstmals 2003 in den Nationalrat gewählt. Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates 2015 wurde er als Nachfolger der zurückgetretenen Eveline Widmer-Schlumpf (Anm.: Schweizer Politikerin, Partei BDP; war ab dem 1. Januar 2008 Mitglied des Bundesrates und Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements; und 2012 für ein Jahr Bundespräsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

⁶⁹⁹ Adrian Vatter, Das politische System der Schweiz, S. 110

Volkspartei voll auf Kurs ihres Meisters aus Zürich, Christoph Blocher, gewesen sei. Nach dem Abgang von Blocher-Zögling Toni Brunner und dem Rücktritt des Übervaters aus dem Präsidium rüste sich die Partei nun endgültig für die Ära nach Herrliberg⁷⁰⁰. Die Partei peile eine Konsolidierung der Kräfte in der Deutschschweiz und Wachstum in der Romandie und im Tessin an. Mit der taktisch geschickt eingefädelten Wahl des Waadtländers Guy Parmelin sei im Dezember 2015 ein erster Schritt in diese Richtung vollzogen worden. Den zweiten Streich wolle die Partei nun mit der Inthronisation von Albert Rösti⁷⁰¹ als Parteipräsidenten lancieren, was durchaus Sinn mache. In der Deutschschweiz habe die SVP mit ihrem aggressiven Vorgehen fast alles rechts von ihr aufgesogen, von Vertretern der Autopartei bis hin zu jenen der Schweizer Demokraten. Auch habe sie erfolgreich bei anderen bürgerlichen Parteien gewildert, insbesondere bei der FDP und der CVP. Doch spätestens mit dem Erstarken des Freisinns bei den letzten Wahlen habe sich gezeigt, dass das Ende der Fahnenstange wohl mehr oder weniger erreicht sei. Rösti habe, anders noch als Brunner und Maurer, als Wahlkampfleiter die Devise „*Gemässigt im Auftritt, knallhart in der Sache*“ im Herbst 2015 perfektioniert. Diese Linie führe er als Parteipräsident weiter. In der Romandie und wohl auch im Tessin dürfte die intellektuellere und zurückhaltendere Art des studierten Agronomen besser ankommen als die Bauernschläue des Ostschweizer Landwirts Brunner. Wer sich allerdings der Illusion hingabe, dass die Partei ihre politische Stoßrichtung auch nur ein bisschen den anderen bürgerlichen Parteien angleichen werde, werde eine Enttäuschung hinnehmen müssen, denn wenn auch der Ton konzilianter geworden sei, die Forderungen der SVP würden noch extremer werden. So spreche die Parteileitung bereits von einer Aufkündigung der Personenfreizügigkeit und verteufele das Völkerrecht und das Recht auf Asyl immer ungehemmter. Rösti müsse nur dafür sorgen, dass diese Saat – wie bisher in der Deutschschweiz und noch ein bisschen mehr in der romanischen Schweiz – aufgehe.⁷⁰²

13.6. Die Inszenierung der SVP unter Blocher

Blocher war wie Haider ein Politiker, der sich durch rhetorische Entgleisungen und skandalöse Ausfälle ins Gerede brachte oder aber auch bewusst in Szene setzte. Nach Sitzler war Blocher, anders als Haider, kein begnadeter Redner. Er habe aber ein paar

⁷⁰⁰ Herrliberg ist der Wohnsitz von Christoph Blocher.

⁷⁰¹ Albert Rösti ist ein Schweizer Politiker (SVP), Unternehmer und Verbandsfunktionär. Er wurde am 23. April 2016 als Nachfolger von Toni Brunner zum Präsidenten der Schweizerischen Volkspartei gewählt.

⁷⁰² vgl. „Bernerzeitung“, Gregor *Poletti*, Die SVP rüstet sich endgültig für die Ära nach Christoph Blocher, online unter: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Die-SVP-ruestet-sich-endgueltig-fuer-die-Aera-nach-Christoph-Blocher/story/25704974>, (10.01.2016), 04.05.2017

einfache rhetorische Tricks beherrscht, die eindrücklich gewirkt hätten, wenn ein Publikum selbst nicht besonders redegewandt gewesen sei.⁷⁰³

Skandalöse Ausfälle von Politikern zeigen nach André Haller, dass Skandale als bewusst gesetzte Grenzüberschreitungen kommunikative Funktionen erfüllen. Haller zählt auch Christoph Blocher und Heinz-Christian Strache zu diesen Politikern.⁷⁰⁴

„Skandale sind so alt wie die menschliche Gemeinschaft oder die Politik. Skandale können der moralischen Selbstvergewisserung einer Gesellschaft dienen, können dazu beitragen, ethische Grenzen neu zu verhandeln, können reinigen, können Scheinmoral entlarven oder fördern, können Karrieren zerstören. Was aber, wenn Skandale zum Mittel der politischen PR gezielt inszeniert werden, um das höchste öffentliche Gut in der Mediengesellschaft zu erringen: Aufmerksamkeit? Was, wenn Populisten bewusste Skandale erzeugen, sich skandalös benehmen, damit man über sie spricht?“⁷⁰⁵

Bei der SVP war das „Schäfchenplakat“, welches im Zuge der von ihr lancierten Volksinitiative „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“ verwendet wurde, nur einer von vielen Skandalen, durch die sie auf sich aufmerksam machte.



Abb. 4: Plakat „Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer“⁷⁰⁶

Berichte über die juristischen Hintergründe sorgten für zusätzliche Aufmerksamkeit.⁷⁰⁷

Die „Schäfchenkampagne“ führte nicht nur in Bern zu Ausschreitungen, sondern allgemein zu einem Höhepunkt von öffentlich geführten Diskussionen und überdies zu einer Anzeige

⁷⁰³ Susann Sitzler, Grüezi und Willkommen: Die Schweiz - Ein Länderporträt, S. 173

⁷⁰⁴ André Haller, Dissens als kommunikatives Instrument, Theorie der intendierten Selbstskandalisierung in der politischen Kommunikation, 1 Bamberger Beiträge zur Kommunikationswissenschaft, University of Bamberg Press, online unter <https://d-nb.info/1061022501/34> (2013), 17.09.2017, S. 158

⁷⁰⁵ André Haller, Dissens als kommunikatives Instrument, S. 15

⁷⁰⁶ vgl. <http://files.newsnetz.ch/story/2/4/8/24832616/25/topelement.jpg>, 21.04.2017

⁷⁰⁷ André Haller, Dissens als kommunikatives Instrument, S. 274

bei der Staatsanwaltschaft Zürich durch die Partei der Arbeit (PdA). Die Kampagne wurde zwar als fremdenfeindlich, nicht aber als rassistisch eingestuft und das Verfahren eingestellt.⁷⁰⁸

Für einen weiteren Skandal, der zwar zu einer Anzeige führte, aber ohne Konsequenzen bleibt, sorgte das von der SVP entwickelte Onlinespiel mit dem Namen „*Zottel rettet die Schweiz*“. User konnten dabei schwarze Schafe wie "kriminelle Ausländer", Grüne oder Richter attackieren, die für eine freizügigere Einbürgerung sind. Sogar der Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren kritisierte das Online-Spiel als Verhöhnung der „Werte Sicherheit und Ordnung“.⁷⁰⁹ Die SVP profierte von diesem juristischen Etappensieg zweifach: Zum einen scheiterte der Versuch der politischen Mitbewerber, die moralische Grenzüberschreitung der SVP in einen Rechtsverstoß zu transformieren, wodurch das Recht auf Meinungsfreiheit als demokratische Legitimierung der Kampagne angeführt werden konnte. Zum anderen trug die Berichterstattung über die juristische Auseinandersetzung um den Schäfchen-Skandal zu einer weiteren Aufmerksamkeitsakkumulation bei.⁷¹⁰ Die Schäfchenkampagne wurde von den internationalen Medien, wie der größten spanischen Tageszeitung „El Pais“, als fremdenfeindliche Schweizer Politik aufgefasst. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ verglich Blocher mit Haider, Le Pen, Pim Fortuyn und Filip Dewinter.⁷¹¹ Kritik erfuhr die SVP-Kampagne auch von der katholischen Kirche, da die SVP-Kampagne die biblische Bedeutung des Schwarzen Schafes ins Gegenteil verdrehte.⁷¹²

Blocher sagte bei politischen Veranstaltungen ab und zu: „*Ich habe ja ein gutes Verhältnis mit den Ausländern.*“ Das stimmte nach Schilling, denn Blocher habe da wohl an das gute Arbeitsverhältnis seiner Arbeiter gedacht, welche zu einem Drittel aus Ausländern (in etwa 400) bestanden habe. Davon seien etwa fünfzig Asylbewerber gewesen.⁷¹³

13.7. Was machte den Wahlerfolg der SVP ab 1999 aus?

Geden nennt zwei Gründe: Die drei Bundesratsparteien seien von der SVP häufig als ‚Versager-Koalition‘ oder auch als ‚die Linken und die Netten‘ dargestellt worden. Die SVP

⁷⁰⁸ vgl. ebd., S. 273

⁷⁰⁹ vgl. ebd., S. 274

⁷¹⁰ vgl. ebd., S. 274

⁷¹¹ vgl. ebd., S. 265

⁷¹² vgl. „Spiegel“, Christoph Moser, Wahlkampf in der Schweiz: Blochers rassistische Ziege, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wahlkampf-in-der-schweiz-blochers-rassistische-ziege-a-511627.html> (16.10.2007), 16.10.2007

⁷¹³ Christoph Schilling, Blocher. Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, Zürich 1994, S. 77

habe sich selbst unermüdlich als leuchtendes Gegenbild der anderen Parteien dargestellt, nämlich als solche, die strebsam und unermüdlich für das Wohl des ‚Schweizervolks‘ arbeite und sich wie keine andere Partei bei der Lancierung von Referenden und Volksinitiativen engagiere. Keine andere Partei habe soviel Energie in die Basisarbeit investiert. Dieser Kurs habe sich für die SVP auch bei der Nationalratswahl am 24. Oktober 1999 ausgezahlt.⁷¹⁴

Auch hier kann ein Vergleich mit der FPÖ gezogen werden. Die FPÖ stellte sich ebenfalls als jene Partei dar, die als einzige Partei dem Volk zu einer Stimme verhelfen und Probleme lösen könne.

Mit der Nationalratswahl 1999 stellte die SVP die Weichen für weitere vier Jahre fundamentaler Oppositionspolitik.⁷¹⁵ Die SVP stellte in der Legislaturperiode 1999 bis 2003 drei Referenden ganz besonders in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, und zwar am 3. März 2002 die Abstimmung über den von der SVP abgelehnten UNO-Beitritt der Schweiz, am 22. September 2002 die Volksinitiative „AHV-Goldinitiative“⁷¹⁶ und am 24. November 2002 die Volksinitiative gegen Asylrechtsmissbrauch. Keine der Referenden endete mit einem Sieg der SVP.⁷¹⁷

Frank Decker sieht den Wahlerfolg der SVP in der programmatischen und strategischen völligen „Umkrempelung“ der Partei durch Blocher. Das sei auch Haider in Österreich gelungen. Die FPÖ sei zu einer populistischen Partei mutiert und habe sich als rechtsoppositionelle Kraft neu in Stellung gebracht, was zu einem kräftigen Stimmengewinn geführt und die bis dahin vorhandene Stabilität der Regierungsverhältnisse ins Wanken gebracht habe.⁷¹⁸

Ueli Leuthold und Jilline Bornand begründen den Erfolg der SVP damit, dass sie es verstanden habe, die Sorgen und Ängste breiter Bevölkerungskreise aufzunehmen und in griffige politische Forderungen (kein EU-Beitritt, Verhinderung einer unkontrollierten Zuwanderung, Ausschaffung schwer krimineller Ausländer, Aufdecken und Verhindern von Missbräuchen in der Sozialhilfe sowie im Asylwesen, eine starke Armee und ein sparsamer

⁷¹⁴ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 137

⁷¹⁵ vgl. ebd., S. 129

⁷¹⁶ Mit der AHV-Goldinitiative wollte die SVP erreichen, dass die bei der Auflösung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank erzielten Erlöse in die staatliche Alters- und Hinterlassenenversicherung fließen. Nach Geden Oliver hat die Partei auf diesem Weg primär versucht, auf ein vergangenheitspolitisches Ziel, nämlich der Gründung einer ‚Solidaritätsstiftung‘, mit der der Bundesrat auf die Ende der 1990er Jahre intensiv geführte Debatte um die Rolle die Schweiz während des 2. Weltkriegs reagieren wollte, zu verhindern.

⁷¹⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, S. 137

⁷¹⁸ Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, S. 86

Staatshaushalt) umzusetzen.⁷¹⁹

Michael Hermann führt den Erfolg der SVP darauf zurück, dass diese von der verbreiteten Unzufriedenheit mit der Regierung und den anderen bürgerlichen Parteien, die orientierungslos wirken würden, profitiere. Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer würden der SVP vertrauen, da seit ein paar Jahren ein Wandel zu einer neuen, offeneren Schweiz stattfinden würde, was vielen Ängste bereite und zu diffusen Verunsicherungen geführt habe. Die SVP bringe Themen wie Migration, Personenfreizügigkeit oder die Angst vor einer Islamisierung auf den Tisch und setze sich für die alte Schweiz ein. Die Partei sei für viele die letzte Hoffnung, dass die Schweiz, wie sie einmal war, nicht vollends verschwinde.⁷²⁰

Auch der FPÖ gelang es auf Grund der Verschleißerscheinungen von SPÖ und ÖVP neue Wählerschichten zu lukrieren und die Ängste der Bevölkerung in Bezug auf Ausländer, und im Besonderen in Bezug auf Muslime, zu schüren.

In einem Artikel der Zeitschrift „Blick“ wird das Fundament für den Aufstieg der SVP mit Blochers praktischem Alleinkampf gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) begründet. Blocher habe sich dabei mit dem Bundesrat, der Wirtschaft, den bürgerlichen Parteien und der Linken angelegt, doch habe er eine Mehrheit des Volkes auf seiner Seite gehabt.⁷²¹

13.8. Christoph Blocher

13.8.1. Meinungen zur Person Blocher – Sein Charakter, seine Politik

„Den einen gilt er als skrupelloser Selfmade-Kapitalist, Neoliberaler, Rassist, Rechts-extremist, Anti-Europäer und Ausländerschreck. Andere sehen in ihm den aufrechtesten Verfechter der überlieferten Schweizer Freiheitswerte, der Neutralität und Souveränität, den überzeugtesten Verteidiger der marktwirtschaftlichen Irrungen in der Schweiz und der EU – kurzum den „Wilhelm Tell unserer Zeit“, wie die italienische Tageszeitung Corriere della Sera 1995 in mediterranem Überschwang einmal formulierte.“⁷²²

Blocher war und ist bis heute eine umstrittene Persönlichkeit, der wohl mehr Feinde als Freunde hat.

⁷¹⁹ Ueli Leuthold, Jilina Bornand, Schweizer Staatskunde, S. 69

⁷²⁰ vgl. „Aargauerzeitung“, Denise Battaglia, Weshalb die SVP weiterhin Erfolg haben wird, online unter <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/weshalb-die-svp-weiterhin-erfolg-haben-wird-6915082> (09.03.2010) 04.05.2017

⁷²¹ vgl. „Blick“, Christoph Lenz, Blochers Polit-Karriere in zehn Stationen, Seine größten Siege, seine bittersten Niederlagen, online unter: <http://www.blick.ch/news/politik/blochers-polit-karriere-in-zehn-stationen-seine-groessten-siege-seine-bittersten-niederlagen-id2842125.html> (09.05.2014), 17.04.2017

⁷²² Hans Jörg Hennecke, Populismus: Populisten in Übersee und Europa, In: Nikolaus Werz (Hg), Populismus. Populisten in Übersee und Europa, S. 145

Blocher machte sich bereits mit Übernahme der EMS-Werke Feinde, weil viele anzweifeln, dass diese mit rechten Dingen zugegangen sei. Durch seinen unternehmerischen Erfolg, der ihn und seine Familie zu einer der reichsten der Schweiz machte, verschaffte er sich zusätzliche Feinde.

Blocher wird allgemein als Mensch beschrieben, für den Arbeiten kein Fremdwort war. So sagte das Ehepaar, auf dessen Bauernhof er als Jugendlicher seine zweijährige Bauernlehre absolvierte, dass dieser wisse, was arbeiten heißt.⁷²³

Auch Susann Sitzler⁷²⁴ bezeichnet Blocher als eine Person, der – obwohl zu den Oberen gehörend – bildlich gesprochen seine Ärmel nie heruntergerollt habe. Blocher sei durch eigene Arbeit schwerreich geworden, was in der Schweiz etwas zähle. Damit habe sich der Politiker früh eine kleine, aber stabile Anhängerschaft erworben und sei zum Aushängeschild der SVP geworden.⁷²⁵ Fredy Gsteiger⁷²⁶ spricht Blocher seine Tüchtigkeit auch nicht ab, meint aber, dass dieser nicht nur wegen seiner Tüchtigkeit, sondern „*vielleicht auch durch seine skrupellose Risikobereitschaft*“ (Anm.: damit gemeint die (dubiose) Übernahme des EMS-Konzerns) zum Milliardär geworden sei.⁷²⁷

Der Schweizer Journalist Christoph Schilling veröffentlichte 1994 das sehr kritisch geschriebene Buch „*Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers*“. Schilling sieht Blochers Charakter und seinen politischen Werdegang in dessen Familiengeschichte begründet. Die Mutter sei als herzensgut beschrieben worden, der Vater, als freundlich, aber streng. Blocher habe von zu Hause kein Geld geerbt, sondern Kapital in Form von Bildung und Rhetorik. Seine Familiengeschichte sei „*teilweise von einer protestantischen Verbissenheit, von einer Zähigkeit und von einem religiösen oder politischen Fundamentalismus durchzogen*“ gewesen. So habe sich Blochers Großvater, ein Sozialdemokrat, einer Kampfgruppe gegen den Völkerbund, einer Sammlungsbewegung der deutsch-freundlichen Gruppen nach dem Krieg, angeschlossen, die 1921 unter dem Namen „*Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz*“⁷²⁸ gegründet wurde.⁷²⁹ Für die Schweiz

⁷²³ Christoph Schilling, *Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers*, S. 28f

⁷²⁴ Susann Sitzler ist eine seit 1996 in Berlin lebende Schweizer Journalistin und Autorin. Sie studierte Germanistik, Philosophie und Kunstgeschichte an der Universität Basel und arbeitet journalistisch seit 1993.

⁷²⁵ Susann Sitzler, *Grüezi und Willkommen Die Schweiz*, S. 173

⁷²⁶ Fredy Gsteiger, geb. 1962 in Bern, war Nahostredakteur und später Frankreichkorrespondent der ZEIT und ab 1997 Chefredakteur der Weltwoche in Zürich. Seit 2002 ist er Produzent des Echo der Zeit von Schweizer Radio DRS.

⁷²⁷ vgl. „NZZ“, Fredy Gsteiger, *Blocher-Biographie, Populist oder lausbübischer Rebell?* Neue Zürcher Zeitung, online unter: <https://www.nzz.ch/article89KFS-1.408263>, (11.07.2002) 17.03.2017

⁷²⁸ Der Völkerbund war eine zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Genf. Er entstand als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg und nahm am 10. Januar 1920 seine Arbeit auf.

stellte sich damals die Frage, welche Konsequenzen ein Beitritt zum Völkerbund in Bezug auf ihre Neutralität und ihre Wirtschaftsbeziehungen haben würde. Die Gegnerschaft sah im Völkerbund ein Instrument der Siegermächte des Weltkriegs, befürchtete die Erniedrigung der Schweiz zu einem Protektorat der Großmächte, zeichnete Mängel der internationalen Friedensorganisationen auf und befürchtete eine Gefährdung der Neutralität.⁷³⁰ Der Bundesrat sprach sich am 4. August 1919 für einen Beitritt aus, legte aber den Entscheid Volk und Ständen zur Abstimmung vor, deren Ergebnis es war, dass sich das Schweizer Volk mit den Mehrstimmen der Welschschweiz⁷³¹ dem Völkerbund 1920 knapp anschlossen. Blochers Großvater stand damit auf der Verliererseite.

Der „*Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz*“ entwickelte sich nach und nach zu einer rechtskonservativen, antikommunistischen, deutschfreundlichen und teilweise antisemitischen Organisation, was Blochers Großvater 1942 veranlasste, seinen Austritt bekanntzugeben.⁷³²

Christoph Blocher gelang, so Schilling, rund 70 Jahre später das, was seinem Großvater nicht vergönnt gewesen war: „*mit den Totschlagworten der Neutralität und der Unabhängigkeit die Schweizerinnen und Schweizer vor dem Beitritt zu einer übernationalen Organisation abzuhalten*“. Blocher habe das politische Vakuum der Schweiz, die seit spätestens Ende der 1980er Jahre in einer gesellschaftlichen, nicht aber in einer wirtschaftlichen Krise gedümpelt sei, füllen können, weil die EWR-Befürworter es verschlafen hätten, die berechtigten Bedürfnisse nach Tradition, Heimat und vertrauter Umgebung ernst zu nehmen.⁷³³

13.8.2. Blocher, der (Rechts-)Populist

Steiger bezeichnet Blocher nicht als Populist, sondern wegen seiner „*instinktiven Skepsis als Politiker und Unternehmer*“ als Konservativen. Zu diesem Ur-Misstrauen habe sich ein missionarisches (aber nicht religiöses) Pflichtbewusstsein dazugesellt. Blocher habe es als

Gründungsmitglieder waren 32 alliierte Staaten, nämlich die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die den Versailler Vertrag unterzeichneten. Das Ziel, den Frieden durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte, internationale Abrüstung und ein System der kollektiven Sicherheit dauerhaft zu sichern, konnte nicht erfüllt werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Vereinten Nationen (UNO) beschlossen seine damals noch 34 Mitglieder am 18. April 1946 einstimmig, den Völkerbund mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

⁷²⁹ Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 23

⁷³⁰ Carlo Moos, Ja zum Völkerbund – Nein zur UNO, Die Volksabstimmungen von 1920 und 1986 in der Schweiz, online unter: http://www.chronos-verlag.ch/php/book_latest-new.php?book=978-3-0340-0504-3&type=Besprechung, 07.05.2017

⁷³¹ Als Romandie bzw. Suisse romande (auch französischsprachige Schweiz bzw. französische Schweiz, Welschland, Welschschweiz oder Westschweiz) werden die frankophonen Gebiete der Schweiz mit einer Bevölkerungszahl von rund 1,75 Millionen bezeichnet.

⁷³² Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 42

⁷³³ vgl. ebd.

seinen Auftrag empfunden, der Grundskepsis eine politische Stimme zu verleihen. Er habe einen unbändigen Machtwillen, geballt mit einer Ladung Frustration und Kränkung.⁷³⁴

Blocher habe sich durch seinen glaubwürdigen „*Hass auf Oberbonzen*“, die seiner Meinung nach mit einem Silberlöffel im Mund geboren werden und keine Leistung erbringen müssen, die Glaubwürdigkeit beim „*kleinen Mann*“ verschafft und den schweizerischen Lebensnerv getroffen.⁷³⁵

Manche Gegner würden Blocher als Rechtspopulisten oder als Provinzfürst einer autoritär geführten Züricher SVP bezeichnen. Peter Bodenmann⁷³⁶ sehe in ihm zugleich einen Jäger und Gejagten, dem ein Sieg nicht ausreiche. Er wolle seine Gegner auch noch demütigen. Jean Ziegler⁷³⁷ rühme Blochers Rhetorik, seine „*instrumentelle Intelligenz*“ und nenne ihn ein „*skurriles*“, für die Linke nützliches „*Paradox, weil er die Herrschaftsklasse kritisiere*.“⁷³⁸

13.8.3. Blochers politischer Erfolg

Hans Jörg Hennecke führt Blochers Erfolg auf seine radikale Kritik an der politischen und unternehmerischen Führung der Schweiz zurück, die aber mit ihrer verfassungsstaatlichen, demokratischen und ökonomischen Prosperität im internationalen Vergleich immer noch als ordnungspolitisches Ideal gelten könne.⁷³⁹

Elisalex Henckel bezeichnet Blocher als SVP-Übervater, einen exzentrischen Patriarch voller Widersprüche – wie seine Partei. Seine Fans würden ihn ihm einen Anwalt Schweizer Urwerte sehen. Für Kritiker sei er ein Isolationist.⁷⁴⁰

Yvonne Hempel nennt, wie schon an anderer Stelle erwähnt, Blocher als gutes Beispiel für einen narzisstischen Politiker. Er sei eine ausgeprägte Führerfigur mit einem ausgeprägten Machtbewusstsein und ein Selbstdarsteller gewesen.⁷⁴¹

⁷³⁴ vgl. „NZZ“, Fredy Gsteiger, Blocher-Biographie, Populist oder lausbübischer Rebell? Neue Züricher Zeitung, online unter: <https://www.nzz.ch/article89KFS-1.408263>, (11.07.2002), 17.03.2017

⁷³⁵ vgl. ebd.

⁷³⁶ Peter Bodenmann, geb. 1952, ist ein Schweizer Politiker und Unternehmer

⁷³⁷ Jean Ziegler, geb. 1934, ist ein Schweizer Soziologe, Politiker und Sachbuch- und Romanautor.

⁷³⁸ vgl. „NZZ“, Fredy Gsteiger, Blocher-Biographie, Populist oder lausbübischer Rebell? Neue Züricher Zeitung, online unter: <https://www.nzz.ch/article89KFS-1.408263>, (11.07.2002), 17.03.2017

⁷³⁹ Hans Jörg Hennecke, Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik, in: Nikolaus Werz (Hg.) Populismus, Populisten in Übersee und Europa, Wiesbaden 2003, S. 146

⁷⁴⁰ vgl. „Die Welt“, Elisalex Henckel, Der lustvolle Spalter aus der Schweiz, online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article124895423/Der-lustvolle-Spalter-aus-der-Schweiz.html> (26.2.2014), 23.05.2017

⁷⁴¹ Yvonne Hempel, Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: Martin Sebaldt, Henrik Gast (Hg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, S. 298f

Schilling bezeichnet Blocher als Rechtspopulist und nennt dafür folgende Gründe:

Seine Sprache sei populistisch. Er habe Feindbilder gehabt, was ein Zeichen rechtsextremer Ideologien und rechtspopulistischer Bewegungen sei. Seine Feindbilder seien Asylanten und Asylmissbrauch, „Kultur-Fremde“ und ein Beitritt zur UNO und EU gewesen. Die „Schlingpflanze Bürokratie“ sei ein weiteres Feindbild gewesen. Blocher habe immer für weniger Einmischung durch den Staat in Bezug auf die Wirtschaft gekämpft und habe dabei die latente Staatsfeindschaft der Bürgerinnen und Bürger genutzt. Wenn es aber um die Handhabung von Law & Order gegangen sei, habe diese aber nicht stark genug polizeilich oder sogar militärisch „aufmunitioniert“ sein können.⁷⁴²

Bei den Themen Umweltschutz und Energieversorgung habe Blocher die Bürgerinnen und Bürger vor der Gefahr gewarnt, „Opfer von Planungsexpertokraten“ zu werden. Dieses „triametrische Wortgeschöpf“ sei kein Argument, sondern eine „propagandistische Missgeburt“ gewesen.⁷⁴³

Blocher habe das Establishment attackiert, hier sowohl die linken als auch die bürgerlichen Vertreter.⁷⁴⁴

Nach Blum war der „konservative“ Politiker Blocher der am meisten multimediale Politiker der Schweiz, wofür er drei Thesen aufstellt: *„Christoph Blocher entspricht haargenau den Bedürfnissen der Mediengesellschaft. Er kommt der Produktionslogik jener Medien entgegen, die mit den Mitteln der Personalisierung, Simplifizierung, Emotionalisierung und Polarisierung ihr Publikum ködern“ ... „Blochers Ereignismanagement schafft dauernde Medienaufmerksamkeit. Dabei handelt es sich vorwiegend um kritische Medienberichte“ ... „Durch die mediale Resonanz wuchs Christoph Blocher mit seinen Organisationen ein erhebliches Störpotential im politischen Prozess zu.“ ... „Und während in Ländern mit repräsentativer Demokratie Führer konservativer, reaktionärer oder separatistischer Bewegungen wie ... Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen ... zur Bildung von Parteien gezwungen sind und bei den Wahlen jeweils große Erfolge feiern oder schlicht ausgezählt werden, ist Blocher dank direkter Demokratie, Auns und Medien fast nicht ‚abwählbar‘“.*⁷⁴⁵

⁷⁴² Christoph Schilling, Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, S. 132

⁷⁴³ vgl. ebd., S. 126

⁷⁴⁴ vgl. ebd., S. 128

⁷⁴⁵ Roger Blum, www.blocher.ch. Mediales Ereignis-Management und Störpotential einer schweizerischen Oppositionsbewegung, in Kurt Imhof, Otfried Jarren, Roger Blum (Hg.), Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft, Wiesbaden 1999, S. 82f

Teil IV – Vergleich der Parteiprogramme von FPÖ und SVP

14. Kurzer Rückblick auf die alten Parteiprogramme von FPÖ und SVP

14.1. FPÖ

Mit einem kurzen inhaltlichen Rückblick auf die alten Parteiprogramme der FPÖ soll dargestellt werden, welche Aspekte bei der Festlegung ihrer Leitsätze berücksichtigt wurden. Es wird auch kurz dargestellt, wie sich die in den Programmen festgelegten Leitsätze zwischen dem Parteiprogramm von 1985 und der 4. Auflage des Handbuches, veröffentlicht 2013, und bis dato gültig, verschoben haben.

Dieser kurze Umriss erfolgte unter Zuhilfenahme der im Jahr 1986 veröffentlichten kritischen Analyse des im Jahr 2000 verstorbenen Politikwissenschaftlers Alfred Stirnemann.⁷⁴⁶

Das „Bad Ischler Programm“ wurde 1968 beschlossen⁷⁴⁷. Es enthielt laut Stirnemann außer *„dem Einführungs- und Schlußsatz nur an drei Stellen eine Bezugnahme auf nationale Werte“*⁷⁴⁸ und blieb 17 Jahre lang verbindlich, obwohl 1973 *„Das Freiheitliche Manifest der Gesellschaftspolitik“* veröffentlicht wurde. Das Manifest enthielt an fünf Stellen Bezüge auf nationale Werte, ließ aber Aussagen zu den Themen Außenpolitik, Landesverteidigung und Regierungsinstitutionen vermissen und wurde deshalb in Bezug auf die Grundsatzaussagen als unzulänglich angesehen. Es war auch nie Beratungsgegenstand eines Bundesparteitages.⁷⁴⁹

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1983 und der in 17 Jahren entstandenen neuen gesellschaftlichen Probleme sah sich die FPÖ unter Steger veranlasst, ein neues Parteiprogramm zu erstellen, das – in Anlehnung an den ersten Versuch einer Ideologiediskussion seitens der ÖVP, die in der Folge auch zu einem neuen SPÖ-Programm führte⁷⁵⁰ – auch eine Neuformulierung ihrer Grundsätze erforderlich machte und sich als nicht einfach herausstellte.

Nach Stirnemann erkannte die FPÖ, dass sie mit der nationalen Idee keine Massen mehr zu bewegen vermochte. Der Übergang vom VdU zur FPÖ *„und der damit verbundene politische Rechtsruck, als die betont Nationalen die Leitung der Partei übernahmen“* bedeutete *„einen*

⁷⁴⁶ vgl. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Alfred_Stirnemann

⁷⁴⁷ Alfred Stirnemann, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, München/Wien 1986, S. 677, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnemann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf

⁷⁴⁸ vgl. ebd. S. 669

⁷⁴⁹ vgl. ebd. S. 658f

⁷⁵⁰ vgl. ebd., S. 658

*Verlust von fast der Hälfte der Stimmen.*⁷⁵¹

Die FPÖ stand vor der heiklen Frage, wie weit sie das Nationale zurückdrängen bzw. in den Vordergrund stellen könne, ohne einerseits nicht noch mehr ihrer Kernwählerschicht zu verlieren und andererseits die potentielle neue liberale Wählerschicht nicht abzustoßen.⁷⁵²

Das Parteiprogramm von 1985 umfasste knapp 130 Seiten und enthält in Teil I 10 Leitsätze zur ideologischen Ausrichtung der Partei.

An erster Stelle stand der Leitsatz „Freiheit“, gefolgt von „Menschenwürde“, „Volk und Heimat“, „Europa“, „Kultur“, „Soziale Gesellschaft“, „Leistung, Eigentum und Marktwirtschaft“, „Staat und Recht“ und schließlich „Umwelt“.⁷⁵³

Auch das „Handbuch freiheitlicher Politik“ enthält, wie später noch detailliert ausgeführt wird, 10 Leitsätze, allerdings teilweise in anderer Reihenfolge und auch anders betitelt. „Recht und Gerechtigkeit“ lautet im alten Programm „Staat und Recht“ (Leitsatz 9) und rückt im Handbuch auf Platz 3 der Leitsätze. Einen eigenen Leitsatz „Sicherheit“ gab es im Parteiprogramm aus 1985 nicht. Das Thema „Europa“ findet sich im alten Parteiprogramm unter Leitsatz 4, während es hingegen im Handbuch als letzter von den 10 Leitsätzen aufscheint. „Soziale Gesellschaft“ findet sich im alten Programm unter Leitsatz 6, im Handbuch unter Leitsatz 4 mit „Wohlstand und soziales Gleichgewicht“ betitelt. Das Thema „Gesundheit“ findet sich im alten Parteiprogramm nicht als einzelner Leitsatz, im Handbuch werden Einstellungen und Forderungen zum Thema Umwelt unter Leitsatz 6 festgehalten. Einen eigenen Leitsatz „Menschenwürde“ gibt es im Handbuch, anders als im Programm aus 1985, nicht. Unverändert an erster Stelle steht in beiden Programmen der Leitsatz „Freiheit“ an erster Stelle. Damit steht fest, dass die Leitsätze im „Handbuch freiheitlicher Politik“ anders gewichtet sind also noch im Parteiprogramm aus 1985.

Interessant ist, dass in Teil II des Parteiprogrammes aus 1985, welches auf zwölf Lebensbereiche (Staat und Recht, Außenpolitik und Landesverteidigung, Kultur, Bildung, Sport, Medien, Familie, Wohnen, Arbeitswelt, Marktwirtschaft, Staatshaushalt und Steuern, Sozialwesen, Rohstoffe und Energie; letzterer Punkt gesplittet in Umweltpolitik und neue Horizonte⁷⁵⁴) aufgeschlüsselt ist und dazu Einstellung und Forderungen enthält, erstmalig festgelegt wurde, dass die Bundesparteileitung gemäß der Richtlinienkompetenz (§ 13 Abs. 1

⁷⁵¹ Alfred *Stirnermann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, München/Wien 1986, S. 662, unter Verweis auf: Viktor *Relmann*, Das nationalliberale Lager, S. 54

⁷⁵² Alfred *Stirnermann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ, S. 669

⁷⁵³ vgl. ebd. S. 660

⁷⁵⁴ vgl. ebd. S. 669

lit. a Organisationsstatut⁷⁵⁵) bei den Einzelfragen in Teil II bei einer Zweidrittelmehrheit Änderungen vornehmen darf. Auch das Bekenntnis zur österreichischen immerwährenden Neutralität befindet sich in diesem unverbindlicheren Teil,⁷⁵⁶ was nach Ansicht von Stirnemann *„gerade wegen der früheren ablehnenden Haltung des Dritten Lagers bei der parlamentarischen Behandlung in dem darauf folgenden Parteiprogramm deutlicher sein“* hätte können.⁷⁵⁷

Stirnemann stellte in seiner Analyse zusammenfassend fest, dass der FPÖ eine Profilierung im Sinne der Markierung klarer Unterschiede zu anderen Parteien nur in den nationalen Aussagen, welche er in Betonung und Umfang gegenüber den bisherigen Programmen als stärker und ausführlicher ansah, gelungen sei, da die meisten anderen Aussagen auch in anderen Parteiprogrammen getroffen hätten werden können. Die Profilierung als liberale Partei sei mit diesem Programm beabsichtigt gewesen, habe aber an der Unbestimmtheit des Liberalismusbegriffs als auch an dem den nationalen Gesichtspunkten zugemessenen Gewicht gelitten, der Unterschied zwischen der FPÖ-Programmatik und der Programmatik der Liberalen bleibe deutlich wahrnehmbar.

Auch Bailer-Galanda vertritt die Auffassung, im Parteiprogramm von 1985 habe sich gezeigt, dass der geistig-ideologische Durchbruch einer Liberalisierung nicht gelungen sei. Es hätten zwar bei der von Steger herbeigeführten Parteiprogrammdiskussion *„einige liberale Positionen (wie z.B. das Bekenntnis zum Schutz ethnischer Minderheiten) durchgesetzt werden“* können, *„das traditionelle ideologische Fundament der FPÖ, das Bekenntnis zur ‚deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft‘, sei aber beibehalten worden.“*⁷⁵⁸

14.2. SVP

Was die Parteiprogramme der SVP in der Vergangenheit anbelangt, so konnten trotz umfangreicher Recherchen dazu keine Bücher gefunden werden. Es musste daher bezüglich der Programminhalte auf verschiedene Internetquellen zurückgegriffen werden.

Blocher präsentierte schon 1999 ein Programm, in dem die SVP im Wesentlichen Folgendes forderte: restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik, Ausschaffung krimineller Ausländer, repressive Drogenpolitik, harte Maßnahmen gegen Jugendgewalt kein EU-Beitritt, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz, keine neuen Steuern, mehr Deregulierungen, ein schlanker Staat, Sanierung der Bundesfinanzen ohne zusätzlichen Abgaben und Gebühren, jedoch Leistungsabbau, Beibehaltung der Neutralität und keine Öffnung nach

⁷⁵⁵ vgl. ebd. S. 659

⁷⁵⁶ vgl. ebd. S. 660

⁷⁵⁷ vgl. ebd. S. 669

⁷⁵⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 336

außen, weniger Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, Arbeitsplatzförderung durch Attraktivitätssteigerung des Steuerstandorts Schweiz (EWR, EU, UNO)⁷⁵⁹

Vor den Nationalratswahlen 2007 dokumentierte die SVP unter der Bezeichnung „Wahlplattform 2007-2011“, veröffentlicht auf der Internetseite <http://www.svp-hinwil.ch/position/wahlplattform>, mit dem patriotischen Bekenntnis „*Mein Zuhause - unsere Schweiz*“ ihre politischen Standpunkte und Forderungen⁷⁶⁰ und legte ihre Ziele für die nächsten vier Jahre fest, die sich von den altbewährten Themen kaum unterschieden: Demokratie, Eigenständigkeit ohne Einmischung von außen, mehr Arbeitsplätze, weniger Bürokratie, weniger Steuern, mehr Sicherheit, und Kampf dem Missbrauch im Asyl- und Rentenwesen.⁷⁶¹

Die SVP betont ihren unermüdlichen Kampf gegen Missbräuche, welche die Sozialwerke schwächen, gegen die Kriminalität – natürlich auch die einheimische, aber vor allem die Ausländerkriminalität, die infolge der unverantwortlichen und absurden Politik der offenen Türen ein Ausmaß angenommen habe, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Sie führe auch den verzweiferten Kampf gegen die unglückselige Demontage der Schweiz weiter und kämpfe weiterhin für die Unabhängigkeit des Landes und für den Schutz vor ausländischen Einflüssen.⁷⁶²

Vergleicht man die Programmpunkte der SVP in den letzten Jahrzehnten, so können ihre Forderungen nach einer restriktiven Einwanderungs- und Asylpolitik, Beibehaltung der Neutralität, Verhinderung eines EU-Beitrittes, Liberalisierung der Wirtschaft, keine Öffnung nach außen, schlanker Staat, als vorrangige Ziele bezeichnet werden.

⁷⁵⁹ Ueli Leuthold, Jilline Bornand, Schweizer Staatskunde, S. 74

⁷⁶⁰ vgl. „swissinfo“, Die Schweiz als "Mein Zuhause" für die SVP <http://www.swissinfo.ch/ger/die-schweiz-als--mein-zuhause--fuer-die-svp/5652280> (4.1.2007), 29.10.2017

⁷⁶¹ vgl. Homepage „SVP“, online unter: <https://www.svp.ch/news/artikel/referate/svp-die-partei-der-traditionellen-helvetischen-werte/> (29.10.2017)

⁷⁶² vgl. Homepage „SVP“, online unter: <https://www.svp.ch/news/artikel/referate/mein-zuhause-unsere-schweizdas-parteiprogramm-als-richtschnur-der-svp-politik/> (29.10.2017)

15. Vergleich der aktuellen Parteiprogramme von FPÖ und SVP – Äußeres Erscheinungsbild, Formelles

15.1. FPÖ



Abb. 5: Cover des Parteiprogramms der FPÖ⁷⁶³

Das Parteiprogramm der FPÖ,⁷⁶⁴ welches lediglich 17 Seiten umfasst, wurde am Bundesparteitag der FPÖ am 18. Juni 2011 beschlossen.

Auf dem Deckblatt finden sich, bezeichnend für die in den letzten Jahren in den Vordergrund gestellte „Heimatverbundenheit“ der Partei folgende Slogans:

„FPÖ Die Soziale Heimatpartei“

„Österreich zuerst“

„Unser Herz schlägt Rot Weiss Rot“

Neben einer Einleitung finden sich fettgedruckt 10 Leitsätze freiheitlicher Politik, die auf den nachfolgenden Seiten Punkt für Punkt erörtert werden.



Abb. 6: Cover Handbuch freiheitlicher Politik⁷⁶⁵

⁷⁶³ vgl. Partyprogramm FPÖ, online unter:
https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf (18.6.2011), 04.06.2017.

⁷⁶⁴ vgl. ebd.

Das Parteiprogramm wird im „*Handbuch freiheitlicher Politik – Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs 4. Auflage/2013*“⁷⁶⁶ näher konkretisiert.

Sowohl Handbuch als auch Parteiprogramm sind auf der Homepage der FPÖ als Download für die Öffentlichkeit verfügbar.

Das 286 Seiten umfassende Handbuch ist in inhaltlicher Übereinstimmung mit den 10 Leitsätzen des Parteiprogramms in 10 Kapitel, und diese wieder in Unterkapitel, gegliedert. Der inhaltliche Teil ist mit Bildern, Schautafeln und Statistiken illustriert.

Das Handbuch enthält Vorwörter von den wichtigsten Parteistrategen.

HC Strache fasst bereits in seinem Vorwort zusammen, was die FPÖ kritisiert, nämlich, dass Unsummen nach Brüssel gepumpt würden, seitens der rot-schwarzen Regierung eine falsche Zuwanderungspolitik gemacht worden sei, die zu einer Explosion der Kriminalität geführt habe und islamistische Parallelgesellschaften entstehen lasse. Die Neutralität Österreichs werde kalt lächelnd geopfert.

Die FPÖ sei die einzige Partei, „*die ihre Finger auf die offenen Wunden legt und die Dinge beim Namen nennt*“, bei der die Interessen der österreichischen Bevölkerung und nicht die Interessen Brüssels und der EU-Lobbys im Vordergrund stehen und die ein umfassendes Programm entgegenhalte. Die rot-schwarze Bundesregierung verharre in Untätigkeit oder treffe halbherzige oder falsche Maßnahmen.

Hilmar Kabas fragt sich in seinem Vorwort, wie es sein könne, dass allerorten von einem wachsenden Politik-Misstrauen und von Parteienverdrossenheit, Demokratiemüdigkeit und Wahlenthaltung die Rede sein könne, wo doch so ein großes Interesse am „Handbuch der Freiheitlichen Politik“ bestehe, dass binnen kurzer Zeit eine weitere Neuauflage nötig geworden sei.

Herbert Kickl (ehemaliger Generalsekretär FPÖ und nunmehriger Innenminister) verweist darauf, dass die FPÖ neuerlich ihrem Anspruch gerecht werde und ihre politischen Inhalte ständig in aktueller Form präsentiere und moniert die „*Abgehobenheit der etablierten politischen Klasse gegenüber den Menschen in diesem Land.*“

⁷⁶⁵ vgl. Handbuch freiheitlicher Politik, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf (2013), 4.6.2017

⁷⁶⁶ vgl. Handbuch freiheitlicher Politik, Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs, 4. Auflage, 2013, online unter <https://www.fpoe.at/themen/handbuch-freiheitlicher-politik/>, 03.06.2017

Harald Vilimsky (Generalsekretär der FPÖ) kritisiert in seinem Vorwort im Wesentlichen die Europäische Union und Norbert Nemeth (Klubdirektor) betont, dass viele Forderungen der FPÖ bereits Eingang in die parlamentarische Arbeit gefunden hätten. Das Handbuch stelle eine Sammlung von freiheitlichen Ideen und Forderungen dar und solle dem freiheitlich gesinnten Menschen eine Orientierungshilfe für seine politische Arbeit geben. Diese sei in einer Zeit, in der vertraute Strukturen sehr stark in Auflösung befindlich seien, von herausragender Bedeutung.

Im fünften Vorwort kommt der vormalige Bundespräsidentenskandidat und nunmehrige Minister für Verkehr, Innovation und Technologie Norbert Hofer⁷⁶⁷ zu Wort, der nach Strache die Ausarbeitung des Handbuches federführend initiiert und endredigiert hat.

Hofer betont: „*Freiheit ist unser höchstes Gut.*“ Er kritisiert, dass Entscheidungen nach Brüssel delegiert und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten der österreichischen Bevölkerung nicht ausgebaut würden, betont den Willen zur Unabhängigkeit und versäumt es nicht auf die sich aus der Zuwanderung aus fernen Kulturkreisen ergebenden Probleme hinzuweisen.

Ich betrachte das Handbuch als Teil des Parteiprogrammes und beziehe mich in der Arbeit sowohl auf das Programm als auch auf das Handbuch als dessen nähere Ausformung und Interpretation.

Das immer wieder angekündigte Wirtschaftsprogramm der FPÖ⁷⁶⁸ mit dem Titel „*Fairness.Freiheit.Fortschritt*“⁷⁶⁹ wurde rechtzeitig vor den Nationalratswahlen am 23. August 2017 präsentiert.⁷⁷⁰

Ich werde das Wirtschaftsprogramm nur streifen, da wirtschaftliche Zusammenhänge nicht im Fokus rechtspopulistischer Parteien stehen.⁷⁷¹

⁷⁶⁷ vgl. Homepage Bundeskanzleramt, online unter:
<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/bundesministerinnen-und-bundesminister> (23.12.2017)

⁷⁶⁸ vgl. „Profil“, Clemens Neuhold, FPÖ: das blaue Wirtschaftsprogramm, online unter:
<https://www.profil.at/shortlist/wirtschaft/plan-fpoe-wirtschaftsprogramm-7942244> (17.01.2017), 03.06.2017

⁷⁶⁹ vgl. freiheitliches Wirtschaftsprogramm, online unter:
https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/2017_freiheitliche_wirtschaftsprogramm_web.pdf (23.12.2017)

⁷⁷⁰ vgl. „Die Presse“, online unter:
<http://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5273317/FPOeWirtschaftsprogramm-richtet-sich-an-Leistungstraeger> (23.8.2017), 21.10.2017

⁷⁷¹ vgl. „Der Standard“, Günter Traxler, FPÖ Programm: Wirtschaftsexperten, online unter:
<http://derstandard.at/2000063102011/Wirtschaftsexperten> (24.08.2017), 21.10.2017

15.2. SVP



Abb. 7: Cover Parteiprogramm SVP⁷⁷²

Das „*Parteiprogramm 2015 – 2019*“ der SVP ist auf der Homepage der SVP als Download in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache verfügbar.⁷⁷³

Das in deutscher Sprache verfasste Parteiprogramm⁷⁷⁴ betitelt sich auf dem Deckblatt als „*SVP – die Partei für die Schweiz*“ und wird in einem comicartigen Bild verpackten Slogans in Bezug auf die SVP – „*Schweizer Qualität*“ und „*Die Partei des Mittelstandes*“ sowie das Schweizer Kreuz ergänzt.

Das Programm umfasst 96 Seiten und enthält – anders als jenes der FPÖ – weder Vor- noch Schlusswort. Die 21 Kapitel sind durch zahlreiche comicartige Zeichnungen, Sprechblasen, Schaubildern, Grafiken, Statistiken und Zusammenfassungen illustriert. Als roter Faden kommt in jedem Kapitel das Maskottchen der SVP, ein Berner Sennenhund namens Willy⁷⁷⁵, vor, der seine Meinungen und Überlegungen in Sprechblasen äußert.



Abb. 8: Graphik aus dem Parteiprogramm der SVP bezüglich Selbstbestimmung⁷⁷⁶

⁷⁷² vgl. Parteiprogramm SVP, online unter: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_2015-d.pdf

⁷⁷³ vgl. ebd.

⁷⁷⁴ vgl. ebd.

⁷⁷⁵ vgl. „20min“, Das frühere Maskottchen der SVP, der Geissbock Zottel, wurde von Willy abgelöst, online unter: <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/29848593> (24.10.2014), 03.06.2017

⁷⁷⁶ vgl. Parteiprogramm SVP, online unter: https://www.svp.ch/de/assets/File/Parteiprogramm_2015-d.pdf, 04.06.2017

15.3. Conclusio

Das Parteiprogramm der FPÖ ist mit 286 Seiten fast drei Mal so umfangreich wie jenes der SVP mit nur 96 Seiten. Die FPÖ bringt zahlreiche Beispiele, Zeitungsartikel und Einzelfälle zur Untermauerung ihrer jeweiligen Position, stellt diese detailliert zu den einzelnen Themenbereichen dar und fordert zahlreiche, bis ins Detail gehende Änderungen der herrschenden Gesetzeslage, welche in Kästchen mit der Überschrift „*Konkrete Maßnahmen zu/zur/für*“ zusammengefasst werden. Das SVP-Programm ist hingegen weniger detailliert, fordert in den als „*Standpunkte*“ gekennzeichneten Ergebnissen der jeweiligen Kapitel aber gleichfalls zahlreiche Gesetzesänderungen in ihrem Sinn.

Beide Programme sind mit Statistiken und Fotos ausgestattet, die die Standpunkte untermauern sollen.

16. Inhalt der Parteiprogramme von FPÖ und SVP - Zusammenfassung

16.1. FPÖ

Leitsatz 1: „*Freiheit und Verantwortung*“⁷⁷⁷

Die FPÖ bezeichnet Freiheit als das höchste Gut. Unter Berufung auf die bürgerliche Revolution von 1848 werden Freiheit, Menschenwürde und demokratischer Freisinn als Grundlage für Heimat, Identität und Umwelt; Recht und Gerechtigkeit; Familie und Generationen; Wohlstand und soziales Gleichgewicht; Gesundheit; Sicherheit; Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur; Weltoffenheit und Eigenständigkeit; Europa der Vielfalt gesehen.

Leitsatz 2: „*Heimat und Identität*“⁷⁷⁸

Die FPÖ sieht sich dem Schutz der Heimat Österreich, der nationalen Identität und der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet und betont, dass Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs deutsch seien. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher sei Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. „*Autochthone Volksgruppen*“⁷⁷⁹ wie Kroaten, Slowenen, Roma und Sinti werden als historisch ansässige Minderheiten als Bereicherung angesehen.

⁷⁷⁷ Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, S. 4

⁷⁷⁸ vgl. ebd. S. 5

⁷⁷⁹ vgl. ebd. S. 5

Österreich sei Teil des europäischen Kulturraums. Die FPÖ bekenne sich zu einem europäischen Weltbild, das sie in einem „*umfassenden Sinn als Kultur-Christentum*“⁷⁸⁰ bezeichnet und das auf der Trennung von Kirche und Staat beruhe.

Forderung: Österreich sei kein Einwanderungsland. Bis „*auf weiteres*“ werden „*auf Grund der Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit jegliche Zuwanderung*“ abgelehnt.

Unterpunkt zu Leitsatz 2 „Saubere Umwelt, sichere Energieversorgung“

Die FPÖ betont den Schutz der natürlichen Umwelt. Die Nutzung der Kernenergie wird abgelehnt.

Forderungen: Erneuerbare-Energie-Gesetz statt Ökostromgesetz, reduzierter Mehrwertsteuersatz für Erneuerbare Energie, thermische Sanierungsoffensive als Voraussetzung für soziales Wohnen, erneuerbare Energie im privaten Wohnbau, Ausbau von Wind- und Wasserkraft etc.

Leitsatz 3: „*Recht und Gerechtigkeit*“⁷⁸¹

Die FPÖ bekennt sich zu den geltenden Verfassungsprinzipien und Grundrechten, betont die Staatsbürgerrechte und fordert den Ausbau der direkten Demokratie. Der soziale Wohnbau soll vor allem den Wohnbedarf österreichischer Staatsbürger abdecken. Sozialmissbrauch soll bekämpft und Leistung gefördert werden.

Leitsatz 4: „*Familie und Generationen*“⁷⁸²

Die FPÖ betrachtet die Familie, bestehend aus Mann, Frau und Kindern als „*natürliche Keimzelle*“⁷⁸³ und Grundlage der Gesellschaft. Alleinerzieher und Alleinerzieherinnen bilden mit den Kindern eine Familie. Zum Schutze des Kindeswohls soll die Ehe zwischen Mann und Frau die privilegierte Form des Zusammenlebens sein. Die Ehe für gleichgeschlechtliche Beziehungen wird abgelehnt.

Die Partei bekennt sich zur Chancengleichheit von Mann und Frau, lehnt aber Quotenregelungen und „*Gender-Mainstreaming*“⁷⁸⁴ ab.

Der Betreuung von Kindern in der Familie wird der Vorrang vor „*staatlichen Ersatzmaßnahmen*“⁷⁸⁵ gegeben.

⁷⁸⁰ vgl. ebd. S. 5

⁷⁸¹ vgl. ebd. S. 7

⁷⁸² vgl. ebd. S. 8

⁷⁸³ vgl. ebd. S. 8

⁷⁸⁴ vgl. ebd. S. 8

⁷⁸⁵ vgl. ebd. S. 8

Forderung: Zur Sicherstellung von Wahlfreiheit wird für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen eingetreten, um die Wahlfreiheit sicherzustellen.

Leitsatz 5: „Wohlstand und soziales Gleichgewicht“⁷⁸⁶

Betont werden die Innovationskraft des Mittelstandes und das Potential der Klein- und Kleinstbetriebe. Ein gesunder Bauernstand sei Voraussetzung für Versorgungssicherheit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Forderung: Leistungsgerechtes und ausgewogenes Steuersystem, effektive und sparsame Verwaltung, Förderung der Leistung, Schutz des Privateigentums.

Leitsatz 6: „Gesundheit“⁷⁸⁷

Gesundheitsvorsorge soll vor allem auf Eigenverantwortung fußen. Die Wichtigkeit von Sport und Bewegung in Kindergärten und Schulen wird betont.

Forderung: Bestmögliche Versorgung und Pflege durch das öffentliche Gesundheitswesen, keine Förderung einer Mehrklassenmedizin, Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs, naturnahe Landwirtschaft, die frei von gentechnischen Manipulationen ist.

Forderung eines eigenen Sozialversicherungssystems für Ausländer.

Leitsatz 7: „Sicherheit“⁷⁸⁸

Recht und Ordnung werden als Grundwerte der freiheitlichen Gesinnung angesehen und Sicherheit als Grundbedürfnis des Menschen bezeichnet. Die Partei bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung und zur Wehr- bzw. Wehrersatzpflicht aller männlichen Staatsbürger. Österreich dürfe nicht Mitglied in einem Militärpakt sein. Auf die Souveränität und Neutralität Österreichs wird hingewiesen.

Forderung: Bestmögliche Ausrüstung von Polizei und Bundesheer. Die Todesstrafe wird abgelehnt. Im Strafvollzug haben Schutz und Hilfe von Verbrechensoffern den höchsten Stellenwert. Wegen eines Verbrechens verurteilte „Fremde“⁷⁸⁹ sollen ausgewiesen werden.

Leitsatz 8: „Bildung, Wissenschaft und Kultur“⁷⁹⁰

Voraussetzungen für die Entfaltung in der Gesellschaft ist eine umfassende Bildung, freie Wissenschaft sowie unabhängige Kunst und Kultur.

⁷⁸⁶ vgl. ebd. S. 10

⁷⁸⁷ vgl. ebd. S. 12

⁷⁸⁸ vgl. ebd. S. 13

⁷⁸⁹ vgl. ebd. S. 13

⁷⁹⁰ vgl. ebd. S. 14

Forderung: Im Schul- und Bildungswesen wird neben allgemein üblichen Formulierungen das Beherrschen der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Teilnahme am Regelunterricht gefordert. Die Wissenschaft soll sich im Rahmen des Gemeinwohls frei entwickeln können.

Bei Kunst und Kultur bezieht sich die FPÖ auf die „*abendländische*“⁷⁹¹ Kultur. Es gelte, die „*eigene*“⁷⁹² Kultur weiterzuentwickeln und „*unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.*“⁷⁹³

Leitsatz 9: „*Weltoffenheit und Eigenständigkeit*“⁷⁹⁴

Bekenntnis zur „*friedensfördernden Neutralität*“⁷⁹⁵ Österreichs und zur europäischen Solidarität. Betont wird die Liebe zur Heimat, die Pflege von Traditionen, das Schätzen der eigenen Kultur und Identität als Grundlage für Weltoffenheit. Österreich sei Anwalt der deutschsprachigen und ladinischen Südtiroler sowie aller „*Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie*“⁷⁹⁶. Die FPÖ bekennt sich zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände. Sie strebt die Einheit Tirols an.

Leitsatz 10: „*Europa der Vielfalt*“⁷⁹⁷

Europa sei nicht auf das Projekt der Europäischen Union zu reduzieren. Erzwungener Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung werden entschieden abgelehnt. Die FPÖ bekennt sich zu einem Europa der „*selbstbestimmten Völker und Vaterländer*“⁷⁹⁸ und der Zusammenarbeit dieser nach den Grundsätzen der Subsidiarität und des Föderalismus. Betont wird die Gestaltungsfreiheit der Nationalstaaten.

Die europäische Integration soll die Gemeinschaft jener Staaten bilden, die „*geografisch, geistig und kulturell*“⁷⁹⁹ Europa ausmachen und die sich den „*abendländischen Werten*“⁸⁰⁰ verpflichtet fühlen.

⁷⁹¹ vgl. ebd. S. 15

⁷⁹² vgl. ebd. S. 15

⁷⁹³ vgl. ebd. S. 15

⁷⁹⁴ vgl. ebd. S. 16

⁷⁹⁵ vgl. ebd. S. 16

⁷⁹⁶ vgl. ebd. S. 16

⁷⁹⁷ vgl. ebd. S. 17

⁷⁹⁸ vgl. ebd. S. 17

⁷⁹⁹ vgl. ebd. S. 17

⁸⁰⁰ vgl. ebd. S. 17

Die FPÖ bekennt sich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eines von ihr skizzierten europäischen Staatenverbundes unter Wahrung der Neutralität Österreichs.

Forderung: Die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien der souveränen Staaten müssen Vorrang vor dem Gemeinschaftsrecht haben. Die Benes-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen samt ihren Amnestiegesetzen seien menschenrechtswidrig und daher „zu streichen.“⁸⁰¹

16.2. SVP

Die SVP bietet auf den ersten Seiten einen Überblick ihres Programms „für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz“⁸⁰².

- „Außenpolitik“⁸⁰³

Die SVP tritt für eine unabhängige und souveräne Schweiz ein. Sie bekämpft den „schleichenden EU-Beitritt“⁸⁰⁴. Der Ausverkauf der Souveränität durch „die politischen Eliten“⁸⁰⁵ müsse aufhören. Die Neutralität wird betont. Eine glaubwürdige Politik der humanitären Hilfe und der guten Dienste wird gefordert.

Die Selbstbestimmung über das eigene Recht werde durch eine Volksinitiative der SVP („Schweizer Recht statt fremde Richter“⁸⁰⁶), welche dafür Sorge, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden, sichergestellt.

Die SVP verlangt die Koppelung staatlicher Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern durch ihre Herkunftsländer.

- „Ausländerpolitik“⁸⁰⁷

Die Zuwanderung soll begrenzt werden. Wer in die Schweiz kommt, habe sich anzupassen und für seinen Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Der Verfassungsartikel gegen „Masseneinwanderung“⁸⁰⁸ (Kontingente und Inländerbevorzugung) zur markanten Senkung der Zuwanderung müsse konsequent umgesetzt werden.

Die SVP kämpft für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die illegale Einreise von Einwanderern zu verhindern.

⁸⁰¹ vgl. ebd. S. 17

⁸⁰² SVP-Programm S. 4

⁸⁰³ SVP-Programm S. 4

⁸⁰⁴ SVP-Programm S. 4

⁸⁰⁵ SVP-Programm S. 4

⁸⁰⁶ SVP-Programm S. 4

⁸⁰⁷ SVP-Programm S. 4

⁸⁰⁸ SVP-Programm S. 4

- „Sicherheit“⁸⁰⁹

Kriminelle sollen bestraft und nicht verhätschelt werden. Gefordert wird die konsequente „Ausschaffung“ krimineller Ausländer und dass die Gerichte die Interessen der Opfer höher gewichten als jene der Täter; dass gegen Kriminaltouristen entschieden durchgegriffen wird.

- „Finanzen, Steuern und Abgaben“⁸¹⁰

Unter dem Motto „Mehr dem Mittelstand – weniger dem Staat“⁸¹¹ wird gefordert, die „Geldverschleuderung“⁸¹² auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger durch ständig steigende Ausgaben des Staates endlich zu stoppen, denn vom leistungswilligen Mittelstand hänge der Wohlstand des Landes ab.

- „Eigentum“⁸¹³

Die Garantie des Privateigentums und die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger seien wichtige Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats.

- „Armee“⁸¹⁴

Eine glaubwürdige Milizarmee garantiere die Sicherheit, welche Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sei. Die personellen und finanziellen Mittel für die Armee müssten bereitgestellt werden, um eine unabhängige, freie und neutrale Schweiz zu gewährleisten.

- „Landwirtschaft“⁸¹⁵

Die SVP setzt sich für einheimische Produkte ein, welche von einer produzierenden Landwirtschaft mit gesunden, marktnahen Lebensmitteln hergestellt werden. Ein vernünftiges und existenzsicherndes Auskommen der Landwirte sei sicherzustellen. Die „überbordende Ökologisierung“⁸¹⁶ sei auf ein vernünftiges Maß zu beschränken.

- „Verkehr“⁸¹⁷

⁸⁰⁹ SVP-Programm S. 5

⁸¹⁰ SVP-Programm S. 5

⁸¹¹ SVP-Programm S. 5

⁸¹² SVP-Programm S. 5

⁸¹³ SVP-Programm S. 6

⁸¹⁴ SVP-Programm S. 6

⁸¹⁵ SVP-Programm S. 7

⁸¹⁶ SVP-Programm S. 7

⁸¹⁷ SVP-Programm S. 7

Eine „freie Fahrt ohne Schikanen“⁸¹⁸ (gemeint sind die Autofahrer) wird gefordert. Die Straße dürfe gegenüber der Schiene nicht benachteiligt werden. Der „Raubzug auf die Automobilisten“⁸¹⁹ durch immer höhere Gebühren, Abgaben und Bußen müsse gestoppt werden.

Im Kapitel „Schweizer Erfolgssäulen erhalten“⁸²⁰ werden weitere für die SVP wichtige Themen angeschnitten:

Nach Ansicht der SVP sind die Staatssäulen der Schweiz ihre Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, die Neutralität und der Föderalismus. Diese Säulen sieht die SVP von allen anderen Parteien unterwandert und zerstört. Die Schweiz kenne seit 200 Jahren keinen Krieg. Die Neutralität sei das beste und über Jahr-hunderte bewährte Sicherheitskonzept. Die Parlamentsmehrheit gefährde dieses Konzept, indem man sich überall einmische und große Risiken eingehe.

Durch einen EU-Beitritt würde die Schweiz in die Fremdherrschaft gedrängt, was fremdes Recht und fremde Richter nach sich ziehen würde und die Unabhängigkeit der Schweiz, die nichts weniger als schweizerischer Staatszweck sei, gefährden. Die Unabhängigkeit garantiere Freiheit und Wohlfahrt. Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Verwaltung würden aber den „schleichenden EU-Beitritt“⁸²¹ vorantreiben.

Die SVP hebt hervor, dass die Schweizer Bevölkerung mehr als Bürgerinnen und Bürger in anderen Ländern im Mittelpunkt stünden und durch ihre Entscheide (Volksabstimmungen) verhindern könnten, dass Politikerinnen und Politiker über ihre Köpfe hinweg bestimmen. Die anderen Parteien weigern sich ihrer Ansicht nach, Volksentscheide umzusetzen, indem sie auch nicht zwingendes Völkerrecht als dem Landesrecht übergeordnet erklären. Die direkte Demokratie werde dadurch ausgehöhlt.

Der Föderalismus von Kantonen und Gemeinden werde unterwandert, weil die anderen Parteien immer mehr Kompetenzen an die EU-Zentrale in Brüssel abgeben sowie die Schule, die Erziehung, das Wohnen und die Steuern immer mehr zentralisieren und von oben steuern wollten. Nur die SVP kämpfe gegen diese Einschränkung des Föderalismus.

16.3. Inhalt der Parteiprogramme von FPÖ und SVP – ein allgemeiner Vergleich

Die Parteiprogramme von FPÖ und SVP liefern zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Meinungen und Lösungsvorschläge, allerdings fallen beim Studium der Partei-

⁸¹⁸ SVP-Programm S. 7

⁸¹⁹ SVP-Programm S. 7

⁸²⁰ SVP-Programm S. 8

⁸²¹ SVP-Programm S. 8

programme sofort die „Key-points“ der beiden Parteien auf und diese weisen in vielen Bereichen Parallelen auf.

Harte Kritik wird von beiden Parteien an der Europäischen Union geübt. Ausländer und Asylwerber sowie der Islam stehen absolut im Mittelpunkt der Kritik, Angstmache und Politik. In fast allen Politikbereichen finden sich Anknüpfungspunkte zu einem oder mehreren dieser Themen.

Den „Key-points“ werden jeweils eigene Kapitel gewidmet, in denen die diesbezüglichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Parteien herausgearbeitet werden.

Wie schon vorhin erwähnt bringt die FPÖ in ihrem Parteiprogramm *„Österreich zuerst“* bereits am Titelblatt an Hand der von ihr verwendeten Slogans die Ideologie der „neuen“ rechtspopulistischen FPÖ zum Ausdruck. Die Betonung, dass Österreicherinnen und Österreichern der Vorzug vor den „Anderen“, den „Ausländern“ zu geben ist, zieht sich wie ein roter Faden durch das Parteiprogramm.

„Unser Herz schlägt rot weiß rot“ soll ebenfalls die Bedeutung und den Vorrang der Österreicherinnen und Österreich vor den Ausländerinnen und Ausländern suggerieren. Der Begriff „Heimat“, der ein „Wir-Gefühl“ erzeugen soll, wird auffallend oft strapaziert und die Bedrohung von außen immer wieder betont.

Auffällig ist die Betonung der sozialen Komponente („soziale Heimatpartei“), mit der die Partei offensichtlich die Stimmen der „kleinen Leute“ gewinnen möchte.

Zwischen den Zeilen kann man immer wieder das „Wir“ gegen „Die Anderen“ lesen, insbesondere „Wir Österreicher“ gegen „die Ausländer“. Die Ausländer werden für die steigende Kriminalität verantwortlich gemacht, und insbesondere Muslime als Eindringlinge in die nationale Identität angesehen („Sündenböcke“).

Die FPÖ verlangt ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Polizei, zB Einsparungen im Asyl- und Fremdenwesen zu Gunsten eines höheren Budgets für die Exekutive, personelle Aufstockung, bessere Bezahlung und die Einrichtung einer berittenen Polizei. Auch die Stärkung der Fremdenpolizei wird gefordert.

Im Unterschied zur SVP fordert die FPÖ Veränderungen in Form des Ausbaus der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild, damit gemeint ist die Möglichkeit von Volksabstimmungen und Referenden, die für die Schweiz ein wesentliches Merkmal der Konkordanzdemokratie sind.

Die Landeshauptleute und alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollen vom Volk, die Bundesregierung vom Nationalrat gewählt werden, Nationalrat und Bundesrat sollen reformiert werden, die Briefwahl abgeschafft und der Rechtsschutz durch Verfassungs- und

Verwaltungsgerichtshof verstärkt werden, die EU bzw. die Position Österreichs in der EU müssten verändert werden.

Ihre Wirtschaftspolitik bezeichnet die FPÖ als patriotisch, liberal und national und fordert beispielsweise eine niedrigere Abgabenquote (sogar als Verfassungsbestimmung)⁸²² sowie Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe.⁸²³

Nach dem Wirtschaftsprogramm der FPÖ vom August 2017 würde es durch die geplante Steuersenkung (Lohn/Einkommensteuer, Familienentlastung etc) zu einer „echten“ Entlastung von 12 Mrd. Euro kommen, welche u.a. durch eine Zusammenlegung der 22 Sozialversicherungsträger, den Abbau von Privilegien und durch Studienbeiträge für Ausländer finanziert werden soll.⁸²⁴

Für die rechtspopulistische bzw. rechtsextremistische Politik der FPÖ seien hier zwei Forderungen genannt, wo einfache Lösungen für komplexe Sachverhalte („Einfachschablone“) angeboten werden.

Die Forderung nach einem einheitlichen Sozialversicherungssystem (Zusammenführung sämtlicher Beitragsleistungen, Finanzierungs- und Steuerungsfunktionen) in Österreich ist ein neuerlicher Vorstoß (1441/A(E) der Partei, nachdem frühere Anträge in dieser Richtung bereits abgelehnt wurden.⁸²⁵

Nach Auffassung von Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer führt eine Zusammenlegung der Versicherungen erst mittel- bis langfristig zu hohen Einsparungen. Er hält es für sehr unrealistisch, plötzlich die bestehenden 14 Honorarkataloge, 21 Krankenkassen und 15 Krankenfürsorgeanstalten ernsthaft zusammenlegen zu können. Grundsätzlich bringe aber eine Zusammenlegung andere zahlreiche Vorteile, wie etwa die Vereinfachung des Systems und der Abstimmung zwischen den einzelnen Krankenkassen.⁸²⁶

Die weitere Forderung der FPÖ, die Mindestsicherung österreichischen Staatsbürgern vorzubehalten,⁸²⁷ entspricht zumindest einem der von Holzer aufgezählten Merkmalen rechtsextremer Ideologie. Außerdem gewähren die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen die Mindestsicherung für nicht österreichische Staatsbürger ohnehin nur im eingeschränkten

⁸²² Handbuch FPÖ S. 179

⁸²³ Handbuch S. 191f

⁸²⁴ Freiheitliches Wirtschaftsprogramm, S. 35

⁸²⁵ vgl. Homepage „Parlament“, Keine Mehrheit für Oppositionsideen zu Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0237/ (10.3.2016), 22.10.2017

⁸²⁶ vgl. „die Presse“, Sozialversicherungen: "In 100 Jahren ändert sich nichts", http://diepresse.com/home/innenpolitik/4197637/Sozialversicherungen_In-100-Jahren-aendert-sich-nichts (27.10.2014), 22.10.2017

⁸²⁷ Freiheitliches Wirtschaftsprogramm, S. 39

Rahmen. So haben etwa gemäß § 3 Abs. 2 Mindestsicherungsgesetz Asylwerber kein Recht auf Mindestsicherung.⁸²⁸

Im neuen Wirtschaftsprogramm der FPÖ werden auch die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern, in der Österreichischen Hochschülerschaft⁸²⁹ und der „ORF-Zwangsgebühren“⁸³⁰ sowie eine deutliche Entlastungen für Betriebe, zB durch eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine Reduktion verschiedener Steuern,⁸³¹ gefordert.

Die Partei bezieht in ihrem Parteiprogramm zu vielen weiteren Themen Stellung, allerdings würde eine Auseinandersetzung mit allen Punkten den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen.

Im Bereich Ehe und Familie vertreten beide Parteien sehr konservative bis rechtsextreme Positionen. Diese macht die FPÖ bereits mit ihrem Foto am Titelblatt „*Vater, Mutter und Kindern*“ deutlich.⁸³² Auch die SVP sieht die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau als Grundlage der Gesellschaft an.⁸³³ Beide Parteien lehnen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe ab und sind gegen Quotenregelungen und „Gender“-politik. Die FPÖ beklagt die niedrige Geburtenrate österreichischer Frauen (die Migration könne die dadurch bedingten Probleme nicht lösen), denn die Familie „*schenkt einem Volk durch Kinder Zukunft*“⁸³⁴; daher schlägt die FPÖ zahlreiche Maßnahmen zur Förderung inländischer bzw. österreichischer Mehrkindfamilien wie die Einführung des Steuersplittings für Familien, Ausbau des Kinderbetreuungsgeldes und keine Kindergarten- oder Kinderkrippenpflicht vor.

Beide Parteien betonen zwar immer wieder und auch an dieser Stelle ihre freiheitliche Gesinnung (Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, keine staatliche Einmischung), ihre gesellschaftspolitischen Positionen und Forderungen sind aber im Ergebnis nicht liberal, sondern beruhen auf einem sehr traditionellen, rechten, christlich-konservativen Familienbild.

Die SVP stellt auf dem Titelbild ihres Parteiprogrammes – ebenfalls idealtypisch für rechtspopulistische Positionen – den Heimatbezug zur Schweiz her, in dem sie sich als die Partei

⁸²⁸ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter:
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrVbg&Gesetzesnummer=20000397> (22.10.2017)

⁸²⁹ Freiheitliches Wirtschaftsprogramm, S. 28f

⁸³⁰ Freiheitliches Wirtschaftsprogramm, S. 28

⁸³¹ Freiheitliches Wirtschaftsprogramm, S. 20f

⁸³² Handbuch S. 131f.

⁸³³ SVP-Programm S. 94f

⁸³⁴ Handbuch S. 140

für die Schweiz bezeichnet. Dieser Heimatbezug wird durch das Schweizerkreuz und den Begriff der „*Schweizer Qualität*“ auf dem Titelblatt hervorgehoben.

Auch die SVP möchte den Schweizerinnen und Schweizern Vorrang vor den Ausländern einräumen. Die Schweiz und ihre Errungenschaften, ihre Einzigartigkeit, ihre Souveränität, die Mitbestimmung der Bürger, der Föderalismus und die Neutralität seien durch fremde Mächte (EU, Ausländer) in Gefahr, nur die SVP möchte die Sonderstellung der Schweiz schützen und erhalten. Auch hier wird also ein „Wir-Gefühl“ in Abgrenzung gegen „Die Anderen“ aufgebaut, welches sich durch das gesamte Parteiprogramm zieht. Bemerkenswert ist, dass alle anderen Parteien und Institutionen der Schweiz den Pfad des äußerst erfolgreichen Schweizer Weges verlassen wollen, nur die SVP nicht. Überdies ist anzumerken, dass die SVP auf Grund des Konkordanzprinzips regelmäßig in der Regierung vertreten ist und die Schweizer Politik mitgestaltet. Dies wird im Parteiprogramm negiert und man kann den Eindruck gewinnen, die SVP betreibe als einzige der großen Parteien Oppositionspolitik.

Im Unterschied zur FPÖ verwendet die SVP nicht den Begriff „*sozial*“, sondern bezeichnet sich als „*Die Partei des Mittelstandes*“. Diese Formulierung ist durchaus nachvollziehbar, betont doch die SVP die Wichtigkeit des Mittelstandes und hat sie auch dadurch Wahlen in der Schweiz mehrfach gewonnen.

Die Betonung der SVP als traditionell wirtschaftsliberal, unternehmens- und leistungsfreundlich mit entsprechenden Forderungen wie Senkung der Abgabenquote, Bürokratieabbau, Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe, Stärkung des Privateigentums etc, die einer bürgerlichen Mittelstandspartei durchaus entsprechen, ist in dieser Form bei der FPÖ nicht zu finden.

Ein Unterschied zwischen FPÖ und SVP liegt darin, dass die FPÖ Veränderungen möchte, während hingegen die SVP in einigen Bereichen immer wieder den Erhalt des Status quo fordert: Die Schweiz soll in ihrer über Jahrhunderte bewährten Form erhalten bleiben, ein „schleichender“ EU-Beitritt müsse verhindert werden, die Neutralität dürfe nicht ausgehöhlt und die Verfassung nicht missachtet werden.

Beide rechtspopulistische Parteien sind ganz im Sinne von „Law & Order“ für mehr und besser ausgestattete Sicherheitskräfte⁸³⁵, für eine bewaffnete Landesverteidigung sowie ein personell und finanziell gut dotiertes Heer⁸³⁶ sowie härtere Strafen für Kriminelle.⁸³⁷

⁸³⁵ Handbuch S. 244

⁸³⁶ SVP-Programm S. 46-49; Handbuch S. 245-249

⁸³⁷ SVP-Programm S. 45; Handbuch S. 110

Im Kapitel „*Mensch, Familie und Gemeinschaft*“⁸³⁸ fordert die SVP die Abschaffung der vom Volk 1994 knapp akzeptierten Rassismus-Strafnorm⁸³⁹, da diese die freie Meinungsäußerung einschränke.

Die FPÖ sieht durch „*Gesetze, die politische Meinungen unter Strafe stellen*“⁸⁴⁰, das Grundrecht der Meinungsfreiheit in Gefahr, was als Forderung nach Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes⁸⁴¹ verstanden werden kann, da sie dieses in der Vergangenheit wiederholt in Frage stellte.⁸⁴²

Eine traditionelle Klientel der FPÖ – Waffenbesitzer und Jäger – wird nicht vernachlässigt. Die FPÖ spricht sich gegen eine Verschärfung des Waffenrechts aus; vielmehr wird für besonders gefährdete Personengruppen ein leichter Zugang zum Waffenpass gefordert.⁸⁴³ An dem althergebrachten Recht der Jäger, Waffen zu besitzen und zu führen, sei festzuhalten.⁸⁴⁴

Auch von der SVP werden eine Beibehaltung des liberalen Waffenrechts und das Ende von Schikanen für Jäger, Schützen und Waffensammler gefordert.⁸⁴⁵

Von der SVP werden die Rechte der Autofahrer vertreten⁸⁴⁶, auch weil die rechte Auto-Partei der Schweiz mittlerweile bedeutungslos ist und einige ihrer Vertreter zur SVP übergetreten sind. Auch die FPÖ fordert im Sinne der Autofahrer „*freie Fahrt für freie Bürger*“.⁸⁴⁷

Die Forderung nach Förderung und steuerlicher Entlastung des Autoverkehrs kann nicht als liberal, sondern nur als populistisch bezeichnet werden. Mit derartigen Maßnahmen würden die Verursacherkosten auf die Allgemeinheit überwälzt und in die Freiheit anderer, nämlich nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer, eingegriffen.

⁸³⁸ SVP-Programm S. 94f

⁸³⁹ In Artikel 261 Schweizer Strafgesetzbuch werden Rassendiskriminierung und Volksverhetzung zB Holocaust Leugnung unter Strafe gestellt, online unter: <http://www.ekr.admin.ch/themen/d184.html>, (08.06.2017)

⁸⁴⁰ Handbuch S. 86

⁸⁴¹ vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, Verbotsgesetz 1947, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000207> (22.10.2017)

⁸⁴² Brigitte *Bailer-Galanda*, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, online unter: https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 22

⁸⁴³ Handbuch S. 243f

⁸⁴⁴ Handbuch S. 77

⁸⁴⁵ SVP-Programm S. 49

⁸⁴⁶ SVP-Programm S. 66f

⁸⁴⁷ Handbuch S. 215

Im Kapitel „Wohlstand und Soziales Gleichgewicht“⁸⁴⁸ zum Thema Wirtschaftspolitik bezeichnet sich die FPÖ als „patriotische, liberale und soziale Partei.“⁸⁴⁹ Die patriotischen Grundsätze würden den unbedingten Vorrang des eigenen Volkes bedingen. Weiters wird ausgeführt: „Durch die Wirtschaft soll das Fortkommen und die Existenz der Gemeinschaft gestützt werden, und die Gemeinschaft bildet alle Teile des Staates und des Volkes. Den besten Rahmen dafür bietet ein generationenübergreifend agierender, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Nationalstaat, der als echte Solidargemeinschaft konzipiert ist.“⁸⁵⁰

Bailer-Galanda weist in einer Analyse des Parteiprogramms darauf hin, dass hier die Idee des Volkes und der Volksgemeinschaft, welche nach den (bereits oben dargelegten) Kriterien von Willibald I. Holzer zentrale Elemente rechtsextremer Ideologie darstellen, propagiert wird. Die Volksgemeinschaft biete dem Individuum Geborgenheit an dem ihm zustehenden Platz, an dem er seine Bedeutung in seiner Verpflichtung für die Ganzheit des Volkes erlange.⁸⁵¹ Aus diesem im Zentrum rechtsextremer Ideologie stehenden Konzept einer Volksgemeinschaft, in die man hineingeboren werde und zu der jeder Einzelne beizutragen habe, ließen sich gemeinsam mit dem ebenfalls zu Grunde liegenden Deutsch-nationalismus die meisten weiteren politischen Forderungen ableiten.⁸⁵²

Die Idee der Volksgemeinschaft wird von der SVP nicht vertreten. Hier bezieht man sich immer wieder auf die Schweizer Bürger und Bürgerinnen und das Volk als Souverän, welches im Gegensatz zu den politischen Eliten stehe. Die von der FPÖ immer wieder geforderte Stärkung der direkten Demokratie besteht in der Schweiz bereits sehr lange durch die direkten Demokratieinstrumente Volksabstimmung und Referendum. Hier gilt es nach Auffassung der SVP vielmehr, die traditionellen Rechte des Volkes zu bewahren.

Im Unterschied zum Parteiprogramm der SVP sind in jenem der FPÖ in ihren fünf Vorwörtern – wie schon dargestellt – bereits grundlegende ideologischen Aussagen enthalten.

⁸⁴⁸ Handbuch S. 171f.

⁸⁴⁹ Handbuch S. 171.

⁸⁵⁰ Handbuch S. 171

⁸⁵¹ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 2

⁸⁵² vgl. „derStandard“, Brigitte Bailer-Galanda, Die FPÖ und ihr Handbuch für Extremismus, online unter: <http://derstandard.at/2000047805924/Die-FPOe-und-ihr-Handbuch-fuer-Extremismus> (18.11.2016), 06.06.2017

16.4. Einzelne relevante Themenbereiche im Vergleich

16.4.1. Die Europäische Union

16.4.1.1. FPÖ

Die FPÖ behandelt den Bereich im Handbuch im Kapitel 10 „*Europa der Vielfalt*“, ⁸⁵³ Aber auch an anderen Stellen im Handbuch sind immer wieder Bemerkungen zur EU enthalten. So ist im Kapitel 3.1.1. „*Souveränität unserer Heimat*“ zu lesen:

„Die Bundesregierung hat den Staat Österreich und seine Bürger durch den Beitritt zur EU ohne Wenn und Aber sowie durch die Zustimmungen zu deren Erweiterung und durch die Ratifizierung des Reformvertrages (Vertrag von Lissabon) so weit entrechtet, dass dem Staat und seinen Bürgern ein großer Teil des eigenstaatlichen Gestaltungsrechts genommen wurde.

Die Regierungsparteien haben den EU-Fiskalpakt und gemeinsam mit den Grünen den ESM-Vertrag am 4. Juli 2012 beschlossen. Mit dem ESM-Vertrag, der außerhalb des EU Reformvertrages liegt, wurde eine zwingende Volksabstimmung über die Änderung der österreichischen Verfassung sowie des EU-Reformvertrages, bei dem schon der österreichischen Bevölkerung unter Verfassungsbruch die Abstimmung verweigert wurde, umgangen.

*Schon mit dem EU-Reformvertrag geriet Österreich in die Abhängigkeit der EU-Bürokratie. Schließlich wurde mit den im Juli 2012 beschlossenen Verträgen, durch die die Budget- und Finanzhoheit Österreichs ausgehebelt wurde, der Verlust der Selbstbestimmung Österreichs endgültig besiegelt.“*⁸⁵⁴

Die FPÖ hat sich also von einer einstmals pro-europäischen Partei zu einer äußerst europakritischen Kraft entwickelt. So hat das Vorwort des Europaabgeordneten Harald Vilimsky nur ein Thema, nämlich die EU-Kritik. Beklagt werden das „*Ziel der totalen Zentralisierung*“, „*die Ausschaltung demokratischer Prozesse*“, „*die blinde Zustimmung zum ESM*“, der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU, die Nachteile des Euro und das Ziel der „*Vereinigten Staaten von Europa*.“⁸⁵⁵

Im Kapitel „*Europa der Vielfalt*“⁸⁵⁶ behauptet die FPÖ, dass sie einer europäischen Einigung positiv gegenüber stehe. Die EU habe jedoch vielfach falsche Schwerpunkte gesetzt und sei

⁸⁵³ Handbuch S. 275f

⁸⁵⁴ Handbuch S. 83

⁸⁵⁵ Handbuch S. 21f

⁸⁵⁶ Handbuch S. 275f

„zu einem Protektorat Amerikas“⁸⁵⁷ abgesunken. Weiters beklagt werden die „demografische Katastrophe“⁸⁵⁸, die „Immigrationsproblematik“⁸⁵⁹ und die „Auflösung der verbindlichen Werte.“⁸⁶⁰

Die FPÖ fordert eine Umkehr vom Weg zu einem zentralistischen Superstaat zu einem Europa der Vaterländer und eigenständigen Nationalstaaten; die somit von ihr gewünschte Renationalisierung ist nicht nur eine klassisch rechtspopulistische Position, sondern nach Bailer-Galanda handelt die FPÖ mit dem Wunsch nach einem Europa der Völker, dessen innere Struktur nach Volks- und Sprachgrenzen aufgebaut ist, im Einklang mit anderen Rechtsextremen. Ganz Im Sinne nationalistischer Vorstellungen sollen die Nationalstaaten keine Kompetenzen nach „Brüssel“ abgeben.⁸⁶¹

Weiters fordert die Partei den Ausstieg aus dem Euro, welcher gescheitert sei, denn „Österreichs Zukunft liegt im Schilling“.⁸⁶² Die FPÖ möchte nach ihren nationalistischen Vorstellungen ein völlig anderes Europa, das möglichst dezentral und föderativ strukturiert ist, das die Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Völker Europas beachtet und weiterentwickelt, das sich gegen „unlebbar Multikulturalismus, gegen Massenzuwanderung und gegen einen „melting pot“ wendet“.⁸⁶³ Die FPÖ will einen Staatenbund und keinen Bundesstaat. Auch ein Austritt aus der EU sei kein Tabu, sondern „ultima ratio“⁸⁶⁴; allerdings wäre ein derartiger Alleingang ohne große wirtschaftliche Nachteile fast unmöglich. Die Türkei könne nicht EU Mitglied werden, denn sie sei weder kulturell noch geografisch ein Teil Europas.

In dem von der FPÖ angestrebten Staatenbund freier und unabhängiger Nationalstaaten sollte im Inneren den Mitgliedstaaten ein größtmögliches Ausmaß an Souveränität zukommen, während bei der Außen- und Sicherheitspolitik ein gemeinsames Auftreten gewährleistet sein müsste. Diese Neuausrichtung könne nur gelingen, wenn der „bürokratische Wahnsinn“⁸⁶⁵ und der „Machtapparat der Europäischen Kommission in Brüssel völlig entfilzt“⁸⁶⁶

⁸⁵⁷ Handbuch S. 275

⁸⁵⁸ vgl. ebd.

⁸⁵⁹ vgl. ebd.

⁸⁶⁰ vgl. ebd.

⁸⁶¹ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 4f

⁸⁶² Handbuch S. 276

⁸⁶³ Handbuch S. 277

⁸⁶⁴ Handbuch S. 278

⁸⁶⁵ Handbuch S. 279

⁸⁶⁶ vgl. ebd.

und „*europäisches Recht einer Totalrevision*“⁸⁶⁷ unterzogen werde. Gefordert wird ein völlig neuer Europäischer Grundlagenvertrag mit einer Neuregelung der Institutionen der EU.

Durch den Vertrag von Lissabon, der den Mitgliedstaaten vom „*EU-Establishment*“⁸⁶⁸ aufoktroiert worden sei, sei der rechtliche Charakter eines Bundesstaates herbeigeführt worden und Österreich seiner Neutralität „*verlustrig*“⁸⁶⁹ gegangen, da es „*im Extremfall sogar Angriffskriege mittragen*“⁸⁷⁰ müsste.

Kritisiert wird auch die „*angebliche Grundrechte-Charta*“⁸⁷¹ der EU, denn mit dieser würden die Antidiskriminierungsbestimmungen verschärft, soziale Grundrechte (Sozialleistungen auch für niederlassungsberechtigte Nicht-EU-Bürger) eingeführt und die freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt. Der Europäische Stabilitätspakt ESM und die Fiskalunion seien entscheidende erste Schritte zu einem Einheitsstaat und werden von der FPÖ kategorisch abgelehnt. Gefordert wird weiters ein „*Kerneuropa der Nettozahler*“⁸⁷², Renationalisierung und Subsidiarität.

Gefordert wird auch ein Erweiterungsstopp mit Ausnahme der Länder des Balkans. Europa solle die vorgegebenen geografischen Grenzen auch politisch ziehen, wobei auf die abendländischen Werte, das Erbe der Kulturen und die Traditionen der europäischen Zivilisation hingewiesen wird. Die FPÖ bekennt sich zu einem „*Europa der Vielfalt der historisch gewachsenen, autochthonen Ethnien und lehnt ein multikulturelles Europa entschieden ab*.“⁸⁷³

Massenzuwanderung nach Europa müsse verhindert werden, Zuwanderungsfragen in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben. Die Neutralität Österreichs sei aufrechtzuerhalten und müsse bei den europäischen Verpflichtungen Österreichs beachtet werden.

16.4.1.2. SVP

Die Ausgangslage der rechtspopulistischen SVP ist eine andere. Da die Schweiz weder Mitglied des EWR noch der EU ist, wird vor einem „schleichenden“ EU Beitritt gewarnt. Im Parteiprogramm wird im Kapitel „*Außenpolitik*“⁸⁷⁴ schon in der Einleitung gefordert, dass der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die „*politischen*

⁸⁶⁷ vgl. ebd.

⁸⁶⁸ Handbuch S. 281

⁸⁶⁹ vgl. ebd.

⁸⁷⁰ vgl. ebd.

⁸⁷¹ Handbuch S. 282

⁸⁷² vgl. ebd.

⁸⁷³ Handbuch S. 284

⁸⁷⁴ SVP-Programm S. 10f

*Eliten*⁸⁷⁵ gestoppt werden müsse. Die Schweiz dürfe nicht weiter „schleichend“ in internationale Gebilde wie die EU eingebunden werden. Als Feinde der in der Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Neutralität und Unabhängigkeit werden Bundesrat, Bundesverwaltung, Gerichte und verschiedene Rechtsprofessoren ausgemacht. Die geplante institutionelle Anbindung an die EU sei der gröbste Verstoß gegen jegliche Werte in der Schweiz.⁸⁷⁶ Nicht nur fremde Gesetze und fremde Richter sollen übernommen werden, sondern auch fremde EU-Beamte sollen die Schweiz kontrollieren. Ein Rahmenvertrag soll diese institutionelle Einbindung vollziehen, sodass die Schweiz die *"maßlos fortschreitende Rechtsentwicklung der EU zwingend übernehmen"*⁸⁷⁷ müsste. Der EU-Gerichtshof würde bei Streitigkeiten die Schweiz verbindlich verurteilen dürfen. Die Schweiz müsse ihre Unabhängigkeit behalten, dieses *„unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Projekt“*⁸⁷⁸ müsse daher verhindert werden.

Die Schweiz sei in sämtlichen Rankings der EU überlegen, sei es Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem oder Verschuldung. Dass die Schweiz nicht Mitglied der EU sei, verdanke sie nicht den selbstgefälligen Eliten, sondern dem Sonderfall der direkten Demokratie in Form der Mitbestimmung des Volkes. Es sei das Verdienst der SVP, mit der Bevölkerung gegen EWR- und EU-Beitritt gekämpft zu haben. Die Schweiz brauche zwar gute und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls eine staatliche, in die Unterwürfigkeit führende Einbindung. Bilaterale Verträge seien vorzuziehen. Die EU sei geprägt von Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Demokratie und Zentralismus, die Schweiz dagegen von Freiheit, Unabhängigkeit, direkter Demokratie, Neutralität und Marktwirtschaft. Die Werte der Schweiz müssten unablässig verteidigt werden.

Im Kapitel *„Kulturpolitik“*⁸⁷⁹ wehrt sich die SVP gegen die Teilnahme an EU-Kulturprogrammen, da eine solche geldverschwenderisch, bürger- und wirtschaftsfern sei.

16.4.1.3. Conclusio

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die Position der FPÖ zur EU dem klassischen Konzept des Rechtspopulismus und rechtsextremen nationalistischen Vorstellungen im Einklang mit dem Front National und anderen Rechtsparteien entspricht.⁸⁸⁰ Gefordert werden eine völlige Neugestaltung der Union und eine Renationalisierung. Im Hinblick auf

⁸⁷⁵ vgl. ebd.

⁸⁷⁶ SVP-Programm S. 12

⁸⁷⁷ SVP-Programm S. 13

⁸⁷⁸ vgl. ebd.

⁸⁷⁹ SVP-Programm S. 86f

⁸⁸⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 5

Meinungsumfragen, wonach die österreichische Bevölkerung zwar europakritisch ist, aber Österreichs Mitgliedschaft in der EU grundsätzlich befürwortet, wird der Austritt aus der EU von der FPÖ derzeit nicht gefordert, sehr wohl aber ein Austritt aus der Eurozone für wünschenswert erachtet.

Die Position der SVP zur EU ist bei weitem nicht so detailliert beschrieben wie jene der FPÖ. Da die SVP nicht Mitglied der EU ist und dies kategorisch ablehnt, hat sie keine Vorschläge zur Reform der EU anzubieten. Die Position ist aber trotzdem jedenfalls als rechtspopulistisch zu beurteilen. Bewahrung der nationalen Souveränität und Identität sowie Angstmake vor dem Verlust von Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit durch fremde, bürokratische und zentralistische Mächte gehören zu den Identitätsmerkmalen rechtspopulistischer Ideologie.

Von beiden Parteien wird in diesem Kapitel ein Gefühl des „Wir“ (unsere Partei gemeinsam mit dem Volk) gegen die „Anderen“ (in diesem Fall die EU) erzeugt, das zusätzlich vom Begriff des „Wir“ gegen die „politischen Eliten“ oder gegen das „politische Establishment“ ergänzt und verstärkt wird.

16.4.2. Außenpolitik

16.4.2.1. FPÖ

Dieser Bereich wird im FPÖ-Handbuch unter Punkt 9 „*Weltoffenheit und Eigenständigkeit*“⁸⁸¹ behandelt. Hier findet sich das nach Bailer-Galanda deutschnationale Bekenntnis, wonach Österreich ein Teil des deutschen Volkes sei. Die Zugehörigkeit zu einem Volk werde im Rechtsextremismus nach dem im 19. Jh. aufgekommenen Volksbegriff auf Basis der Sprache definiert.⁸⁸² Für die FPÖ ist Österreich Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, welche ein besonderes Verhältnis zu Deutschland und zur Schweiz bedinge. Die deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Monarchie sollen über die gleichen Rechte wie die „*autochthonen Minderheiten*“⁸⁸³ in der Republik verfügen.

Die Beneš Dekrete⁸⁸⁴ und AVNOJ Beschlüsse⁸⁸⁵ seien aufzuheben. Enteignete und geraubte Güter von Sudetendeutschen u.a. seien zu restituieren. Südtirol sei die Möglichkeit des Bei-

⁸⁸¹ Handbuch S. 267f

⁸⁸² Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 3

⁸⁸³ Handbuch S. 267

⁸⁸⁴ vgl. „Die Presse“, Hans-Jörg Schmidt, Beneš-Dekrete: Das Ende einer 800-jährigen deutschen Geschichte, online unter: http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4732867/BenesDekrete_Das-Ende-einer-800jaehrigen-deutschen-Geschichte (16.5.2015), 07.06.2017

⁸⁸⁵ Im Zuge der Bildung der föderativen jugoslawischen Volksrepublik wurden gegen oder knapp nach Ende des 2. Weltkriegs u.a. Beschlüsse auf entschädigungslose Enteignung der deutschsprechenden Bevölkerung gefasst.

tritts zu Österreich oder die Umwandlung in einen „von Rom unabhängigen Freistaat“⁸⁸⁶, „allenfalls als Vorstufe zur Heimkehr in das Vaterland Österreich“⁸⁸⁷, zu ermöglichen. Die Forderung „Südtirol zu Österreich“ wird von Bailer-Galanda als „Außenpolitik im Zeichen des Deutschnationalismus“ bezeichnet.⁸⁸⁸ Die Schutzmachtfunktion Österreichs für Südtirol und alt-österreichische Minderheiten im Ausland sollte in der Verfassung verankert werden. Besondere Beachtung sollte den vertriebenen, geflüchteten und deportierten Volksgruppen im Sinne der von den Vertriebenenverbänden 2007 unterzeichneten Triester Erklärung zukommen.

Den Euregio-Projekten wird eine klare Absage erteilt, da sie vom „multikulturellen Ungeist“⁸⁸⁹ getragen seien.

Der Balkan hat eine besondere Bedeutung, wobei die FPÖ insbesondere vor einer Islamisierung der Balkanstaaten warnt. So würde ein unabhängiger Kosovo „einen weiteren muslimischen Staat in Europa“⁸⁹⁰ bedeuten.

Das Verhältnis der FPÖ zu den USA ist distanziert, während Russland ein wichtiger Partner der EU sei.⁸⁹¹

Entwicklungshilfe sei aus freiheitlicher Sicht an die Bereitschaft der afrikanischen Staaten zu koppeln, ihre Bürger, die kein Asyl erhalten hätten oder straffällig geworden seien oder sich illegal in Österreich aufhielten, zurückzunehmen. Afrikanische Asylwerber sollten ausschließlich in Afrika untergebracht und betreut werden, da es in Afrika genügend sichere Drittstaaten gebe.

16.4.2.2. SVP

Im Parteiprogramm der SVP firmiert Außenpolitik unter der Überschrift „Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.“⁸⁹² Da auch das Verhältnis zur EU für die Schweiz Außenpolitik darstellt, werden die Bereiche Außenpolitik und EU in einem Kapitel abgehandelt.⁸⁹³

online unter: http://www.wienerzeitung.at/weltpolitik/?em_cnt=190611&em_cnt_page=2 (26.2.2002), 07.06.2017

⁸⁸⁶ Handbuch S. 268

⁸⁸⁷ Handbuch S. 268

⁸⁸⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 4

⁸⁸⁹ Handbuch S. 269

⁸⁹⁰ Handbuch S. 269

⁸⁹¹ Russland wurde in jüngerer Zeit zu einem wichtigen Partner rechtsextremer Parteien und unterstützt diese auch finanziell. Vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 6

⁸⁹² SVP- Programm S. 10

Die Unabhängigkeit und die Neutralität dürften nicht weiter ausgehöhlt werden. Diplomaten und Bundesräte würden sich in Konflikten auf eine Seite schlagen, anstatt unparteiisch und neutral zu bleiben. Es widerspreche diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebe. Dies sei aber der Plan der *„classe politique in Bern.“*⁸⁹⁴ Kritisiert wird weiters, dass das internationale Recht ganz offen höher eingestuft werde als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeige sich darin, dass *„immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden.“*⁸⁹⁵ Dieses fremde Recht würde oft trügerisch als Völkerrecht bezeichnet, sei aber nicht demokratisch legitimiert. Was als Menschenrechte bezeichnet würde, sei *„eine ideologisch meist zu Gunsten einer zentralistischen, staatsgläubigen und sozialistischen Lösung hinführende Weiterentwicklung und Weiterinterpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“*⁸⁹⁶ Die internationalen Gerichte würden die Verfassungen der Staaten missachten.

Kritisiert wird, dass von der Schweiz jährlich bereits über 3 Milliarden SFR für Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Da die Geschichte der Entwicklungshilfe eine Abfolge von Enttäuschungen und Fehlschlägen sei, fordert die SVP, die Auslandshilfe zu beschränken und den Schwerpunkt auf humanitäre Hilfe zu legen. Die SVP verlangt – ähnlich der FPÖ – die Entwicklungshilfe an Rückführungsabkommen mit den Ländern der Asylwerber zu koppeln.

Der Bundesrat müsse wieder zur gelebten Neutralität zurückkehren, die die Regierung zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung verpflichtet. Eine einsatzbereite Milizarmee mache die Neutralität glaubwürdig. Der Bund dürfe keine einseitige Sanktionspolitik mittragen, auch nicht eine von der UNO, der EU oder der OSZE getragene. Die Schweiz als Kleinstaat solle auf die bewährte Leistung guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe setzen, anstatt *„Großmachtallüren“*⁸⁹⁷ zu zeigen.

16.4.2.3. Conclusio

Zusammenfassend sind im Zugang zur Außenpolitik, auch bedingt durch die unterschiedliche Geschichte der beiden Länder und der beiden Parteien, durchaus Unterschiede festzumachen. Für die SVP ist das Wichtigste, die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz in ihrer „reinen Form“ zu bewahren, für niemand Partei zu ergreifen und keinen internationalen Organisationen beizutreten. Die Schweiz soll gute Dienste als Vermittler anbieten und nur

⁸⁹³ SVP-Programm S. 10-15

⁸⁹⁴ SVP- Programm S. 11

⁸⁹⁵ SVP- Programm S. 12

⁸⁹⁶ SVP- Programm S. 12

⁸⁹⁷ SVP- Programm S. 15

humanitäre und möglichst wenig finanzielle Hilfe leisten. Die SVP will, dass sich die Schweiz niemand „unterwirft“, auch nicht dem Völkerrecht oder internationalen Gerichtshöfen, denn, wie es „Willy“ ausdrückt: „*Ich bestimme selbst*.“⁸⁹⁸

Die FPÖ hingegen möchte eine aktivere Außenpolitik als die SVP und setzt sich, da Österreich der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft zugehörig sei, ganz im Sinne des Deutschnationalismus nicht nur für ein besonderes Verhältnis zu Deutschland und zur Schweiz, sondern auch besonders für Südtirol, Heimatvertriebene und andere deutschsprachige Minderheiten in Staaten der ehemaligen k. u. k. Monarchie ein. Weiters möchte sie ein engeres Verhältnis zu Russland und ein distanzierteres zu den USA.

Die Entwicklungshilfe sehen beide Parteien im Sinne rechtspopulistischer Ideologie kritisch.

16.4.3. Heimat, Zuwanderung, Ausländer, Asyl

16.4.3.1. FPÖ

Dieser Themenkomplex ist das beherrschende Thema im Handbuch freiheitlicher Politik. Aussagen dazu finden sich ausführlich im Kapitel „2. Heimat und Identität, 2.1. Recht auf Heimat“⁸⁹⁹, aber auch bei anderen Themenbereichen, so zB in den Kapiteln „5.5.12 Arbeitsmarkt und Zuwanderung“⁹⁰⁰, „6.1.3 Sozialversicherung für Ausländer“⁹⁰¹, „6.1.4 Missbrauch der E-Card“⁹⁰², „7.1.3. Kriminalität bekämpfen statt verwalten“⁹⁰³, „7.1.4. Drogenkriminalität“⁹⁰⁴ und „10.14. Massenzuwanderung nach Europa verhindern“⁹⁰⁵

Die FPÖ möchte die Heimat, „die autochthone Bevölkerung“⁹⁰⁶ und die „hiesige Leitkultur“⁹⁰⁷ schützen. Begründet wird der rechtsextreme, nationalistische Ansatz der Ablehnung der Zuwanderung nicht mehr mit biologistisch-rassistischen Elementen, sondern mit kulturellem Rassismus.⁹⁰⁸ Österreich sei kein Einwanderungsland und die FPÖ lehnt „jegliche Zuwanderung“⁹⁰⁹ sowie „multikulturelle Parallelgesellschaften“⁹¹⁰ ab. Da seit dem Jahr 2000 fast

⁸⁹⁸ SVP- Programm S. 10

⁸⁹⁹ Handbuch S. 31f

⁹⁰⁰ Handbuch S. 210

⁹⁰¹ Handbuch S. 222

⁹⁰² Handbuch S. 223

⁹⁰³ Handbuch S. 236f.

⁹⁰⁴ Handbuch S. 239f

⁹⁰⁵ Handbuch S. 284

⁹⁰⁶ Handbuch S. 31

⁹⁰⁷ Handbuch S. 31

⁹⁰⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S. 12

⁹⁰⁹ Handbuch S. 31

1 Million Ausländer zugezogen seien, sei Integration nicht mehr möglich und es müsse das Ziel sein, nach dem Prinzip der „Minus-Zuwanderung“ Ausländer, welche sich strafbar gemacht hätten, integrationsunwillig seien oder die keinen Arbeitsplatz hätten, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Ausgehend von Statistiken, Zeitungsberichten, Interviews etc kommt die FPÖ zum Schluss, dass die falsche Zuwanderungspolitik durch die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch zugewanderte Menschen sowie durch die Verdrängung am Arbeitsmarkt zu einem Wohlstandsverlust führe. Daher fordert die FPÖ folgende *„konkrete Maßnahmen zur Steuerung der Zuwanderung“*:

Vorläufiger Zuwanderungsstopp für Personen aus Drittstaaten.

Wiedererlangung der nationalen Entscheidungshoheit über die Binnenmigration in der Europäischen Union – Keine bedingungslose Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger.

Einführung eines Modells mit befristetem Gastarbeiterstatus, welches den Familiennachzug grundsätzlich ausschließt (Ausnahmeregelungen für höchstqualifizierte Spezialisten, Wissenschaftler, Top-Manager, etc.) – Ablehnung einer auf dauerhafte Niederlassung orientierten Zuwanderung.

Keine Familien- und Sozialhilfeleistungen an Drittstaatsangehörige.“⁹¹¹

Die FPÖ bekennt sich auch zur konsequenten Rückführung von Ausländern mit abgewiesenem Asylantrag, die Sozialmissbrauch betreiben oder die keine Wohnung haben. Die Niederlassungsfreiheit und Öffnung des Arbeitsmarktes für EU-Bürger aus Osteuropa sei auf Grund des Wohlstandsgefälles ebenfalls abzulehnen. Die Sonderrechte türkischer Staatsbürger in Bezug auf die Visapflicht seien aufzuheben.

Zur Integration von Ausländern macht die FPÖ folgende Vorschläge:

„Aktiver Erwerb von Sprachkenntnissen und selbständige Finanzierung durch Zugewanderte.

Keine Teilnahme am Regelunterricht ohne ausreichende Deutschkenntnisse.

Begrenzung des Anteils von Kindern nichtdeutscher Muttersprache mit höchstens 30 % pro Klasse.

Gemeindewohnungen nur für Staatsbürger.

Verschärfung der Integrationsvereinbarung durch Beendigung der Aufenthaltsberechtigung bei Nichterfüllung.“⁹¹²

Besonders „am Herzen“ liegt der FPÖ auch das Thema „Asyl und Asylmissbrauch“⁹¹³. Dieser Punkt ist mit zahlreichen Zeitungsschlagzeilen folgender Art garniert:

⁹¹⁰ Handbuch S. 31

⁹¹¹ Handbuch S. 37

⁹¹² Handbuch S. 39

⁹¹³ Handbuch S. 39f



Abb. 9: „falsche Asylanten betrogen das Sozialamt“⁹¹⁴

Grundsätzlich sollte Asyl, auch wenn anerkannte Asylgründe vorliegen, nur gewährt werden, wenn die Einreise nicht über ein sicheres Drittland erfolge. Asyl sei nur auf Zeit, nämlich bis zum Wegfall des Asylgrundes, einzuräumen. Das Bild des österreichischen Asylsystems sei besorgniserregend. Die Asylanträge seien stark gestiegen, anerkannt werde ein von fünf Asylwerbern. Ein Problem seien auch unbegleitete minderjährige Asylwerber, da die Idee dahinter scheinbar der der Anerkennung folgende Familiennachzug sei. Der Fall Arigona Zogaj sei als Beispiel des gelungenen Asylmissbrauchs zu nennen.

Die geförderten NGOs, zB Caritas oder Diakonie, hätten sich entschlossen, gemeinsam mit den Grünen Politik zu machen, als Lobby zu agieren und die Asylverfahren nur zu verzögern. Dadurch seien sie selbst zu einem Teil des Problems geworden. Die Schwäche des Asylrechts sei, es lasse zu viel Missbrauch zu. Ein großes Problem seien auch Suizidrohungen von Abzuschiebenden sowie straffällige Fremde. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Drogenkriminalität afrikanischer Asylwerber. Ein Problem seien auch die EU-Normen, die eine Verschärfung des Asylrechts verhinderten.

Die FPÖ fordert daher:

„Zeitliche Straffung des Asylverfahrens in erster Instanz auf maximal drei Monate bei verpflichtendem Aufenthalt in einer Betreuungsstelle.

Festschreiben eines strikten Neuerungsverbotes.

Keine Verfahrenseröffnung bei Asylanträgen von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten.

Verfahrenseinstellung beim Versuch des Erschleichens der Asyleigenschaft, bei Täuschungen der Behörden über die Identität des Antragstellers und bei selbstverschuldeter Nichtvorlage von Reise- oder Ausweisdokumenten durch den Asylwerber.

Bei Straffälligkeit Abschiebung von Fremden mit der rechtskräftigen Verurteilung bzw. sofortige Beendigung des Asylverfahrens.“⁹¹⁵

Die Staatsbürgerschaft ist für die FPÖ ein hoher Wert. Sie fordert daher, die Voraussetzungen für deren Erlangung generell und insbesondere für Asylberechtigte zu verschärfen und die Voraussetzungen für die Aberkennung zu erleichtern.

⁹¹⁴ vgl. Handbuch freiheitlicher Politik, S. 42, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf, 22.12.2017

⁹¹⁵ Handbuch S. 48

Den zahlreichen „*Heimatvertriebenen*“⁹¹⁶ möchte die FPÖ hingegen ein Rückkehrrecht in ihre Heimat Österreich garantieren.

Für Ausländer möchte die FPÖ eine eigene Sozialversicherung schaffen, die durch Abgaben von in Österreich lebenden ausländischen Arbeitnehmern finanziert werden soll. Der Missbrauch der E-Card, zB durch „*Gesundheitstouristen, etwa aus dem süd- und osteuropäischen Ausland*“⁹¹⁷, sei zu vermeiden.

Die Ausländerkriminalität sei ein massives Problem und müsse bekämpft werden. Seit der Schengen-Erweiterung kämen Kriminaltouristen und Banden aus Osteuropa nach Österreich. Südosteuropa fungiere als Drehkreuz und Kriminalitätshochburg. Der Anteil von durch Asylwerber, vor allem aus bestimmten Staaten wie Afghanistan oder Russland (Tschetschenen), verübten Straftaten, sei besonders auffällig. Die FPÖ fordert die „*temporäre Aussetzung des Schengen-Abkommens*“⁹¹⁸.

Im Bereich der Drogenkriminalität habe die – „*meist afrikanische – organisierte Kriminalität den Drogenhandel in Österreich übernommen*.“⁹¹⁹ Ein Problem in Bezug auf Drogenkriminalität seien Asylwerber aus Westafrika, „Streetrunner“ aus Gambia, aber auch Schwarzafrikaner, Marokkaner etc. Die FPÖ fordert daher u.a. eine Verschärfung der Mindeststrafen für Drogenhandel und Drogenbesitz und keine Toleranz für die Suchtgiftszene.

Schließlich fordert die FPÖ, die durch die EU geplante „Massenzuwanderung nach Europa“ von 20 – 30 Millionen Menschen vorwiegend aus islamischen Ländern, zu stoppen und die Zuwanderungsfragen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zu belassen. Ein einheitliches EU-Asylrecht wird ebenfalls abgelehnt.

16.4.3.2. SVP

Die SVP behandelt diese Themen hauptsächlich in den Kapiteln „*Ausländerpolitik*“⁹²⁰, „*Asylpolitik*“⁹²¹ und „*Sicherheit*“,⁹²² aber auch in den Kapiteln „*Sozialwerke*“⁹²³ und „*Gesundheit*“⁹²⁴.

Das Thema Ausländerpolitik steht unter dem Motto „*Zuwanderung begrenzen*“⁹²⁵. Die Schweiz sei attraktiv, daher wollen Ausländer zuwandern, dies müsse aber markant begrenzt

⁹¹⁶ Handbuch S. 48

⁹¹⁷ Handbuch S. 223

⁹¹⁸ Handbuch S. 238

⁹¹⁹ Handbuch S. 239

⁹²⁰ SVP-Programm S. 30f

⁹²¹ SVP-Programm S. 36f

⁹²² SVP-Programm S. 42f

⁹²³ SVP-Programm S. 54f

⁹²⁴ SVP-Programm S. 58f

werden. Auf die massive Bevölkerungszunahme durch die Zuwanderung wird hingewiesen. Von 8,2 Millionen Menschen in der Schweiz seien 2 Millionen Zuwanderer. Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung seien u.a. eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, steigende Mieten, überfüllte Züge, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt etc. Dadurch sei der Wohlstand in der Schweiz gefährdet. Der Ausländeranteil betrage Ende 2013 bereits 23,8%. *„Ohne Steuerung der Zuwanderung leben in weniger als 50 Jahren in der Schweiz über 16 Millionen Einwohner (und) mehr Ausländer als Schweizer“*⁹²⁶.

Die „*Masseneinbürgerungen*“⁹²⁷ von nicht integrierten Personen in den letzten Jahren werden kritisiert; die Einbürgerung soll nach den Vorstellungen der SVP der letzte Schritt der Integration sein und dürfe nur dann erfolgen, wenn der Betreffende integriert ist, sich an die Rechtsordnung hält und selbst für den Lebensunterhalt aufkommen kann. Integration sei Aufgabe der Zuwanderer. Gratskurse der Integrationsförderung, die vom Steuerzahler bezahlt werden, seien sinnlos. Die erfolgreiche Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ sei konsequent umzusetzen. Die Zuwanderung soll wieder von der Schweiz eigenständig mittels Kontingenten und Inländervorrang kontrolliert werden.

Bei den Sozialleistungen und beim Familiennachzug für Ausländer müsse es klare Einschränkungen geben. So sollen nur jene Ausländer Arbeitslosengelder erhalten, die mindestens zwei Jahre Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt haben. Auch beim Erhalt von Sozialleistungen soll es derartige Beschränkungen geben. Familiennachzug soll es nur für jene Ausländer geben, die dies selbst finanzieren können. Die Personenfreizügigkeit muss mit der EU neu verhandelt und eingeschränkt werden. Sollte dies nicht gelingen, muss das Abkommen gekündigt werden.

Personen, die keine Aufenthaltsberechtigung haben und die daher illegal anwesend sind, müssen die Schweiz unverzüglich verlassen. Personen, die ohne gültigen Aufenthaltstitel aufgegriffen werden, seien unverzüglich auszuweisen. Grenzkontrollen seien wieder einzuführen.

Die SVP wersetze sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung, insbesondere derjenigen von Ehegatten. Kriminelle oder vom Staat Abhängige dürften nicht eingebürgert werden. Außerdem schlägt die SVP eine Einbürgerung auf Zeit vor. Erst wer sich über mehrere Jahre an die Rechtsordnung hält, soll endgültig eingebürgert werden.

Die SVP ist gegen jedes Stimm- oder Wahlrecht von Ausländern.

⁹²⁵ SVP-Programm S. 30

⁹²⁶ SVP-Programm S. 32

⁹²⁷ SVP-Programm S. 32

Das Kapitel betreffend Asylpolitik steht unter dem Motto „*Asylchaos endlich beenden*.“⁹²⁸

Die Schweiz habe zwar eine langjährige humanitäre Tradition, verfolgte Flüchtlinge aufzunehmen. Es würden jedoch immer mehr Menschen ohne Visa oder Aufenthaltsbewilligung in die Schweiz kommen und versuchen, über den Asylweg hier auf Kosten der Steuerzahler zu leben. Es gebe ständig steigende Asylanträge auf „*weltweit höchstem Niveau*.“⁹²⁹ Grund sei die zu hohe Attraktivität des Schweizer Asylwesens. Asylwerber erhielten vom ersten Tag an finanzielle Unterstützung, medizinische Betreuung und würden von der „*Asylindustrie*“⁹³⁰ freudig erwartet und betreut. Die Verfahren würden endlos verschleppt. Schengen/Dublin sei kollabiert. Die Asylwerber würden nur zum geringen Teil registriert und könnten, einmal in der EU, ungehindert in die Schweiz weiterreisen. Die Kosten für das Asylwesen würden signifikant ansteigen.

Die SVP fordert daher, dass „*Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten*“⁹³¹ konsequent abgeschoben werden. Weiters müsse sich der Bundesrat dafür einsetzen, dass das Dublin-Abkommen umgesetzt werde, sodass Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, kein Asylverfahren mehr erhalten.

Die Kriminalitätsrate bei Asylwerbern sei unverhältnismäßig hoch. Die SVP fordert daher, „*renitente und straffällige*“⁹³² Asylwerber in geschlossene Zentren zu bringen und schnell des Landes zu verweisen.

Nur als Christoph Blocher für das Asylwesen zuständig war, seien die Kosten und die Zahl der Asylwerber gesunken. Heute sei das Gegenteil der Fall, wofür das für das Asylwesen zuständige Bundesratsmitglied verantwortlich sei.

Scheinflüchtlinge sollen erst gar nicht in die Schweiz kommen. Da die EU-Außengrenzen nur unzureichend kontrolliert werden und das Dublin-System nicht funktioniere, schlägt die SVP vor, dass die Schweiz ihre Grenzen wieder selbst kontrolliert. Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, soll kein Recht auf Asyl haben und überhaupt soll bei Kriegsflüchtlingen die Hilfe vor Ort in deren geografischem Umfeld erfolgen.

Die SVP fordert, die Attraktivität des Schweizer Asylwesens deutlich zu senken. Die Verfahren sollen massiv gekürzt werden, es soll nur mehr eine Rekursmöglichkeit geben; die Sozialleistungen müssten reduziert werden. Während des Verfahrens sollen die Asylwerber

⁹²⁸ SVP-Programm S. 36

⁹²⁹ SVP-Programm S. 37

⁹³⁰ SVP-Programm S. 37

⁹³¹ SVP-Programm S. 41

⁹³² SVP-Programm S. 41

in „kontrollierten Zentren“⁹³³ untergebracht werden. Entscheidend sei der Vollzug. Abgelehnte Asylwerber sind nach den Vorstellungen der SVP möglichst rasch in ihre Heimat abzuschieben. In der Zeit vor der Wegweisung sollen diese Personen nur mehr Naturalleistungen erhalten. Mit den jeweiligen Staaten seien Rückführungsabkommen abzuschließen. Staaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen, erhalten nach dem Konzept der SVP keine Entwicklungshilfe.

Zum Thema Sicherheit propagiert die SVP „*Kriminelle bestrafen statt hätscheln*.“⁹³⁴ Bezüglich ausländischer „*Kriminaltouristen*“⁹³⁵ wird gefordert, die Grenzen wieder so wie vor dem Schengen-Beitritt zu kontrollieren und auch über die Vergabe von Visa wieder eigenständig zu entscheiden. Die SVP fordert den Schengen-Austritt und die konsequente „*Ausschaffung krimineller Ausländer*.“⁹³⁶ Des Weiteren verlangt sie ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum und dass Doppelstaatsbürgerschaften und ein Migrationshintergrund in den Kriminalstatistiken des Bundes sichtbar gemacht werden.

Die SVP fordert auch, dass abgewiesene Asylwerber und illegal in der Schweiz aufhältige Personen keinen Anspruch auf eine obligatorische Krankenversicherung haben.

16.4.3.3. Conclusio

Beide Parteien sind äußerst ausländerfeindlich und wollen keine Asylanten. Weiteren Zuzug lehnen sie ab, Asylverfahren sollen beschleunigt und möglichst eingeschränkt, Abschiebungen und Rückführungen sollen verstärkt und konsequent durchgeführt werden. Für diese Ziele wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Die Ausländerkriminalität ist für beide Parteien dramatisch.

Beide Parteien anerkennen auch die geltende Niederlassungsfreiheit nicht und wollen das Schengen-System durch eigenständige Grenzkontrollen aushebeln. Beide Parteien wollen die Erlangung der Staatsbürgerschaft erschweren.

Unterschiede sind nur in Details auszumachen. So fordert die FPÖ eine Minus-Zuwanderung und möchte die „autochthone“ Bevölkerung schützen, während die SVP „nur“ eine starke Begrenzung der Zuwanderung möchte. Die FPÖ möchte sogar eine eigene Krankenversicherung für „Ausländer“; die SVP will Asylwerber in Zentren festhalten und ihnen nach Ablehnung nur Naturalleistungen gewähren.

⁹³³ SVP-Programm S. 39

⁹³⁴ SVP-Programm S. 42

⁹³⁵ SVP-Programm S. 44

⁹³⁶ SVP-Programm S. 45

Beide Parteien lehnen Zuwanderung und Asylbewerber radikal ab und vertreten damit rechtsextreme Positionen, indem sie das zentrale Feindbild der „Ausländer“ konstruieren und diese als Sündenböcke für ihre Zwecke instrumentalisieren.

16.4.4. Religion

16.4.4.1. FPÖ

Für die FPÖ basiert die österreichische säkularisierte Gesellschaft auf christlichen Werten, dem Humanismus und der Aufklärung. Religionsfreiheit bedeutet für die FPÖ auch den Schutz vor religiösem Fanatismus. Daher könne der Status einer gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft auch widerrufen werden. Unter dem Titel *„Das christliche und aufgeklärte Abendland“*⁹³⁷ wird beklagt, dass die Gruppe der Muslime stark zugenommen habe. Die FPÖ weist ausdrücklich darauf hin, dass in Österreich Männer und Frauen gleiche Rechte haben und spricht sich gegen Zwangsehen, Zwangsbeschneidungen und Gewalt gegen Frauen aus. Religionsgemeinschaften, die die Trennung von Kirche und Staat ablehnen oder bekämpfen, sollen den gesetzlich anerkannten Status verlieren.

Die Dorfkirchen und Dome sowie das Kreuz seien Teil *„unserer gewachsenen kulturellen und geistigen Identität.“*⁹³⁸ Das Errichten von *„politisch-religiösen Siegeszeichen wie Minaretten“* widerspreche der Errungenschaft der Säkularisierung und sei daher abzulehnen. Auch der Bau neuer Moscheen wird von der FPÖ abgelehnt.

Behauptet wird, dass in Wien in öffentlichen Schulen für den Schulunterricht im Oberstufenbereich der AHS im Fach Islam ein Schulbuch verbreitet gewesen sei, worin die Scharia gelehrt, archaische Bestrafungen gutgeheißen und Gewalt verherrlicht würden. Der Islam sei nicht nur eine Religion, sondern auch ein Rechtssystem. Er bilde eine politische Anschauung und sehe die Welt als Kriegsschauplatz. Die FPÖ verweist bei diesen Aussagen auf Stellen im Koran. Das Symbol dieser Lehre sei die Moschee mit dem Minarett. Minarette würden *„wie Siegesstatuen als Sinnbild und Zeichen des Sieges des Islam gegen Anders- bzw. Ungläubigen aus dem Boden“* sprießen.⁹³⁹ Als Beleg wird folgender Spruch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zitiert: *„Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“*⁹⁴⁰

⁹³⁷ Handbuch S. 50f

⁹³⁸ Handbuch S. 51

⁹³⁹ Handbuch S. 53

⁹⁴⁰ Handbuch S. 53

Die FPÖ fordert daher zum Schutz vor einer „Islamisierung“ Österreichs nicht nur ein „*Bauverbot für Moscheen mit Minaretten*“⁹⁴¹, sondern auch ein „*Kopftuch- und Burkaverbot im öffentlichen Raum, Deutsch als Predigtsprache in islamischen Gebetshäusern, Bildung einer SOKO-Islamismus zur Überwachung der Szene*“⁹⁴² sowie ein „*Bekenntnis zum Kreuz in Schulen und öffentlichen Gebäuden*“⁹⁴³.

Im Kapitel „*Frauenrechte und Zuwanderung*“⁹⁴⁴ wird auf die Unterdrückung von Frauen aus außereuropäischen Ländern eingegangen und unter anderem dem „*Kopftuchzwang*“⁹⁴⁵ entschieden entgegengetreten. Durch die Erziehung und mangelnde Ausbildung der Mädchen aus dem islamischen Kulturkreis würden islamische Frauenbilder zementiert.

Die FPÖ warnt vor einer Islamisierung des Balkans und der Einwanderung von Islamisten.

Im Gegensatz zum Islam sei das christlich geprägte Europa den Weg der Aufklärung gegangen und trenne Kirche und Staat. Die FPÖ beruft sich immer wieder auf die christlich-abendländische Kultur Österreichs und Europas.

16.4.4.2. SVP

Für die SVP steht der Punkt „*Religionen*“⁹⁴⁶ unter dem Motto „*Zu unseren Werten stehen*“.⁹⁴⁷

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz, nicht ohne Grund trage die Schweiz ein Kreuz im Wappen und die Landeshymne habe die Form eines Gebets. Ein Verlust der christlichen Wurzeln wäre für die Schweiz verheerend. Die SVP konzidiert, dass nur eine kleine Minderheit der weit über 400.000 in der Schweiz lebenden Muslime mit islamistisch-extremem Gedankengut sympathisiere, jedoch könnten „*Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem*“⁹⁴⁸ nicht geduldet werden. Die freiheitliche Rechtsordnung der Schweiz dürfe sich keinesfalls der Scharia beugen. Praktika wie Zwangsheirat, Ehrenmord, Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung oder Vielehen seien absolut inakzeptabel. Das Islamismusproblem dürfe sich nicht weiter verschärfen, zB sei der Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig.

⁹⁴¹ Handbuch S. 54

⁹⁴² Handbuch S. 54

⁹⁴³ Handbuch S. 54

⁹⁴⁴ Handbuch S. 138f

⁹⁴⁵ Handbuch S. 138

⁹⁴⁶ SVP-Programm S. 90f

⁹⁴⁷ SVP-Programm S. 90

⁹⁴⁸ SVP-Programm S. 92

Die SVP fordert ein Verbot der Verschleierung bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, verlangt die unbedingte Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbotes, lehnt die Anerkennung nicht westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften ab und spricht sich gegen besondere Feiertagsregeln für nicht anerkannte Religionsgemeinschaften aus. Die SVP möchte auch, dass alle Schülerinnen und Schüler den Schwimm- und Sportunterricht besuchen, will Dschihadisten hart bestrafen und fordert die Abschiebung bzw. Aberkennung der Schweizer Staatsbürgerschaft von aktiven Terroristen und Dschihadisten, wenn sie Ausländer bzw. Doppelstaatsbürger sind.

Die SVP steht „zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur.“⁹⁴⁹

16.4.4.3. Conclusio

Beide Parteien bekennen sich zum christlich-abendländischen Kulturkreis und haben den Islam zu einem ihrer „Hauptfeinde“ erkoren. In der Schweiz sind Minarette schon verboten, die FPÖ fordert dies. Kreuze sollen weiterhin erlaubt sein. Der nach Ansicht beider Parteien drohende Islamismus ist mit geeigneten Maßnahmen zu bekämpfen. Die FPÖ ist noch eine Spur radikaler, da sie zB den Islam zur Gänze als Rechtssystem, der die Welt als Kriegsschauplatz betrachte, sieht.

Antisemitische Äußerungen sind in den beiden Parteiprogrammen auf den ersten Blick nicht zu finden.

17. Gesamtbeurteilung der Parteiprogramme

Beide Parteiprogramme erfüllen ohne Zweifel alle Kriterien, um ihre Einstufung als rechtspopulistisch zu qualifizieren.

Sowohl FPÖ als auch SVP hetzen allgemein gegen Ausländer und im Besonderen gegen Asylwerber, Migranten und gegen Menschen mit islamischen Glauben als auch gegen den Islam als solchen. Sie bekennen sich zum christlich-abendländischen Kulturkreis und lehnen daher den Islam ab. Ihre Ausländerpolitik ist rassistisch, wodurch ihre Positionen politisch als rechtspopulistisch und rechtsextrem einzustufen sind.

In beiden Programmen wird versucht, ein „Wir-Gefühl“ aufzubauen, das sich gegen die „Anderen“, nämlich einerseits die politischen Eliten und andererseits gegen Ausländer bzw. fremde Kulturen richtet.

Eine Bevorzugung der Inländer, sei es auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozialversicherung oder bei Sozialleistungen, wird gefordert.

⁹⁴⁹ SVP-Programm S. 93

Beide Parteien bekennen sich zu „Law & Order“-Maßnahmen. Diese rechtfertigen sie mit der ihrer Ansicht nach in Zusammenhang mit dem hohen Ausländeranteil stehenden, gestiegenen Kriminalität. Gesetzte Maßnahmen werden bis heute mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und weiteren in den letzten Jahren in Europa durchgeführten Anschlägen gerechtfertigt.

Beide Parteien bekennen sich zu einem rückwärtsgewandten, traditionellen Familienbild.

Gemeinsam ist FPÖ und SVP auch ihre Kritik an Linken, Grünen, „Brüssel“ und an der „Multikulti“-Gesellschaft.

Die Europäische Union ist (neben den „Ausländern“) eines der zentralen Feindbilder beider Parteien.

Beide Parteien haben auf Grund ihres Demokratieverständnisses Probleme, internationale Verträge wie zB die Europäische Menschenrechtskonvention, die EU-Grundrechte Charta und deren Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzuerkennen.

Die FPÖ ist seit ihrer Gründung deutsch-national. Ihre nach wie vor bestehenden Verbindungen zu rechtsextremen, deutschnationalem Gedankengut werden zwar nicht mehr hervorgehoben, denn dies würde zum Teil auch dem „neuen“ rechtspopulistischen Konzept der „rot-weiss-roten sozialen Heimatpartei“ widersprechen; dennoch sind derartige Ideen nach wie vor existent und ziehen sich durch das gesamte Parteiprogramm.⁹⁵⁰

Der SVP fehlen auf Grund der historischen Entwicklung der Schweiz und der Geschichte der SVP der völkische Begriff und der Bezug zum Deutschnationalismus, wenn auch ihre Hetze gegen Ausländer, Asylwerber und den Islam der FPÖ ähnlich ist. Auch die Vorstellungen beider Parteien in der Familienpolitik decken sich weitgehend.

In der Ausländer-, Migrations-, Asyl und EU Politik sind beide Parteien als rechtsextrem einzustufen. In der Schweiz sind die rechten Positionen der SVP in der Mitte der Bevölkerung angekommen. *„Kampfbegriffe wie »Sozialmissbrauch«, »Scheininvalid« oder »Masseneinwanderung« sind salonfähig geworden.“*⁹⁵¹ Daher und auch da sie ursprünglich eine honoräre bürgerliche, unternehmerfreundliche Bauern- bzw. Mittelstandspartei war, wird

⁹⁵⁰ vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, online unter https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf

⁹⁵¹ vgl. „Die Zeit“, Peter Teuwsen, Zu viel SVP in unseren Köpfen, online unter: <http://www.zeit.de/2012/26/CH-SVP> (21.6.2012), 12.06.2017

die SVP in der Schweiz überwiegend nicht als rechtsextrem eingestuft.⁹⁵² Auf Grund ihrer Geschichte sind im Programm der SVP noch wirtschaftspolitisch liberale Forderungen wie zB Bürokratieabbau und Steuererleichterungen für Unternehmer und den Mittelstand enthalten. Ansonsten finden sich bei der Beurteilung der Parteiprogramme in der Familien-, Ausländer- und Sicherheitspolitik keine freiheitlichen (liberalen) Positionen; dies würde auch dem Konzept des Rechtspopulismus nicht entsprechen. Die auffallend starke Betonung beider Parteien, dass sie „freiheitlich“ seien, findet bei kritischer Betrachtung der Programme in diesen keine bzw. nur wenig Entsprechung.

Bailer-Galanda, die die ideologischen Kernelemente des Handbuchs der FPÖ nach den von Holzer entwickelten wissenschaftlichen Kriterien zum Begriff des Rechtsextremismus untersuchte, kommt zum Ergebnis, dass der Befund nach wie vor gleich ausfalle: *„Die FPÖ ist im Kern eine rechtsextreme Partei, ohne dass deshalb alle ihre Wähler und Wählerinnen diese Ideologie teilen oder als rechtsextrem zu bezeichnen wären. Sie wählen die Freiheitlichen aus vielen Gründen – Unsicherheit, Ängste, Frustration, Protest und andere – und nehmen dabei den rechtsextremen Charakter nicht wahr oder manche wohl auch einfach in Kauf.“*⁹⁵³

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass beide Parteiprogramme weitgehend, aber nicht in allen Details übereinstimmen. Beide Parteiprogramme sind als rechtspopulistisch und in ihren Kernbereichen auch als rechtsextrem einzustufen, wobei bei der FPÖ noch die völkische und deutschnationale Ideologie hinzukommt.

⁹⁵² vgl. „Tagesanzeiger“, Urs Buess, Rechtsextrem - das sind die anderen, online unter: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/rechtsextrem-das-sind-die-anderen/story/29341442> (10.12.2015), 11.06.2017

⁹⁵³ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S 1

V. Schlussteil

18. Resumée – Populismus

Wie bereits in der Einleitung festgehalten, gibt es alleine in Europa ungefähr 30 rechtspopulistische Parteien, die teils als rechtsradikal, rechtsextrem usw. eingestuft werden. Auch wenn die von mir herangezogenen Parteien FPÖ und SVP in Bezug auf ihr Parteiprogramm überwiegend Parallelen aufweisen, liegt der Unterschied zwischen den beiden Parteien bereits in ihrer Entstehungsgeschichte. Das politische System und die Parteienlandschaft von Österreich und der Schweiz weisen, wie aufgezeigt wurde, ebenfalls einige Unterschiede auf. Umso mehr gibt es bei rund 30 rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, die sich in Europa etabliert haben, Unterschiede. Ebenso wie es in den jeweiligen Ländern unterschiedliche politische Systeme, unterschiedliche Parteienlandschaften und unterschiedliche Probleme gibt.

Bedenkt man all diese Umstände, so ist es unschwer nachzuvollziehen, dass die in den Wissenschaften festgelegten politischen Merkmale, Stilmittel, Taktiken und Ideologien nicht auf alle Parteien zutreffen können und auf Grund der vielfachen Anwendung des Begriffs eine einheitliche Definition bis heute nicht vorhanden ist.

Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass die in der Politikwissenschaft festgelegten Hauptmerkmale bei den meisten (rechts-)populistischen Parteien festzustellen sind, es aber Unterschiede in den Inhalten oder Ideologien gibt.

Auch die teilweise schon Jahre zurückliegende Einschätzung von Politikwissenschaftlern, dass rechtspopulistische Parteien infolge der Verschleißerscheinungen der etablierten Parteien, dem geänderten Wählerverhalten, dem Nachlassen der Wahlbeteiligung, den im Zuge der Globalisierung entstandenen Problemen, und nicht zuletzt einem der größten und sich in den letzten Jahren verschärfte Ausländerproblem (Zuwanderung im Allgemeinen und hoher Anteil an Migranten und Asylanten) einen guten Nährboden für ihre Etablierung gefunden haben und sich einer steigenden Wählerklientel erfreuen können, hat sich, betrachtet man die Wahlergebnisse in den letzten Jahren, bewährt. Es hat auch nicht den Anschein, dass mit einer Trendwende in nächster Zeit zu rechnen ist.

Zum Thema Populismus ließen sich ganze Bibliotheken füllen. Es war also für mich nicht ganz einfach, das Wichtigste herauszuarbeiten.

19. Resumée zu FPÖ und SVP

19.1. FPÖ

Die FPÖ vollzog in den letzten Jahrzehnten einen Wandel von einer ehemals rechtsliberalen, deutsch-nationalen Kleinpartei hin zu einer rechtspopulistischen, österreich-betonten, ausländerfeindlichen und, nach Ansicht der meisten, wenn auch nicht allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, rechts-extremen Volks-partei.

Die Einstufung ist bis heute gerechtfertigt, hat sich doch am Befund, dass die FPÖ in ihrem Kern eine rechtsextreme Partei ist, bis heute nichts geändert⁹⁵⁴ und ist dies aus ihrem Parteiprogramm abzuleiten.⁹⁵⁵

Dementsprechend hat die FPÖ unter Strache zB bereits einige Male eine eigene Sozialversicherung für „Ausländer“, Kürzung der Mindestsicherung für „Ausländer“ etc gefordert und werden diese Forderungen als rassistisch angesehen. Ihre völkische Ideologie ist nach wie vor präsent. Sie zeigt sich nicht nur im Parteiprogramm, sondern wird auch durch die engen personellen und finanziellen Verbindungen der FPÖ zu den deutschnationalen Burschenschaften, Landsmannschaften u.a. weit rechts stehenden Verbänden deutlich. Nach Scharsach haben die Burschenschafter in der FPÖ unter Strache die Macht übernommen. Der Parteiobmann und vier seiner fünf Stellvertreter sind allesamt deutschnationale schlagende Burschenschafter.⁹⁵⁶

Nach der Nationalratswahl 2017 ist die Zahl der Abgeordneten, die Mitglieder in „völkischen“ Verbindungen sind, so hoch wie nie zuvor. 20 von 51 Mandataren der FPÖ gehören völkischen Verbindungen an.⁹⁵⁷

Die Ideologie der FPÖ hat ihre Wurzeln in ihrer Entstehungsgeschichte.⁹⁵⁸ Das Gedankengut der die Partei damals dominierenden Kerngruppe um Haider wurde als eindeutig rechtsextrem qualifiziert⁹⁵⁹, auch wenn sie sich durch Haider ab 1986 teilweise als „rechtspopulistisch“ neu positionierte.⁹⁶⁰ Dieser Befund ist auch für die FPÖ unter HC Strache gültig.

⁹⁵⁴ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtsextremes im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf, S 1

⁹⁵⁵ S. oben Teil IV

⁹⁵⁶ Hans-Henning Scharsach, Stille Machtergreifung, Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017

⁹⁵⁷ vgl. Kontrast.at, Brigitte Bailer-Galanda, Die Abgeordneten der FPÖ: Mehr Deutschnationale als Frauen – Warum eigentlich?, online unter: <https://kontrast.at/mehr-deutschnationale-als-frauen-die-abgeordneten-der-fpoe/> (6.11.2017), 23.12.2017

⁹⁵⁸ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S 38

⁹⁵⁹ vgl. ebd., S. 101f

⁹⁶⁰ Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, In: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Westeuropas, S. 536

Auch jetzt agiert die FPÖ rechtspopulistisch und ist im Kern rechtsextrem.⁹⁶¹

Die FPÖ versteht sich bis heute als die legitime Nachfolgerin und zugleich wichtigste Vertreterin des dritten Lagers und bekennt sich nach wie vor zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, auch wenn sie sich in jüngerer Zeit als „Soziale Heimatpartei“ bezeichnet.⁹⁶²

Der Populismus der FPÖ kannte immer klare – für eine rechtsextreme Partei typische – Feindbilder. Schon Haider instrumentalisierte die „Altparteien“ und die „Ausländer“ als solche. Strache konstruiert im Besonderen das Feindbild „Muslime“.

Er versteht es – genauso wie Haider – mit Feindbildern in der Bevölkerung Ängste zu schüren und damit neue Wählerschichten zu lukrieren.

Wirtschaftliche Krisen, das EU-Potential, die zunehmende Globalisierung und die dadurch mehr und mehr entstehende kulturelle Vermischung dienen der FPÖ dazu, der Bevölkerung zu suggerieren, dass nur sie mit ihren politischen Forderungen geeignet ist, diesen Problemen entgegenzutreten. Dazu kehrt sie schon seit einigen Jahren u.a. ihren „Österreich-Patriotismus“ hervor, der sich auch durch ihr Parteiprogramm wie ein roter Faden zieht. Der nach wie vor in der FPÖ vorhandene Deutschnationalismus existiert im Hintergrund.

Die FPÖ hat seit ihrer Entstehung – typisch für rechtspopulistische Parteien – „nicht immer ihren Kurs gehalten“ (Versuch des Kurswechsels von national zu liberal, Veränderung der Einstellung zur EU, Rechtsruck der Partei).

Die traditionell als antiklerikal zu bezeichnende Partei verteidigt nunmehr vehement das „Christliche Abendland“.⁹⁶³ So trat Parteichef Strache bei einer Demonstration gegen den geplanten Bau eines Islamzentrums in Wien-Brigittenau mit einem Kreuz in der Hand auf⁹⁶⁴ und buhlte mit einer Brojanica, einem Armband, das einen Rosenkranz symbolisieren soll, mit dem serbisch-orthodoxen Kreuz als Verschluss, um die Stimmen der wahlberechtigten Christlich-Orthodoxen serbischer Herkunft.⁹⁶⁵ Nicht zu vergessen die einschlägigen Wahlkampflogans der FPÖ: „*Abendland in Christenhand*“, „*Pummerin statt Muezzin*“ und „*Daham statt Islam*“⁹⁶⁶ sowie Bundespräsidentenskandidat Norbert Hofer, der im Wahl-

⁹⁶¹ vgl. auch oben 6.1. und 11.5.

⁹⁶² vgl. Parteiprogramm der FPÖ, online unter: <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/> (07.10.2017)

⁹⁶³ Nina Horaczek, Claudia Reiterer, HC Strache, S 167

⁹⁶⁴ vgl. „News.at“, Breite Kirchenfront gegen FP-Chef Strache:

„Religiöse Themen für Politik missbraucht“, online unter: <https://www.news.at/a/breite-kirchenfront-fp-chef-strache-religioese-themen-politik-242563> (22.5.2009), 17.04.2017

⁹⁶⁵ vgl. „die Presse“, Oliver Pink, „Outlaws“ unter sich: Der serbophile HC Strache, online unter: http://diepresse.com/home/innenpolitik/364103/Outlaws-unter-sich_Der-serbophile-HC-Strache (19.2.2008), 17.04.2017

⁹⁶⁶ vgl. „die Presse“, Martin Fritzl, Herbert Kickl, Provokateur im Dienste der FPÖ, online unter: <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/481408/print.do> (22.5.2009), 17.04.2017

kampf „So wahr mir Gott helfe“ plakatierte.⁹⁶⁷

Auch mit dieser Strategie versucht die FPÖ gezielt, neue Wählerschichten zu erreichen.

Die FPÖ erreichte bei den Nationalratswahlen von 2017 einen Stimmenanteil von 26% und ging mit der „Neuen Volkspartei“ eine Koalition ein. Die neue Regierung wurde am 18. Dezember 2017 angelobt. Die FPÖ stellt mit H.C. Strache den Vizekanzler, 5 Minister und einen Staatssekretär.⁹⁶⁸

19.2. SVP

Ein Unterschied zwischen FPÖ und SVP liegt vor allem in der historischen Entwicklung der beiden Parteien.

Die FPÖ und ihre Vorgängerpartei, der VdU, waren ein Sammelbecken verschiedener sozialer Gruppen und unterschiedlich orientierter politischer Strömungen auf deutsch-nationaler Grundlage.

Der BGB und ihre Nachfolgerpartei, die SVP, entstanden, weil sich hauptsächlich die Bauern, die sich der Freisinnigen Partei (kurz: Freisinn) zugehörig fühlten und diese wählten, von der Partei, die sich aus einer liberalen Bewegung ab Mitte des 19. Jahrhunderts formierte, wirtschaftlich nicht mehr ausreichend vertreten fühlten.⁹⁶⁹

Als Blocher die politische Bühne in den 1970er Jahren betrat, wurde aus der als Bauernpartei gegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) sehr bald eine rechtspopulistische Partei.

Sowohl FPÖ als auch SVP vollzogen unter den Parteigranden Haider und Blocher einen Wandel zu einer rechtspopulistischen Partei und sowohl Haider als auch Blocher zogen im Hintergrund die Fäden.

Die Schweiz verfügte mit der durch Blocher herbeigeführten programmatischen Veränderung der SVP bereits in den 1980er Jahren, *„in einer Phase, in der die meisten Länder in Europa einen rechtspopulistischen Aufschwung erlebten, über eine der wählerstärksten rechtspopulistischen Parteien“*.

Durch die Anwendung der auf freiwilliger Basis beruhenden Zauberformel ist die SVP bis auf eine kurze Ausnahme seit vielen Jahrzehnten an der „Regierungskoalition“ beteiligt und ist

⁹⁶⁷ vgl. „derStandard“, Niku Dorostka, So wahr Gott Hofer helfe, online unter: <http://derstandard.at/2000046664645/So-wahr-Gott-Hofer-helfe> (31.10.2016), 17.04.2017

⁹⁶⁸ vgl. „Homepage FPÖ“, FPÖ-ÖVP-Koalition: Ministerliste und Regierungsprogramm fix!, online unter: <https://www.fpoe.at/artikel/fpoe-oevp-koalition-ministerliste-und-regierungsprogramm-fix/> (23.12.2017)

⁹⁶⁹ Der Freisinn vertrat nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeiter.

heute erfolgreicher denn je.⁹⁷⁰

Im Unterschied zur FPÖ wird die SVP überwiegend als nicht rechtsextrem eingestuft, obwohl die Ausländerpolitik der SVP mit jener der FPÖ in Bezug auf neorassistische Diskurse durchaus vergleichbar ist.

„Im Zuge der Umorientierung von der Ausländer- zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in den 1980er-Jahren wandten rechtspopulistische Parteien zusehends die für neorassistische Diskurse kennzeichnenden kulturell-differenzialistischen Argumente an, wobei sie bisweilen kulturelle Merkmale mit dem Hinweis auf einen vermeintlichen biologischen Ursprung naturalisierten und sich so nahe am klassischen Rassismus bewegten.“⁹⁷¹ ... In den 1990er-Jahren übernahm die «neue» SVP weitgehend diese Argumentation, wenn sie vor allem Einwanderinnen und Einwanderern aus südost- und aussereuropäischen Ländern die Bereitschaft oder gar die Fähigkeit absprach, sich in die schweizerische Gesellschaft integrieren zu können. Insbesondere im Zusammenhang mit muslimischer Immigration wurde regelmässig auf die Unvereinbarkeit kultureller und religiöser Identitäten hingewiesen und vor kulturellen Konflikten gewarnt.“⁹⁷²

⁹⁷⁰ Damir Skenderovic, Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz : von den Splitterparteien zur Volkspartei, S. 51, online unter: <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=tra-001:2007:1::54#58>, (2007), 25.10.2017

⁹⁷¹ vgl. ebd.

⁹⁷² vgl. ebd.

Literaturverzeichnis

ALTERMATT Urs: Aufstieg und Krise der Christdemokraten in der Schweiz, In: LÖFFLER Bernhard, RUPPERT Karsten (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit: Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag, Böhlau Verlag, Köln 2006

AMMON Ulrich: Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Walter de Gruyter GmbH, Berlin 1995

ARZHEIMER Kai: Die Wähler der extremen Rechten 1980 – 2002, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008

AUBERT Jean Francois: Die Schweizerische Bundesversammlung von 1848 bis 1998, Basel 1998

BAILER Brigitte, NEUGEBAUER Wolfgang (Hg.): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993

BAILER Brigitte, NEUGEBAUER Wolfgang: Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften-(kreise), informelle/illegale Gruppierungen, in Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993

BAILER Brigitte: Partei- statt Metapolitik. „Neue Rechte“ und FPÖ in Österreich, In: GESSENHARTER Wolfgang, PFEIFFER Thomas (Hg.) Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2004

BAILER-GALANDA Brigitte, NEUGEBAUER Wolfgang: Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Wien 1997

BAILER-GALANDA Brigitte, LASEK Wilhelm, NEUGEBAUER Wolfgang: Politischer Extremismus (Rechtsextremismus), 1992, In: DACHS Herbert et al. (Hg.): Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien

BAILER-GALANDA-Brigitte: Ein Teutsches Land, Die rechte Orientierung des Jörg Haider: eine Dokumentation, Löcker Verlag, Wien 1987

BECKER Frank, SCHÄFER Ralf (Hg.): Sport und Nationalsozialismus, Wallstein Verlag, Göttingen 2016

BECKER Melanie, REDDIG Melanie: Punitivität und Rechtspopulismus, In: Kriminologische Journal (Krim J), 36. Jg., 8. Beiheft 2004

BENZ Wolfgang: Handbuch des Antisemitismus, Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 3, De Gruyter GmbH, Berlin 2010

BERCHTOLD Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1967

BERNAUER Thomas, JAHN Detlef, KUHN Patrick M., WALTER Stefanie: Einführung in die Politikwissenschaft, 3. Aufl., Wien/Köln/Weimar 2015

BIALAS Wolfgang: Die moralische Ordnung des Nationalsozialismus Zum Zusammenhang von Philosophie, Ideologie und Moral, In: KONITZER Werner, GROSS Raphael (Hg.): Moralität des Bösen: Ethik und nationalsozialistische Verbrechen, Campus Verlag 2009

BINDER Bruno, TRAUNER Gudrun: Öffentliches Recht - Grundlagen: Lehrbuch, Linde Verlag, 3. Aufl., Wien 2015

BISCHOFF Joachim, DÖRRE Klaus, GAUTHIER Elisabeth: Moderner Rechtspopulismus: Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, VSA-Verlag, Hamburg 2004

BLUM Roger, www.blocher.ch. Mediales Ereignis-Management und Störpotential einer schweizerischen Oppositionsbewegung, in IMHOF Kurt, JARREN Otfried, BLUM Roger (Hg.), Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft, Wiesbaden 1999

BOLLIGER Christian: Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen, Berner Studien zur Politikwissenschaft 17, 1. Aufl., Haupt Verlag, Bern/Stuttgart/Wien 2007

BRAML Josef, MERKEL Wolfgang, SANDSCHNEIDER Eberhard (Hg.): Außenpolitik mit Autokratien, Walter De Gruyter GmbH, Berlin/München/Boston 2014

BRÜHL-MOSER Denise: Schweizerischer Föderalismus: Ausgestaltung, Neugestaltung und Herausforderungen, In: HÄRTEL Ines (Hg.): Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Band IV, Föderalismus in Europa und der Welt, Springer Verlag, Berlin-Heidelberg 2012

BUCKEL Sonja, GEORGI Fabian, KANNANKULAM John, WISSEL Jens (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik, Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«, Transcript Verlag, Bielefeld 2014

CAVALLAR Georg: Die Europäische Union – von der Utopie zur Friedens- und Wertegemeinschaft, Lit Verlag GmbH, Wien 2006

CSENDES Peter, OPLL Ferdinand (Hg.): Wien: Geschichte einer Stadt, Von 1790 bis zur Gegenwart, Band 3, Böhlau Verlag, Wien 2006

DACHS Herbert, HANISCH Ernst, KRIECHBAUMER Robert (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Der Bund und die Länder, Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat, Böhlau Verlag, Wien 2003

DECKER Frank: Parteien unter Druck, Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2000

DECKER Frank, Der neue Rechtspopulismus, Springer Verlag, Wiesbaden 2004

DECKER Frank: Populismus, Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006

DECKER Frank, LEWANDOWSKY Marcel: Populismus, Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomen, In: AGARD Olivier, Agard, HELMREICH Christian, VINCKEL Roisin Hélène (Hrsg.), Das Populäre

DECKER Frank, NEU Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Springer Verlag, 2. Aufl., Wiesbaden 2015

DECKER Frank, NEU Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Springer Verlag, 3. Aufl., Wiesbaden 2017

DORNER HÖRIG Christian: Habitus und Politik in Kärnten, Springer Verlag, Wien 2014

ECKHARD Jesse, THIEME Tom (Hg.): Extremismus in den EU-Staaten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2011

FILZMAIER Peter, PLAICKNER Peter, DUFFEK Karl A. (Hg.): Mediendemokratie Österreich, Böhlau Verlag, Wien 2007

FRÖHLICH-STEFFEN Susanne, RENSMANN Lars (Hg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, In: PELINKA Anton: Populismus in Österreich, Wien 1987

FÜRLINGER Ernst: Moscheebaukonflikte in Österreich: Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter, V & R unipress, Göttingen 2013

GAISBAUER Hubert, HAIN Bernhard, SCHUSTER Erika (Hg.): Unverloren - trotz allem, Wien 2000

GÄRNTNER Reinhold: Neurechter Populismus in Österreich – Vorbild für Deutschland?, In: GESSENHARTER Wolfgang, FRÖCHLING Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen 1998

GÄRTNER Heinz, Österreichs engagiert neutraler Ansatz, in: BRAML Josef, MERKEL Wolfgang, SANDSCHNEIDER Eberhard, Außenpolitik mit Autokratien, Berlin/München/Boston 2014

GEBHART Thomas: Direkte Demokratie und Umweltpolitik, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 2002

GEDEN Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2006

GEDEN Oliver: Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs, Leske & Budrich, Opladen 2004

GEHLER Michael, PELINKA Anton, BISCHOF Günter (Hg.): Österreich in der Europäischen Union, Böhlau 2003

GEHLER Michael, In: LOTH Wilfried (Hg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Grundlagen für Europa, Leske & Budrich, 2001

GOLDMANN Harald, KRALL Hannes, OTTOMEYER Klaus: Jörg Haider und sein Publikum – eine sozialpsychologische Untersuchung, Klagenfurt 1992

GRAF Alexander: In: Markus Furrer, Werner Hürlimann, Franziska Metzger, Sylvia Bürkler, "Los von Rom" und "heim ins Reich", LIT Verlag, Berlin 2015

GROSSALBER Tanja: Diplomarbeit Uni Wien: Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache – eine sprachwissenschaftliche Analyse, Wien 2012

GSTEIGER Fredy: Blocher – ein unschweizerisches Phänomen. Opinio, Basel 2002

HABERMANN Gerd: Die Schweiz - Leitstern für Ordnungspolitik, In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 58, 1993

HAHN Hans Henning: Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte: eine völkische Bewegung in drei Staaten, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main 2007

HALLER André: Dissens als kommunikatives Instrument, Theorie der intendierten Selbstskandalisierung in der politischen Kommunikation, 1 Bamberger Beiträge zur Kommunikationswissenschaft, University of Bamberg Press, Bamberg 2013

HANISCH Ernst, KRIECHBAUMER Robert: Salzburg: zwischen Globalisierung und Goldhaube, Böhlau Wien/Köln/Weimar 1997

HARTLEB Florian: Extremismus in Österreich, In: ECKHARD Jesse, THIEME Tom (Hg.): Extremismus in den EU-Staaten, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010

HARTLEB Florian, WIELENGA Friso (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie, Waxmann, Münster 2011

HARTLEB Florian: Rechts- und Linkspopulismus: eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, VS Verlag, Wiesbaden 2004

HARTLEB Florian, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus, in BACKES Uwe, JESSE Eckhard, Gefährdungen der Freiheit, Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006

HASERER Wolfgang: Der Rechtspopulist Jörg Haider, Eine Analyse seines politischen Erfolges in Österreich, Diplomarbeit Universität München, Diplomica Verlag GmbH, München 2001

HÄUSLER Alexander: Die Alternative in Deutschland, eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?, In: BRAUN Stephan, GEISLER Alexander, GERSTER Martin (Hg): Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen – Antworten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2009

HELMREICH Christian, VINCKEL-ROISIN Hélène (Hg), Das Populäre, Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache, V & R unipress, Göttingen, 2011

HEMPEL Yvonne: Politische Führung im Direktorialsystem: Die Schweiz, In: SEBALDT Martin, GAST Henrik: Politische Führung in westlichen Regierungssystemen: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2010

HENNECKE Hans Jörg: Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: WERZ Nikolaus (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003

HENTGES Gudrun, PLATZER Hans-Wolfgang: Europa - quo vadis?, VS Verlag, 1. Aufl., Wiesbaden 2011

HEROLD Christoph: Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei (SVP), Grin Verlag, Heidelberg 2003

HESCHL Franz: Drinnen oder draussen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994, Wien/Köln/Weimar 2000

HILDEBRAND Marius: Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Kultur und Kollektiv, transcript, Schriftenreihe der Forschungsstelle Kultur- und Politikwissenschaft, Bielefeld 2017

HÖBELT Lothar: Aufstieg und Fall des VdU, Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948 – 1955, Böhlau Verlag, Wien 2015

HÖBELT Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999

HOLZINGER Gerhart, KOMMENDA Benedikt: Verfassung kompakt: Meine Grundrechte und mein Rechtsschutz. Wegweiser durch die österreichische Verfassung, Linde Verlag, 2. Aufl., Wien 2013

HOLZMANN Michael E.: Die österreichische SA und ihre Illusion von "Grossdeutschland", Völkischer Nationalismus in Österreich bis 1933, Band 1, Berlin 2011

HORECZEK Nina, REITERER Claudia: HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde, Wirtschaftsverlag Ueberreuter, Wien 2009

HOTZ-HART Beat, DÜMMLER Patrick, SCHMUKI Daniel: Volkswirtschaft der Schweiz: Aufbruch ins 21. Jahrhundert, 4. Aufl., Zürich 2006

HRBEK Rudolf, HÜTTMANN Martin (Hg.): Hoffnung Europa - Die EU als Raum und Ziel von Migration, Nomos, 1. Aufl., Baden-Baden 2017

HUBACHER Helmut: Hubachers Blocher, Zytglogge Verlag, Basel 2014

INNERWINKLER Sandra: Sprachliche Innovation im politischen Diskurs, Eine Analyse ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs zwischen 2000 und 2006 in Österreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2010

JUNGWIRTH Michael: Europas Rechtspopulisten Haider, Le Pen & Co., Graz/Wien/Köln 2002

- JUN Uwe, In: Frank Decker, Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2006
- KADAN Albert, PELINKA Anton: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, Dokumentation und Analyse, St. Pölten 1979
- KAS Onur: Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei, Bachelor + Masterpublishing, Hamburg 2014
- KLEIN Tanja: Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen: die Niederlande, Belgien und Schweden im Vergleich, Universitätsverlag Potsdam, 2012
- KOCH Maximilian: Führung durch Nichtführung am Beispiel der Schweiz: Zur Herrschaftsausübung in der Eidgenossenschaft, Springer Verlag, München 2013
- KRÄMER Daniel, PFISTER Christian, SEGESESSER Marc (Hg): "Woche für Woche neue Preisaufschläge": Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges, Schwabe Verlag, Basel 2016
- KRIECHBAUMER Robert, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945: Die Spiegel der Erinnerung, Die Sicht von innen, Band 1, Böhlau Verlag, Wien 1998
- KRIECHBAUMER Robert, Die großen Erzählungen der Politik, Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Böhlau Verlag, Wien 2001
- KRUMM Thomas: Das politische System in der Schweiz: Ein internationaler Vergleich, Oldenbourg Verlag, München 2013
- LAHODYNSKY Othmar: Der Proporz Pakt: das Comeback der grossen Koalition, Ueberreuter, Wien 1987
- LEUTHOLD Ueli, BORNAND Jilline: Schweizer Staatskunde, compendio, 6. Aufl., Zürich 2012
- LEWANDOWSKY Marcel: Populismus der Mitte, Tectum Verlag, Marburg 2010
- LIEDTKE Oliver: Das schweizerische Konkordanzsystem vor neuen Herausforderungen: Die Regierungsbeteiligung Christoph Blochers SVP und die politische Stabilität der Schweiz, Grin Verlag, 1. Aufl., Norderstedt 2005
- LINARDS Udris: Politischer Extremismus und Radikalismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2011
- LUGMAYR Martin: Österreichische Innenpolitik und die EU-Osterweiterung. Eine Reise durch Mitteleuropa-Nostalgie, Ost-Phobie und strukturelle Handlungszwänge eines Kleinstaats, In: GEHLER Michael, PELINKA Anton, BISCHOF Günter (Hg): Österreich in der Europäischen Union, Bilanz seiner Mitgliedschaft, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2003
- LÜÖND Karl: Erfolg als Auftrag, Ems-Chemie: Die Geschichte eines unmöglichen Unternehmens. Stämpfli, Bern 2011
- LUTHER Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), S. 364–365, In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006
- MANDELL Richard: Hitlers Olympiade, Heyne HC, München 1980
- MAYER Thomas: Populismus. Anmerkungen zu einem bedrohlichen Modernisierungsrisiko in Europa, In: Rudolf von Thadden, Anna Hofmann (Hg.), Populismus in Europa - Krise der Demokratie?, Wallstein Verlag, Göttingen 2005
- MUDDE Cas: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, Vol. 39/4, Hoboken 2004
- NASSMACHER Karl-Heinz: Das österreichische Regierungssystem, Springer Verlag, Köln/Oplanden 1968

NEU Viola: Die PDS: eine populistische Partei?, In: WERZ Nikolaus (Hg.), Populismus: Populisten in Übersee und Europa, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2003

NIEDERMAYER Oskar, STÖSS Richard, HAAS Melanie: Die Parteiensysteme Westeuropas, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006

NOHLEN Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, 6., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Verlag Barbara Budrich, Stuttgart 2009

ÖHLINGER Theo, EBERHARD Harald: Verfassungsrecht, 9. Aufl., Facultas Verlags- und Buchhandel, Wien 2012

ÖTSCH Walter: Haider light. Handbuch für Demagogie. Czernin Verlag, Wien 2000

PANAGL Oswald, GERLICH Peter (Hg.): Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich, öbvht Verlagsgesellschaft mbH, Wien 2007

PATRY Erich: Das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz: eine republikanische Perspektive, St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 45, 1. Aufl., Haupt Verlag, Bern/Stuttgart/Wien 2010

PELINKA Anton: Das politische System Österreichs, In: ISMAYR Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2003

PELINKA Anton: Jörg Haider's „Freiheitliche“ – ein nicht nur österreichisches Problem, In: FABER Richard (Hg.), MÜNLER Herfried, BOHLENDER Matthias: Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Königshausen & Neumann, Würzburg 2000

PELINKA Anton: Populismus in Österreich, Wien 1987, In: FRÖHLICH STEFFEN Susanne, RENSMANN Lars (Hg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Verlag Braumüller, 2005

PELINKA Anton, ROSENBERGER Sieglinde: Österreichische Politik, Grundlagen – Strukturen – Trends, Facultas, Wien 2000

PETER Friedrich: Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung, Die Sicht von innen, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Band 1, Böhlau Verlag, Wien 1998

PIRINGER Kurt: Die Geschichte der Freiheitlichen, Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Orac, 1982

PIRINGER Kurt, Verband der Unabhängigen (VdU), 1949-1955, Freiheitliches Bildungswerk, 1993

PLASSER Fritz, ULRAM Peter: Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Facultas, Wien 2007

PLASSER Fritz: Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch, Facultas, Wien 2004

PLASSER Fritz, ULRAM Peter A.: Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, In: PLASSER Fritz, ULRAM Peter A., SOMMER Franz (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien 2000

POGUNTKE Thomas: Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt?, In: GABRIEL Oscar W., NIEDERMAYER Oskar, STÖSS Richard (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 2002

PRIESTER Karin: Populismus: Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2007

- PRIESTER Karin: Rechter und Linker Populismus, Annäherung an ein Chamäleon, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2012
- PUHLE Hans-Jürgen: Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus, Populisten in Übersee und Europa, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2003
- RATHKOLB Oliver, WIRTH Maria, WLADIKA Michael (Hg.): Die „Reichsforste“ in Österreich 1938-1945: Arisierung, Restitution, Zwangsarbeit und Entnazifizierung, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2010
- REISIGL Martin: Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus. Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie, In: FRÖHLICH-STEFFEN Lars, RENSMANN Susanne (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005
- RENSMANN Lars: Populismus und Ideologie, In: DECKER Frank (Hg), Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden 2006
- RIKLIN Alois: Handbuch Politisches System der Schweiz, Band 1, Grundlagen, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart 1983
- ROHE Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M., 1992, In: ROSIN Philip: Die Schweiz im KSZE-Prozeß 1972-1983: Einfluß durch Neutralität, Oldenbourg Verlag, München 2014
- SCHARSACH Hans-Henning: Haiders Kampf, Ein trend-profil-Buch im Verlag Orac, 4. Aufl., Wien 1992
- SCHARSACH Hans-Henning: Strache, Im braunen Sumpf, Kremayr & Scheriau KG, Wien 2012
- SCHARSACH Hans-Henning: Haiders Clan, Wie Gewalt entsteht, Verlag ORAC, Wien 1995
- SCHARSACH Hans-Henning, Stille Machtergreifung, Hofer, Strache und die Burschenschaften, Kremayr & Scheriau, Wien 2017
- SCHILLING Christoph: Blocher, Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers, Limmat Verlag, Zürich 1994
- SCHWEITZER Michael: Dauernde Neutralität und Europäische Integration, Springer Verlag, Wien 1977
- SENDER Wolfgang: Typen gesellschaftlicher Grundeinstellungen (Politikstile) als sozialstruktureller Erklärungsansatz für die Wahl rechtspopulistischer Parteien, Studienarbeit, Grin Verlag, München 2009
- SENN Tobias: Hochkonjunktur, «Überfremdung» und Föderalismus, Kantonalisierte Schweizer Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel Basel-Landschaft 1945 – 1975, Chronos Verlag, Zürich 2017
- SITZLER Susann: Grüezi und Willkommen Die Schweiz – Ein Länderporträt, 6., aktualisierte Aufl., Ch. Links Verlag, Berlin 2012
- SPIER Tim: Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, VS Verlag, Wiesbaden 2010
- SPIER Tim: Modernisierungsverlierer, die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010
- STEININGER Gerhard: Das Dritte Lager, Aufstieg nach dem Fall? Edition Steinbauer, Wien 2007

- STEYER Johannes: Jörg Haider – charismatischer Führer, narzisstische Persönlichkeit und Rechtspopulist, In: BLIESEMANN DE GUEVARA Berit, REIBER Tatjana (Hg.): Charisma und Herrschaft: Führung und Verführung in der Politik, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011
- STIEFEL Dieter, Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich. Leistungen, Defizite Perspektiven. In: SCHUSTER Walter, WEBER Wolfgang (Hg.) Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004
- STIMMER Gernot, in BRÜNNER Christian, MANTL Wolfgang, WELAN Manfred, Eliten in Österreich, 1848-1970, Band 1, Böhlau Verlag, Wien 1997
- STIRNEMANN Alfred, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, München – Wien 1986
- STOLZ Karl: die Männer um das „Linzer Programm“, mit besonderer Berücksichtigung des Historikers Dr. Heinrich Friedjung, phil. Dissertation, Wien 1941
- STÖSS Richard: die linken Parteien unter Globalisierungsdruck, In: KOSCHMIEDER Carsten (Hg), Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen, Springer Verlag, Wiesbaden 2017
- STÖSS Richard: Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, 2006, in: NIEDERMAYER Oskar (Hg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006
- STOURZH Gerald: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955, Böhlau Verlag, Wien 2005
- STÜBER Fritz: Ich war Abgeordneter, Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich, Leopold Stocker Verlag, Graz 1974
- STÜCHELI Alexander, EISELE Alexander: Stolztes Banner am Limmatstrand: Die Geschichte der Akademischen Verbindung Turicia, 1860 – 2013, Alt-Turicia Zürich (Hg), Zürich 2014
- TALOS Emerich, FALKNER Gerda: EU-Mitglied Österreich, Gegenwart und Perspektiven: eine Zwischenbilanz, Wien 1996
- THADDEN Rudolf, HOFMANN Anna (Hg.): Populismus in Europa, Krise der Demokratie, Wallstein Verlag, Göttingen 2005
- VATTER Adrian: Das politische System der Schweiz, Verlag Nomos, 1. Aufl., Baden-Baden 2014
- VATTER Adrian: Kantonale Demokratien im Vergleich; Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen, Forschung, Politik, Wissenschaft, Leske + Budrich, Opladen 2002
- WALTER Robert, MAYER Heinz, KUCSKO-STADLMAYER Gabriele: Bundesverfassungsrecht, 10. Aufl., Kurzlehrbuch, Verlag Manz, Wien 2007
- WANDRUSZKA Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1954
- WEDEKIND Michael: Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945, Oldenbourg Verlag, München 2003
- WIDMAIER Ulrich: Grundwissen Politik 4, Vergleichende Regierungslehre, 3. Aufl., Leske + Budrich, Wiesbaden 1995
- WODAK Ruth, PELINKA Anton: The Haider Phenomenon in Austria, Transaction Publishers, New Jersey 2002
- WODAK Ruth: Politik mit der Angst, Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Edition Konturen, Wien/Hamburg 2016

WORM Alfred: Widersprechen, auffallen, trendsetzen, In: SCHARSACH Hans-Henning, KUCH Kurt: Haider, Schatten in Europa, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2000

Internetquellen

- Urs *Altermatt*, David *Luginbühl*, Vom Kulturkampf- zum Klassenkampf-Paradigma, , S. 2, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17363.php?topdf=1> (24.03.2016), 26.05.2017
- Brigitte *Bailer-Galanda*, Interview mit Walter *Hämmerle*, online unter http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/302342_Interview-mit-DOeW-Leiter-Wolfgang-Neugebauer-und-Brigitte-Bailer-Galanda.html?em_cnt=302342 (27.11.2004), 12.10.2017
- Brigitte *Bailer*, Rechtsextremismus im Handbuch Freiheitlicher Politik – Eine Analyse, online unter https://www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf (23.12.2017)
- Brigitte *Bailer*, <https://kontrast.at/mehr-deutschnationale-als-frauen-die-abgeordneten-der-fpoe/> (6.11.2017), 23.12.2017
- Brigitte *Bailer-Galanda*, vgl. „der Standard“, , die FPÖ und ihr Handbuch für Extremismus, online unter <http://derstandard.at/2000047805924/Die-FPOe-und-ihr-Handbuch-fuer-Extremismus> (18.11.2016), 06.06.2017
- Denise *Battaglia*, vgl. „Aargauerzeitung“, , Weshalb die SVP weiterhin Erfolg haben wird, online unter <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/weshalb-die-svp-weiterhin-erfolg-haben-wird-6915082> (09.03.2010) 04.05.2017
- Hans-Georg *Betz*, Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa, J.W. Falter et al. (eds.), Rechtsextremismus, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1996, online unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-322-97077-0_21 (05.10.2017)
- Hans-Jürgen *Bieling*, Stefan *Schieren*, EUrosion: POLITIKUM 1/2017, Vierteljahreszeitschrift, Wochenschauverlag, 3. Jahrgang, Frühjahr 2017, S. 45, online unter: <https://books.google.at/books?id=ER8nDwAAQBAJ&pg=PA43&dq=populismus+spezifische+Merkmale&hl=de&sa=X&ved=0ahUKEwi-idCpwevWAhVDQBQKHeTVDIw4ChDoAQglMAA#v=onepage&q=populismus%20spezifische%20Merkmale&f=false>, 12.10.2017
- Christian *Böhmer*, vgl. „Kurier“, , Kickl als "Straches Hirn", online unter: <https://kurier.at/politik/kickl-als-straches-hirn/768.893> (22.2.2012), 17.04.2017
- Dietmar *Braun*, Dezentraler und unitarischer Föderalismus, Die Schweiz und Deutschland im Vergleich, 2003, S. 62 f, online unter <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/j.1662-6370.2003.tb00400.x/pdf>, 28.04.2017.
- Mike *Bucher*, Von Schwarzenbach nach Egerkingen - Die Minarettinitiative im Kontext der Überfremdungsbewegung der 60er-Jahre, online unter <http://www.grin.com/de/e-book/160239/von-schwarzenbach-nach-egerkingen-die-minarettinitiative-im-kontext-der>, 22.10.2017
- Urs *Buess*, vgl. „Tagesanzeiger“, , Rechtsextrem - das sind die anderen, online unter: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/rechtsextrem-das-sind-die-anderen/story/29341442> (10.12.2015), 11.06.2017

- Frank *Decker*, Marcel *Lewandowsky*, Rechtspopulismus als (neue) Strategie der politischen Rechten, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/08320.pdf>, 27.10.2017
- Frank *Decker*, Marcel *Lewandowsky*, Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens, online unter: <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all> (3.6.2009), 15.04.2017
- Thomas *Fleiner*, Das schweizerische Regierungssystem - ein Sonderfall, online unter: <http://www.thomasfleiner.ch/files/categories/IntensivkursII/Regierungssystem.pdf>, 09.05.2017
- Niku *Dorostka*, vgl. „derStandard“, , So wahr Gott Hofer helfe, online unter: <http://derstandard.at/2000046664645/So-wahr-Gott-Hofer-helfe> (31.10.2016), 17.04.2017
- John *Evers*, Die FPÖ als Vorreiter der extremen Rechten in der Europa, online unter: <https://www.slp.at/artikel/die-fp%C3%B6-als-vorreiter-der-extremen-rechten-in-der-europa-517> (01.07.2002), 15.04.2017
- Martin *Fritzl*, Herbert *Kickl*, vgl. „die Presse“, , Provokateur im Dienste der FPÖ, online unter: <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/481408/print.do> (22.5.2009), 17.04.2017
- Susanne *Frölich-Steffen*, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 33 Jg. (2004) H. 3, 281, online unter: https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/viewFile/855/557 (2004), 07.10.2017
- Florian *Hartleb*, Rechtspopulistische Parteien, Arbeitspapier/Dokumentation, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 143/2005, online unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6380-544-1-30.pdf?131107151332, (April 2005), 04.05.2017
- Elisalex *Henckel*, vgl. „Welt“, , Der lustvolle Spalter aus der Schweiz, online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article124895423/Der-lustvolle-Spalter-aus-der-Schweiz.html> (26.2.2014), 23.05.2017
- Nina *Horaczek*, vgl. Homepage „Nachgehakt“, , Rechts neben der FPÖ ist das Verbotsgesetz, online unter: <http://www.nachgehakt.at/alpenrepublik/nina-horaczek-rechts-neben-der-fpoe-ist-das-verbotsgesetz> (19.3.2015), 17.10.2017
- Anton *Pelinka*, Der Preis der Salonfähigkeit Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, S. 3, 4, online unter: https://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf, 5.9.2017
- Karsten *Grabow*, Florian *Hartleb*, Europa – Nein Danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulischer Parteien in Europa, online unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_36200-544-1-30.pdf, (2013), 10.10.2017
- Fredy *Gsteiger*, Blocher-Biographie, Populist oder lausbübischer Rebell? Neue Züricher Zeitung, online unter: <https://www.nzz.ch/article89KFS-1.408263>, (11.07.2002), 17.03.2017
- Daniel *Jägerbauer*, Diplomarbeit Universität Wien, „Die Freiheitlichen Wirtschaftsprogramme, S. 107, online unter: http://othes.univie.ac.at/10141/1/2010-05-21_0348349.pdf, 11.04.2017

- Gregor *Keuschnig*, Jan-Werner *Müller*: Was ist Populismus?, online unter: <http://www.begleitschreiben.net/jan-werner-mueller-was-ist-populismus/>, (8.6.2016), 12.10.2017
- Eveline *Kobler*, vgl. Homepage „swissinfo“, , Über die inneren Gräben der Schweiz, online unter: <http://www.swissinfo.ch/ger/ueber-die-inneren-graeben-der-schweiz/29090012>, 28.04.2017
- Camilla *Kohrs*, vgl. „Zeit.de“, , das junge rechte Europa, online unter: <http://www.zeit.de/campus/2017-03/rechtspopulismus-europa-wahlen-frankreich-interessen-jung-rechts/komplettansicht> (31.3.2017), 13.10.2017
- Claude *Longchamp*, Die neue Form der Referendumsfähigkeit in der Schweiz, online unter: <http://www.zoonpoliticon.ch/blog/3504/die-neue-form-der-referendumsfahigkeit-in-der-schweiz> (09.04.2009), 17.04.2017
- Gabriele *Nandlinger*, Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....?, online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all> (25.07.2008), 09.10.2017
- Robert *Pausch*, Europa extrem, Rechtspopulisten, Neo-Linke, Separatisten, EU-Gegner: Nicht nur in Griechenland, nein, in ganz Europa sind radikale Parteien erstarkt. Wir zeigen die 39 erfolgreichsten, online unter: <http://www.zeit.de/feature/populismus-extremismus-europa#pnr> (04.02.2015), 04.06.2017
- Michael *Laczynski*, vgl. „die Presse“, , Der EU-Spagat der FPÖ, <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5225489/Der-EUSpagat-der-FPOe> (28.5.2017), 13.10.2017
- Claude *Longchamp*, Die neue Form der Referendumsfähigkeit in der Schweiz, online unter: <http://www.zoonpoliticon.ch/blog/3504/die-neue-form-der-referendumsfahigkeit-in-der-schweiz> (09.04.2009), 17.04.2017
- Wolf *Luigi*, „Sozialismus von unten“, online unter: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/haiderface.html>, 11.04.2017
- Robert *Misik*, vgl. „Zeit“, , "Buberparchie", online unter: <http://www.zeit.de/2008/45/Haider> (13.4.2011), 17.04.2017
- Christoph *Moser*, vgl. Spiegel, , Wahlkampf in der Schweiz: Blochers rassistische Ziege, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wahlkampf-in-der-schweiz-blochers-rassistische-ziege-a-511627.html> (16.10.2007), 16.10.2017
- vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Freisinn>, 01.05.2017
- Carlo *Moos*, Ja zum Völkerbund – Nein zur UNO, Die Volksabstimmungen von 1920 und 1986 in der Schweiz, online unter: http://www.chronos-verlag.ch/php/book_latest-new.php?book=978-3-0340-0504-3&type=Besprechung, 07.05.2017
- Gabriele *Nandlinger*, vgl. Homepage „bpb“, , Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....?, online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all>, (25.7.2008), 09.10.2017
- Clemens *Neuhold*, vgl. „Profil“, , FPÖ: das blaue Wirtschaftsprogramm, online unter: <https://www.profil.at/shortlist/wirtschaft/plan-fpoe-wirtschaftsprogramm-7942244> (17.01.2017), 03.06.2017
- Sascha *Nicke* unter Verweis auf GAfD, S. 2, Zeile 1-4, S. 32, Zeile 25 u. S. 49, Zeile 13-17. Sowie: IB, Unterpunkt Idee & Tat, Zeile 8-16, online unter:

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet> (8.2.2017), 07.06.2017

- Olivier *Pauchard* und Sonia *Fenazzi*, vgl. „swissinfo“, , Das Volk ist der Souverän der Schweiz, online unter: http://www.swissinfo.ch/direktedemokratie/direkte-demokratie_das-volk-ist-der-souveraen-der-schweiz/36250626 (28.6.2013), 24.04.2017
- Andreas *Peham*, „Durch Reinheit zur Einheit“, Zur Kritik des deutschnationalen Korporationswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge, online unter: http://www.doew.at/cms/download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf, S. 72, 13.4.2017
- Anton *Pelinka*, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung, Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, ÖZP, 31 (2002), 3, S. 281, online unter https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/download/799/501, (27.10.2017)
- Oliver *Pink*, vgl. „die Presse“, „Outlaws“ unter sich: Der serbophile HC Strache, online unter: http://diepresse.com/home/innenpolitik/364103/Outlaws-unter-sich_Der-serbophile-HC-Strache (19.2.2008), 17.04.2017
- Gregor *Poletti*, vgl. „Bernerzeitung“, , Die SVP rüstet sich endgültig für die Ära nach Christoph Blocher, online unter: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Die-SVP-ruestet-sich-endgueltig-fuer-die-Aera-nach-Christoph-Blocher/story/25704974>, (10.01.2016), 04.05.2017
- Regina *Pöll*, vgl. „die Presse“, (K)ein Sommer wie damals: 10 Jahre Knittelfeld, online unter: http://diepresse.com/home/innenpolitik/1282842/Kein-Sommer-wie-damals_Zehn-Jahre-Knittelfeld (24.8.2012), 17.6.2017
- Max *Preglau*, Rechtsextrem oder postmodern?: über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ. In: SWS-Rundschau 41 (2001), 2, pp. 193-213. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-165864>
- Karin *Priester*, Populismus, APuZ 5 – 6/2012, S. 3, online unter: www.bpb.de/system/files/pdf/GXU360.pdf (12.10.2017)
- Karin *Priester*, Wesensmerkmale des Populismus, unter Verweis auf Paul *Taggart*, Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, in: Journal of Political Ideologies, 9 (2004) 3, S. 274f, online unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>, (26.1.2012), 17.09.2017
- Alois *Riklin*, Neutralität, online unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16572.php>, 15.04.2017
- Roman *Sandgruber*, Forum OÖ Geschichte, Wahlpartei der Unabhängigen – Freiheitliche Partei Österreichs, online unter: <http://www.ooegeschichte.at/epochen/1945-2005/ooe-landespolitik-u-wirtschaft/die-parteien/wdu-fpoe.html> (2005), 11.04.2017
- Hellin *Sapinski*, vgl. „die Presse“, , Wenn Hofer und van der Bellen alleine sind, online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/4989353/Wenn-Hofer-und-Van-der-Bellen-alleine-sind> (16.5.2016), 16.04.2017
- Hans-Jörg *Schmidt*, vgl. „Die Presse“, , Beneš-Dekrete: Das Ende einer 800-jährigen deutschen Geschichte, online unter:

http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4732867/BenesDekrete_Das-Ende-einer-800jaehrigen-deutschen-Geschichte (16.5.2015), 07.06.2017

Dirk *Schümer*, vgl. „die Welt“, , Europa, das sind deine Populisten, online unter https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article152446856/Europa-das-sind-deine-Populisten.html (19.02.2016), 05.06.2017

- Dominik *Sinnreich*, vgl. „Kurier“, , Straches blaue Burschen, online unter: <https://kurier.at/politik/straches-blaue-burschen/756.208> (29.01.2012), 13.03.2017
- Tamara *Still*, vgl. „News.at“, dunkles Wortgut, online unter: <https://www.news.at/a/sprache-dunkles-wortgut-7660619>, (28.10.2016), 16.04.2017
- Tim *Spier*, Populismus und Modernisierung, In: Frank Decker, Populismus – Nützliches Korrektiv oder Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2006, VS Verlag für Sozialwissenschaften, online unter: https://www.researchgate.net/.../236872360_Populismus_und_Modernisierung, 04.03.2017
- Damir *Skenderovic*, Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz : von den Splitterparteien zur Volkspartei, S. 51, online unter: <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=tra-001:2007:1::54#58>, (2007), 25.10.2017
- Damir *Skenderovic*, Schweizerische Volkspartei (SVP), Die Anfänge: Von den Kantonalparteien zur nationalen Partei, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17389.php>, 24.04.2017
- Alfred *Stirnermann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, München/Wien 1986, S. 677, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnermann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf (28.12.2017)
- Alfred *Stirnermann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Bd. 1985 (1986), S. 657 – 694, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnermann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf (28.12.2017)
- Alfred *Stirnermann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ, eine kritische Analyse, unter Verweis auf Friedhelm Frischenschlager, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 78/2, S. 215, online unter: http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Alfred-Stirnermann_Das-Parteiprogramm-der-FPO%CC%88-eine-kritische-Analyse.pdf (28.12.2017)
- Erich *Reiter*, Programm und Programmentwicklung der FPO (Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft 5), Wien 1982, S. 41, online unter http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Erich-Reiter_Der-Atterseekreis-innerhalb-der-Freiheitlichen-Partei.pdf (05.01.2018)
- Petra *Stuiba*, vgl. „die Welt“, , Haiders große Schwester: Ursula Haubner <https://www.welt.de/print-welt/article397288/Haiders-grosse-Schwester-Ursula-Haubner.html> (27.1.2005), 11.04.2017
- Günter *Traxler*, vgl. „Der Standard“, , FPÖ Programm: Wirtschaftsexperten, online unter: <http://derstandard.at/2000063102011/Wirtschaftsexperten> (24.08.2017), 21.10.2017
- Peter *Teuwsen*, vgl. „Die Zeit“, , Zu viel SVP in unseren Köpfen, online unter: <http://www.zeit.de/2012/26/CH-SVP> (21.6.2012), 12.06.2017
- Catherine *de Vries*, Isabell *Hoffmann*, Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum., online unter

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf (November 2016), 29.09.2017, S. 30

- Rosa *Winkler-Hermaden*, vgl. „derStandard“, , Als Österreich der Buhmann der EU wurde, online unter: <http://derstandard.at/1263705581215/EU-Sanktionen-Als-Oesterreich-der-Buhmann-der-EU-war> (21.1.2010), 17.6.2017
- vgl. Homepage „AFD“, online unter: <https://www.afd.de/> (10.10.2017)
- vgl. „die Presse“, Tschechien-Wahl: Babis zeichnet sich als klarer Sieger ab, online unter: http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5307167/TschechienWahl_Babis-zeichnet-sich-als-klarer-Sieger-ab (21.10.2017), 22.10.2017
- vgl. „Bundestagswahlen 2017“, online unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> (06.10.2017)
- vgl. „Wikipedia“, Parlamentswahl in Ungarn 2014, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Ungarn_2014 13.10.2017
- vgl. Homepage „BMI“, Wahl 2017, online unter: <https://wahl17.bmi.gv.at/> (21.10.2017)
- vgl. Homepage „Identitäre Bewegung“, online unter: <http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/> 14.12.2016
- vgl. www.politik-lexikon.at/laissez-faire (19.10.2017)
- vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Bevölkerung nach Migrationsstatus, online unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/religionen.html> 13.10.2017
- vgl. Homepage „FPÖ“, Parteiprogramm, Europa der Vielfalt, online unter: <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/europa-der-vielfalt/> 17.10.2017
- vgl. Homepage „FPÖ“, Handbuch freiheitlicher Politik, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf, 24.10.2017
- vgl. Homepage „OE1“, Wie rechtsextrem ist die FPÖ?, online unter: <http://oe1.orf.at/artikel/378025> (14.6.2014), 17.10.2017
- vgl. Homepage „Parlament“, Grundprinzipien der Bundesverfassung, online unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/index.shtml>, 10.09.2017
- vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>, 18.04.2017.
- vgl. „BMI“, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/files/VB_Ranking_aktuell_2015.pdf, 23.04.2017.
- vgl. Homepage „BMI“, http://www.bmi.gv.at/410/Ergebnisse_bisheriger_Volksabstimmungen.aspx, 23.04.2017
- vgl. Homepage „BMI“, <http://vb2013.bmi.gv.at/>, 23.04.2017
- vgl. „derStandard“, Studie: Nationalrat wenig geschätzt, direkte Demokratie gewünscht, online unter: <http://derstandard.at/1350259678984/Studie-Nationalrat-wenig-geschaetzt-direkte-Demokratie-gewuenscht> (29.10.2012), 23.04.2017.

- vgl. „die Presse“, Strache will "direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild", online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/705988/Strache-will-direkte-Demokratie-nach-Schweizer-Vorbild> (04.11.2011), 23.04.2017.
- vgl. „documentarchiv“, online unter: <http://www.documentarchiv.de/wr/vv03.html>
- vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12000980>, 10.9.2017
- vgl. „Homepage Schweizer Eidgenossenschaft“, Schweizer Staat und Volk nach 1848, online unter: <https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/themen/die-moderne-schweiz/schweizer-staat-und-volk-nach-1848.html#-762548587>, 25.04.2017.
- vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Neutralitätsgesetz, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000267>
- vgl. „Historisches Lexikon der Schweiz“, Konkordanz Demokratie, online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10095.php> (13.04.2016), 26.03.2017
- vgl. „Bundesverfassung“, online unter: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/201601010000/101.pdf> (1.1.2016), 29.04.2017
- vgl. Homepage „LIF“, online unter: <http://www.lif.at/>, 10.9.2017
- vgl. Homepage „LIF“, Geschichte, online unter: <http://www.lif.at/geschichte/>, 10.9.2017
- vgl. „BMI“, Nationalratswahlen, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx , 29.04.2017
- vgl. „BMI“, Nationalratswahlen 1986, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx, 29.04.2017
- vgl. „BMI“, Nationalratswahlen, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx , 29.04.2017
- vgl. „BMI“, Nationalratswahlen 1999, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx, 29.04.2017
- vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2002, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2002.aspx, 29.04.2017
- vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2006, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx, 29.04.2017
- vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2008, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx, 29.04.2017
- vgl. „BMI“, NR-Wahlen 2013, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2013.aspx, 29.04.2017
- vgl. „Sora“, Nationalratswahlen 2008, online unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2008_nrw_wahlanalyse.pdf, 5.9.2017
- Homepage BMI, Wahl 2017 online unter <http://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=6A624655446767796633673D>, 20.10.2017
- vgl. Wikipedia, Bundesratswahlen 1999, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahlen_1999, 30.04.2017

- vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Nationalratswahlen Ergebnisse, online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.460394.html>, 10.9.2017
- vgl. „Wikipedia“, Parlamentswahlen 2015, online unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Parlamentswahlen_2015, 01.05.2017
- Nationalratswahlen 2015, Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971, Bundesamt für Statistik BFS, URL:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.350876.html>, 10.9.2017
- vgl. „NS Quellen.at“, online unter: http://www.ns-quellen.at/gesetz_anzeigen_detail.php?gesetz_id=10014410 (10.9.2017)
- vgl. „Demokratiezentrum Wien, Ergebnisse der Nationalratswahlen 1945-2008, online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/wahlergebnisse.pdf>, 01.04.2017
- vgl. „Kurier“, Vranitzky zum Umgang mit FPÖ: "Andere Situation", online unter:
<https://kurier.at/politik/inland/vranitzky-zum-umgang-der-spo-e-mit-fpoe-voellig-andere-situation/196.653.488> (3.5.2016), 9.4.2017
- vgl. Homepage „Parlament“, online unter:
https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00368/index.shtml, 12.10.2017
- vgl. Homepage „BMI“, online unter: <https://citizen.bmi.gv.at/at.gv.bmi.fnsweb-p/zvn/public/imagesdyn/Vereinsregistrauszug?sessionID=072cc0ec-fecd-413b-bfd7-6478edc4&pdf>, 13.6.2017
- Vgl. Homepage „Parlament“, https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/, 13.06.2017
- vgl. Jörg Haider Gesellschaft, Die Politische Laufbahn von Dr. Jörg Haider, online unter: <http://www.joerg-haider-gesellschaft.at/person.html>, 31.03.2017
- vgl. „die Presse“, Jörg Haider im Porträt, online unter:
http://diepresse.com/home/innenpolitik/neuwahlen/wahlchat/411249/DiePressecomChat_Joerg-Haider-im-Portraet- (01.09.2008), 31.03.2017
- vgl. „Wiener Zeitung“, Haider gab Ehrenerklärung ab, online unter:
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/336252_Haider-gab-Ehrenerklaerungen-ab.html?em_cnt=336252 (1.2.2002), 16.6.2017
- vgl. Homepage „BMI“, Nationalratswahlen 1994, online unter:
http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1994/start.aspx, 05.10.2017
- vgl. Homepage „BMI“, Nationalratswahlen 1990, online unter:
http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1990/start.aspx, 05.10.2017
- vgl. https://www.ktn.gv.at/320607_DE-Publikationen-Landtagsw99, 05.10.2017
- vgl. Homepage „Parlament“, online unter:
https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35518/, 21.10.2017
- vgl. Homepage CVP, Anfänge der CVP, online unter:
<https://www.cvp.ch/de/news/2012-04-19/die-anfaenge-der-cvp> , 26.05.2017
- vgl. Homepage „Züricher Bauernverband“,
<http://www.zbv.ch/%C3%96ffentlichkeitsarbeit/175JahreZBV/GeschichtedesZBV.aspx> , 05.05.2017

- vgl. Homepage SVP, Geschichte, Gründung Bauernpartei / BGB / SVP, online unter <https://www.svp-zuerich.ch/partei/geschichte/> , 28.04.2017
- vgl. „historisches Lexikon Schweiz“, Parteien: online unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17363.php?topdf=1>, 30.04.2017
- vgl. „NZZ“ Eine Partei, zusammengesetzt aus zwei, online unter: <https://www.nzz.ch/eine-partei-zusammengesetzt-aus-zwei-1.702789> (06.04.2008), 29.04.2017
- vgl. „Homepage Christoph Blocher“, 90 Jahre SVP Zürich, online unter: <http://www.blocher.ch/artikel/single/article/90-jahre-svp-zuerich/> , 29.04.2017
- vgl. Metapedia, Christoph Blocher, online unter: http://de.metapedia.org/wiki/Blocher,_Christoph, 06.05.2017
- vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Lizenziat>
- vgl. Homepage EMS, Unternehmensgeschichte, online unter: <http://www.ems-group.com/de/ueber-ems/ueber-ems/unternehmensgeschichte/>, 06.05.2017
- vgl. „Tagesanzeiger“, Magdalena *Martullo*, Ems-Chemie: Eine Entgegnung, online unter: <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/EmsChemie-Eine-Entgegnung/story/17881003?track> (20.01.2012), 25.03.2017
- vgl. Homepage EMS, Unternehmensgeschichte, online unter: <http://www.ems-group.com/de/ueber-ems/ueber-ems/unternehmensgeschichte/>, 06.05.2017
- vgl. Homepage „Parlament“, Die Bundesversammlung — Das Schweizer Parlament, online unter: <https://www.parlament.ch/de/biografie?CouncillorId=21>, 25.03.2017
- vgl. Wikipedia, Bundesratswahl 2008, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahl_2008, 04.05.2017
- vgl. „NZZ“, Wechsel im SVP Präsidium: Auch Blocher will Amt abgeben, online unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/auch-blocher-tritt-aus-svp-parteilitung-zurueck-1.18674886> (10.1.2016), 04.05.2017
- vgl. Homepage SVP, Mitglieder der Parteileitung, online unter: <https://www.svp.ch/partei/organe/parteilitung/>, 05.05.2017
- vgl. Homepage „auns“, online unter: <https://auns.ch/>, 06.05.2017
- vgl. http://www.kontakt-spuren.ch/media/timeline/downloads/conTAKT-Timeline_1946-1962_Arbeitskraefte-gesucht.pdf, 07.05.2017
- vgl. Homepage Blocher, mein 7-Punkte-Programm, online unter <http://www.blocher.ch/artikel/single/article/wie-svp-fdp-und-cvp-eine-buergerliche-regierung-bilden-mein-7-punkte-programm/> (27.5.1999), 02.05.2017
- vgl. Wikipedia, Schweizer Parlamentswahlen 2015, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Parlamentswahlen_2015, 01.05.2017
- vgl. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf, 03.06.2017
- vgl. Handbuch freiheitlicher Politik, Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs, 4. Auflage, 2013, online unter <https://www.fpoe.at/themen/handbuch-freiheitlicher-politik/>, 03.06.2017
- vgl. „Die Presse“, online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5273317/FPOeWirtschaftsprogramm-richtet-sich-an-Leistungstraeger> (23.8.2017), 21.10.2017

- vgl. Parteiprogramm SVP 2015 – 2019, SVP – die Partei für die Schweiz, online unter: <https://www.svp.ch/positionen/parteiprogramm/>, 03.06.2017
- vgl. Homepage „Parlament“, Keine Mehrheit für Oppositionsideen zu Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0237/ (10.3.2016), 22.10.2017
- vgl. „die Presse“, Sozialversicherungen: "In 100 Jahren ändert sich nichts", http://diepresse.com/home/innenpolitik/4197637/Sozialversicherungen_In-100-Jahren-aendert-sich-nichts (27.10.2014), 22.10.2017
- https://www.fpo.e.at/fileadmin/user_upload/2017_freiheitliche_wirtschaftsprogramm_web.pdf (23.12.2017)
- vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrVbg&Gesetzesnummer=20000397> (22.10.2017)
- vgl. Homepage „Schweizer Eidgenossenschaft“, Was verbietet die Rassismusstrafnorm?, online unter: <http://www.ekr.admin.ch/themen/d184.html>
- vgl. Homepage „Bundeskanzleramt“, Verbotsgesetz 1947, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000207> (22.10.2017)
- https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf (23.12.2017)
- https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_198_0/1945_198_0.pdf (23.12.2017)
- vgl. „Wiener Zeitung“, AVNOJ wirft noch immer Schatten, online unter: http://www.wienerzeitung.at/weltpolitik/?em_cnt=190611&em_cnt_page=2 (6.4.2005), 07.06.2017
- vgl. „unzensuriert“, online unter: <https://www.unzensuriert.at/content/0011408-Zwanzig-Jahre-FP-Volksbegehren-sterreich-zuerst> (23.1.2013), 07.10.2017
- vgl. „News.at“, Breite Kirchenfront gegen FP-Chef Strache: "Religiöse Themen für Politik missbraucht", online unter: <https://www.news.at/a/breite-kirchenfront-fp-chef-strache-religioese-themen-politik-242563> (22.5.2009), 17.04.2017
- vgl. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Alfred_Stirnemann
- <https://www.fpo.e.at/artikel/fpo-eovp-koalition-ministerliste-und-regierungsprogramm-fix/> (23.12.2017)
- <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundesministerinnen-und-bundesminister> (23.12.2017)

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Rechtspopulisten in Europas Parlamenten:
http://www.deutschlandundeuropa.de/73_17/zukunft_eu.pdf
- Abb. 2: Ausländische Staatsangehörige – Top-20-Nationalitäten: eigene Quelle, von:
Integrationsfonds.at
- Abb. 3: Nationalratswahlen 2015: Parteistärken in % und Veränderung zu 2011:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/parteistaerken.assetdetail.460394.html>
- Abb. 4: Plakat „Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer“:
<http://files.newsnetz.ch/story/2/4/8/24832616/25/topelement.jpg>
- Abb. 5: Cover des Parteiprogramm der FPÖ,
https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf
- Abb. 6: Cover Handbuch freiheitlicher Politik:
https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf
- Abb. 7: Cover Parteiprogramm SVP: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_2015-d.pdf
- Abb. 8: Graphik aus dem Parteiprogramm der SVP bezüglich Selbstbestimmung:
https://www.svp.ch/de/assets/File/Parteiprogramm_2015-d.pdf
- Abb. 9: „falsche Asylanten betrogen das Sozialamt“
https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf

Sonstige Quellen

Artikel 43, 44 Abs 3 B-VG.
Artikel 10 – 15 BV
Artikel 118 B-VG
Artikel 27 Absatz 1 B-VG
Artikel 56 Absatz 1 B-VG
Artikel 60 B-VG

Zusammenfassung

Die Arbeit setzt sich im Vorfeld mit den unterschiedlichen wissenschaftlichen Definitionsversuchen des Populismusbegriffs auseinander, der in medialen und Alltagsdiskursen vielfach Verwendung findet und als Bezeichnung für die verschiedensten historischen und aktuellen Parteien, Bewegungen und Politikerinnen und Politiker, gleich welcher Ausrichtung, genutzt wird.

Durch einen Überblick über die Definitionen namhafter PolitikwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen, der allerdings auf Grund des Umfangs dieses Themenbereichs keinen Anspruch auf Vollständigkeit begründen kann, soll an Hand der übereinstimmenden Definitionen der Begriffsverwirrung begegnet werden.

Weiters erfolgt eine Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, deren Unterschied vor allem auf ideologischem Gebiet liegt und wegen der fließenden Grenzen eine Abgrenzung schwierig macht.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in dem Versuch, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Schweizer Volkspartei (SVP) in Bezug auf ihre Ideologie und ihre Programmatik herauszuarbeiten.

Zu diesem Zweck wurde zunächst die historische Entwicklung der beiden Parteien, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht, beleuchtet.

Eine eingehende Auseinandersetzung mit den früheren Führungspersönlichkeiten von FPÖ und SVP, Jörg Haider und Christoph Blocher, und deren maßgeblichen Einfluss auf den programmatischen Wandel von einer nationalsozialistischen Partei (FPÖ) und Bauernpartei- und Gewerbspartei (SVP) bis hin zu deren Einstufung als rechtspopulistische bzw. – wenn auch nicht übereinstimmend - rechtsextreme Parteien war dazu ebenfalls unabdingbar. Berücksichtigt und beurteilt wurden auch die in Teilen unterschiedlichen politischen Systeme beider Länder.

Nach einem Überblick bzw. einer Zusammenfassung der Parteiprogramme von FPÖ und SVP, deren Inhalte viele Parallelen, so vor allem in Bezug auf ihre Ausländer- und Sicherheitspolitik, ihrer Einstellung zur EU und ihrer wertkonservativen Politik aufweisen, erfolgt abschließend eine Analyse und Beurteilung der Programme.

In einem kurzen Schlussteil erfolgt ein Resümée zum Begriff des Populismus und zur Einordnung der beiden Parteien als rechtspopulistisch bzw. als rechtsextrem.